links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Deutschland: Ein Staat unter Staaten?

Mexiko nach der Wahl

Interview mit Daniel Ortega

Feindbild Nordkorea

Zum Tode von Karola Bloch

GEN-TECHNOLOGIE

Offenbach Nr. 292 / 293 26. Jahrgang W: DM 13,– / O: DM 10,– September / Oktober '94

Liebe Leserinnen und Leser,

Grundlegende politische Entscheidungen stünden an angesichts des immer deutlicher werdenden Scheiterns einer neoliberalen Politik kapitalistischer „Standortsicherung", des wachsenden Auseinanderfallens der Gesellschaft in feindliche Lager, drohender Umweltkatastrophen. Von der bevorstehenden Bundestagswahl ist dies nicht zu erwarten, denn wirkliche Alternativen zur herrschenden Politik stehen auf Parteienebene nicht zur Verfügung. Wenn eine „politische Klasse" sich als Retterin vor den Miseren andient, die sie selbst anrichtet, und wenn ihre Kompetenz sich auf die mehr oder weniger geschickte Auswahl von Werbeagenturen reduziert, so ist bewußte Nichtbeteiligung – vulgo „Politikverdrossenheit" – eine rationale Option. Allerdings keine ausreichende. Nach dem historischen Scheitern der Sozialdemokratie und dem Untergang der „Neuen Linken" bedarf es dringender denn je einer Debatte um die Inhalte und Formen einer politischen Alternative. Dafür gibt es gegenwärtig kaum Ansätze. Die *links* wird sich diesem Thema in den kommenden Monaten nachhaltiger zuwenden müssen.

Daß die Globalisierung des Kapitalismus entgegen aller Versprechungen von einer weltweiten Krise der Demokratie begleitet wird, zeigt sich bei den ökonomisch abhängigen Gesellschaften Lateinamerikas noch deutlicher als hierzulande. Und ebenso wie hier verbindet sich dies mit einer tiefgehenden theoretischen und politischen Desorientierung des gesamten linken Spektrums, worauf Uli Brand in seiner Castaneda-Rezension hinweist. Unsere Berichte aus Nicaragua und Mexiko nehmen darauf Bezug, wobei der Fall Mexiko immerhin zeigt, daß sich in dieser Krise durchaus neue Strömungen und Ansätze herausbilden, die nicht zuletzt auf einem veränderten Verständnis von Demokratie und demokratischen Kämpfen beruhen.

Wenn vom Ergebnis der Bundestagswahl angesichts der in Immobilität erstarrten politischen Apparatur nicht viel mehr zu erwarten ist als eine veränderte Form der faktisch existierenden großen Koalition, so vollzieht sich die Revolutionierung der Gesellschaft mit der rasanten Durchsetzung insbesondere der Kommunikations- und Bio-Technologien immer nachhaltiger und folgenreicher. Die Gentechnologie bildet den Schwerpunkt dieses Heftes. Das politische Problem, das sich mit ihr verbindet, offenbart sich darin, daß die Folgen der Entwicklung auf diesem Feld viel weniger leicht abschätzbar sind als im Fall der Atomtechnologie; daß es mithin mit gravierenden Schwierigkeiten in Zusammenhang steht, überhaupt Ansatzpunkte für praktischen Widerstand zu finden. Wie insbesondere der Beitrag von Weingarten zeigt, ist die einschlägige Wissenschaft aufgrund ihrer theoretischen Beschränktheiten selbst nicht mehr zu einer rationalen Begründung ihres Tuns in der Lage. Die Auseinandersetzung mit der Bio- und Gentechnologie muß, so wird vor allem deutlich, die Grenzen der immanent risiko- und technikfolgenabschätzenden Expertenzirkel überschreiten. Sie rührt noch nachhaltiger an die Grundverfassung dieser Gesellschaft, ihr Naturverhältnis und vor allem: die „demokratische Frage", die im Rahmen der bestehenden Institutionen nicht mehr zu lösen ist.

Der Beitrag von Ludi Ludovico in der letzten Nummer der *links* enthält einen Druckfehler, der zugegebenermaßen nur schwer zu entschuldigen ist. Es war jedenfalls nicht unsere kalauernde Absicht, den unsäglichen offiziellen Umgang mit dem Jahrestag des 20. *Juli* mit einem vertauschten Monatsnamen zu karikieren. Daß die Nummer mit erheblicher Verspätung ausgeliefert wurde, verdankt sich indessen tatsächlich höherer Gewalt: unsere Druckerei hat gebrannt. Es ist zu hoffen, daß ähnliches so schnell nicht wieder vorkommen wird.

Die Redaktion

Das Gespräch zur Aktualität des Adornschen Denkens in der letzten *links* führten Axel Honneth und H.-E. Schiller miteinander. Daher gebührt ihnen auch die Autorenschaft. Dem wurde die Angabe im Inhaltsverzeichnis nicht gerecht.

Wir bitten um Entschuldigung.

IMPRESSUM

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach,
Telefon 069 / 88 50 06, Fax 069 / 82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Luka Radenski, Jürgen Roth, Felix Schneider, Sigrid Schönecker, Urban Weber, Jens Winter
Unser Mann in Spanien: Holm-Detlev Köhler

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Mayer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick, Gilbert Ziebura

STÄNDIGE MITARBEITER:
Robert Detobel, Dieter Maier, Lothar Baier

REDAKTIONSBÜRO: Sigrid Schönecker

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: aus: Medicine and the Artist

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Ehgart & Albohn GmbH, Fernwald

ERSCHEINUNGSWEISE: zweimonatlich,
6 Ausgaben im Jahr,
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Nov./Dez.-Ausgabe '94 ist der 13. Oktober 1994

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplare W: DM 8,-/O: DM 5,-
Jahresabonnement W: DM 75,-/O: DM 50,-
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage
Ermäßigtes Abonnement (s.S.59) DM 56,– gegen Vorlage einer Bescheinigung.

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt. Texte können auf einer 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll-**HD**-Diskette eingeschickt werden.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habe-nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

KOMMENTAR

Joachim Hirsch
Eine Fünfprozentwahl 4

AKTUELL

Frieder Dittmar
Streitkultur
Was haben die Mannheimer Richter falsch gemacht? 5

Jörg Lauterbach
Gegen die,
die mit den Wölfen heulen 6

Thomas Kunz
Eine gelungene Polizeiaktion?
Ruhe und Ordnung – zweiter Akt 8

Thomas Kunz
Erst schießen – dann fragen 9

Jürgen Seifert
Um Verfassungspositionen politisch kämpfen!
Anmerkungen zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12.7.94 10

Norbert Kresse
Ein Staat unter Staaten 12

THEORIE

Urs Hafner
Die Dezentrierung des Marxismus 49

NACHRUF

Welf Schröter
Kommunistin im Widerstand
Ansprache am Sarg Karola Blochs 14

THEMA: GENTECHNOLOGIE

Eva-Maria Krampe
Dioxinresistent ins ewige Leben
Was soll die Opposition gegen die Gentechnologie? 17

Florianne Koechlin
Streitschrift wider das Gen-Dogma 18

Michael Weingarten
Die Genetik der Gentechnologen 23

Der Druck wird härter 24

Erika Feyerabend / Petra Gehring
Die Kommerzialisierung der Körper 26

Ludger Fittkau
Über die Vernunft des wissenschaftlichen Tötens
Anmerkungen zur Aktualität der „Dialektik der Aufklärung“ heute 39

Info: Initiativen gegen Gentechnologie 42

REZENSIONEN

Joachim Bruhn
Links von der KPD
Neuere Literatur zur Theorie und Geschichte der Arbeiterbewegung 6

Ulrich Brand
Die unbewaffnete Utopie
Jorge Castañedas Strategievorschläge für die lateinamerikanische Linke 54

Christa Oppenheimer
SOPHIA – ist die Weisheit weiblich? 57

GESCHICHTE DES SOZIALISMUS

Jürgen Roth
Morgens ewiges Pilsener
Sozialismus und Alkoholismus 45

Joachim Bruhn
Völkischer Geist,
von Stalin geschweißt
Georg Fülberth
und seine Genossen 48

INTERNATIONAL

Joachim Hirsch
Mexiko: Zivilgesellschaft,
Guerilla und Wahlen 32

Jens Winter
Nicaragua:
Die FSLN in der Krise 34

Offenbacher Solidaritätsgruppe Nicaragua
„Die Machtfrage in diesem Land ist alles andere als geklärt“
Interview mit Daniel Ortega 36

Rebecca Pini
Autonomie der Lager
und Camps 39

Rainer Werning
Feindbild Nordkorea oder
Die Regulierung
des kalten Krieges 41

RUBRIKEN

Editorial 2

Termin 58

Leserbrief 31

cosa nostra
Abonnement 59

JOACHIM HIRSCH

Eine Fünfprozentwahl

Die *links*-Redaktion pflegt bekanntlich ihre Wahlkommentare vorab zu schreiben. Das hat seine Gründe. Einmal sind Wahlen, wie Gramsci gesagt hat, „die abschließende Zeremonie eines langen Prozesses", drücken bestehende Kräfteverhältnisse aus und bringen daher im allgemeinen wenig Überraschungen. Zum anderen sind ihre Ergebnisse angesichts des herrschenden Parteienkartells für die praktische Politik nicht übermäßig bedeutungsvoll. Die Staatsgewalt geht hierzulande zwar vom Volke aus, aber wo sie hingeht, ist eine andere Frage.

Immerhin ist der Wahlausgang diesmal so unberechenbar wie selten. Zwar sind in den Stimmenverhältnissen der großen Parteien keine allzugroßen Verschiebungen zu erwarten, aber es scheint offen, ob die PDS und die FDP die Fünfprozenthürde überspringen können. Daran wird sich im wesentlichen entscheiden, welche der beiden großen Parteien künftig regieren darf. Ein gewisser sportlicher Reiz ist dem kommenden Urnengang also nicht abzusprechen. Entprechend nervös sind die wahlpropagandistischen Winkelzüge von CDU und SPD.

Eine wirkliche Alternative zur neoliberalen Politik der kapitalistischen „Standortsicherung" läßt sich bei keiner Partei erkennen. Dazu kommt, daß unter den Bedingungen eines extremen „repräsentativen Absolutismus" bei allen Parteien Machterhaltung und Pfründesicherung inhaltliche Zielsetzungen letztendlich allemal überspielen. Die sich gegenüber der Gesellschaft immer stärker abschottende „politische Klasse" verfolgt zuallererst ihre eigenen Geschäfte. Dies ist auch ein wesentlicher Grund für ein Wahlverhalten, das vordergründig als „Politikverdrossenheit" gehandelt wird und sich sowohl in Wahlverweigerung als auch in – nicht zuletzt für die Meinungsforscher – höchst irritierend fluktuierenden Parteipräferenzen niederschlägt.

Blauäugig wäre es daher, von der Stimmabgabe eine Berücksichtigung eigener Interessen zu erwarten. Gleichwohl sind Wahlen nicht bedeutungslos, weil sie unter den Bedingungen einer oligopolitischen Parteienkonkurrenz durchaus folgenreiche Effekte im politischen Systemmechanismus haben können. D.h. Wirkungen, die keine der Beteiligten – weder WählerInnen noch Parteien – genau voraussehen und bestimmen können. Rational wäre es deshalb, Wahlen weniger unter dem Aspekt „demokratischer Willensbildung" oder gar Interessendurchsetzung, sondern als Bestandteil eines komplizierten und mit nicht beabsichtigten Nebenfolgen behafteten politischen Kräftespiels, also zuförderst *taktisch*, mit Blick auf ihre Wirkungen für das politische System zu begreifen.

CDU und CSU sind, auch wenn das auf den ersten Blick manchmal so erscheint, keinesfalls nur ein Kanzlerwahlverein, sondern in Kombination mit der FDP eine Parteienformation, der es nach dem historischen Ende des „sozialdemokratischen Zeitalters" hervorragend gelungen ist, den kapitalistischen Machtblock, d.h. das Geflecht der ökonomisch herrschenden und der sie unterstützenden Gruppen politisch zu organisieren. Das Vertrauen des großen Kapitals ist ihr ungeachtet gelegentlicher Reibereien nach wie vor sicher, und entsprechend stark ist die mediale und finanzielle Unterstützung. Das begründet ihre erstaunlichen Erfolge trotz unübersehbarer persönlicher Inkompetenzen, permanenten Korruptionsskandalen und notorisch nicht eingehaltener Wahlversprechen. Die SPD als Quasi-Regierungspartei mit formellem Oppositionsstatus ist selbst ein *Bestandteil* dieser Formation, wie sich etwa in der Asylfrage, beim Weiterbau des Sicherheitsstaats oder bei der Unterstützung der militärischen Interventionspolitik deutlich gezeigt hat. Schon deshalb mußten Scharpings politische Anpassungsversuche ins Leere laufen. Schwerwiegender ist allerdings, daß sie es – bar jeder über Wahltaktik hinausreichenden theoretischen und politischen Diskussion – nicht mehr schafft, eine reformpolitische Alternative zum herrschenden Neokonservatismus zu entwickeln, sondern die Rahmenbedingungen einer kapitalistischen Standortsicherungspolitik mit allen verheerenden gesellschaftlichen Folgen fraglos akzeptiert. Die FDP andererseits hat sich nach dem Abgang Genschers so eindeutig zum Wurmfortsatz der CDU entwickelt, daß die Sicherung der herrschenden Mehrheit zur einzigen Ratio ihres Bestehens geworden ist. Das allein ist es, was die Besserverdienenden wirklich noch für ihre Wahl motivieren könnte. Die Grünen, inzwischen marktwirtschaftlich respektabel und im Sinne eines ökologischen Kapitalismus voll „politikfähig", sind auf dem besten Wege dazu, ihre Rolle zu übernehmen.

Bleibt noch die PDS, die ein höchst uneinheitliches Konglomerat alter SED-Kader, frustrierter Ostler und unbeirrt parteifixierter Linker repräsentiert. Obwohl organisatorisch SED-Nachfolgepartei, hat sie politisch längst eine andere Rolle übernommen und fungiert nicht zuletzt als ostdeutsche Regionalvertretung mit minimalem West-Anhang. Mehr als eine ordentlich sozialdemokratische Orientierung läßt sich bei ihr beim besten Willen nicht feststellen. Ein halbwegs plausibles Regierungsprogramm hat sie nicht und kann sie angesicht ihrer inneren Heterogenität und ihrer populistischen Taktik auch nicht haben. Folgerichtig definiert sie sich von vorneherein als Opposition. Ihre jüngsten Wahlerfolge verdankt sie im wesentlichen der gescheiterten Zusammenschlußpolitik, wobei ihr wahrscheinlich weniger die ökonomische Misere als die psychologischen Folgen des praktizierten inneren Kolonialismus zugute kommen. Sie ist, wenn man so will, Honneckers Rache. Immerhin versetzt sie das in die Lage, vor allem der SPD entscheidende Stimmen wegzunehmen. Gewissermaßen rächt sich jetzt, daß die SED nicht wie weiland die Blockflöten einfach von den Westparteien übernommen worden ist. Die SPD war dazu indessen schon aus historischen Gründen nicht in der Lage, ganz abgesehen davon, daß die Ausgrenzung der SED und ihrer Nachfolgerin als Verantwortliche für alle nur denkbaren deutschen Miseren zur politischen Legitimierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse unverzichtbar war und ist.

Wie nun also: wählen gehen oder nicht? Und wenn ja, welche Partei? Wie gesagt, zur positiven Einflußnahme auf die Politik taugen Wahlen zumindest derzeit kaum. Auch nach dem neuerlichen Urnengang werden Kapitalsanierung und die sozial einseitige Verwaltung der Krise weitergehen, wird bornierte und nach innen wie außen aggressive Wohlstandssicherung für die eine Hälfte der Gesellschaft weiterbetrieben werden. Wenn allerdings die PDS in den Bundestag einziehen würde, dann könnte immerhin das Machtsicherungssystem der herrschenden politischen Klasse nicht mehr so problemlos funktionieren wie zuvor. Die nach 1989 verfolgte Wendestrategie, den Rechts-radikalismus zu fördern und die REPS anschließend aufzusaugen, wäre damit nicht völlig aufgegangen. Das politische System würde an Abgeschlossenheit verlieren und die etablierten Parteien wären gezwungen, sich zumindest taktisch neu zu orientieren. Die politischen Prozesse würden möglicherweise wieder etwas offener und konflikthafter. Die wahrscheinliche Folge wäre die Überleitung der faktisch bestehenden in eine formelle große Koalition, was aber auch, ähnlich wie 1966, Chancen für eine Neuformierung der Oppositionslandschaft böte. Wer also das Wählen nicht lassen kann und mit seiner Stimme auch noch etwas bewirken möchte, muß diesmal PDS wählen. Auch wenn dieser Partei politisch wirklich nichts abzugewinnen ist. Ein im Bundestag verbleibender Gysi wäre immerhin ein Gewinn von zumindest gehobener Talkshow-Qualität. ●

FRIEDER DITTMAR

Streitkultur

Was haben die Mannheimer Richter falsch gemacht?

Das Mannheimer Urteil im Fall Deckert löste nun über alle Parteigrenzen hinweg, inklusive der Restbestände und Recyclingprodukte liberaler Öffentlichkeit, helle Empörung aus: Es sei eine Schande (Kohl), der unglaublichste Justizskandal der letzten zehn Jahre (Verheugen), alles in allem ein verheerendes Signal (Leuthäuser-Schnarrenberger). Freilich spaltet sich die rhetorische Lichterkette jenseits der einhelligen Unmutsbekundungen: Vertrauen die Rechten eher auf die Selbstheilungskräfte Justitias, indem die Mannheimer Richterkammer zu personellen Konsequenzen aufgefordert wurde, indes der Staatsanwalt schon Revision eingelegt hat und nun gar die Strafbarkeit des Urteilstextes geprüft werden soll, will die parlamentarische Linke Legislative und Exekutive als Supervisor zu einer Bundestagssondersitzung herbeizitieren. Die Korrekturvorschläge entsprechen den unterschiedlichen Diagnosen: Die einen werten die Geschichte als eine Art Betriebsunfall, während die anderen im Hinblick auf die mangelnde Aufarbeitung der Rolle der Justiz während des Nationalsozialismus den Verdacht äußern, daß die deutsche Justiz en todo etwas rechtslastig sei. Beide Varianten suchen die Fehler bei den Funktionsträgern. Und menschliches Versagen könne ja leider nie ganz ausgeschlossen werden.

Was also haben die Mannheimer Richter, allen voran der Beisitzer Orlet, der die schriftliche Urteilsbegründung verfaßt haben soll, falsch gemacht?

Seitdem sich die etablierten Volksparteien in ihrer Programmatik zur Ausländerpolitik kaum mehr von den offiziell als rechtsextrem oder rechtspopulistisch stigmatisierten Parteien unterscheiden, müssen Differenzen gesucht werden. Die faktische Übernahme der 'Ausländerpolitik' der rechtsextremen Parteien: die Schließung der Grenzen, die sofortige Abschiebung 'Krimineller', also unerwünschter Ausländer, die Kasernierung der Asylbewerber etc., bietet weder den etablierten Volksparteien noch rechtsextremen Parteien genügend Raum für Profilierung. Nicht einmal in ihren Argumentationen und Begriffen, im ganzen Geschwafel von nationaler Identität, sind sie zu unterscheiden. Einigkeit herrscht noch darin, daß unsystematische Attacken der Bevölkerung zwar zur Legitimation in Sachen Abschottung und Abschiebung dienen, sie aber der staatlich-bürokratischen Diskriminierung an Effizienz nicht gewachsen sind.

Rechtzeitig zum Wahlkampfauftakt im Frühjahr diesen Jahres konnte durch die antisemitischen Ergüsse Schönhubers endlich wieder ein klares Merkmal identifiziert werden, welches NPDREPDVU als Konkurrenten um die Macht aus dem demokratischen Kreis ausschloß, ihnen zugleich aber ermöglichte, sich als nonkonforme Alternative zu präsentieren: unverhohlener Antisemitismus.

Die Leugnung von Auschwitz erscheint als Unterschied ums Ganze. Doch entpuppt sich diese Differenzierung als oberflächlich, handelt es sich doch um zwei verschiedene Strategien für ein und dasselben Ziel: Die durchschlagende Nationalisierung Deutschlands bedarf der Beseitigung des Nationalsozialismus; entweder, indem die Vergangenheit als grauenvolle, aber vergangene und überwundene Zeit begraben wird, oder, indem ihr das Außergewöhnliche abgesprochen wird.

Absicht beider Verfahren ist es, Deutschland von seiner Vergangenheit und den damit verbundenen Restriktionen zu lösen, Deutschland zu enthemmen. In der Urteilsbegründung wird das folgendermaßen formuliert: „Nicht außer acht gelassen wurde auch die Tatsache, daß Deutschland auch heute noch, rund fünfzig Jahre nach Kriegsende, weitreichenden Ansprüchen politischer, moralischer und finanzieller Art aus der Judenverfolgung ausgesetzt ist, während die Massenverbrechen anderer Völker ungesühnt blieben, was, jedenfalls aus der politischen Sicht des Angeklagten, eine schwere Belastung des deutschen Volkes darstellt."

Ein Kommentator der FAZ nimmt das Gerichtsurteil in Schutz, arbeitet allerdings den Widerpart in der Argumentation zu Deckert heraus: „Daß Deckert selbst glaube, die Juden machten von ihrer Situation nachhaltigen Gebrauch, ist ... nicht die Meinung des Gerichts." Aufgrund der Betroffenheit, die zwar den Sprechern der Betroffenen, der jüdischen Organisationen, anstehe, nicht aber einer deutschen Justizministerin, und aufgrund der Empfindlichkeiten des Gegenstandes sei eine ruhige (sprich: sachliche)

Die verständnisvolle Nachsicht, mit der die bundesdeutsche Justiz rechtsextremistische und rassistische Straftäter behandelt, wurde in den letzten Jahren oft gescholten. Während die Linke beharrlich auf die Blindheit des rechten Auges verwies und ungeschminkt richterliche Milde anprangerte, zogen die Konservativen, allen voran die Bundesregierung, die indirekte Methode vor: Angesichts des Imageverlustes des Produkts 'Neues Deutschland' solle die Justiz zwecks Abschreckung die Gesetze hart auslegen und das Strafmaß voll ausschöpfen, um ihren Beitrag zur Bekämpfung der alten, neuen Nazis zu leisten.

Betrachtung nicht möglich. (Zitat und kursive Stellen aus: FAZ 11.8.94) Triumphierend weist die Zeitung auf die geringe Beachtung des Urteils in Israel hin und unterstreicht damit die Verortung des Feindes im inneren Deutschlands. Der Fingerzeig auf die Vergangenheit ist in der Tat noch immer ein Hindernis auf dem Weg zur politischen Hemmungslosigkeit. Nicht umsonst ist die Diffamierung und Zerstörung des antifaschistischen Konsenses, auch in seiner ganz formalen, staatstragenden Form, eines der Hauptanliegen der Neuen Rechten.

Freilich sind die Grenzen zwischen beiden Strategien fließend: Roman Herzog verkündet, daß zur allseitigen Versöhnung Tschechien und Polen sich gefälligst für die Vertreibung zu entschuldigen hätten; kein offizielles Gedenken des zweiten Weltkriegs, ohne daß auf die Zerstörung Dresdens und Hamburgs und das Leiden des deutschen Volkes hingewiesen wird. Als Alternative zur Negation von Auschwitz bietet sich die Verallgemeinerung an.

Orlet verkündet nun in der Presse sein völliges Unverständnis gegenüber der allgemeinen Aufregung. Orlet mag naiv sein oder ein gewiefter Stratege, aber lügt er, wenn er sein Urteil durchaus im Rahmen der allgemeinen Rechtspraxis verhaftet sieht?

Der Fehler der Mannheimer Richter bestand darin, die unüberhörbaren, aber unausgesprochenen Ratschläge der Exekutive unsensibel ausgelegt zu haben.

Wäre statt Deckert irgend jemand Unbedeutendes vor Gericht gestanden, hätten wohl nur ein paar Linke das Urteil als Skandal empfunden. Aber Deckert darf kein verblendeter Bürger sein, dem man seinen gesunden Volkszorn nachsehen will, Deckert darf kein depravierter Jugendlicher sein, der sich der Nazisymbolik nur zwecks Provokation bedient. Deckert ist der NPD-Vorsitzende. Schon um die Verführungsthese aufrecht erhalten zu können, muß er zum unverbesserlichen Demagogen, zum irrsinnigen Ideologen mutieren. Er ist der erklärte Feind der herrschenden Eliten und die unabhängige Justiz sollte ihn als Verfassungsfeind brandmarken. Hierin hat das Mannheimer Gericht versagt.

Sparen wir uns die Urteilsschelte. Die Richter hielten sich an die bestehende Rechtspraxis: Wem Deutschland eine Herzenssache ist, kann kein geborener Krimineller sein. Verantwortungsbewußtsein zeigt, wer uneigennützig seine persönlichen Interessen hinter Deutschland zurückstellt, ja sogar das Ende der beruflichen Karriere samt finanziellen Einbußen in Kauf nimmt. Seine gutbürgerliche Lebensweise repräsentiert den erwünschten Untertan, an dem sich die Gewährung der Bewährung orientiert.

Wie praktisch, daß die mündige Öffentlichkeit den Patzer der Mannheimer Richter wieder ausbügelte: Rechtsextremismus bedrohe zwar diesen Staat, könne aber durch diesen Staat bekämpft werden. Indem Rechtsextremismus zum individuellen Sündenfall erklärt wird, sei's aus Dummheit, Wahnsinn oder Amoralität, ist er wieder wohlfein von der herrschenden Gesellschaftsformation geschieden – eben das ganz Andere. ●

„Folgen wir unseren Gefühlen. Wir teilen diese Gefühle mit den meisten Menschen".
(Karl Otto Hondrich („KO"),
Professor für Soziologie in Frankfurt/M.)

JÖRG LAUTERBACH

Gegen die, die mit den Wölfen heulen

Auffallend ist, wie schnell sich heute, trotz '68, trotz linker Mehrheiten an bundesdeutschen Universitäten bis weit in die 80er Jahre, die dramatischen Veränderungen der jüngsten Vergangenheit auch im Wissenschaftsbetrieb niedergeschlagen haben.

Die Kritische Theorie, ihrer eigenen Tendenz nach handfester Sprengstoff gegen kapitalistische Produktions- und Reproduktionsformen, wird feuilletonistisch ausgeschlachtet, rassistisches Gedankengut soziologisch verpackt. Minimalistisch moralisch trimmen sich ProfessorInnen und Universitätsangestellte auf den Zeitgeist, von umfassender Gesellschaftskritik, der Entwicklung emanzipativer Utopien keine Spur (mehr). Diese gemeinhin als Entpolitisierung der Universitäten verstandene Entwicklung entspricht allerdings mehr einer Gegenpolitisierung. Da die universitäre Entwicklung aufgrund der bürokratischen Schwerfälligkeit des Wissenschaftsbetriebs jener der Gesellschaft hinterherhinkt, kann gerade an ihrem Beispiel gezeigt werden, was es bedeutet, daß die allgemeinen gesellschaftlichen Veränderungen in ihren Auswirkungen von den Linken weder begriffen noch aufgearbeitet worden sind. Denn dieses Defizit ist der entscheidende Grund dafür, daß sich gegen die – zeitlich verzögerte – Annäherung des Wissenschaftsbetriebs an die allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse, kaum noch Widerspruch und Widerstand entzündet.

K.O. Hondrich, ordentlicher Professor für Soziologie am traditionsreichen Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Frankfurter Goethe-Universität, ist wohl das bundesdeutsche Paradebeispiel dafür, wie die Verschiebung von politischen Mehrheiten an Universitäten vonstatten geht und populistisches Gedankengut hoffähig gemacht wird. Das Ohr immer am Herzen des Volkes, wird dessen Stimmungslage und „gesundes Empfinden" soziologisch kategorisiert. Die klassische Vorgehensweise, nämlich die Verkehrung der Täter-Opfer-Rolle, funktioniert auch auf intellektueller Ebene. Danach stellen „zuviele Ausländer" einen Angriff auf die Identität der Deutschen dar, rassistische Übergriffe auf MigrantInnen werden faktisch als selbstverschuldet dargestellt, den Aggressoren gilt das Mitgefühl: „Meine Gefühle zu ihnen sind eher solche des Mitleids als der Belehrung". Auf diese Weise wird der herrschende nationale Konsens wissen-

schaftlich legitimiert und in den universitären Diskurs eingebunden.

K.O. Hondrich kann seine populistischen Thesen in sämtlichen Gazetten der bundesdeutschen Presselandschaft unters Volk bringen, denn vom Spiegel über die Zeit bis zur FAZ ist die Nationalismusdebatte voll im Gange – und Hondrichs Thesen sind populär also gefragt. Gewiß, Hondrich ist kein offener Rassist, er selbst würde sich wohl eher dem liberalen linken Milieu zuordnen. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß viele seiner Sätze und Ansichten tagtäglich auch von CDUSPDFDP-Abgeordneten gesprochen, von ihnen geteilt werden. Selbst vielen Grünen dürfte Hondrichs Gedankengut keineswegs fremd sein. Diese Tatsache ist allerdings lediglich ein Beleg dafür, daß sich der Konflikt um K.O. Hondrich nicht personifizieren läßt, keine Frankfurter Provinzposse ist, sondern daß sich in der Auseinandersetzung zwischen ihm und seinen hauptsächlich studentischen Widersachern, eine Verschiebung dessen dokumentiert, was als „links", „mitte" und „rechts" mittlerweile wahrgenommen wird. Diese Verschiebung berührt die demokratische Substanz dieser Gesellschaft ganz erheblich, denn sie geht einher mit einer staatlichen Aufrüstungspolitik nach innen und außen, einer Zunahme autoritär-etatistischer Tendenzen, die gegenwärtig immer mehr chauvinistische Züge annimmt. Verdächtig und vor Verfolgung nicht sicher ist heute jede/r, der/die nicht Deutsche/r ist. Staatlich-bürokratischer Rassismus und Bevölkerungsterror gehen dabei Hand in Hand – das Mannheimer Urteil ist nur ein aktuelles Beispiel für diesen Sachverhalt. Rassismus kann daher nicht auf „abweichendes Verhalten" fehlgeleiteter, quasi „außerhalb" der Gesellschaft stehender Jugendlicher reduziert werden, sondern kommt aus deren Mitte. In diesen Kontext sind auch Hondrichs Schriften einzuordnen, d.h. sie sind als Ausdruck einer Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zugunsten einer reaktionär-nationalistischen Mehrheit zu interpretieren, die sich aufgrund der kulturellen Hegemonie linker Gruppen und Bewegungen in den 70er und 80er Jahren nicht traute, das zu tun und auszusprechen, was sie dachte.

Was tun? Fest steht, daß Aktionen gegen militant auftretende rechtsextremistische Gruppierungen notwendig sind, faktisch aber zu kurz greifen. Auf sie kann schon deshalb nicht verzichtet werden, weil sie Menschen vor Übergriffen alter und neuer Rechtsradikaler schützen kann. Kurzsichtig ist eine solche Strategie, weil sie ein Folgeproblem zum ultima ratio des politischen Konflikts erklärt und so oftmals blinder Aktionismus zur Handlungsmaxime wird. Indem sich die Auseinandersetzungen um den allgemeinen, mit faschistoiden Elementen durchsetzten Rechtsruck der Gesellschaft tendenziell auf einen Bandenkrieg zwischen der autonomen Linken und der militanten Rechten reduziert, läßt sich die linksradikale Szene zur Alibifunktion für Kanthers Politik degradieren. Nicht ohne Grund steckt die Linke seit einigen Jahren in einer Krise. Indem sie fast ausschließlich das Auftreten faschistischer Glatzen in das Zentrum ihrer konzeptionellen Überlegungen stellt, macht sie falsche Politik. Die Erkenntnis, daß die militante Rechte von der konservativ-reaktionären Wende zwar profitiert hat, nicht aber deren Ursache, sondern ihre Folge ist, geht im politischen Alltag meist unter.

Indem die Ende der 80er Jahre ansatzweise geführte Diskussion über die Zukunft linksradikaler Politik nach Hoyerswerda prompt wieder ausgesetzt wurde, wurde auch die Chance einer Neubestimmung und der Entwicklung einer politisch relevanten Gegenmacht gegen das sich abzeichnende neokonservative postfordistische Modell vertan. Daher steht jetzt v.a. die Reorganisation theoretisch-politischer Kritik- und relevanter, den gesellschaftlichen Konsens provozierend-durchbrechender Handlungsfä-higkeit vor Ort auf der Tagesordnung. D.h. notwendig ist eine theoretische Bestandsaufnahme der (eigenen) jüngeren Geschichte, die möglichst als Initialzündung für eine längst überfällige Debatte über die sozio-ökonomischen Folgen der aktuellen Transformationsprozesse geeignet ist und anhand derer praktische Strategien gegen den allgemeinen Verfall der Demokratie, den Abbau bürgerlicher Freiheitsrechte und Kämpfe gegen den Ausbau des repressiven Sicherheitsstaates entwickelt werden können. Einmal mehr ist eine sehr realistische und pragmatische Opposition gefragt. Die Durchsetzung vieler kleiner Schritte ist derzeit der einzig gangbare Weg, die notwendigen Voraussetzungen für eine weitere Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im Sinne einer Reorganisation des linken Projekts zu schaffen. Dessen grundsätzliche Preisgabe, dies wird heute offensichtlich, bedeutet Barbarei. ●

Empfohlene Literatur: Kresse, Kunz, Oy (Hg), Blaupausen für die Nation, Eine Textsammlung zu den Themen: Nationalsoziologie, Neue Rechte, Hochschule und Feuilleton, Frankfurt 1994
Zu beziehen über: Gottfried Oy, Marbachweg 320, 60320 Frankfurt/M. (pro Reader 3,- DM in Briefmarken beilegen)

Manfred Deix, Deutscher Familientag

THOMAS KUNZ

gelungene Polizeiaktion?

Ruhe und Ordnung – zweiter Akt

Nicht nur nach den Ereignissen in Magdeburg wurde, die Frage laut, wo denn die Polizei geblieben sei. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Personen zeigte sich, wieder einmal, entrüstet und betroffen. Solcherart verunsicherten BürgerInnen konnte die Presse, allen voran die *taz* am Morgen des 15. August, froh und spürbar erleichtert entgegenschmettern: „Na bitte, es geht doch". Angst und Zweifel hätten nunmehr ein Ende, denn: die Polizei sei „aufgewacht".

Was war geschehen? „Mit verstärkten Verkehrs- und Grenzkontrollen haben mehrere tausend Beamte von Polizei und Bundesgrenzschutz am Wochenende die befürchteten Aufmärsche von Neonazis zum siebten Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß verhindert." (*Frankfurter Rundschau,* 15.8.94) Wie herrlich erleichternd muß es sein, nun zu hören, daß all die Entrüstung doch zu etwas geführt hat. Die historisch gewachsene Entfremdung vom staatlichen Repressionsapparat dieses Landes, in den letzten zwei Jahren bestätigt und gestiegen, scheint plötzlich überwunden. Aufrechte Demokraten und Polizei gehen gemeinsam gegen Neonazis vor – endlich. Dabei waren es doch vor allem Luxemburger Polizisten und BürgerInnen, die sich der Rechten gemeinsam (!) erwehrten.

Für all jene, die nicht ganz so vorschnell auf den herbeigesehnten Zug aufspringen mögen, bleiben deshalb berechtigte Zweifel. Konfrontiert mit dem *taz*-Headliner, stellen sich neue Fragen. *Was ging* bzw. *geht* und vor allem: warum *doch*?

Der zuletzt von den Übergriffen auf KZ-Gedenkstätten aufgescheuchte Öffentlichkeit mußte etwas geboten werden. Die argwöhnisch äugende Presse bekam das zu sehen, was sie sehen sollte. Deshalb kann der Verlauf auch nicht ernsthaft als Widerlegung rechtslastiger Tendenzen herhalten. Was sollte denn anderes herauskommen als ein *Erfolg*, wenn den vielgescholtenen *OrdnungshüterInnen* solchermaßen auf die Finger geschaut wird? Unter den Zaungästen befand sich zudem das wirtschaftliche Ausland, und dessen Investitions- bzw. Importwille hängt bekanntermaßen vom Ansehen Deutschlands ab. Gesagt, getan – wenn es um den Standort Deutschland geht, beeindruckt die Polizei auch schon mal durch eine logistisch ausgereifte Leistung gegen militante Rechte. Was gezeigt wurde, verweigert sich einer Interpretation als politische Kehrtwende im Umgang mit Rechtsradikalismus und Rassismus. Vielmehr bestand hier für die Sicherheitsbehörden die Möglichkeit, sich durch eine Scheinkonfrontation *mit* den Neonazis *gegen* den *rechten Rand* abzugrenzen. Es war die Gelegenheit zur Reinwaschung nach Fulda und Magdeburg. Die Polizei konnte ihre Nähe zur rechten Szene kaschieren und strickte mit am Mythos von der End- bzw. Verlagerung faschistischer Tendenzen an den Rand dieser Gesellschaft.

Die Notwendigkeit solcher positiver Schlagzeilen zeigt die Verunsicherung des Sicherheitsapparates. Zumal diese PR-Aktion nicht die einzige gebieben ist. Auffallend waren bereits die Bemühungen den Einsatz der GSG-9 bei der Niederschlagung des Widerstands von Abschiebehäftlingen in der JVA-Kassel vor einigen Wochen als ganz besonders unblutig darzustellen. Die bürgerlichen Medien plapperten es willfährig nach. Während die Todesumstände von Wolfgang Grams nach wie vor ungeklärt sind, wird die GSG-9 ein Jahr nach Bad Kleinen bereits wieder als unblutige Eliteeinheit gelobhudelt.

Ein weiterer Effekt des massiven Polizeiaufgebotes war dessen *zukunftsweisende*, suggestive Wirkung, die sich nahtlos in die Konzepte der VerfechterInnen der *Inneren Sicherheit* einfügt: die Verpolizeilichung gesellschaftlicher Auseinandersetzung, die Inauguration des *starken Staates*. Die Bewertung des Einsatzes vom Wochenende findet im Beschweigen des dezentralen Aktionsprogramms antifaschistischer Gruppen ihre Entsprechung.

Viel aufschlußreicher als der unter einem starken Medieninteresse inszenierte Polizeieinsatz sind die polizeilichen Aktionen, die abseits des öffentlichen Interesses stattfinden; die allenfalls nach ihrem Abschluß zu einer traurigen Berühmtheit gelangen, weil bestenfalls ein Fotoreporter in der Nähe war. An besagtem Wochenende gab es einen brutalen Polizeieinsatz in Bremen, bei dem eine von linken Gruppierungen organisierte Gegendemonstration zusammengeknüppelt wurde. Anfang Juli kam es zu Kriminalisierungsversuchen von antifaschistischen Gruppen und Einzelpersonen in Göttingen durch die Polizei. In Hannover erschießen Zivilfahnder einen kurdischen Jugendlichen. Ebenfalls in Hannover kam es zu einem äußerst brutalen polizeilichen Vorgehen bei einem Punkertreffen. In Berlin gehören rassistische Übergriffe gegen VietnamesInnen anscheinend zum gängigen polizeilichen Maßnahmenkatalog, auch in anderen Bundesländern werden ähnliche Vorwürfe erhoben. Es handelt sich um ausgewählte Beispiele, die Liste ließe sich fortsetzen. Es ist anzunehmen, daß die Dunkelziffer noch weitaus größer ist.

Die Standardantwort lautet allzu gerne, diese Einzelfälle nicht als Tendenz für die gesamte Polizei darzustellen. Ein Anliegen, das von der Realität wiederlegt wird. Auch in dieser Begründung liegt eine interessante Gemeinsamkeit mit rechtsradikalen Schlägern: die EinzeltäterInnen-These, die schon so oft zur Erklärung rassistischer Übergriffe herhalten mußte.

Die Ohnmachtserfahrungen vieler Menschen beim alltäglichen Umgang mit einer rassistischen Polizei werden dadurch ebenso individualisiert wie die jeweiligen uniformierten TäterInnen.

Die polizeilichen Bemühungen anläßlich des Todestages des Hitler-Vizes Heß sollten etwas anderes werden: eine Machtdemonstration. Die Neonazis waren vor allem Mittel zum Zweck. Die wehrhafte Demokratie zeigte Flagge. Aus der Geschichte habe sie allemal gelernt. Der Einsatz erfüllte somit auch die Funktion, die herrschende Ideologie festzuklopfen: Faschismus ist Geschichte, und die befindet sich im Museum unter Glas – größtenteils jedenfalls. Falls er entwischt, eilt die Polizei herbei. Letztere konstituierte sich hierüber einmal mehr als ein der Mitte der Gesellschaft zugehöriger Apparat. Alles in allem eine gelungene PR-Aktion. ●

THOMAS KUNZ

Erst schießen – dann fragen

Während Schäuble & Co. sich weiter und zunehmend erfolgreich daran machen, Geschichte umzudeuten, während die Kampagne zur „Inneren Sicherheit“ auf Hochtouren läuft und dennoch nicht alle Menschen im angeblich so bedrohten Land, von ihrem Bedroht- bzw. Verunsichertsein überzeugt sind, haben sich an heimischen Computermonitoren bereits die Neuen Geschichtsschreiber und Weltpolizisten durchgesetzt.

„Zu ihren Gegnern gehören Drogenkartelle in Südamerika, fanatische Extremisten im mittleren Osten, die von einem heiligen Krieg mit SCUD-Raketen träumen und sogar Terroristen...“, so der Text der Hubschrauber-Simulation COMANCHE, die „... Sie mit einer Reihe von kleineren, aber sehr effektiven militärischen Gegnern auf der ganzen Welt konfrontiert.“ Das ganze natürlich „mit Billigung der UN“. Das hellblaue Feigenblatt darf sich auch an anderen Stellen eines Bedeutungsgewinnes erfreuen. In der Flottensimulation AEGIS – GUARDIAN OF THE FLEET dürfen bundesdeutsche Stammtischkapitäne endlich UN-Begleitschutzmissionen, Verfassung hin oder her, u.a. in der jugoslawischen Adria kommandieren. Und zu guter Letzt muß immer noch der Bock zum Gärtner werden. Die PilotIn von TACTICAL FIGHTER EXPERIMENT „kann sich mit dem eingebauten Mission Builder als UNO-Befehlshaber sehr einfach eigene Aufträge zusammenstellen.“ So einfach geht das, und für Peacekeeping and -making braucht es vor allem eines, so die Lehre aller Spiele: die besseren Waffen und wenig Skrupel. Also:

Foto: Thomas Kunz

„Zeigen Sie, was Sie gelernt haben. Fröhliches Jagen!“ (COMANCHE)

Doch die gestiegene Verantwortung Deutschlands in der weiten und meist bösen Welt ist nur eine Seite der Medaille. Auch vor der eigenen Türe kann mit dem digitalen Besen trefflich gekehrt werden. Der Aufschwung Ost läßt sich im gleichnamigen Spiel meist nur herbeiführen, wenn der Kultur-Button ganz runter- und stattdessen die Kohlekraftwerke hochgefahren werden. Ansonsten, Kanther läßt grüßen, gibt's nur eines: „Die Polizei mußte vor der unüberschaubaren Gewalt- und Verbrechenswelle kapitulieren“ (AUFSCHWUNG OST) Hört, hört, wenn da mal nicht die „Innere Sicherheit“ hintersteckt; die Polizei muß kapitulieren? „Jetzt geht's bergauf“ mag sich der kritische Mensch da noch denken, doch weit gefehlt – Spiel vorbei, Chance vertan: „Sie haben versagt! Durch Ihre vielen Fehler haben Sie Deutschland in den Ruin getrieben.“ (ebd.) Prima, endlich wissen wir es, Gesellschaft ist das einfachste von der Welt und vor allem Deutsch! Hit any key to continue: Komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge auf Pulldown-Menü-Niveau. Mit anderen Worten: „Es ist besser Sie schießen erst und stellen dann Fragen“ (COMANCHE)

Sogar die gute alte Massendemo feiert ein (leider nur virtuelles) Comeback – freilich als Horrorszenario. Für das Computergame SimCity 2000 läßt sich eine Zusatzdiskette erwerben: „Vol.1 Great Disasters“. Vulkanausbrüche, Super-GAUs und UFO-Alarm (sic!) reichen scheint's nicht aus, weshalb das Grauen flugs durch erstgenannte Massendemonstration komplettiert werden muß. Da tritt die Ideologie zumindest offen zutage: Widerstand als Schreckensbild, nun auch auf heimischen Festplatten. Bis zum Strategie- und Actionspiel BGS-Söldner kann es nicht mehr lange dauern: „Wir schreiben den 27. Juni 1993. Sie befinden sich mit ihrer Spezialeinheit auf dem unscheinbaren Bahnhof von Bad Kleinen...“ – oder so ähnlich. ●

JÜRGEN SEIFERT

Um Verfassungspositionen politisch kämpfen!

Anmerkungen zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12.7.94

Anfang der fünfziger Jahre gab es eine politische Bewegung gegen eine „Remilitarisierung" der Bundesrepublik. Die Zustimmung eines Teils der SPD zur Wehrverfassung 1956 hat die SPD-Bundestagsfraktion vor eine Zerreißprobe gestellt. Gegen die Ausweitung der Befugnisse der Bundeswehr durch die 1968 verabschiedete Notstandsverfassung gab es eine machtvolle, vor allem von den Gewerkschaften getragene Bewegung. Noch mächtiger manifestierte sich die Friedensbewegung 1983 im Protest gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik.

Als das Bundesverfassungsgericht am 12. Juli dieses Jahres feststellt, daß die nach Artikel 24 Abs. 2 des Grundgesetzes mögliche Einordnung des Bundes in ein „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit" die verfassungsrechtliche Grundlage „für die Übernahme der mit der Zugehörigkeit zu einem solchen System typischen Weise verbundenen Aufgaben" schaffe, gab es nicht mehr als eine Handvoll kritischer Kommentare. Vergleicht man die Reaktion auf die Entscheidung des Gerichtes zur Schwangerschaftsunterbrechung vor einem Jahr, dann kann man sagen: Die Gerichtsentscheidung spiegelt offenbar das wider, was in diesem Lande politisch gedacht wird. Wenn diese Deutung richtig ist, kommt es nicht auf eine Urteilsschelte und das Zitieren von Bestimmungen des Grundgesetzes an, sondern auf die Frage nach den Ursachen für den Absturz einer wichtigen Gegenposition.

Das geschriebene Verfassungsrecht existiert nicht für sich selbst. Es wurzelt in den materiellen Lebensverhältnissen der Menschen und hat seine Grundlage in der Anerkennung durch die rivalisierenden politisch-gesellschaftlichen Kräfte. Deshalb rächt es sich, wenn die Realverfassung der Gesellschaft nicht in die Verfassungskämpfe einbezogen wird. Der entscheidende Kampf um Verfassungspositionen (so postulierte ich es 1966 in der Auseinandersetzung um die Notstandsverfassung) „wird in der Verfassungswirklichkeit geführt".

Auf Grund der Auseinandersetzung um Wehrverfassung und Notstandsgesetzgebung gingen bis zum Anfangsphase der Regierung Kohl alle im Bundestag vertretenen Parteien davon aus, daß jede Verwendung deutscher Streitkräfte im Rahmen von UNO-Verpflichtungen nicht ohne eine dem Grundgesetz entsprechende deutsche Regelung zulässig sei. Ohne derartige rechtliche Voraussetzungen hielt man selbst den Einsatz von „Blauhelmen" nicht für verfassungsgemäß. Doch man wich dem Problem aus. Die sozial-liberale Koalition hat keine derartige Grundlage durchgesetzt. Dieses Verdrängen hat sich bitter gerächt. Zwar erfolgte die deutsche Beteiligung bei einem „Blauhelm"-Einsatz der Vereinten Nationen in Namibia „nur durch den Bundesgrenzschutz". Doch damit beginnt zugleich eine Praxis der Exekutive, die Verfassungswirklichkeit Schritt für Schritt zu verändern.

Das war deshalb möglich, weil – abgesehen von einem Teil der Friedensbewegung und eines Flügels in der SPD – die Mehrheit der Bevölkerung Maßnahmen der Friedenssicherung, die nur im Einverständnis mit den Konfliktpartien erfolgen (als „Blauhelme"), im Prinzip bejaht. Selbst die von anderen Voraussetzungen ausgehenden Einsätze von Streitkräften in der Adria und in Somalia wurden meist (als Maßnahme der UNO) nicht inhaltlich in Frage gestellt; umstritten waren sie, weil eine rechtliche Grundlage fehlte und weil sie (ohne Feststellungsbeschluß des Bundestages) auf die Organisationsgewalt der Exekutive gestützt wurden.

Spätestens seit der Phase, in der Rupert Scholz als Bundesminister für Verteidigung amtierte, hat dieses Ministerium geltend gemacht, daß die Vereinten Nationen ein „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit" sei, dem sich der Bund gemäß Artikel 24 Abs. 2 des Grundgesetzes „zur Wahrung des Friedens" eingeordnet habe. Damit sei eine neue verfassungsrechtliche Situation entstanden. Die sich ergebenden Verpflichtungen seien ein Einsatz der Bundeswehr, den „dieses Grundgesetz ausdrücklich zuläßt" (Art. 87a, Abs.2). Die meist weit rechts von der „Mitte" stehenden Lehrer des deutschen Staatsrechts haben sich diese Auslegung zu eigen gemacht.

Noch gewichtiger als diese Veränderung der Realverfassung durch Ausnutzung der Prämie auf den legalen Machtbesitz ist eine grundlegende Veränderung der Realverfassung der Bundesrepublik durch die deutsche Neuvereinigung, die Auflösung der Sowjetunion, die damit verbundene neue Situation im Weltsicherheitsrat, der Golfkrieg und die Situation der Moslems in Bosnien. Quer durch alle politischen Lager verliefen jetzt neue Fronten. Zur Verteidigung Israels oder zum Schutz der Moslems wurde ein militärisches Eingreifen weithin gerechtfertigt. Hinzu kam, daß niemand mehr verstand, warum die Bundeswehr zur Verteidigung der Türkei als NATO-Partner verpflichtet, in Somalia aber nicht einmal zur Selbstverteidigung berechtigt sein solle. Manche dieser Verrücktheiten wurden von der Bundesre-

gierung bewußt produziert, Besuche des Generalsekretärs der Vereinten Nationen geschickt arrangiert. Aber der Bundestag wurde nicht übergangen; im Verteidigungsausschuß gab es kaum Differenzen. Der Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 nicht aus Taktik als Erfolg interpretiert: Es war sein Sieg über Beschlüsse von Parteitagen der eigenen Partei.

Zugespitzt formuliert kann man sagen, die Verfassungsrealität war in den letzten Jahren so verändert worden, daß das Bundesverfassungsgericht – abgesehen von der nicht ernsthaft strittigen „konstitutiven Entscheidung des Bundestags – die „Rechtslage" nur der Realität angepaßt hat.

Wer aus diesem für die Befürworter weltweiter bewaffneter Einsätze der Streitkräfte der Bundesrepublik erfolgreichen Kampf lernen will, muß sich einer kritischen Analyse der Gegenpositionen stellen.

Als nicht haltbar hat sich die Auffassung erwiesen, selbst den Einsatz der Streitkräfte durch die UNO zu friedenssichernden Maßnahmen im Einverständnis der Konfliktparteien (als „Blauhelme") aus pazifistischen oder verfassungsrechtlichen Gründen prinzipiell abzulehnen (oder – analog zu Art. 115a, Abs.1 Grundgesetz – an die hohe Hürde eines mit einer „Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen, mindestens der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages" gefaßten Beschlusses zu binden). Ebenso problematisch war der Versuch, aus der in Artikel 26 Abs.1 Grundgesetz festgelegten „Friedenspflicht" und aus dem Begriff „Verteidigung" eine spezifische territoriale Begrenzung des Einsatzes der Streitkräfte durch das Grundgesetz herauszulesen.

Die Vorstellung, solche Verfassungspositionen (die mit dem Verfassungstext nur durch Interpretation zu belegen sind) vor dem Bundesverfassungsgericht durchsetzen zu können, zeugt von einem ungebrochenen Glauben an die Macht des Rechts, der heute nicht einmal mehr bei Liberalen zu finden ist. Ein solcher Glaube an das Recht und die Bestätigung der eigenen Vorstellungen durch das Bundesverfassungsgericht hat wesentlich dazu beigetragen, daß politische Lösungen nicht gesucht wurden.

Alle Gegenpositionen haben die Einordnung in ein „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit" zur „Wahrung des Friedens" anerkannt. Aber es gab (von Ausnahmen abgesehen) keine konkreten Vorstellungen darüber, in welchem Verhältnis innerstaatliches deutsches Recht und „Verpflichtungen" aus der Zugehörigkeit zu den Vereinten Nationen stehen. Rupert Scholz und (ihm folgend) die Union beriefen sich auf die Organisationsgewalt der Exekutive. Demgegenüber war geltend zu machen, daß sowohl nach der Regelung in Art. 59a Abs. 1 in der Fassung von 1956 als auch nach Art. 115a Abs. 1 Grundgesetz der Bundestag die konstitutive Feststellungskompetenz besitzen soll, ob ein „Verteidigungsfall" oder ein Angriffskrieg vorliegt. Der Kampf um diese Feststellungsbefugnis und das erforderliche Quorum (wie es in Art. 115a Abs.1 Grundgesetz festgelegt worden war) wurde nicht mit der erforderlichen Entschiedenheit geführt. Dennoch hat Bundesverfassungsgericht diesen Ansatz bestätigt; aber es konnte (oder wollte) aus dem Grundgesetz nicht herleiten, daß das 1968 politisch durchgesetzte besondere Quorum gemäß Art. 115a Abs. 1 auch für alle anderen Fälle eines Einsatzes der Streitkräfte gelten muß. Beim Kampf um Verfassungspositionen werden von vielen solche „bloß formalen Regelungen" zu gering geachtet; doch das Beispiel „habeas corpus act" zeigt, daß nicht „Werte", sondern Verfassungsverfahrensregelungen den Kern des Verfassungsstaates ausmachen.

Noch gewichtiger war, daß viele „Linke" (fixiert in der Ablehnung von „Blauhelm"-Einsätzen) die Satzung der Vereinten Nationen nicht gelesen und die Unterschiede möglicher Einsätze der Streitkräfte im Rahmen der UNO nicht gesehen haben. Die Bundesregierung und der überwiegende Teil der Medien haben vermutlich auf Grund einer bedingungslosen „Treue" zu den USA den Unterschied zwischen dem Einsatz von Streitkräften unter der Leitung der Vereinten Nationen (nach Art. 43 der UNO-Satzung) und den eigenverantwortlichen militärischen Maßnahmen von Einzelstaaten auf Grund einer Entschließung des Weltsicherheitsrates verwischt. Letzteres ermöglichte den Gegenschlag im Golfkrieg mit der Folge, daß nicht der Sicherheitsrat oder der Generalsekretär der Vereinten Nationen über das Waffenstillstandsangebot des Irak entschieden, sondern der Präsident der USA.

Wenn dieser Unterschied zwischen einem Einsatz unter Leitung der Vereinten Nationen und eigenverantwortlichen nationalen Maßnahmen zum zentralen öffentlichen Thema gemacht worden wäre, hätte (so vermute ich) die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts anders aussehen müssen.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht das Quorum für den „Feststellungsbeschluß" für den Einsatz der Streitkräfte nicht festgeschrieben hat, ist es auf der politischen Ebene nicht leicht, die vom Gericht als erforderlich angesehene einfache Mehrheit durch eine Änderung des Grundgesetzes zu verändern.

Es bleibt jedoch dem Gesetzgeber unbenommen (sofern eine verfassungsrechtliche Regelung nicht erreicht werden kann), auch durch ein „einfaches" Gesetz die Voraussetzungen für einen Einsatz der Streitkräfte im Rahmen von Systemen der gegenseitigen kollektiven Sicherheit festzulegen. Durch Gesetz kann die Organisationsgewalt der Exekutive eingeschränkt werden. Ein solches Gesetz könnte festlegen,

Zwischen Rätesozialismus und Reformprojekt

Lesebuch zum 70. Geburtstag von Peter von Oertzen

herausgegeben von:
Karin Benz-Overhage,
Wolfgang Jüttner und Horst Peter

Aus dem Inhalt:
Peter von Oertzen und die Linke
Linkssozialismus und Sozialdemokratie
Westdeutsche Linke und „Realsozialismus"
Demokratischer Sozialismus nach '89
Reformismus und seine Kritiker
Zukunft der ArbeiterInnenbewegung
Gesellschaftlicher Strukturwandel
Ökologisch-solidarischer Umbau
Rotgrün?

Mit Beiträgen von
Ernest Mandel,
Jakob Moneta,
Jürgen Seifert,
Wolfgang Jüttner,
Arno Brandt, Oskar Negt,
Wolfgang Thierse,
Uwe Kremer,
Frieder Otto Wolf,
Joachim Raschke,
Michael Vester,
Ludger Volmer,
Heidemarie Wieczorek-Zeul,
Thomas Westphal,
Edelgard Bulmahn,
Hermann Scheer,
Elmar Altvater,
Horst Peter

Preis: DM 25,–
zzgl. Versandkostenanteil DM 3,- (möglichst V-Scheck!)
Bestellungen an:
spw-Verlag, Schanzenstraße 31, D - 51063 Köln

- daß der Einsatz von Streitkräften für „Blauhelm"-Einsätze auf Grund eines Beschlusses des Bundestages mit einfacher Mehrheit möglich ist;
- daß für jeden militärischen Einsatz deutsche Streitkräfte die Mehrheit der Mitglieder des Bundestags („Kanzlermehrheit") erforderlich ist und
- daß ein solcher Einsatz nur im Rahmen von Art. 43 der Satzung der Vereinten Nationen zulässig ist.

Ein solches Gesetz könnte auch den Einsatz der Streitkräfte im Rahmen der Europäischen Union und für den Einsatz des „deutsch-französischen Eurokorps" an Feststellungsbeschlüsse des Bundestages binden. Das setzt nicht nur andere Mehrheiten im Deutschen Bundestag voraus, sondern auch eine öffentliche Meinung, die solche Begrenzungen für erforderlich hält. Die FDP wäre bei solchen Regelungen ein wichtiger Partner.

Festzuhalten ist: Das Bundesverfassungsgericht kann weder die in Art. 26 Abs. 1 Grundgesetz verankerte Ächtung von „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere einen Angriffskrieg vorzubereiten" aufheben noch das Verfassungsgebot „dem Frieden der Welt zu dienen" aus der Präambel streichen. Politik und Verfassungsauslegung müssen sich an diesen Verfassungsprinzipien orientieren.

Die Lehre der Entscheidung des Bundesverfassungsgericht wird nur begriffen, wenn der Kampf um Verfassungspositionen in Zukunft politisch geführt wird, statt vom Bundesverfassungsgericht das Bestätigen der eigenen Vorstellungen zu erwarten. ●

Jürgen Seifert ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft in Hannover.

„Jetzt sind wir grundsätzlich frei"
(K. Kinkel)

NORBERT KRESSE

Ein Staat unter Staaten

Wer den Ruf nach der „Neuen Weltordnung" seit dem Aufbrechen der Ost-West-Konfrontation noch im Ohr hat, wird den Nachhall bei den vermehrten internationalen Militäreinsätzen spätestens seit dem zweiten Golfkrieg nicht überhören.

Trotz aller Hindernisse und Rückschläge versucht sich die UNO auf zwar wenigen, doch immerhin medienpräsenten Kriegsschauplätzen als universelle Friedens- und Sicherheitsinstanz. Im Zusammenspiel mit NATO und WEU sollen abwechselnd in Kuwait, Kambodscha, Somalia und Ruanda „Humanität und Menschenrechte" gerettet und nebenbei ein „System kollektiver Sicherheit" installiert werden. Im Hoheitsgebiet der BRD entsteht nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 12. Juli und der hinterhereilenden legislativen Absegnung der aktuellen Bundeswehreinsätze durch den deutschen Bundestag ein neues Gefühl des Dabeiseins.

Foto: Thomas Kunz

Mit dem Sieg des Westens im kalten Krieg, der den Anschluß der DDR an die BRD möglich machte, sah sich die NATO genötigt, ihre politische Legitimation als Verteidigungsbündnis um die Komponente einer peacekeeping army zu ergänzen. Die Einbindung Deutschlands in dieses neue Modell stand nie außer Zweifel. Vor die deutsche Beteiligung an der faktischen Umsetzung dieses Konzepts in konkrete Militäreinsätze haben die Götter aber die jahrelange Rücksichtnahme auf das Grundgesetz gestellt. Daß diese Hürde mit dem BVG-Urteil aus dem Weg geräumt wurde und die volle militärische Souveränität wieder hergestellt werden konnte, daran hat die Außenpolitik der Bundesregierung keinen geringen Anteil. Die Testballons, die seit langem unterwegs sind, erscheinen im Rückblick als klug durchdachte schrittweise Annäherung an die weltpolitische Bedeutung, die der BRD nach Meinung deutscher PolitikerInnen längst zukommen müßte. Ob als Sanitätsdienst in Kambodscha, logistische Unterstützung in Ex-Jugoslawien oder humanitärer Einsatz in Somalia. Immer ging es auch innenpolitisch um die Frage, wie die Öffentlichkeit und die Opposition auf die Einsätze reagieren würden. Die Entscheidung einer Truppenentsendung wäre bis vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen. Seither aber hat sich die Debatte über die deutsche Beteiligung an internationalen Kampfeinsätzen verschoben.

Die Struktur der scheinbaren Konsensbildung, die sich in den letzten Jahren etablierte, ließe sich hier erneut ablesen. Kein Thema, in dem sich in „strittigen Fragen" nicht aus Gründen der Staatsräson ein „parteiübergreifendes Einvernehmen" erzielen ließe. Auch angesichts stärker gewordener Wünsche unter den Bündnispartnern hat sich der politische Pragmatismus über alle moralischen und juristischen Bedenken hinweggesetzt, die nur so lange Bestand hatten, wie die innen- und außenpolitische Lage eine andere Entscheidung noch nicht zuließ. Die RichterInnen des Bundesverfassungsgerichts holen mit ihrer Entscheidung, deutsche Auslandseinsätze seien im Grundsatz verfassungskonform, auf juristischer Ebene den politischen Konsens ein. Blauäugig wäre es, von ihnen zu erwarten, sie würden der neuen Linie Steine in den Weg legen. Das politische Scheingefecht in Karlsruhe hat sich längst in die großkoalitionäre Einsicht aufgelöst, daß jetzt auch militärische Ambitionen Wirklichkeit werden müssen. Wäre der Richterspruch anders ausgefallen, hätten CDU und SPD zwar die etwas unangenehme Aufgabe gehabt, das Grundgesetz per Zweidrittelmehrheit adäquat hinzubiegen, aber dieser demokratische Akt wäre gesellschaftlich gedeckt gewesen, weil die politischen Gegner, die sich gegen „berechtigte nationale und internationale Interessen" stellen, nur wenige sind. Insofern ändert die etwaige Inthronisierung der SPD als Regierungspartei im Oktober kaum etwas. Der Schritt von der kollektiven inneren Sicherheit zur äußeren ist ohnehin nur ein kleiner, und wenn es Zeit war, haben die Sozialdemokraten immer ihre Einsicht in die nationalen Notwendigkeiten bewiesen. Was ihnen allerdings am Herzen lag, war das notorisch schlechte Gewissen der deutschen Soldaten, die nichts tun, was vorher nicht demokratisch abgesegnet wurde. So mußte die SPD darauf achten, daß hinter jedem Finger am Abzug das „deutsche Volk" steht und so natürlich auch jedes potentielle Opfer im Tod noch versichert sein kann, daß alles mit rechten Dingen zugeht. Als DemokratIn packe ich hier die Kritik getrost weg. Es sei denn, ich erkenne die „Realitäten" nicht an und stelle mich einer scheinbar unausweichlichen Logik in den Weg.

Mit dem größer gewordenen Deutschland und seiner ökonomischen Macht, zudem seiner strategisch wichtigen Lage in Europa, ist es doch nur normal, wenn man sich mit den Pflichten und Rechten in die anderen

Staaten einreiht und „Verantwortung“ übernimmt. Zu den dazu notwendigen Insignien gehört die von jeglicher Verfassungsbindung unabhängige „freie politische Entscheidung“, wo und wofür die nationalen Streitkräfte im Dienste einer höheren Sache einzusetzen sind. Der Begriff der Verantwortung hat in der innenpolitischen Debatte zwei Funktionen: Erstens ist er das Zugpferd, das die deutsche Außenpoltitik auf die Bühne der Weltöffentlichkeit zieht. Dort wird sie von den prüfenden Blicken der Staatengemeinschaft unter Augenschein genommen und muß sich schämen, weil sie noch keinen Beitrag geleistet hat wie alle anderen. Zum zweiten gehört „Verantwortung“ zum Jargon des überlegt Vernünftigen, der im Marschgepäck eine gehörige Portion Vorsicht verstaut. Diese automatisch an die Siegesfeier über den Gerichtsentscheid angehängte Relativierung gipfelt in der monoton vorgetragenen Absicht, man wolle trotz allem die „Kultur der Zurückhaltung“ in der deutschen Außenpolitik pflegen. Zum ersten gehört Außenpolitik noch nicht zum deutschen Kulturgut, und zum zweiten kann man mit Blick etwa auf die diplomatische Praxis auf EG-Ebene im Jugoslawienkonflikt nicht von Zurückhaltung reden. Das Schwadronieren von ihr ist aber mindestens Bestandteil einer Strategie, die den nächsten Schritt vorbereitet, indem sie den letzten kleinredet. Für die Bundesregierung ist der Aufstieg in die Reihen der privilegierten Westmächte ein normaler Vorgang, bei dem sich gerade die bisherige „Sonderrolle“ über Bord werfen läßt. In der politischen Euphorie über diese Normalisierung läßt sich jedoch das Hinunterpurzeln einer historischen Zentnerlast vernehmen. Zu hören ist es am lautesten im Ausspruch von Klaus Kinkel: „Jetzt sind wir grundsätzlich frei“.

Was der deutschen Nation als Ehrabschneidung galt, ist ausgetilgt, nach der politischen auch die volle militärische Souveränität nach innen wie nach außen endlich wiederhergestellt.

Souveränität“ heißt als Prozeß ihrer Rückgewinnung für den spezifisch deutschen Fall: Abschluß mit der belastenden Vergangenheit. Als geteiltes Land war Deutschland besiegtes und besetztes Land. Als wiedervereinigte BRD war das alles ein langer böser Traum, aus dem man als weltoffener und moderner Wirtschafts- und Bündnispartner erwacht ist. Nach dem Überlaufen zu den Siegern des zweiten Weltkriegs gibt es eh keinen Verlierer mehr, und die unliebsamen Erbschaften des Nationalsozialismus werden in nationalen Museen kalt gestellt.

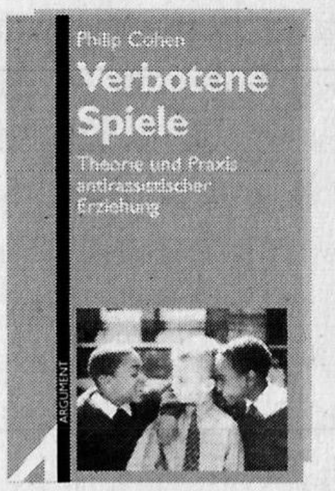
Keine Sieger aber ohne Beweise für den Siegeswillen. Dem Rehabilitierungsbedürfnis zur Seite springend beweist nationale Geschichtsschreibung ihre selektiven Fähigkeiten an der Auswahl der dafür vorgesehenen Traditionslinien. Nicht nur aus Jubiläumszwecken wird darum der deutsche-nationale Widerstand – selbstverständlich vom kommunistischen gesäubert – in Feuilletons und Gedenksälen rausgeputzt und ausstaffiert. Männer in schwarzen Fracks betonen unerbittlich den nimmer müde werdenden Willen der deutschen Wehrmacht zur Niederlage durch Tyrannenmord. In die Fußstapfen dieses „anderen Deutschland“, das zum Zwecke des Dolchstoßes hinter seinem Führer stand, trat die BRD und sollen demnächst brave deutsche Soldaten treten.

Da die Bundesregierung dies noch nicht vollends unter Beweis stellen konnte, hat für sie wohl die Nichteinladung zur Feier des D-DAY in der Normandie einen bitteren Nachgeschmack. Schon wieder stand man in der Ecke und mußte zuschauen. Schon wieder war man nicht dabei.

Mehr als „versöhnlich“ war deshalb die Beteiligung des deutschen Kontingents des Euro-Corps auf den Champs-Elysées am französischen Nationalfeiertag. Ein „historischer Tag“, an dem die berechtigte Kritik französischer Widerstandskämpfer nicht weiter störte, weil die Präsentation deutscher Truppen im Ausland jetzt bald zum politischen Alltag gehört. Die deutsche Armee trat neben der spanischen und belgischen bereits als gleichberechtigter Militärpartner auf die Bühne. Den Militärstrategen hierzulande kam es sehr gelegen, daß die Franzosen ein eminentes Interesse daran haben, die BRD unter ihre militärischen Fittiche zu nehmen, um gemeinsam mit ihr innerhalb der NATO ein europäisches Gegengewicht zu USA und Rußland zu etablieren. Das aus der deutsch-französischen „Brigade“ hervorgegangene Modell des „Euro-Corps“ gilt als Kern einer noch zu bildenden europäischen Armee, die unter einem gemeinsamen Generalstab im europäischen Raum und darüber hinaus massive Ordnungsfunktionen übernehmen wird. Die Forcierung dieses Projekts mit möglichst großem eigenen Einfluß ist ein wichtiges Anliegen deutscher Außenpolitik. Darauf bleibt sie aber nicht beschränkt. Größere Ansprüche sind jetzt auch in der UNO möglich, wo es auf absehbare Zeit einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu holen gilt. Für die BRD wird es durch die Potenz militärischer Einsätze in Zukunft nicht gerade schwieriger, für dieses Ziel die diplomatischen Fäden zu ziehen. Dabei überlassen es die Gesetzeshüter in Karlsruhe mit ihrer unbestimmten Definition von „Systemen kollektiver Sicherheit“ der politischen Klasse, nicht nur über den Zeitpunkt und die Qualität der Aktion ihrer Streitkräfte zu entscheiden, sondern auch mit welchen Bündnispartnern und in welchen Weltregionen. Dabei geht es für die BRD weniger um die Vertretung dezidiert deutscher Interessen in aller Welt. Vielmehr zielt ihre Außenpolitik auf die Herstellung der politischen Bedingungen, in denen sie auf internationalem Parkett zum größeren Machtfaktor wird. ●

Norbert Kresse studiert Gesellschaftswissenschaft an der Universität Frankfurt.

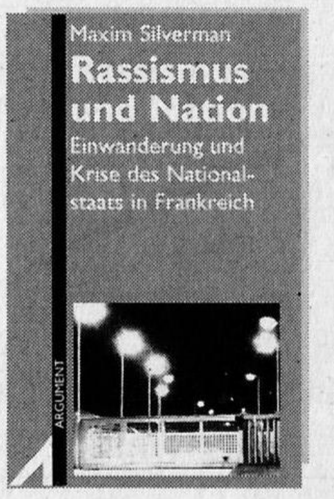
Theorie und Praxis antirassistischer Erziehung



Philip Cohen
Verbotene Spiele
Argument Sonderband
Neue Folge Band 214
304 Seiten. 40 Abbildgn.
29 DM/225 ÖS/30 SF
ISBN 3-88619-214-8

Gegenstand der Untersuchung sind die vielfältigen Ebenen rassistischer *und* antirassistischer Diskurse und die Grenzen gängiger Erklärungsmuster für Rassismus. In der detaillierten Beschreibung seines Forschungsprojektes über Rassismus in der Schule schildert Cohen Beobachtungsmethoden, die auch im Alltag von Schule oder Jugendarbeit anwendbar sind; in den Materialien für einen antirassistischen Unterricht finden sich Vorschläge zum Verfassen von Fotoromanen, für Spiele mit Fotomasken und Monsterverkleidung und zum Umschreiben von Kinderbüchern, Filmen und Comics.

Problem »Immigranten«?



Maxim Silverman
Rassismus und Nation
Argument-Sonderband
Neue Folge Band 220
224 Seiten
29 DM/228 ÖS/30 SF
ISBN 3-88619-220-2

Eine äußerst gründliche Betrachtung aller wichtigen Aspekte des Einwanderungsdiskurses, wie er in Frankreich seit den 60er Jahren geführt wird. Silverman zeigt, daß dieser Diskurs unter Berufung auf »die Nation« oder »das Nationale« immer stärkere rassistische Konturen bekam und mit seiner Hilfe die allmähliche Ausgrenzung der Immigranten betrieben wurde. Folglich geht es nicht um die ökonomische Analyse von Migrationsströmen oder den Aufstieg von Le Pens *Front National*, sondern um den modernen Nationalstaat, zu dessen zentraler Problematik die Phänomene von Einwanderung und Rassismus gehören. Weil der Nationalstaat und sein Konzept der Staatsbürgerschaft ihre historische Berechtigung zu verlieren beginnen, werden »die Immigranten« zum Problem. In Deutschland hat die öffentliche Diskussion um diese zentrale Frage noch kaum begonnen. Silvermans besonnenes Buch kann hier Denkanstöße geben.

Im guten Buchhandel und bei:
Argument Vertrieb
Reichenberger Straße 150
10999 Berlin
Fax: 030 611 42 70

Argument
Hamburg · Berlin

Im Alter von 89 Jahren starb am 31. Juli 1994 die Architektin, Marxistin und politische Publizistin Karola Bloch in Tübingen. Die undogmatische Linke war 1905 im polnischen Lodz geboren, erlebte die Russische Revolution 1917 in Moskau, studierte in Berlin unter dem Einfluß des Bauhauses und entschied sich, – trotz Bedenken gegen die stalinistische Politik – 1932 in die KPD einzutreten. Diese Organisation erschien ihr damals die geeignetste im Kampf gegen Hitler. Im Untergrund agierte sie Mitte der dreißiger Jahre als 'Olga' auf dem Boden des Reichsgebietes gegen die Nazis. Sie reiste von Paris über Berlin nach Warschau und half, den praktischen Widerstand zu koordinieren. Nach ihrem Exil in den USA kehrte sie nach Europa zurück in der Hoffnung, die DDR sei auf dem Weg zu einem besseren Deutschland. Doch bald zerstritt sie sich mit Ulbricht. Als sie sich offen auf die Seite der polnischen und ungarischen Aufständischen stellte, wurde sie als „polnische Chauvinistin" nach 25jähriger Mitgliedschaft in der kommunistischen Bewegung aus der SED ausgeschlossen. Seit 1961 lebten Karola und Ernst Bloch in Tübingen. Sie engagierte sich gegen die Notstandsgesetze und gegen den Vietnamkrieg, solidarisierte sich mit dem SDS und befreundete sich mit Rudi Dutschke. In ihren Schriften „Die Sehnsucht des Menschen, ein wirklicher Mensch zu werden" beschreibt Karola Bloch ihre Begeisterung, als sie hörte, wie 1968 StudentInnen die Professoren mit Tomaten bewarfen: „Tomate tut doch nicht weh." In ihrer Tübinger Zeit arbeitete sie in der Frauenbewegung, in der Friedensbewegung, half den Sandinisten und auch der Solidarnosc. Sie war lange Zeit im Sozialistischen Büro, Leserin der *links* und Aktive im 'Komitee für Grundrechte und Demokratie'. Ihr politischer Freund und Verleger, Welf Schröter, würdigte bei der Trauerfeier ihr ungewöhnliches Leben.

WELF SCHRÖTER

Kommunistin im Widerstand

Ansprache am Sarg Karola Blochs / Bergfriedhof Tübingen 8. August 1994

Lieber Jan, liebe Angehörige,
liebe Freunde, verehrte Trauergemeinde,

unsere Freundin, Ratgeberin und Mahnerin Karola Bloch ist tot. Unsere Trauer über den unersetzlichen Verlust eines außerordentlichen Menschen ist gepaart mit dem Gefühl, daß der Tod ihr Erleichterung verschaffte. Er gab ihrem Körper auf dem Sterbebett zurück, was ihr persönlich immer wesentlich war – die Würde. Ruhig und selbstsicher hatte sie sich einige Tage zuvor bewußt von ihren Freunden und der Welt verabschiedet.

So beeindruckend ihr Leben war, so einprägsam blieb ihr Abschied. Ungeduldig erwartete sie das Ende körperlichen Seins. Doch bis zuletzt behielt sie ihr gütiges, tröstendes Lächeln.

Für jene, die sich in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren auf den Weg machten für eine bessere, humanere Gesellschaft, bedeutete die Begegnung mit Karola Bloch den Anfang einer grundlegenden, ethisch-moralischen Weichenstellung. Wer sie traf, sie hörte, mit ihr arbeitete, wurde nachdenklich und zugleich zu noch stärkerem Engagement gefordert. Im Sommer 1979 schrieb sie in einem Brief an Rudi Dutschke[1], dem ich persönlich meine Bekanntschaft und Freundschaft mit Karola zu danken habe: „Die Alten sterben aus, Ihr Jüngeren müßt Euch nun besonders bemühen, – trotz allem – die rote Fahne hochzuhalten." Diese rote Fahne war es, die ihr Leben prägte. Sie war das Symbol für einen menschlichen Kommunismus in Demokratie und Wahrhaftigkeit. Die rote Fahne war ihr das Signal der Rebellion gegen Unrecht und Lüge. Doch Karola stellte unmißverständlich klar, daß sie nicht Hammer und Sichel der Partei oder des Kremlgebäudes der Stalinschen Prozesse meinte, nicht den blutigen Flaggenschmuck auf den Panzern in Budapest und Prag, nicht den verfärbten Stoff jener, die 1981 ihre Heimat in eine Militärdiktatur verwandelten und die demokratische Hoffnung Solidarnosc zu ersticken suchten.

Karola sah ihre rote Fahne in den Gefängnissen von Santiago de Chile und Diyarbakir, von Teheran und Sibirien, von Kapstadt und San Salvador. Ihr war sie Symbol für einen revolutionären Humanismus, für Emanzipation und für Gleichberechtigung. Oft genug unterdrückte sie mühsam Tränen der Freude und der Trauer, wenn sie in Eisensteins Panzerkreuzer Potemkin nach gelungener Revolte das Hissen der roten Fahne sah und doch die Niederschlagung bevorstand.

Karolas rote Fahne meinte nicht ein politisches System oder ein Parteiprogramm. Sie stand für eine integre Haltung eines Menschen in Würde. Ihr sozialistischer Tagtraum speiste sich aus enttäuschten Hoffnungen. Sie verband die Russische Revolution, Rosa Luxemburg, den Prager Frühling, die Bergpredigt und ihr Verständnis einer – wie sie sich nannte – „Feministin am Rande" zu einer Praxis der Solidarität. Mit ihrer ganz persönlichen Philosophie der Praxis, ihrem ethischen Kommunismus des Herzens, war sie manchem linken Theoriezirkel um viele Schritte vorausgeeilt.

Solidarität brachte sie Angela Davis, Vaclav Havel, Nelson Mandela, Gajo Petrovic, Jürgen Teller, den Befreiungsbewegungen in Vietnam und in Nicaragua genauso entgegen wie den Häftlingen in Rottenburg, den Festgenommenen von Mutlangen und den Clochards von Tübingen. Ihre Geradlinigkeit, Offenheit und Direktheit sicherten ihre Glaubwürdigkeit.

Vor allem aber folgte sie dem Gedanken: „Gehe zu jenen, die Dich brauchen, nicht zu denen, die Du brauchst."[2] Wer zu ihr kam, wußte: Auf Karola kannst Du Dich verlassen!

Zweimal aber wich sie in ihrer Tübinger Zeit von dieser Linie ab. Zweimal glaubte sie, durch Zurückhaltung mehr Unterstützung leisten zu können als durch exponiertes Eingreifen. Obwohl sie im Jahre 1968 entschlossen auf der Seite der Studentenbewegung standen, lehnten Karola und Ernst Bloch eine Einladung des Berliner SDS ab, auf dem Vietnamkongreß zu sprechen.

Karola erklärte den Studenten, daß „auch mir die Vorstellung nicht behagte, daß drei Deutsche, die da repräsentativ sprechen würden, jüdische Emigranten wären – Fried, Weiss, Bloch. Ihre Generation [die der Studenten nämlich] hat selbstredend eine ganz andere Beziehung zum jüdischen Problem, aber wir sind da noch befangen; wir wissen, wie viele in der BRD bösartig denken würden: immer wieder die Juden ..."

Viele Jahre später, wenige Monate vor dem 40. Jahrestag des Warschauer Aufstandes, fand in Karolas Wohnung ein Gespräch statt, dem ich als Freund beiwohnte und das sich tief in mein Gedächtnis eingrub. Ein junger Deutscher, Wegbegleiter Rudi Dutschkes, unterbreitete Karola eine Bitte der jüngsten parlamentarischen Partei des Bundestages. Er fragte, ob sie bereit wäre, eine symbolische Kandidatur zum Amt des Bundespräsidenten im Mai 1984 anzunehmen. Zwar hätten sich die großen Parteien auf eine sehr respektable Persönlichkeit geeinigt, jedoch wollten sie ein Signal für eine neue politische Kultur in Europa und ein Zeichen der Versöhnung mit Polen setzen.

Karola spürte, daß es hier Vertreter einer jungen Generation ernst meinten und Wege suchten, Gesten der Entschuldigung und des Eingeständnisses von Scham angesichts der NS-Verbrechen in Polen zu finden. Sie fühlte sich geehrt, lehnte aber dennoch die Bitte bescheiden ab. Ihr Hinweis, sie sei Polin und Jüdin, erinnerte daran, daß die Öffentlichkeit in Deutschland ihrer Meinung nach auf einen solchen Schritt noch nicht vorbereitet sei. Sie glaubte, eine Kandidatur ihrerseits würde – zum damaligen Zeitpunkt – dem Verhältnis zwischen Deutschen, Juden, Christen und Polen eher schaden als nützen.

Wir haben über diesen Tag später nie mehr gesprochen. Es war eine Entscheidung von wirklicher Größe und menschlichem Format. Wer hätte eingedenk der Biographie von Karola Bloch nicht eher einen kämpferischen Auftritt im Bundeshaus erwartet, mit dem sie an die Besetzung Polens und vor allem aber an die Verbrechen im Warschauer Ghetto, in Auschwitz und Treblinka erinnerte. Sie hätte das moralische Recht besessen, aufrecht und in Würde an ihre Familie, ihren Bruder, ihren Vater zu erinnern, die im Konzentrationslager ermordet worden waren.

Nein, Karola hoffte auf die junge Generation – hier und in Polen –, denen eines Tages die Versöhnung gelingen werde. Eine mögliche Konfrontation und Zuspitzung im Mai 1984 wäre ein Hindernis geworden. Die gute politische Geste des deutschen Eingeständnisses der Scham am jetzigen 50. Jahrestag des Aufstandes in Warschau hat ihr nachträglich recht gegeben.

Karolas Ausstrahlung und ihre Wirkung blieben gegenüber jenen, die mehr als ein halbes Jahrhundert jünger waren als sie, bis zum Schluß erhalten. Sie vermittelte ihnen Kraft und stärkte ihr Selbstbewußtsein. Das Geheimnis dieser Faszination lag in ihrer Ehrlichkeit. Ihr Lebensweg mit scharfen Ecken und Kanten hatte ihr eine Tugend aufgedrängt, die als List der Dialektik half, schwere Schicksalsschläge zu tragen. Drei große Niederlagen begleiteten ihren Weg: Der trotz vieler Anstrengungen nicht abgewendete Nationalsozialismus, die furchtbare Einsicht, ihren Bruder und ihre Angehörigen nicht aus dem Ghetto retten zu können und der unvermeidbare Bruch mit dem Parteikommunismus. Für uns Nachgeborene zeigte sich besagte List in Karolas Fähigkeit, mit Disziplin und Wärme persönliche und gesellschaftliche Niederlagen überbrücken, überwinden, einen neuen Anfang schaffen zu können. Die Haltung des Nicht-Aufgeben-Wollens war das beispielgebende Baumaterial ihrer Würde.

Nie werde ich Karolas eindringlich bohrende Frage vergessen, wie es denn dazu kommen konnte, daß Soldaten mit Hölderlin im Tornister zu solchen immensen Verbrechen und Morden an Millionen Menschen fähig waren. Diese Frage verfolgte sie nicht nur in ihrer Tübinger Zeit. Es ist ihr großer Verdienst, die Suche nach einer Antwort immer wieder zum Gegenstand des Gespräches mit jungen Menschen gemacht zu haben, die in ihrem Hause und bei öffentlichen Begegnungen Rat erhofften.

Wir alle werden, um unserer eigenen Zukunft willen, es wagen müssen, der Antwort auf die Frage „Treblinka – Warum?“ näher zu kommen. Dort wird der Schlüssel zu jenem radikalen Humanismus liegen, der uns bei unserer steten Mahnerin so tief berührte. Ihrem Gedanken „Die Sehnsucht des Menschen, ein wirklicher Mensch zu werden“[3] fügte Karola erst kürzlich an: „Sie ist noch nicht eingelöst.“

Liebe Karola, Deine Haltung, Dein Lebensweg fordern unsere Verantwortung für eine menschliche Zukunft. Erlaube uns – gerade auch auf Grund Deines Kampfes gegen Nationalsozialismus und Stalinismus –, Dich zu ehren und im Gedächtnis zu behalten als Kommunistin im Widerstand. ●

Anmerkungen

1. Karola Bloch, Welf Schröter (Hg.), „Lieber Genosse Bloch ...“, Briefe Rudi Dutschkes an Karola und Ernst Bloch, 1988

2. Anne Frommann, Welf Schröter (Hg.), „Ich gehe zu jenen, die mich brauchen“, Festschrift zum 85. Geburtstag von Karola Bloch, 1990/91.

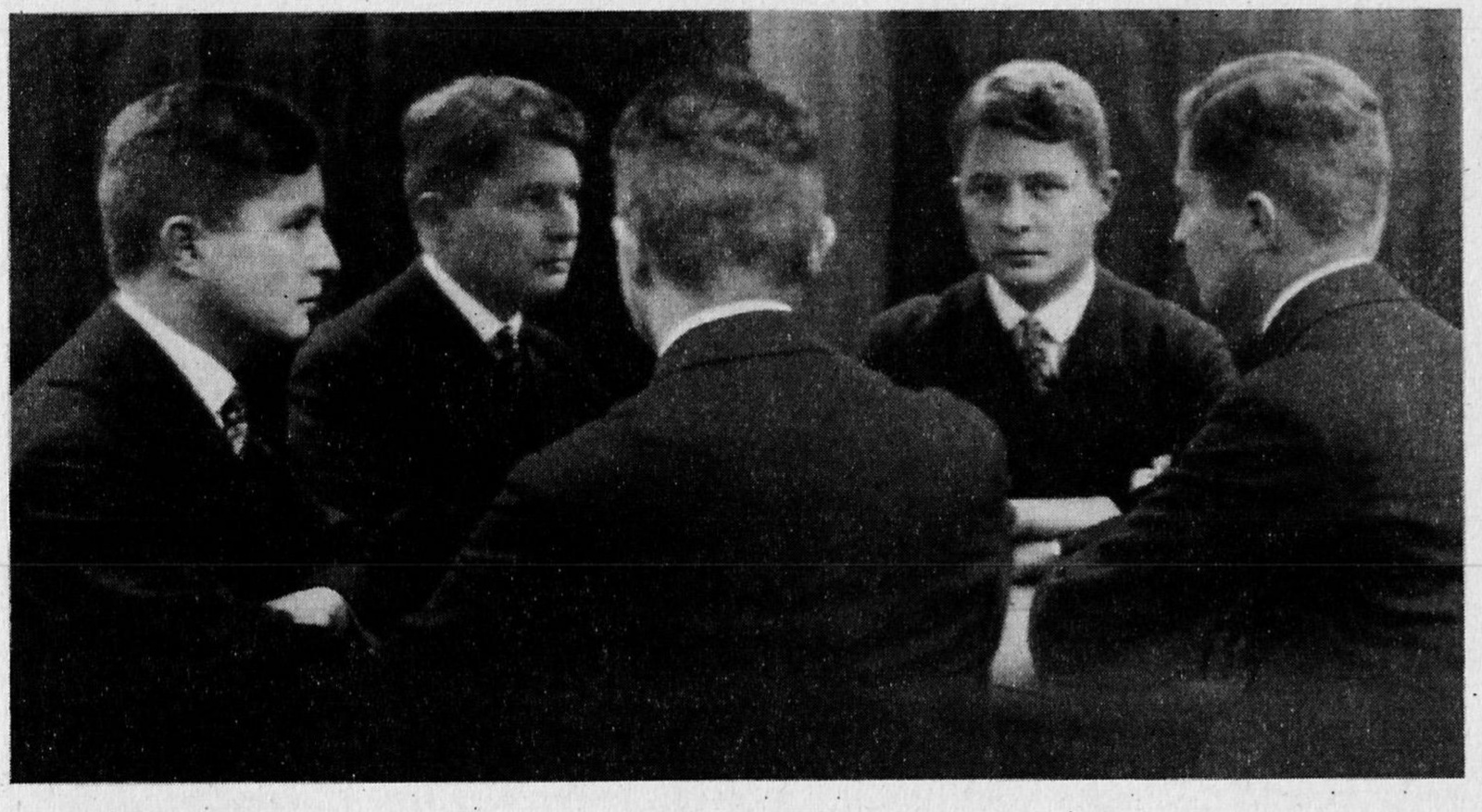
3. Anne Frommann, Welf Schröter (Hg.), Karola Bloch – „Die Sehnsucht des Menschen, ein wirklicher Mensch zu werden“, Reden und Schriften in zwei Bänden, 1989/90.

Karola Blochs vergriffene Autobiographie „Aus meinem Leben“ wird im Herbst vom Talheimer Verlag neu aufgelegt.

EVA-MARIA KRAMPE

Dioxinresistent ins ewige Leben

Was soll die Opposition gegen die Gentechnologie?



Wer die seit Jahren immer komplexer werdende Diskussion über die Möglichkeiten und Gefahren der Gentechnologie verfolgt hat, weiß inzwischen zumindest eins: Zugelassen sind Fachleute; ein derart komplexer naturwissenschaftlicher Bereich kann nur aufgrund von Spezialkenntnissen und mit äußerst differenzierter Betrachtungsweise angegangen werden. In dieser Forderung unterscheiden sich die KritikerInnen der Gentechnologie nicht von den BefürworterInnen. Wer unfähig ist, zwischen den verschiedenen gentechnischen Verfahren zu unterscheiden und sie von Genmanipulationen zu trennen, wer keine Einsicht in die Fragen von Humangenetik, Diagnostik und Therapie hat, wem die immense Bedeutung der Gentechnologie für die Veränderung von Nutzpflanzen und -tieren fremd bleibt, soll sich an der auch Laien zugänglichen ethischen Debatte beteiligen. In der geht es zuförderst darum, den lang vollzogenen Neudefinitionen von Gesundheit und Krankheit nachzuhinken und Akzeptanz zu schaffen, indem der letzte oppositionelle Konsens gegen die Gentechnologie aufgebrochen wird. Außerdem kann dort mitgearbeitet werden an der haarscharfen Trennung zwischen erlaubter gentechnologischer Heilung von Krankheiten und verbotener Veränderung des menschlichen Genbestandes, was die auf Gentechnologie setzenden Industriesektoren am wenigsten im Auge und keineswegs auf ihrer aktuellen Agenda haben.

Macht es da einen Sinn, die Gentechnologie pauschal zu bekämpfen? Muß nicht vielmehr den einzelnen Sparten und Anwendungsweisen entsprechend differenziert werden? Und wenn, dann wie? Die Situation ist anders und komplizierter als im Fall der Atomenergie, wo die breite Oppositionsbewegung insgesamt unbezweifelbare Erfolge erzielen konnte. Zum einen, weil im Fall der Atomenergie nicht so viele Forschungsgebiete und Anwendungsweisen gegeben waren, und zum zweiten sind die möglichen schädlichen Wirkungen nicht so plastisch und eindeutig abschätzbar wie im Falle des atomaren GAU. Schließlich bietet die wesentlich umfassendere Gentechnologie, die in so vielfältiger Form und an so zahlreichen Instituten durchgeführt wird, nur wenig Angriffspunkte für gezielte Aktionen. Mit einer Platzbesetzung bei AKW-Anlagen konnte die Durchsetzung dieser Technik nachhaltig behindert werden, während das Ausreißen genmanipulierter Petunien außer einiger Symbolkraft wenig bewirkt. Vor allem: können wir von der Gentechnologie nicht wirkliche Fortschritte, z.B. bei der Bekämpfung von Krankheiten erwarten? Hat fundamentale Ablehnung nicht Züge eines regressiven und fundamentalistischen Irrationalismus?

Die Gentechnik ist auf dem besten Wege, neben der Datenkommunikation und -verarbeitung zu *der* Schlüsseltechnologie des postfordistischen Kapitalismus zu werden. Ihr Anwendungsfeld reicht von der Pharmazie und Medizin über die Agrar- und Lebensmittelindustrie bis hin zur chemischen Verfahrenstechnik. Fest steht, daß die langfristigen Konsequenzen und Risiken einer sich ausbreitenden Genmanipulation praktisch kaum abschätzbar sind. Die qualitativ neue Dimension liegt darin, daß zum ersten Mal der gezielte Eingriff in den Prozeß der Evolution möglich wird. Das ist etwas anderes als die simple Drohung der Menschheitsvernichtung im atomaren Supergau. Insofern sollte die politische Auseinandersetzung mit der Gentechnologie auch eher auf die Erfahrungen mit der Debatte um die Informations- und Kommunikationstechnologien zurückgreifen. Auch deren Einzug in den Arbeits-/Alltag wurde höchst differenziert betrachtet. Im uneingeschränkten Glauben an den technologischen Fortschritt konnten ihre scheinbaren Vorteile schnell gegen ein paar gesundheitliche und arbeitsplatzbezogene Risiken ausgespielt werden. Inzwischen erleben wir, wie die virtuellen Realitäten einer sich global vernetzenden Bewußtseinsindustrie historisches Bewußtsein und Erfahrung in einem kaum vorstellbaren Maß deformieren.

Diesseits nicht einschätzbarer zukünftiger Risiken kann sich die politische Auseinandersetzung mit der Gentechnologie deshalb nur mit ihren bereits real existierenden Bedingungen und Auswirkungen beschäftigen. Schon der Blick auf den humanmedizinischen Sektor zeigt, daß die Blickrichtung auf die große Zukunft wesentliches übersehen läßt. So bezweifeln KritikerInnen schon lange den therapeutischen Nutzen der Gentechnologie. Wobei denn fraglich ist, ob ein solcher Gebrauchswert (Heilung) überhaupt intendiert ist. Nach den vorliegenden Kenntnissen ist zu erwarten, daß medizinische Gentechnik zwar kaum Krankheiten heilen, aber zur Basis einer neuen Branche des medizinisch-industriellen Komplexes, der apparativen Diagnostik, werden wird, eng verbunden mit den damit verbundenen Möglichkeiten zur risikospezifischen Selektion von Arbeitskräften. Wenn Gefährdungen und Krankheiten schon nicht vermieden und geheilt werden können, dann lassen sie sich wenigstens risikospezifisch klassifizieren.

Ebenso profitabel sind die sich abzeichnenden neuen Möglichkeiten in der chemischen Stoffumwandlungstechnik, wo enorme Rationalisierungsmöglichkeiten winken und in der Agrarindustrie. Wie auch bei an-

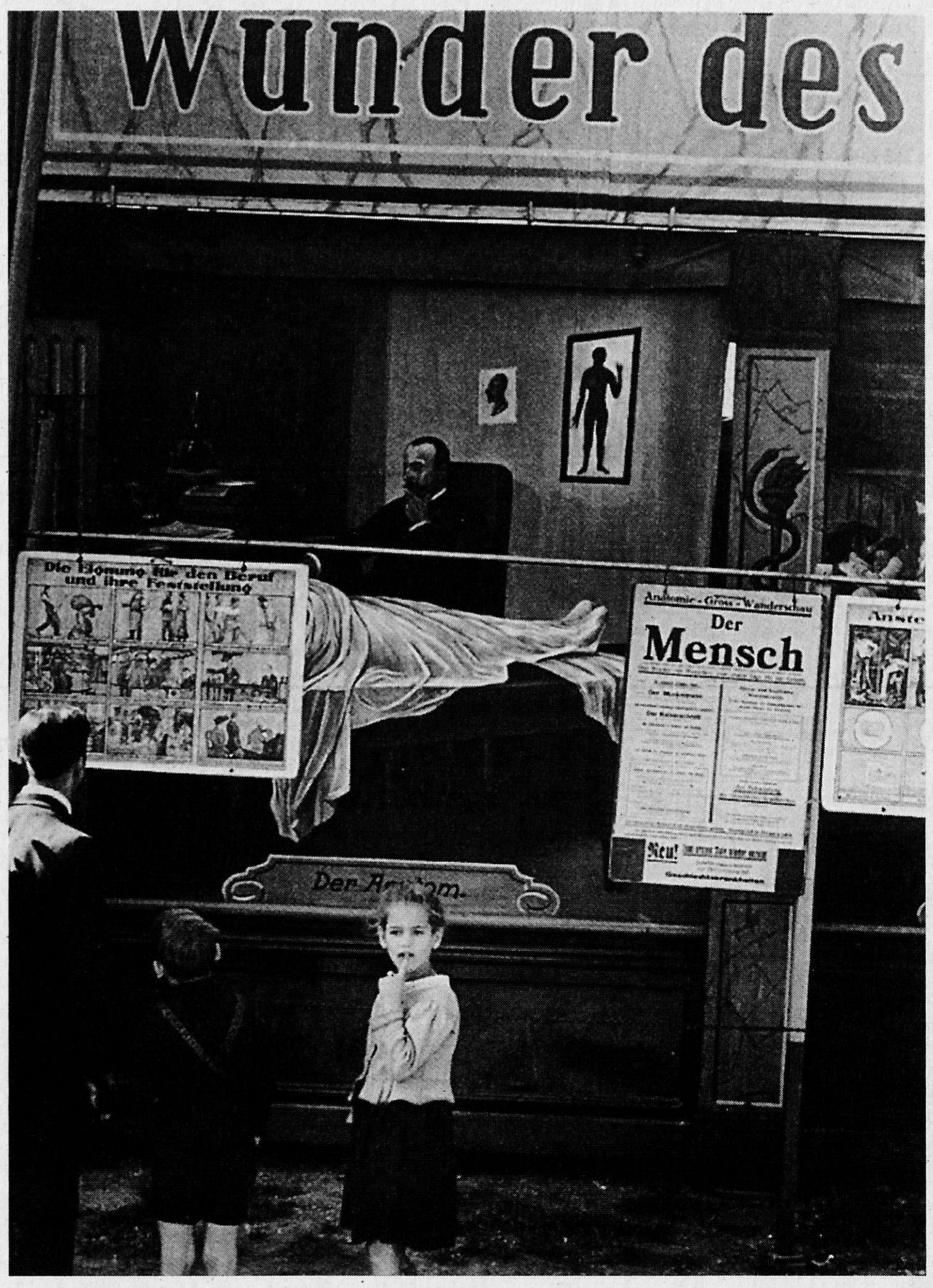
deren biotechnologischen „Revolutionen“ im Agro-Business zielt die gentechnologische Erzeugung ertragreicherer und resistenterer Pflanzen und Tiere auf wenige Sorten und Spezies: die in den Industrieländern selbst angebauten oder gezüchteten bzw. die für deren Bedarf in der Peripherie erzeugten. Die der dortigen Subsistenzwirtschaft dienenden Arten kommen nicht in den Genuß gentechnologischer Verbesserungen, sondern werden als Kompensationsreserve für die gentechnische Artendezimierung in nördlichen Genbanken archiviert. Insbesondere das Beispiel pestizid- und herbizidresistenter Pflanzen zeigt, wie mit dieser Technologie neue Abhängigkeiten und Monopolmärkte geschaffen werden. Pflanzen gentechnisch so zu manipulieren, daß sie gegen Krankheiten und Insektenbefall resistenter sind, ist schwierig und infolgedessen teuer. Viel einfacher hingegen ist es, sie genetisch so zu verändern, daß sie gegen Herbizide und Pestizide resistent sind. So erobert der Kombi-Pack (Saatgut und entsprechendes Herbizid) von Ciba-Geigy, Bayer oder Höchst die halbe Welt. Damit wird deutlich, wie sehr gerade auf diesem Feld nicht nur die unkalkulierbaren Nebenfolgen, sondern gerade das geplante Resultat der Technologieentwicklung das Problem darstellt.

Die Risikoabwägung im Expertengerangel, wie sie heute stattfindet, dient im wesentlichen der öffentlichkeitsberuhigenden Legitimation sich im Endeffekt dann doch wesentlich durchsetzender industrieller Interessen. Den inzwischen bereits in offiziellen Kommissionen institutionalisierten Ethikdebatten kommt eine ähnliche Funktion zu. Wie überhaupt in Zweifel steht, woher eigentlich die Maßstäbe einer abstrakten ethischen Beurteilung bezogen werden sollen. Überspitzt ausgedrückt: Welches ethische Prinzip spricht denn dagegen, daß die Menschheit sich und ihre Naturbedingungen selber mutiert, selbst auf die Gefahr einer Katastrophe der menschlichen Evolution hin? Ethikdebatten auf dieser Ebene laufen Gefahr, die scheinbar „natürliche“ Reproduktion der Gattung zum Beurteilungsmaßstab zu machen und damit einer höchst problematischen Naturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse zu verfallen. Darüber hinaus sind die gentechnologisch begründeten Ethikdiskussionen, vor allem da, wo sie in die breite Öffentlichkeit wirken, ein einziger Skandal. Denn das mit Verantwortungsbewußtsein drapierte Fragen nach Heilung, nach Verlängerung menschlichen Lebens, nach dem (pränatalen) Erkennen von Erbkrankheiten und den genetischen Ursachen physischer oder psychischer Behinderungen offenbart sich schnell als nicht sonderlich verhülltes Plädoyer für Rassismus, Eugenik und Euthanasie.

Eine politisch begründbare Position zur Gentechnologie ist nur dann zu gewinnen, wenn man sich nicht auf die von gesellschaftlichen Verhältnissen abstrahierende Kritik technologischer Risiken beschränkt, sondern die Produktionsverhältnisse miteinbezieht, die Entstehung, Entwicklung und Verwendungsweise von Wissenschaft und Technologie bestimmt. Das gesellschaftliche Naturverhältnis, das sich darin ausdrückt, ist das von Herrschaft und Ausbeutung. Die Erschließung auch dieses Feldes von Naturerkenntnis und Naturbeherrschung verdankt sich offenkundig weniger promethischem Forscherdrang denn unmittelbaren Kapitalinteressen. Etwas konkreter gesprochen geht es darum, dem weltweit in die Krise geratenen kapitalistischen Wirtschaftssystem durch Erschließung von Produktivitätsreserven, Märkten und Investitionsgelegenheiten eine neue, „postfordistische“ Perspektive zu verleihen.

Die Kritik kann sich nicht darauf richten, daß „die Menschheit“ möglicherweise darangeht, sich gewissermaßen selbst zu mutieren und auf qualitativ neuer Ebene ihre Naturbasis zuzurichten. Zu kritisieren ist vielmehr, daß dies ein Prozeß ist, der sich im Kern hinter dem Rücken und über die Köpfe der Betroffenen hinweg durchsetzt und daß dies auch gar nicht anders sein kann, solange das kapitalistische Produktionsverhältnis existiert. Zur Debatte muß stehen, daß der kapitalistisch gesteuerte Prozeß der Wissenschafts- und Technologieentwicklung darauf abzielt, die Bedeutung von „Gesellschaft“, „Mensch“ und „Natur“ radikal umzuwälzen, ohne daß in irgendeiner Form demokratisch darüber entschieden werden könnte. Die Kritik muß sich daran festmachen, daß Politik sich in Legitimationsdiskursen und reichlich hilflosen Schadensbegrenzungsversuchen erschöpft, ohne das zugrundeliegende gesellschaftliche Verhältnis selbst ins Visier zu nehmen. Das nicht eben neue Problem der strukturellen Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie als wirklicher Selbstbestimmung erfährt im Fall der Gentechnologie nur eine weitere historische Zuspitzung.

Eine haltbare und rationale „linke“ Posi-tion zur Gentechnik läßt sich nur aus der Kritik der Produktionsverhältnisse heraus entwickeln. Wer sich auf Nützlichkeits-, Risiko- und Ethikdebatten auf der Basis der bestehenden Strukturen einläßt, hat bereits verloren. Es geht nicht um eine Kritik von Wissen-



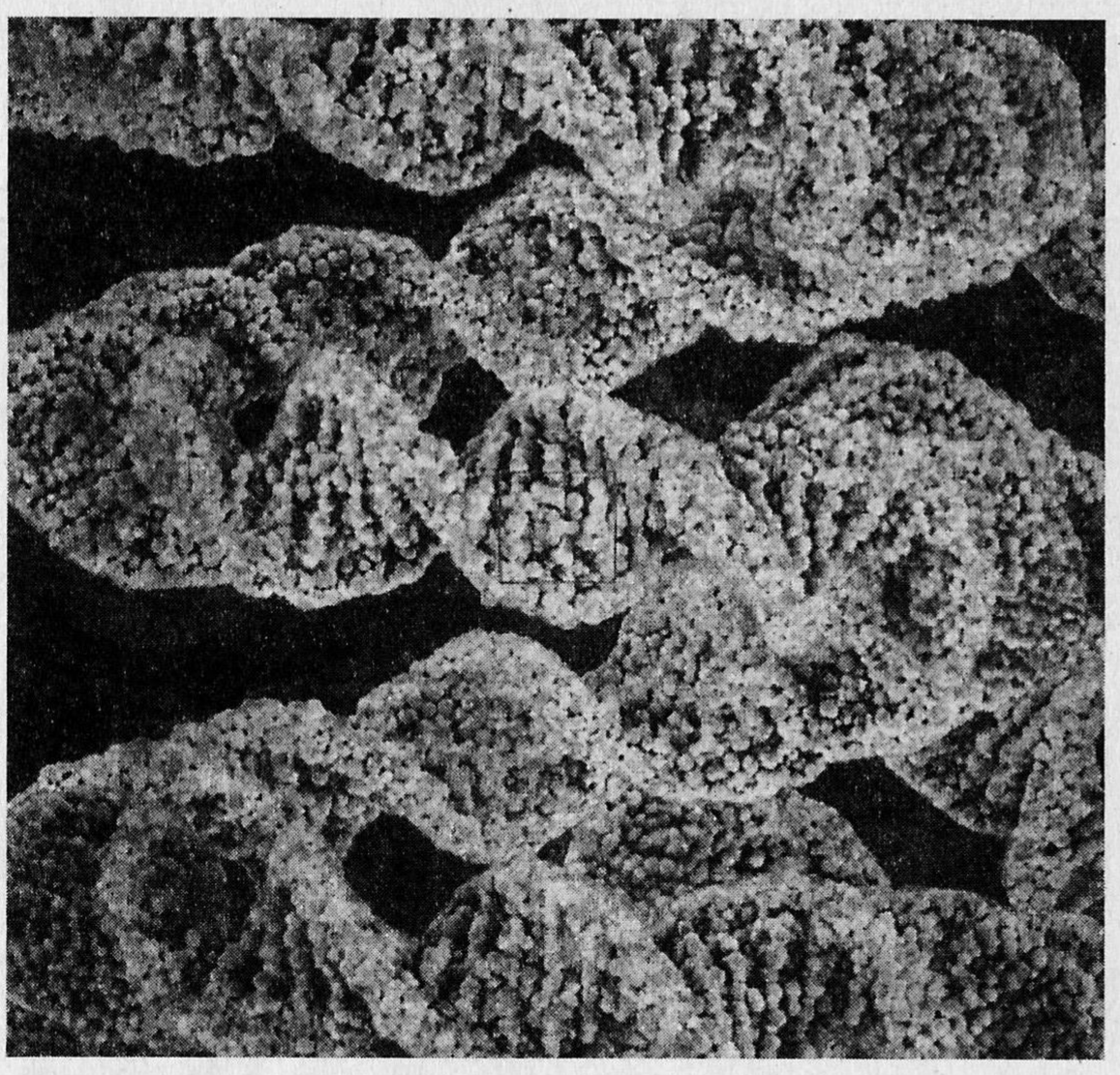
schaft und Technik so wie sie sind, sondern um die Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse, aus denen heraus sie entstehen und die ihre Inhalte und Folgewirkungen bestimmen. Praktisch heißt das, *daß ein radikales Moratorium der Technikentwicklung gefordert werden muß*, das so lange zu gelten hat, bis die gesellschaftlichen und institutionellen Bedingungen einer wirklich demokratischen Diskussion und Entscheidung darüber geschaffen sind. Es gibt keinen ethischen Grund, der es den Menschen verwehren könnte, selbst in den Kernbereich ihrer eigenen Natur einzugreifen, vorausgesetzt, sie können dies aus freien Stücken und in Kenntnis aller Folgen tun.

Erst die Forderung nach einem sofortigen und umfassenden Stopp gentechnologischer Forschung und Technikentwicklung ermöglicht eine Diskussion der Gentechnologie, die die genannten Dimensionen berücksichtigt. Sie böte die Möglichkeit, den Expertenzirkeln die Entscheidungskompetenz für ihre parzellierten Zuständigkeitsbereiche zu entziehen. Eine sich in dieser Forderung zuspitzende grundlegende Kritik an einem wissenschaftlich-industriellen Komplex, dessen ökonomisch bestimmte Entwicklungsdynamik immer irrwitzigere Züge annimmt, hat nichts mit Fundamentalismus zu tun. Vielmehr reklamiert sie die Chance, zwei grundlegende gesellschaftliche Entwicklungen, die weit über den Bereich der Gentechnologie hinausgehen, in Frage zu stellen. Einmal geht es um den inzwischen vorherrschenden Bewußtseinszustand, in dem der global gewordene kapitalistische Standortwettbewerb zum quasi nicht mehr hinterfragbaren Imperativ geworden ist. Dies rechtfertigt, die gesamte Gesellschaft in quasi totalitärer Manier auf ökonomische und technologische Effizienz im Sinne der Kapitalverwertung zu mobilisieren. Begrenzt der Tellerrand des real existierenden Kapitalismus den Blick, dann reduziert sich Opposition einigermaßen folgerichtig auf eine Politik der Begrenzung von Risiken, die sie nicht einmal genau kennt. Oder auf die aussichtslose Diskussion darüber, wie Ethik und Kapi-tallogik in Übereinstimmung gebracht werden könnten. Einer derart beschränkten Kritik an der Gentechnologie kann nur durch ihre grundsätzliche Infragestellung begegnet werden.

Andererseits gerät mit der Stopp-Forderung auch das gesellschaftliche Naturverhältnis erneut, aber schärfer als in der Ökologiedebatte in den Blickwinkel. Dies vor allem, da ein Moratorium auch den humanmedizinischen Sektor umfaßt, in dem die Gentechnologie aufgrund der eigenen Betroffenheit noch die größte Akzeptanz findet. Und zwar deshalb, weil gerade hier menschliche Sehnsüchte nach Freiheit von Krankheit und der Überwindung des Todes bewußt geschürt und mit falschen Versprechungen aufgenommen werden. Es wird an existentielle Wünsche appelliert, die sich gegen rationale Argumente sträuben müssen. Daß Gentechnik aber zuförderst rationellere Produktionsverfahren und profitable Märkte eröffnet und der damit verbundene medizinische Fortschritt, wenn überhaupt, dann nur die Todesursachen verändern kann, wird verdrängt. Daß Lebensverlängerung und perfektionierte Reparaturverfahren am menschlichen Körper sich nicht nur nicht gegen die fortschreitende Zerstörung der Lebensbedingungen aufrechnen lassen, sondern möglicherweise deren Ursachen sind, soll dem Vergessen anheimfallen. Gerade am Beispiel des menschlichen Körpers und des menschlichen Lebens läßt sich der Wahnsinn einer Suche nach grenzenloser Naturbeherrschung verdeutlichen. Wenn denn nun unser instrumentelles und herrschaftliches Verhältnis zur Natur keineswegs zur Freiheit von Krankheit und zum ewigen Leben führt, sondern anstelle beherrschbar gewordener Krankheiten immer neue und schwerer bekämpfbare treten, werden Begrenzungen des Macht- und Machbarkeitswahns eher diskutierbar.

Zu fordern ist also ein radikales Moratorium für Genforschung und Gentechnologie. Die Basis dafür ist die Kritik der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, nicht einer speziellen Technologie. Es geht darum, erst einmal Raum zu schaffen für eine Auseinandersetzung, die nicht nur die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, sondern auch das in ihnen enthaltene Naturverhältnis einbezieht. Es geht um den vom ökonomischen Zwang vorangetriebenen Anspruch auf grenzenlose Naturbeherrschung, eine Naturbeherrschung, die sich umso mehr in Natur verstrickt, als sie ihre Strukturen und Prozeße zu kontrollieren glaubt. Es geht um eine Gesellschaft, die sich umso naturwüchsiger entwickelt, je mehr sie der Natur entrinnen möchte. Denken wir an die Atomenergie: auch da wurde eine halbwegs rationale Debatte erst möglich, nachdem der völlige „Ausstieg" nicht nur gefordert, sondern auch aktiv zu erkämpfen versucht wurde. ●

FLORIANNE KOECHLIN

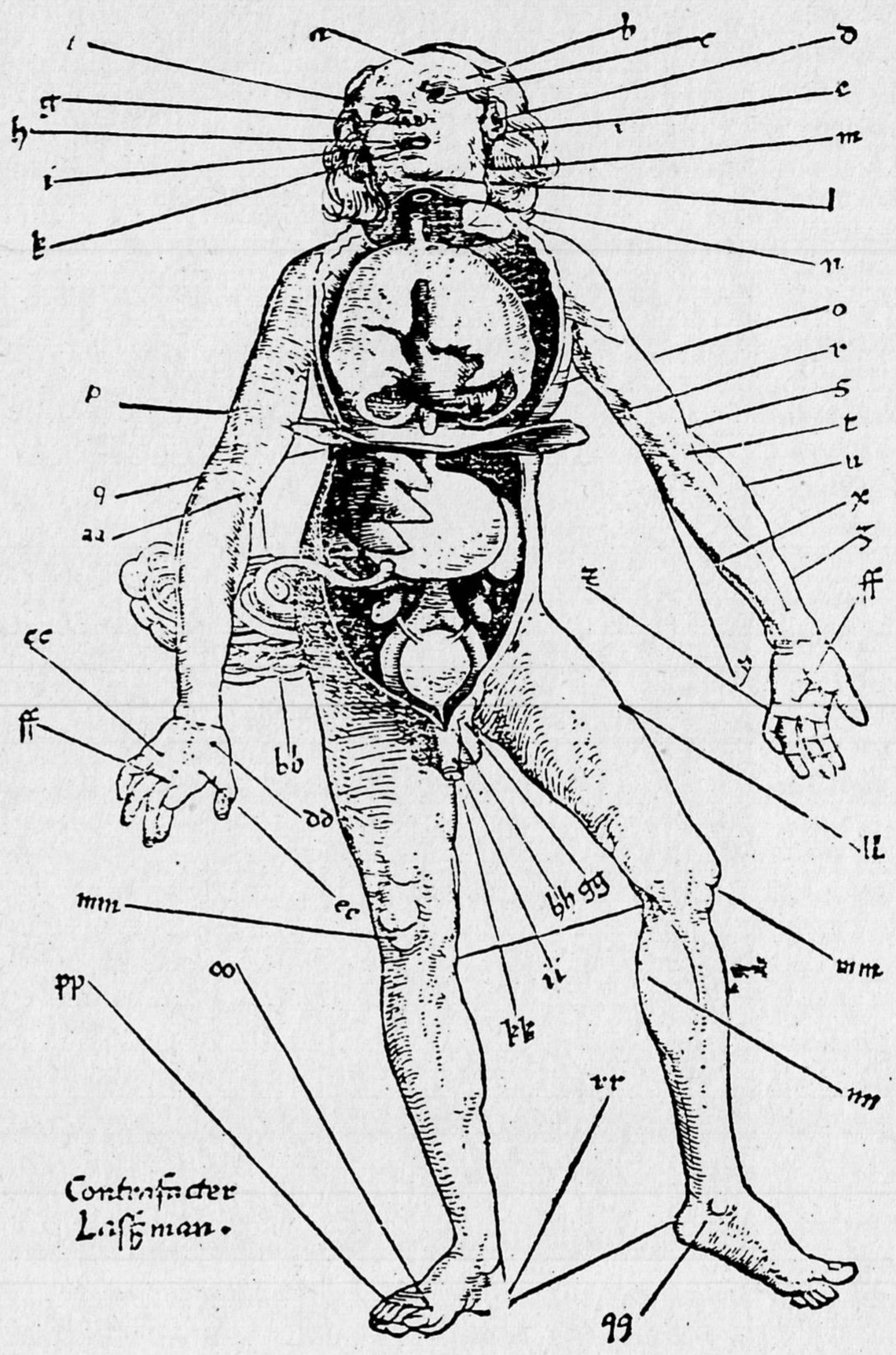


Streitschrift wider das Gen-Dogma

Fast täglich lesen wir mit einer Mischung aus Erstaunen und Ärger, daß man jetzt dem Schulen-Gen, dem Dickdarmkrebs-Gen, dem Aggressions-Gen oder dem Lernschwierigkeits-Gen auf der Spur sei. Fast genauso regelmäßig werden diese Meldungen irgendwann später wieder dementiert, ohne daß davon allerdings in den Medien Kenntnis genommen wird (das Schizophrenie-Gen z.B. wurde schon dreimal „gefunden" – und dreimal war es eine Fehlmeldung). Die kontinuierliche Überschwemmung mit derlei Sensationsmeldungen aus der Molekularbiologie aber läßt das Bild vom Menschen als Marionette seiner genetischen Ausstattung wuchern. Das biologistische Menschenbild erlebt ein Comeback.

Da stellt sich zuerst einmal die Frage: Warum glauben wir immer noch? Warum wird jeder noch so wacklige Genbefund begeistert von den Medien aufgenommen und sorgt rund um die Welt für Schlagzeilen? Und: Warum genießt die Gentechnologie trotz all dieser Pleiten immer noch ein derart hohes Ansehen, ja, warum wird sie in der Medizin je länger, desto mehr zur dominierenden Leitwissenschaft schlechthin?

Ein Grund liegt auf der Hand: Die Gentechnologie verspricht, uralte Menschenträume von Gesundheit, Schönheit und langem Leben zu erfüllen – und wer will dies schon nicht, wer sehnt sich nicht nach einem besseren Leben! Die Faszination der Gentechnologie hat wohl auch damit zu tun, daß bei der Bekämpfung von Krebs und anderen schlimmen Krankheiten kaum Fortschritte erzielt wurden – und nun taucht scheinbar ein Deus ex machina in Form der Gentechnologie auf; endlich hat man den Schlüssel in der Hand. Es hat wohl auch damit zu tun, daß Gentechnologie in dieser heillos komplizierten Welt einfache Lösungen verspricht – und dies erst noch ohne die Anforderung, die eigene Lebensweise zu ändern und z.B. nicht mehr zu rauchen oder mehr Sport zu betreiben. „Defektes Gen abschalten oder auswechseln – Problem gelöst" – so ungefähr lautet die nur notdürftig kaschierte eigentliche Botschaft obiger Erfolgsmeldungen.



Sicher: Die molekularbiologische Forschung hat spektakuläre Fortschritte bei der Analyse der biochemischen Zellstrukturen gebracht. Sie hat auch Großes geleistet bei der Erforschung einer ganz bestimmten Art von Erbkrankheiten; jener nämlich, die durch ein einziges defektes Gen verursacht werden. Zu den „monogenen" (durch ein Gen verursachten) Krankheiten gehören etwa die Duchennesche Muskeldistrophie, die Cystische Fibrose oder die Faktor-VIII-Insuffizienz. Im Laufe der Zeit wurden viele solche Erbkrankheiten entdeckt und auf ihre genetische Basis zurückverfolgt. Monogene Krankheiten sind aber insgesamt sehr selten: Nur gerade zwei Prozent aller Krankheiten sind monogenetisch. Bei 98 Prozent sind die Ursachen sehr viel komplexer. Da geben genetische Analysen alleine keine Antwort – im Gegenteil. Wenn mit der monogenetischen Logik versucht wird, die restlichen 98 Prozent aller Krankheiten zu erklären, dann führt dies zu grotesken Verzerrungen.

Alle wichtigen Zivilisationskrankheiten wie Krebs, Bluthochdruck oder Herzerkrankungen haben epigenetische Ursachen. Das Konzept der epigenetischen Kontrolle ist eine alte Idee aus der Biologie und reflektiert vor allem die Tatsache, daß dort, wo viele Gene involviert sind, eine simple lineare Analyse nicht genügt, um verläßliche Voraussagen zu machen. In solchen Geschehen ist das System von einer nichtlinearen Logik dominiert, in der Umwelt- und Entwicklungssignale eine zentrale Rolle spielen.

Der an der University of California (USA) lehrende Molekularbiologe Richard Strohman, ein vehementer Verfechter der Epigenesis, beschreibt das Geschehen auf zellulärer Ebene so: Informationen verlaufen nicht nur linear von den Genen zum Rest der Zelle, sondern in alle Richtungen und zwischen vielen Partnern. Es gibt epigenetische Wechselbeziehungen und Informationsübermittlungen zwischen den einzelnen Genen oder ganzen Genverbänden untereinander; zwischen diesen Genen und den Proteinen in der Zelle sowie zwischen all diesen und ihrer Umgebung, sei dies die Zelle, das ganze Lebewesen oder natürlich auch die Umwelt. Zusätzlich ist heute vor allem von der Entwicklungsbiologie her bekannt, daß epigenetische Pfade auch progressive Stadien der Organisation durchlaufen können: Das Zellgeschehen – und damit auch die Funktion der Gene – organisiert sich immer wieder neu aufgrund der vorausgehenden Stadien.

Auf schier unglaubliche Weise scheinen sich auch ganze „Gen-Netzwerke" neu anordnen zu können, um auf diese Weise genetische Defekte oder andere Benachteiligungen zu kompensieren. Ein schönes Beispiel hierfür ist eine Gruppe von 63jährigen Athleten, die – trotz ihres Alters – mit 23jährigen Kollegen gut im Wettlauf konkurrieren konnten. Die Frage war, wie dies überhaupt möglich ist, da die älteren Männer eine viel niedrigere Herzfrequenz hatten als die jüngeren. Man fand heraus, daß die älteren Männer auf ganz anderen Pfaden ihren Sauerstoffkonsum massiv steigern konnten (durch epigenetische Neuregulierung verschiedener Schüsselenzyme, die beim Sauerstoff-Metabolismus eine Rolle spielen). Sie kamen im Endeffekt zu gleichen Resultaten wie ihre um 40 Jahre jüngeren Kollegen, einfach auf ganz anderen Wegen. Diese Anpassungsleistung hat ohne Zweifel Veränderungen bei den Genen selbst miteingeschlossen.

Es gibt inzwischen einige Beispiele von solchem scheinbar „intelligenten" Verhalten von epigenetischen Netzwerken und von Genen – und sie sorgen im Establishment der Biologie für beträchtliche Irritation.

Nun stimmt es sicher, daß all die großen Krankheiten und so komplexe menschliche Eigenschaften wie Intelligenz oder Homosexualität auch eine genetische Basis haben, doch bleibt diese Feststellung ziemlich trivial. In jedem Fall können dies Dutzende oder Hunderte verschiedener Gene sein, die zusammen mit vielfältigsten Umwelteinflüssen für eine bestimmte Krankheit oder Eigenschaft verantwortlich sind. Da bleibt das Auffinden eines einzigen Gens ohne große konkrete Bedeutung. Wohl kann beim Ausbruch einer Krankheit eine bestimmte Genmuta-tion mit eine Rolle spielen, wenn gleichzeitig auch viele andere Ereignisse eintreffen. Die Existenz eines solchen Gens ist aber keine Garantie dafür, daß die Krankheit ausbricht.

Alle erwähnten Beispiele angeblicher Krankheitsgene stehen im Zusammenhang mit dem Genomprojekt, dem „Manhattanprojekt der Biologie": Für drei Milliarden Dollar soll bis in 20 Jahren das gesamte menschliche Erbgut entschlüsselt werden. Dahinter steckt die Idee, daß, wer das gesamte Erbgut des Menschen kennt, damit

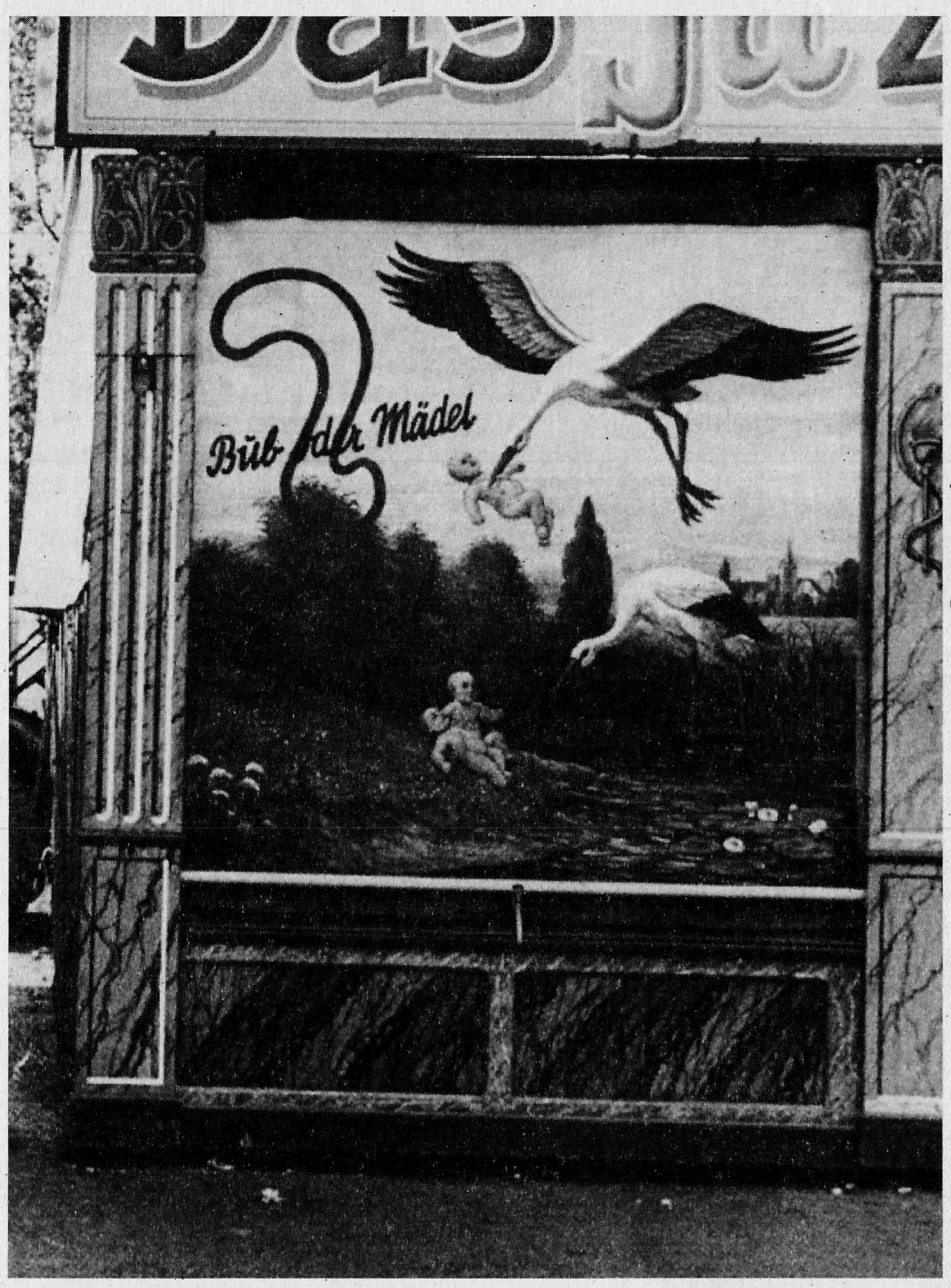


Foto: Walter Renz, Cannstatter Volksfest, Stuttgart 1957

auch sein genetisches Alphabet erfaßt habe – The book of man.

Dabei sollen Fehler, also die Abweichung von der „Norm" (was immer das sein mag), sichtbar werden. Das heißt dann „genetischer Defekt": Zuerst waren es bloß monogene Erbkrankheiten, dann auch viele andere Krankheiten oder wenigstens die Veranlagung dazu, dann Verhaltensmerkmale, Charakterzüge, andere menschliche Eigenschaften und überhaupt alles. Die Eskalation war atemberaubend.

„Wir waren gewohnt zu denken, daß unser Schicksal in den Sternen lag. Nun wissen wir, zum Großteil liegt es in den Genen", so James Watson, ehemaliger Leiter des Genomprojektes und einstiger Mitentdecker der DNS-Struktur. Sein deutscher Kollege, der Kölner Genetiker Benno Müller-Hill, schließt sich an: „Die Kenntnis der DNS-Sequenz einer Person wird statistisch genaue Vorhersagen über Intelligenz und psychische Stabilität der Person erlauben und so auch über ihr mögliches Schicksal." Die beiden sind mit ihrer Meinung nicht allein. Viele Humangenetiker gehen davon aus, daß es in einigen Jahren mehr oder weniger Routine sein wird, die Gene, die Intelligenz oder Persönlichkeit prägen, bestimmen und beeinflussen zu können. Unsere Gene – unser Los?

Daß sich 98 Prozent der Krankheiten – und erst recht Persönlichkeitsmerkmale – nicht so einfach und linear in dieses Schema pressen lassen, spielt keine große Rolle. Mit einem genialen Schachzug werden komplexe Krankheiten neu definiert: Man spricht nun dort, wo mehrere Gene im Spiel sind, von „genetischer Tendenz", von „Veranlagung" oder „Prädisposition" und kann auf diese Weise die monogenetische „Software" (Richard Strohman) kurz und bündig über jeden noch so komplexen Wesenszug stülpen.

Der Megadeal mit der Krebsangst

Ob die Aussagen dadurch richtiger werden, wage ich zu bezweifeln – doch ein großes Geschäft soll damit allemal gemacht werden. Die einzelnen Gene sollen durch Patente geschützt werden, so daß ihre Vermarktung privatwirtschaftlich genutzt werden kann. Die Genabschnitte sollen vor allem als Diagnosemittel dienen – und für den Diagnosemarkt rechnet man mit phantastischen Gewinnchancen. Dabei wird das große Geld nicht mit den monogenen Erbkrankheiten gemacht werden. Sie sind viel zu selten. Das große Geschäft soll die Risikoabschätzung werden. Gemeint ist damit die Fähigkeit abzuschätzen, ob jemand eine genetische Anfälligkeit auf eine der häufigen Krankheiten wie etwa Krebs oder Bluthochdruck hat. Es wird geschätzt, daß ein einziger solcher Gentest allein in den USA ein Geschäft in Multimilliardenhöhe bedeuten würde – welche Versicherungsgesellschaft, welcher Arbeitgeber wäre daran nicht interessiert?

Krebs ist hierfür ein gutes Beispiel: In keinem anderen Fall sind die Verheißungen der Gentechnologie so groß. „Gen-Suisse", die Gentech-Lobbyorganisation der chemischen Industrie, operierte mit Bildern von dreijährigen Kindern und dem Slogan „Eine Zukunft ohne Krebs". Dieses Spielen mit den Ängsten von noch Gesunden und den Hoffnungen von schon Kranken steht in scharfem Kontrast zu den tatsächlichen Entwicklungen. Trotz Milliardeninvestitionen in die molekularbiologische Forschung nämlich sind in den letzten 15 Jahren kaum Fortschritte erzielt worden.

Und die Raten der Krebserkrankungen nehmen nicht etwa ab, sondern sie steigen steil an: In den letzten vierzig Jahren nahm in den USA die gesamte Anzahl an Krebserkrankungen um über 40 Prozent zu. Ein amerikanischer weißer Mann der Babyboom-Generation hat ein doppelt so hohes Krebsrisiko wie noch sein Großvater, eine weiße Frau ein um die Hälfte größeres als ihre Großmutter, wobei dieses erhöhte Risiko bereits um die höhere Lebenserwartung bereinigt ist.

Es ist wahr: Mit Hilfe der Gentechnik ist es in den letzten Jahren gelungen, um die 100 Onco- und Protoonco-Gene zu finden. Doch was bedeutet das? Je mehr solche Gene gefunden werden, um so klarer wird, daß Krebs ein hochkomplexes Krankheitsgeschehen mit sehr vielen beteiligten Genen ist. Es existieren also keine einfachen „Genschalter", die man an- und ausknipsen kann.

Am 7. April dieses Jahres meldete die deutsche „Ärztezeitung" zum Thema Brustkrebs: „Ererbte Genmutation steigert das Risiko für Krebs sehr stark". Eine Mutation auf dem Gen BRCA 1 sei eine häufige Ursache für erblich erhöhtes Risiko bei Frauen, an Brustkrebs zu erkranken. Trägerinnen der Genmutation hätten bis zum 70. Lebensjahr ein kumulatives Risiko von 87 Prozent, Brustkrebs zu bekommen. Die Untersuchung wurde bei 33 britischen Familien durchgeführt. Wenn wir aber auf die Bevöl-

kerung als Ganzes schauen, entsteht ein völlig anderes Bild. In den USA wurden 118 000 Krankenschwestern über 12 Jahre hinweg beobachtet. Rsultat: Nur gerade 2,5 Prozent aller Brustkrebserkrankungen konnten den Genen zugeschrieben werden. Und selbst bei diesen 2,5 Prozent ist unklar, ob Genmutationen Ursache oder Folge früherer nichtgenetischer Brüche der Zellentwicklung sind.

Bei allen anderen, bei 97,5 Prozent aller Brustkrebserkrankungen also, wird das Auffinden von brustkrebsfördernden Genen wenig bringen. Da sind die Ursachen außerhalb einer „ererbten Veranlagung" zu suchen – bei Umwelteinflüssen zum Beispiel." Auch psychische Faktoren spielen bei Brustkrebs eine große Rolle. Studien eines Wissenschaftlers, der die Unhaltbarkeit der „Wish away your cancer"-Methoden beweisen wollte; kamen zum gegenteiligen Schluß. Sie haben gezeigt, daß begleitende Psychotherapie das Leben von brustkrebskranken Frauen um 1,5 Jahre verlängerte und die Lebensqualität enorm steigerte.

Gerade das Beispiel Krebs zeigt deutlich, daß ein anderes Krankheitsverständnis als das von der Gentechnologie gepflegte nötig ist. Für ein tieferes Verständnis muß der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit von Genanalysen weg verlegt werden auf Umweltbedingungen, die Wechselbeziehungen von Zellen, das Verhältnis von Körper und Umgebung und auf psychische Streßsituationen. Gerade bei Krebs ist die heute gepflegte monogenetische Logik besonders fatal, weil sie alle Forschungsgelder absorbiert und wertvolle Zeit verlorengeht.

Ich denke mir, daß der neue Trend, alles der Vererbung anzulasten, auf zwei grundsätzlichen Irrtümern beruht.

● Erster Irrtum: Das Gen ist kein archimedischer Punkt: Wenn, so Archimedes, in einem turbulenten Ganzen auch nur ein einziger fixer Punkt gefunden werden könne, der sich nicht bewege, dann lasse sich an diesem einen Punkt das Ganze aus den Angeln heben.

Um 1860 herum hat Gregor Mendel den Begriff des Gens kreiert: eine Abstraktion, die seine Vererbungsregeln gut erklären konnte. Mit der Entdeckung der DNS (Desoxyribonukleinsäure) konnte die biochemische Struktur der Gene aufgedeckt werden. Doch das Genkonzept war im wesentlichen das gleiche – und ist es bis heute geblieben. Auch nach der Aufklärung der biologischen Grundlagen blieb das Gen eine inerte Struktur, die Instruktionen aussendet, selber aber keine empfängt. Die gängige Hypothese lautet immer noch: Gen → Gen-Produkt (Protein) → alles andere. Gene bleiben also weiterhin die bequemen Konstanten im turbulenten Geschehen des Zellinnern. Nur manchmal mutieren sie ein bißchen. Doch ihr Funktionieren ist konstant, immer gleich und vom Zellgeschehen in keiner Art und Weise beeinflußbar. Sie sind von ihrer Umgebung nicht abhängig. Dieser archimedische Punkt der Moleku-larbiologie, dieses scheinbar stabile Wesen in einem sich ständig ändernden Chaos, hat mit der Zeit eine grotesk überhöhte Bedeutung und Macht erlangt: Das Gen wurde zur letztlich bestimmenden Ursache, zur Essenz des Lebens überhaupt hochstilisiert. Sehr bald schien in den Genen und in der Vererbung die Zukunft des Menschen verborgen zu sein. Auf der Idee des inerten, umweltunabhängigen Gens gründete sich in der Folge ein ganzes Weltbild.

Im epigenetischen Konzept hingegen spielen Gene (was auch immer sie sind) eine wichtige Rolle – wie viele andere Faktoren auch. Dabei können Gene nicht nur Informationen aussenden, sondern auch erhalten und ihre Funktion entsprechend ändern (wie z.B. bei den 63jährigen Athleten).

Überhaupt: Was ist ein Gen? Ein bestimmter, genau definierter Abschnitt auf der DNS, der eine bestimmte, genau definierte Funktion ausübt? Auch dieses Konzept ist bedrohlich am Wackeln. Gene sind offenbar dynamische, hochkomplexe und kaum verstandene Einheiten. Wie die deutsche Molekularbiologin Regine Kollek feststellt, haben Gene weder einen festen, genau definierten Ort im Erbgut (es gibt springende Gene, die ständig den Ort wechseln), noch sind sie separate Einheiten (es gibt Überlappungen in den kodierenden Sequenzen), und sie haben auch keine eindeutige Funktion (es gibt nicht nur Gene, sondern auch Pseudogene, die nicht aktiv sind).

Gene können auch mehr als eine Funktion haben. Eine Mutation des RET-Gens z.B. hat nicht nur eine, sondern gleich vier verschiedene Krankheiten ausgelöst (drei verschiedene Krebsarten und eine Darmerkrankung). Und schließlich werden Gene nicht nur durch ihre biochemische Struktur, sondern auch durch ihre Beziehungen zu anderen Genen und zur Umgebung definiert. So ist z.B. ein Gen bekannt, das bei der Fruchtfliege an der Bildung von Sehpigmenten, bei Säugetieren jedoch an der Reifung des Immunsystems beteiligt ist. Dieses Gen hat also in verschiedenen Umgebungen verschiedene Funktionen.

Nun ist es klar, daß wissenschaftliche Konzepte immer Arbeitshypothesen sind und nicht die absolute Wahrheit verkörpern. Solche Konzepte sollten aber durch die Forschung immer mehr bestätigt werden. Doch hier passiert das Gegenteil: Das Genkonzept wird gerade von der Molekularbiologie selbst durch immer neue Befunde unterminiert.

Da ist es doch eine sehr merkwürdige Sache, daß diejenigen, die es am besten wissen sollten, nämlich die Gentechniker selber, immer noch so tun, als sei das Gen eine klar definierte und umgebungsunabhängige Einheit, der archimedische Punkt der Molekularbiologie.

● Der zweite Irrtum: das molekulare Dogma: Der Erfolg schien etlichen Mitgliedern der

express

die Zeitung der undogmatischen Gewerkschaftslinken

In der **August-Ausgabe** des *express:*

Nachbetrachtungen zu den diesjährigen Tarifrunden ● DGB-Reform ● Postreform ● Autokoordination ● Betriebsspiegel ● EU-Südpolitik nach Maastricht ● Internationale Gewerkschaftsräte ● Gewerkschaftsspiegel u.v.m.

Einzelheft DM W: 6,50 / O: 4,50
Abonnement DM W: 64,– / O: 40,–
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000**
Postfach 10 20 62,
63020 Offenbach
Tel. 069 / 88 50 06

Wissenschaftsgemeinde in den Kopf gestiegen zu sein – so sehr, daß ihre molekularbiologische Realität zur einzig wirklichen Realität zu werden begann. Hans Primas, Professor für physikalische Chemie an der ETH Zürich, prägte dafür den Begriff des „molekularen Dogmas" und meint damit den Sachverhalt, daß hier „die Spezialdisziplin Molekularbiologie, mit der sich eine unter vielen Seinsebenen gut erfassen läßt, kühn und ohne Begründung zur allein realen erklärt wird."

Das molekulare Dogma der Biologie sei vor allem deshalb verhängnisvoll, weil es theoretisch ebenso legitim, aber zur molekularen komplementäre Betrachtungsweise unterbinde: „Die Natur ist von einer unergründlichen Vielschichtigkeit, und jede Beschreibung der Natur erfaßt nur einen winzigen Teilaspekt ihrer unbegreiflichen Vielfalt. Die heutige Molekularbiologie ist auf eine einzige, nämlich die molekular-mechanistische, festgelegt. Die dadurch gewonnene Schärfe des Blickes ist aber auch erkauft durch eine verhängnisvolle Einschränkung der Wahrnehmung der materiellen Welt."

Selbstverständlich ist der Mensch auch eine biologische Maschine. Das fundamentale Mißverständnis besteht aber darin, daß die Grenzen dieses Maschinenmodells nicht erkannt werden. Die Teilwirklichkeit der biologischen Maschine wird mit dem ganzen Menschen verwechselt. Mit einem solchen Zerrbild wird man „zwar zu immer genaueren Maschinenkenntnissen gelangen und immer gezieltere technische Eingriffsmöglichkeiten entwickeln, aber das Wesentliche wird einem entgehen: Daß der Untersuchungsgegenstand ein Subjekt ist, dessen Identität außer durch die Biologie durch eine persönliche Geschichte und ein subjektives Erleben der Wirklichkeit geformt wird", bemerkt der in Hamburg forschende Biologe Rainer Hohlfeld.

Es gibt inzwischen wahrhaftig mehr als genug experimentelle Befunde, um die mechanistischen Dogmen in der Molekularbiologie neu zu überdenken. Statt dessen wird weitergewurstelt, notdürftig uminterpretiert, irgendwie herumgeflickt, um ja nicht das Ganze neu überdenken zu müssen. Denn letztendlich stehen sich hier zwei konträre Weltanschauungen gegenüber: auf der einen Seite das mechanistische Konzept und auf der anderen Seite eine epigenetische oder holistische (kontextabhängige) Interpretation des biologischen Geschehens. Als Folge des mechanistischen Konzepts entsteht aber ein Menschenbild, das nicht nur falsch, sondern auch gefährlich ist.

Biologie ist angeblich wieder Schicksal, und in der alten Debatte „Vererbung oder Umwelt?" hat das Pendel wieder ganz kräftig auf die Genseite ausgeschlagen. Das hat soziale und gesellschaftliche Folgen. Neue Erziehungsmodelle und Chancengleichheit in der Schule? Sinnlos, wenn Stottern, Lernschwierigkeit und Intelligenz genetisch bedingt sind. Zum Scheitern verurteilt auch die Resozia-lisierungsmaßnahmen bei Straffälligen, wenn Aggression und die „Unfähigkeit, impulsive Handlungen zu kontrollieren" angeboren sind. Und auf die Frage, ob in den USA das große Geld nicht eher gegen das Obdachlosenproblem statt für die Genforschung ausgegeben werden sollte, meinte Daniel Koshland, Herausgeber von 'Science': „Was die Leute nicht wahrhaben wollen, ist daß Obdachlose behindert sind. (...) In der Tat wird keine Bevölkerungsgruppe von den Anwendungen der Humangenetik mehr profitieren."

Als Leser oder Leserin mögen Sie hier einwenden, dies sei alles ziemlich übertrieben, auf einzelne Exzesse bezogen, sozusagen. Doch wieweit derlei biologistische Denkgewohnheiten bereits in unser Selbstverständnis eingedrungen sind und es „genetifiziert" haben, mag ein kleines Beispiel zeigen:
Schwulsein soll genetisch bestimmt sein. Das jedenfalls behauptete letztes Jahr ein US-amerikanisches Forscherteam um Dean Hamer. Doch diese Untersuchung steht wissenschaftlich auf wackligen Füßen. Sie gibt außerdem keinerlei Hinweise dafür, daß das „Schwulen-Gen", das Xq 28-Gen, die sexuelle Orientierung von Männern steuert. Falls sich die Meldung nicht ohnehin als Flop erweist, so sagt sie nicht viel mehr aus, als daß homosexuelle Männer mit einer gering erhöhten Wahrscheinlichkeit auch das Xq 28-Gen besitzen.

Doch was mich am meisten beunruhigt hat, war die Reaktion der betroffenen Gruppen. Amerikanische Schwulenorganisationen waren erleichtert, weil mit dieser genetischen Fixierung Schwulsein endlich so etwas Einfaches und Normales sei wie Linkshändigkeit. Deutsche Schwulengruppen hingegen haben in einer ersten Reaktion die Befürchtung geäußert, daß mit dem Schwulen-Gen die Möglichkeit geschaffen werde, homosexuelle Frauen und Männer zu diskriminieren. Beide gingen sie aber wie selbstverständlich von der Existenz des Schwulen-Gens aus. Also haben auch so kritische und sensible Gruppen wie die Schwulenbewegung dieses biologistische Menschenbild bereits verinnerlicht.

Als wären Erotik und Sexualität, als wäre die geschlechtliche Identität einer Person genetisch determiniert! Als wäre Schwulsein vor allem ein Genproblem und nicht in erster Linie eine Lebensform!

1948 schrieb Sigfried Giedion in seinem lesenswerten Buch 'Die Herrschaft der Mechanisierung': „Wir haben den Glauben an den Fortschritt verloren. Fortschritt hat die Menschen in Schrecken versetzt, und er ist nicht mehr Hoffnung, sondern Bedrohung. (...) Dabei hat alles so wunderbar angefangen."

Heute, 46 Jahre später, stehen wir an einem ähnlichen Punkt. Jahrhundertelang galt es als Selbstverständlichkeit, daß alles zu unternehmen sei, um Gesundheit herzustellen. Heute ist dies nicht mehr so. „Der medizinische Heilauftrag beginnt sich vor dem Hintergrund der Molekularbiologie in sein Gegenteil zu verkehren, denn so formuliert, läßt sich mit ihm letztlich jeder Eingriff, jedes Experiment am Menschen rechtfertigen", bemerkt Regine Kollek. Das Beklemmende daran ist vor allem auch der Rückfall in biologistische Denkmuster, denn damit werden Grundfragen unserer Existenz, der Kern unseres Menschen- und Weltbildes, direkt in Frage gestellt.●

Aus: Die Weltwoche, Nr. 22, 2. Juni '94.

Florianne Koechlin studierte Chemie und Biologie. Seit 1968 ist sie in der Schweizer Ökologiebewegung aktiv, 1989 machte sie sich als Sachverständige auf dem Gebiet „Moderne Bio- und Gentechnologie" selbständig. Organisatorin zahlreicher Kampagnen in der Schweiz. Veröffentlichungen: Biologisches Risikopotential in der gentechnischen Produktion, Basel 1990. Gefahrzone/Risiken Gentechnik (zusammen mit A. Ammann u. C. Keller,)

ZEICHNUNG: MESTER

MICHAEL WEINGARTEN

Die Genetik der Gentechnologen

Bevor also sinnvoll über die Zwecke einer technischen Praxis diskutiert werden kann, müssen die Mittel (nämlich die die Gentechnik erst ermöglichende Genetik), mit denen die Zwecke erreicht werden sollen, geprüft werden. Genau dies sollte Aufgabe der Wissenschaftstheorie sein – sollte, denn weithin begnügt sich Wissenschaftstheorie noch mit der Überprüfung der formalen Kohärenz von Theorien, thematisiert aber nicht die Handlungen und Verfahrensweisen, die die Formulierung von Theorien erst ermöglichen. „Deskriptive Wissenschaftstheorie wählt also die tatsächlich betriebene Wissenschaft zur Ausgangsbasis ihrer Überlegungen. Sie ist damit nur als nachträgliche und zusätzliche Auseinandersetzung mit der Wissenschaft denkbar." (Janich / Kambartel / Mittelstraß, 1974, S. 25) Deskriptive Wissenschaftstheorie kann sich also gegenüber vorfindlichen Wissenschaften ausschließlich affirmativ, nicht aber kritisch verhalten.

Damit Wissenschaftstheorie als Wissenschaftskritik betrieben werden kann, darf also Wissenschaft nicht primär verstanden werden als Satzsystem, sondern als eine geordnete Folge von wirklichen und/oder sprachlichen Handlungen, mit denen zu rechtfertigende Zwecke durch den Einsatz von bezüglich der Zwecke adäquaten Mitteln erreicht werden sollen. „Eine alternative Haltung gegenüber dem Lehrbuchwissen der Einzelwissenschaften kann darin bestehen, die Gültigkeit ihrer Theorien nicht vorauszusetzen, sondern allererst einsichtig machen zu wollen, unter anderem dadurch, daß die der Lehrbuchdarstellung zum Opfer gefallenen methodischen Einzelschritte im Aufbau der betreffenden Theorie angegeben werden." (Janich / Kambartel / Mittelstraß, 1974, S. 25/26) Und nur dann, wenn die Rekonstruktion wissenschaftlicher Handlungen sich beschreiben läßt als Folge methodisch aufeinander aufbauender Schritte („Prinzip der methodischen Ordnung"), kann von begründeten wissenschaftlichen Aussagen gesprochen werden.

Eine erste, systematisch wichtige Konsequenz eines normativen und nicht mehr deskriptiven Verständnisses von Wissenschaft ist, daß die naiv-naturalistische Vorstellung, wissenschaftliche Aussagen bildeten (wenn sie wahr sind) natürlich vorfindliche Fakten ab, hinfällig ist. Vielmehr werden wissenschaftliche Gegenstände durch unsere Handlungen erst konstituiert. „Sprache dient nicht zur Beschreibung von etwas natürlich Vorhandenem, indem es dieses auf eine nicht zu klärende Weise abbildet, sondern sie dient zur Kommunikation zwischen Sprechern und Hörern, zur Weitergabe von Aufforderungen, Fragen und Behauptungen und zum absichtsvoll durchgeführten, damit Gelingen und Mißlingen ausgesetzten Einteilen der Gegenstände der Welt. Da diese Welt aber nicht nur aus dem natürlich Vorhandenen, sondern gerade für den Naturforscher – man denke an die modernen Laborwissenschaften – in weit größerem Maße aus technischem Gerät besteht, dient Sprache der Konstruktion der Gegenstände, über die gesprochen wird." (Janich, 1992, S. 17 / 18) Mit der Laborforschung hat sich in diesem Jahrhundert eine neue Art des Forschungshandelns herausgebildet, die von der Wissenschaftstheorie und -soziologie erst jetzt zunehmend reflektiert wird (Knorr-Cetina 1984; Rheinberger 1992; Rheinberger & Hagner (Hrg.) 1993; Tetens 1987). Für die Gegenstände, die im Labor erforscht werden sollen, heißt dies u.a. dann: „Untersuchungsobjekte werden, sofern sie aus einer 'natürlichen' Umwelt stammen, im Labor mit neuen Organisationsbedingungen konfrontiert, sie werden als Objekte beim experimentellen Vorgehen neu konstruiert" (Knorr-Cetina 1988, S. 321) Die Gegenstände, die im Labor untersucht werden sollen, werden in der „Natur" also nicht einfach vorgefunden, sondern sie werden im Labor nach Maßgabe von Zwecken durch die Art der Organisation von experimentellen Handlungen konstituiert. Insofern ist es zwingend erforderlich, „Naturgegenstand" und „Laborobjekt" kategorial sauber zu unterscheiden.

Nun kann wohl niemand ernsthaft bestreiten wollen, daß es sich bei der Genetik um eine ausgesprochene Laborwissenschaft handelt. Daher müssen allein schon aus wissenschaftstheoretischen Gründen gängige Überzeugungen von Gentechnologen (und auch Genetikern) als Mißverständnisse des eigenen Handelns zurückgewiesen werden: so etwa folgende Aussage von Markl zur „Natürlichkeit" der Gentechnik. „Da alle Lebewesen ihre Eigenschaften dem Besitz von Erbanlagen in Form von Nukleinsäuren verdanken, die wieder die Produktion ganz spezifischer Eiweißstoffe steuern, deren Zusammenspiel die chemische Leistungsfähig-

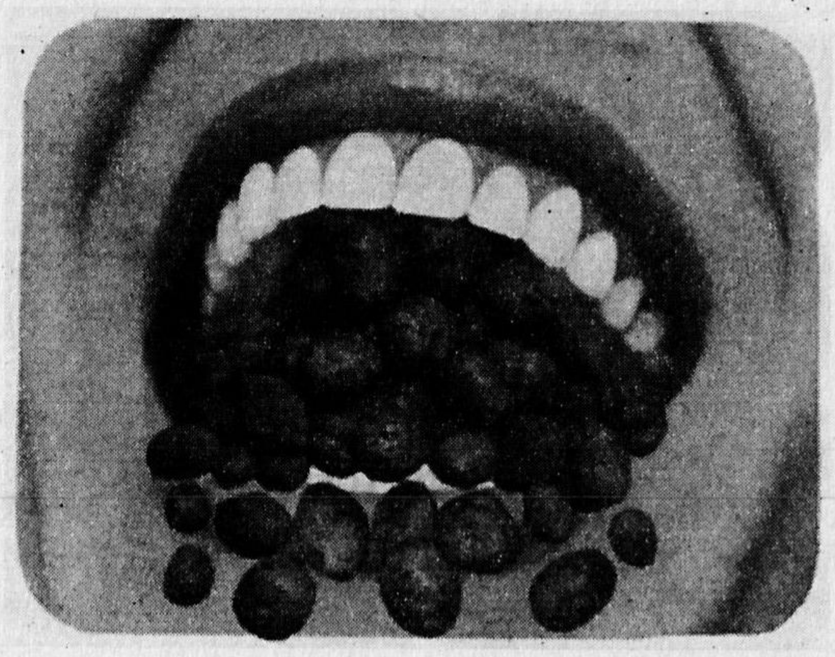
Eine ausschließlich oder dominant ethische Diskussion, wie sie die öffentliche Auseinandersetzung um die Gentechnologie in der Bundesrepublik prägt, kann die eigentlichen Probleme der Gentechnik nicht in den Blick bekommen. Denn auch bei bester Absicht der Ethiker müssen diese doch zunächst davon ausgehen, daß die Gentechnologen auch wirklich machen können, wovon sie behaupten, sie könnten es machen. Damit aber bleibt der ethische Diskurs in allen relevanten Fragen, insbesondere bezüglich der Beurteilung der Sicherheit bzw. Gefährlichkeit gentechnischer Versuche und Praktiken, abhängig von den Vorgaben und Kriterien der Gentechnologen; die Ethik selbst verfügt eben nicht über die Möglichkeiten, andere Beurteilungsstandards zu entwickeln.

keit jedes Organismus bestimmt, liest der Evolutionsprozeß selbsttätig Genverbände aus Nukleinsäuren nach Maßgabe ihrer Selbstvermehrungspotenz aus. Das heißt: Evolution ist biologische Gentechnik." (Markl, 1986, S. 19) Markl glaubt sich nun zu folgender Schlußfolgerung berechtigt: „Es sind also nicht die wildgewordenen Geningenieure, die durch Gentransfer erstmals eine geheiligte Speziesschranke durchbrechen: die lebendige Natur tut dies seit langem und, wies es scheint, in nicht geringem Maße." (Markl, 1986, S. 25) Markls Schluß von (vorgeblich) nicht experimentell erzeugten genetischen Verläufen auf die Harmlosigkeit der Gentechnik, weil diese eben natürliche Verläufe „bloß" abbildet und reproduziert, ist wissenschaftstheoretisch falsch, da Laborereignisse von ihm nicht unterschieden werden von „Natur"ereignissen, Labor und Natur identisch gesetzt werden. Damit muß die Übertragbarkeit von Labor-Verläufen auf natürliche Verläufe zum reflexionsbedürftigen Problem werden, denn: „Im Labor werden die komplexen Bedingungsgefüge mit rückgekoppelten Kreisläufen der Natur ersetzt durch wesentlich vereinfachte, linearisierte und ideale Bedingungen. Deshalb sind unsere Apparate, werden sie dann außerhalb der Laborbedingungen verwendet, so oft gestört und richten selber ökologischen Schaden an, weil ihre 'Neben'wirkungen auf ökologische Gesamtgefüge unter den unrealistisch vereinfachten Laborbedingungen **gar nicht zum Vorschein kommen können**." (Tetens, 1984, S. 96) Wer muß bei diesen Überlegungen zum Verhältnis von Labor und Natur nicht sofort an die Kölner Petunien-Experimente mit dem Gen für die weiße Blütenfarbe denken! Erwartet wurde in diesem Experiment, daß das Gen entweder eine Blüte mit weißer Farbe erzeugen oder daß gar keine Reaktion erfolgen sollte. Stattdessen brach aber die gesamte Physiologie der Pflanzen zusammen. Daraufhin wurde das Experiment abgebrochen und sämtliche weitere Anträge auf Freilandversuche zurückgezogen.

Wissenschaftstheoretisch handelt es sich bei der bisherigen Thematisierung von Labor, Laborverläufen und Experimentierapparaturen eigentlich noch um Präliminarien, um Anfangsüberlegungen. Und doch zeigen sich schon hier für die Auseinandersetzung mit der Gentechnik erhebliche Konsequenzen, die zwar nicht die Labortechnik (also die Genetik als experimentelle Naturwissenschaft) in Frage stellen, aber für die Gentechnik (die Anwendung der Labortechnik außerhalb des Labors) doch grundlegende Fragen aufwerfen, die von einer Beantwortung sowohl durch die Gentechnik selbst als auch durch die Wissenschaftstheorie noch weit entfernt sind (vgl. hierzu insbesondere Rheinberger 1992).

Daß die methodische Rekonstruktion der der Gentechnik zugrundeliegenden Genetik noch viel weitreichendere Fragen aufwirft, sei nur mit folgendem Beispiel angedeutet. Man sollte eigentlich erwarten, daß bei dem Übergang von der Grundlagenforschung zur Anwendung die Grundbegriffe und die Gegenstände, die mit diesen Grundgegriffen bestimmt werden, alle sauber eingeführt sind. Insbesondere sollte dies gelten für die Bestimmung derjenigen Substanz, die mithilfe der Gentechnik von einem Lebewesen in ein anderes Lebewesen transportiert werden soll, das Gen. In der genetischen Fachliteratur findet man jedoch so viele unterschiedliche Bestimmungen von „Gen", daß der Eindruck entstehen muß, es sei zwar die chemische Struktur dieser Entität in vieler Hinsicht zureichend charakterisiert, aber nicht deren Funktion (dies betrifft insbesondere den Informationsbegriff) und erst recht nicht der Zusammenhang von Struktur und Funktion. Schließlich hat Walter Nagl, selbst Genetiker und einer der führenden Genetiker in der

Der Druck wird härter



Wenn er über die genetischen Machenschaften der global operierenden US-Agrarkonzerne spricht, nimmt der Filmproduzent und Buchautor Kenny Ausubel aus Santa Fe kein Blatt vor den Mund. In seinem jüngsten Bestseller „Seeds of Change" bezichtigt er den US-Konzern Cargill Inc., Amerikas größtes Privatunternehmen und einer der größten Getreide- und Saatguthändler der Welt, des „sublimierten Diebstahls an der Dritten Welt".

Ausubel, Kritiker und Hunderttausende von Landwirten rund um die Welt kämpfen gegen Konzerne wie Cargill. Der Vorwurf: Im internationalen Saatgutgeschäft (Weltumsatz: rund 15 Milliarden Dollar) würden im Schutze des Gatt-Abkommens und mit Hilfe der Genforschung die Länder der Dritten Welt rücksichtslos ausgeplündert.

Der raffinierte Trick von Cargill funktioniert so: Man nimmt ein Weizenkorn aus Indien, identifiziert im Labor dessen Gene, verändert von den rund 23 000 Weizengenen eines oder zwei geringfügig und läßt den manipulierten Samen als Neuheit patentieren. Fortan ist das „neue" Saatgut laut Gatt-Abkommen als intellektuelles Eigentum geschützt, und die indischen Landwirte müssen für ihren eigenen, in fremden Labors manipulierten Weizen saftige Lizenzgebühren an Cargill und andere multinationale Konzerne bezahlen.

Die „New York Times" spekuliert schon darüber, ob der Streit um die Autonomie des lebenswichtigen Saatguts langfristig zu einem neuen Nord-Süd-Konflikt führen könnte. Im Dezember 1992 stürmten hunderte von aufgebrachten indischen Landwirten, die für ihr Saatgut jetzt teilweise den 60fachen Preis zahlen müssen, die Cargill-Niederlassung in Bangalore.

Im Juli vergangenen Jahres kam die nächste Attacke, bei der die Landwirte ein neugebautes Cargill-Saatgutlager dem Erdboden gleichmachten und für 2,3 Millionen Dollar Sachschäden anrichteten. Im vergangenen Oktober gingen schließlich über 500 000 Inder im bisher größten Anti-Gatt-Protest auf die Straße und demonstrierten für die „Souveränität des indischen Saatguts".

Der Druck wird härter. „Cargill mißbraucht sein Machtstellung als einer der größten Saatguthersteller der Welt, und treibt die Landwirte der Dritten Welt aus reiner Profitgier in die Verarmung", kritisiert der indische Rechtsprofessor M. Nanjundaswamy die Methoden des US-Konzerns.

Selbst Genforscher in den USA halten die Cargill-Strategie für bedenklich: „Schließlich steuern die Länder der Dritten Welt die Erbmasse bei, auf deren Basis die genetische Forschung überhaupt nur möglich ist", meint ein Washingtoner Wissenschaftler, „insofern ist es ziemlich absurd, ihnen Lizenzgebühren abverlangen zu wollen."

Ein weiterer gravierender Nachteil der genetischen Manipulation: Die Reduzierung des Saatguts auf wenige, patentierte Sorten führt auf die Dauer überdies zu einem Abbau der biologischen Artenvielfalt. So werden in den USA heute nur noch vier Kartoffelsorten – patentierte Hybriden – kommerziell angebaut, während es in Ländern wie Bolivien und Peru nach wie vor Tausende von Kartoffelsorten gibt.

Rund 90 Prozent der Agrarfläche in den USA werden laut Buchautor Ausubel heute mit nur 20 Pflanzenarten bebaut, obwohl weltweit 80 000 landwirtschaftlich nutzbare Pflanzensorten existieren. Von der Vielfalt der eßbaren Pflanzen, die Amerikas Farmer um die Jahrtausendwende kultivierten, werden heute nur noch drei Prozent kommerziell angebaut.

aus: Wirtschaftswoche Nr. 30 1994

Bundesrepublik, kurz und treffend darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Gen nicht um eine vorzeigbare Substanz handelt, sondern um eine operationale Definition, die eingeführt wurde, um komplizierte Beschreibungen von experimentellen Handlungen im Labor vereinfacht zusammenzufassen. Was wird also in der Gentechnik implantiert, wenn es sich bei einem „Gen" ausschließlich um eine operationale Definition handelt? Man denke wieder an das Petunien-Experiment: Eine chemische Struktur sollte **ausschließlich** die Funktion haben, die weiße Blütenfarbe zu repräsentieren. Der Einbau der chemischen Struktur in wirkliche Petunien führte zum völligen Zusammenbruch der Physiologie dieser Pflanzen – und dies war außerhalb jeglichen Erwartungshorizontes der Genetiker und Gentechnologen. Ist die Funktion „unterwegs verloren gegangen"? Liegt der Fehler vielleicht darin, daß es eben nicht das Gen als atomaren (elementaren) Informationsträger einzelner organismischer Eigenschaften gibt?

Mit dieser Frage will ich auf einen letzten Punkt hinweisen. Weitgehend unbeachtet bleibt nämlich, daß die Redeweise von **der** Genetik die Situation der Fachwissenschaft Genetik völlig falsch wiedergibt. Denn die Genetik, auf der die Gentechnik aufbaut, ist nur **eine** Lehrmeinung innerhalb der Wissenschaft der Genetik; neben ihr gibt es mindestens noch eine weitere Lehrtradition, die sich in ihren Grundannahmen fundamental von der Genetik der Gentechnologen unterscheidet. In der Evolutionsbiologie firmiert die Genetik der Gentechnologen unter dem Titel mathematische Populationsgenetik oder Drosophila-Genetik (vgl. zur Geschichte der Populationsgenetik jetzt Beurton 1994). Kennzeichnende Grundannahmen dieser Forschungstradition sind: es gibt einzelne Gene, die unabhängig vom genetischen Verband, eine definierte Funktion haben (Repräsentation einer Eigenschaft). Das Gen mit seiner Funktion hat mit dem Zeitpunkt seines erstmaligen Auftauchens einen ebenfalls definierten positiven oder negativen Selektionswert, sodaß sich exakt ausrechnen läßt bei z.B. positivem Selektionswert, mit welcher Geschwindigkeit sich dieses Gen innerhalb einer Population verbreiten wird. In diesem Zusammenhang wird der Organismus verstanden als Aggregat einzelner Eigenschaften, wobei die Eigenschaften jeweils durch einzelne Gene oder auch Genkomplexe (im Sinne der Addition der Eigenschaften einzelner Gene) repräsentiert werden. Unter Evolution wird dann das Hinzufügen mindestens einer weiteren Eigenschaft /eines weiteren Gens mit positivem Selektionswert in das vorfindliche Aggregat von Eigenschaften/Genen verstanden. Im Rahmen dieser Annahmen machen gentechnische Versuche Sinn, eben weil die Eigenschaften von Genen isoliert von dem jeweiligen Aggregat untersucht werden können bzw. die Eigenschaften von Genen erhalten bleiben, auch wenn sie in ein anderes Aggregat verpflanzt werden.

Anders dagegen die Grundannahmen der Populationsgenetik in der Tradition von Ernst Mayr. Mayr hat immer vehement bestritten, daß es einzelne Gene mit definierten Eigenschaften außerhalb eines genetischen Systems geben könne; die mathematische Populationsgenetik firmiert bei ihm unter dem abwertenden Titel der „Bohnensack-Genetik". Nach Mayr repräsentiert nur das genetische System eines jeweiligen Organismus insgesamt die phänotypischen Eigenschaften dieses Organismus; wir können experimentell zwar an dem genetischen System funktionelle **Teile** unterscheiden; diese analytisch fixierten Teile sind aber **keine Komponenten** in dem Sinne, daß sie auch bei Herauspräparierung aus dem genetischen System ihre Funktion beibehalten würden. Die Konsequenzen des Herausschneidens von DNA-Sequenzen und deren Implantierung in ein anderes genetisches System sind im Vorhinein überhaupt nicht beurteilbar – uns bleibt nur übrig zu warten auf das, was passiert, wenn überhaupt etwas passiert, daß im Rahmen unserer Kontrollparameter beobachtet werden kann. Zwar stimmt Mayr mit der mathematischen Populationsgenetik dahingehend überein, daß auch für ihn Evolution sich nur ereignet als Veränderung im genetischen System eines Organismus bzw. als Veränderung in dem Genpool einer Population. Ob aber eine solche Veränderung, bedingt durch ein genetisches Neuarrangement stattgefunden hat oder nicht, können wir nur im Nachhinein beurteilen.

Sind Mayrs Überlegungen korrekt, dann muß man bezüglich der Möglichkeiten der Gentechnik eher pessimistisch sein: zwar ist es technisch mittlerweile kein Problem mehr, DNA-Sequenzen auszuschneiden und zu verpflanzen – doch die Konsequenzen dieser Handlungen sind überhaupt nicht kalkulierbar. Nicht nur, daß die Vorstellung hinfällig ist, ein Gen behalte seine vorherige Funktion auch bei Einbau in ein anderes genetisches System. Sondern viel entscheidender: wir sind noch nicht einmal in der Lage, über Kriterien zu verfügen, die uns die Unterscheidung eines gelungenen Experimentes von einem mißlungenen Experiment ermöglichen würde. Denn dazu müßten wir nicht nur die Funktionsweise eines individuellen organismischen System vollständig beherrschen können, sondern auch die Populationsdynamik derjenigen Organismensorte, in die wir die DNA-Sequenz implantiert haben.

Die Liste offener biologischer Fragen ließe sich noch beliebig verlängern, insbesondere dann, wenn man die veränderten Evolutionsvorstellungen miteinbezieht, die sich seit den 70er Jahren zunehmend in der Biologie durchsetzen (vgl. Weingarten 1993). Dort deutet sich nämlich nicht nur eine grundsätzliche Neueinschätzung der Bedeutung genetischer Systeme an, sondern Organismen werden verstanden als nicht-deterministische Systeme, deren Verhalten extern nicht gesteuert werden kann.

Versteht man unter Gentechnik die (Neu-) Konstruktion von Organismen zu bestimmten Zecken, dann muß – unter Voraussetzung der Gültigkeit der neuen biologischen Evolutionstheorien – allein schon deren technische Realisierbarkeit bezweifelt werden; ganz zu schweigen von der Unmöglichkeit, die neu konstruierten Lebewesen ausschließlich auf das Verhalten festzulegen, welches der Zweck ihrer Konstruktion war. Erwartbar ist dagegen die Optimierung eher traditioneller biotechnischer Verfahren, etwa zu Produktion von Stoffen für Medikamente – und über deren Notwendigkeit bzw. deren Rechtfertigbarkeit als zu verfolgende Zwecke muß dann öffentlich (u.a. ethisch) gestritten werden. ●

Michael Weingarten, Philosoph. Schwerpunkte Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte der Biologie, politische Philosophie. Lehrbeauftragter an den Universitäten Frankfurt (Zoologie) und Marburg (Philosophie).

LITERATUR

Beurton, P. (1994): Historische und systematische Probleme der Entwicklung des Darwinismus. In: Jahrbuch für Geschichte und Theorie der Biologie I. Hrsg. von H.-J. Rheinberger und M. Weingarten. Berlin 1994, S. 93 - 211.

Gutmann, M. / Weingarten, M. (1994): Veränderungen in der evolutionstheoretischen Diskus-sion: Die Aufhebung des Atomismus in der Genetik. In: Natur und Museum, Jg. 124, Heft 6, S. 189 – 195.

Janich, P. (1992): Grenzen der Naturwissenschaft. München

Janich, P. / Kambartel, F. / Mittelstraß, J. (1974): Wissenschaftstheorie als Wissenschaftskritik. Frankfurt.

Knorr-Cetina, K. (1984): Die Fabrikation von Erkenntis. Frankfurt.

Knorr-Cetina, K. (1988): Laboratorien – Instrumente der Weltkonstruktion. In: P. Hoynningen-Huene / G. Hirsch (Hg.): Wozu Wissenschaftsphilosophie? Berlin, S. 315 - 344.

Lewontin, R. (1992): Biology as ideology. The doctrine of DNA. New York.

Markl, H. (1986): Evolution, Genetik und menschliches Verhalten. München.

Mayr, E. (1984): Die Entwicklung der biologischen Gedankenwelt. Berlin, New York, Heidelberg.

Nagl, W. (1992): Gentechnologie und Grenzen der Biologie. Darmstadt.

Rheinberger, H.-J. (1992): Experiment – Differenz – Schrift. Marburg.

Rheinberger, H.-J. / Hagner, M. (Hg.) (1993): Experimentalisierung des Lebens. Berlin.

Tetens, H. (1984): „Der Glaube an die Weltmaschine". Zur Aktualität der Kritik Hugo Dinglers am physikalischen Weltbild. In: P. Janich (Hrg.): Methodische Philosophie. Mannheim, S. 90 - 100.

Tetens, H. (1987): Experimentelle Erfahrung. Hamburg.

Weingarten, M. (1988): Die Bastler und ihr Kritiker. Chargaffs Auseinandersetzung mit den Gentechnologen. In: Ästhetik und Kommunikation, Heft 69, S. 23 - 27.

Weingarten, M. (1992): Organismuslehre und Evolutionstheorie. Hamburg.

Weingarten, M. (1993): Organismus – Objekte oder Subjekte der Evolution? Darmstadt.

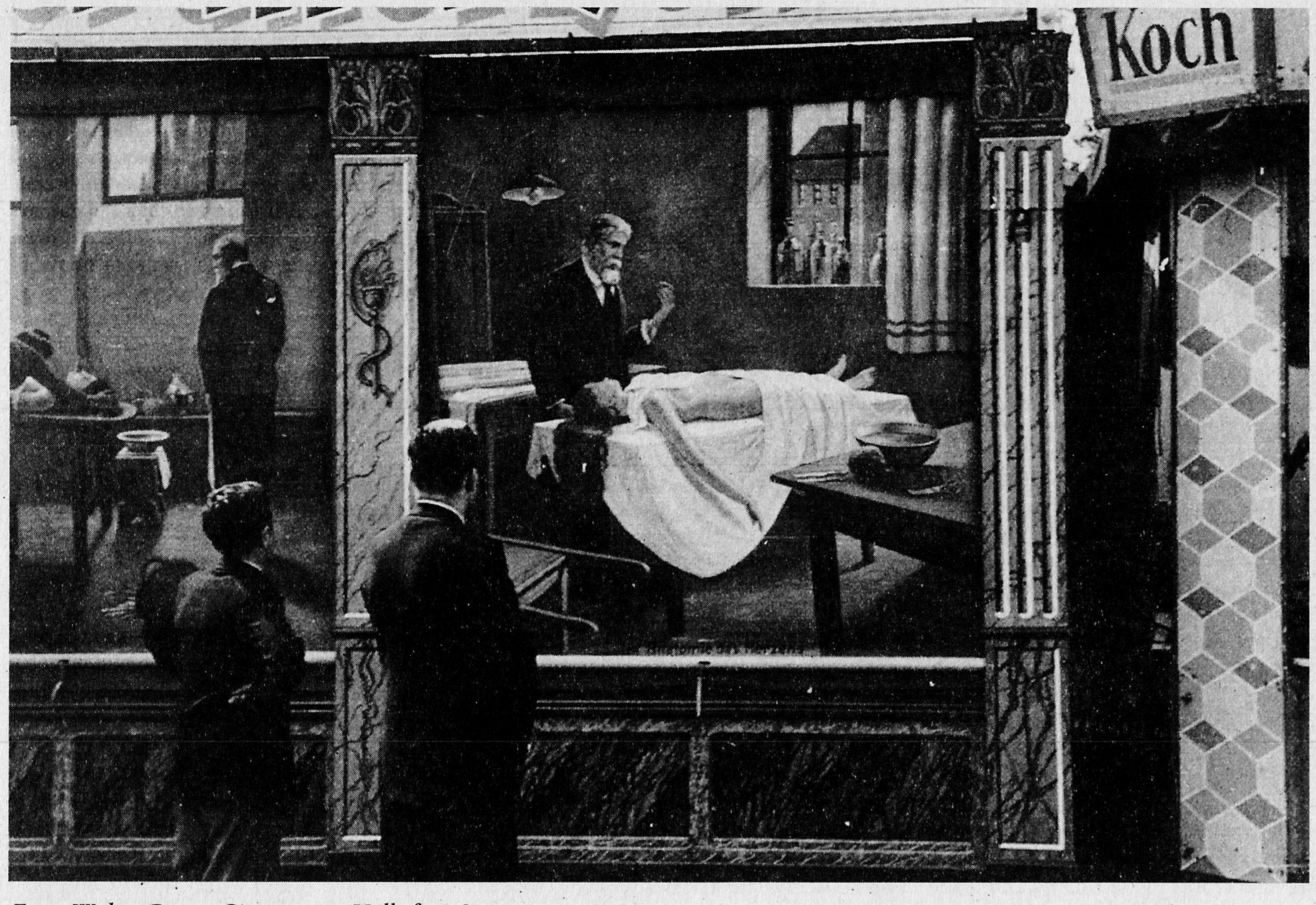


Foto: Walter Renz, Cannstatter Volksfest, Stuttgart 1957

ERIKA FEYERABEND / PETRA GEHRING

Die Kommerzialisierung der Körper

Das Produktionsgeschehnis, dem wir als Lieferantinnen, Produzentinnen und Konsumentinnen angegliedert werden, ist ein neuer Markt. Der Grundstoff dieses biomedizinischen Marktes sind Körperstücke, die verteilt, bearbeitet, patentiert werden und in diesem Prozeß einen Marktwert erhalten. Dieser Markt ist als solcher nicht immer erkenntlich, denn er ist gekennzeichnet durch einen engen Zusammenhang von Medizin (Hoffnung auf Heilung), Wissenschaft (Behauptung von Erkenntnisgewinn) und Bioindustrie (neue Geräte, Immunpräparate usw.). In der internationalen und institutionellen Verflechtung privatwirtschaftlicher, staatlicher und öffentlicher Institute und Einrichtungen wird die Hoffnung auf Hilfe und Heilung unabdingbar mit der Ökonomisierung des Leibes und dem Willen zur Markterweiterung verknüpft. So können wir schuldlos schuldige Mittäterinnen werden an einem Vorgang, der uns schließlich dazu nötigt, uns selbst zu Markte zu tragen. Aller Angebote in Form von „Überlebenshoffnungen" „Heilungsperspektiven" und „Bedürfnisbehauptungen" zum Trotz, möchten wir diesen Vorgang als das bezeichnen, was er ist: als Markt der Körperstücke, als Verwertung des Leibes. Die Dimensionen dieses Marktes sind vielfältig und erweitern sich stetig. Die verschiedenen Ebenen der Verwertung können beispielhaft benannt werden – in der Transplantationsmedizin, wo der einzelne Sterbende hier und verarmte Massen in anderen Kontinenten zur Ressource erklärt werden; in der Reproduktionsmedizin und in der Forschung mit fötalem Gewebe, wo das Geschlecht – die Frauen – Rohstofflieferantinnen sind; in der Genomforschung, wo der Mensch als Informationsträger und ganze Völker als kollektive Informationsträger verwertbar werden; in der gentechnologischen Forschung, wo Frauen als Produzentinnen von Endlos-Produkten für die Pharmaindustrie zukünftig auf den Markt treten sollen.

In den meisten Industrieländern gilt der Hirntote – d.h. sterbende – Mensch als verwertbares „Gut". In manchen Ländern soll er der Wegnahme seiner Körperstücke zu Lebzeiten „informiert" zugestimmt haben, in manchen Ländern (z.B. Belgien, Österreich) muß er die Entnahme ungefragt über sich ergehen lassen. Erst seit 1968 können Menschen in einen „hirntot" genannten Zustand geraten. Kurz zuvor war unter dem Rampenlicht der Öffentlichkeit die erste Herztransplantation in Südafrika durchgeführt worden. Um diese medizinische Tat vom Vorwurf des Totschlags zu befreien, wurde die, zuvor als „irreversibles Koma" bezeichnete

Transplantationsmedizin; der Supermarkt der Körperstücke

Lebenssituation definitorisch dem Tod zugeordnet. Per Definition werden sterbende Menschen zu Toten erklärt, um als Organlie-

feranten zur Verfügung zu stehen. Es ist aber nicht der Tod des Menschen – das Ende seiner gesamten Existenz – der über die willkürliche Vereinigung diagnostischer Daten und über Maschinenbilder bestimmt wird. Die Grenze zwischen Leben und Tod entzieht sich wissenschaftlicher Kenntnis und präziser Definition. Menschen, die für hirntot erklärt werden, haben nichts gemein mit unseren Vorstellungen von einem Leich-nam. Sie sind warm, atmen maschinengestützt, sie fiebern. Dokumentiert sind Umklammerungen des Pflegepersonals und Erektionen bei sterbenden Männern. Mit der Neuordnung des Menschen – in eine zu vernachlässigende biologische Existenz und in eine geistig-seelische, welche im Hirn verortet wird – konnte ein Markt der Körperstücke konstituiert werden. Betriebswirtschaftlich arbeitende Krankenhäuser und Transplantationszentren verkünden jährliche Steigerungsraten bei Operationen und Bedarfsprognosen. Der Bedarf, der hier angegeben wird, ist der Bedarf einer stetig steigenden Anzahl von Transplantationszentren, die wirtschaftlich arbeiten sollen und müssen. In der BRD sind es mittlerweile 31 Zentren, in den USA mehr als 230. In diesem Sinne werden auch kaum Fragen nach den Ursachen von Organschädigungen gestellt. Andere Behandlungsverfahren werden nicht mehr angewandt, die Transplantation wird zur Standard-Therapie und immer neue Verfahren werden erdacht, die der Bedarfssteigerung dienlich sind. Ungeschminkt wird der Warencharakter der Körperteile von dem amerikanischen Universitätsprofessor C.R. Eisendrath benannt. Er schreibt in seinem Aufsatz „Second-Hand-Organe: Kaufen, verkaufen oder tauschen?“: „Was wir brauchen, damit das Angebot an Organen, Geweben und Körpersäften vergrößert wird, ist schnell gesagt; Anreize...“ Weil die USA das Land der Kreditkarte ist, schlägt er den Aufbau eines „Organkredit-Systems“ vor. Gegen „Barbezahlung“ oder „Organ-Naturalkredit“ sollen Körperstücke landesweit verteilt werden. Eisendraths Devise: „Je schneller wir Organe wie jede andere recycelbare Ware behandeln, desto eher haben wir das Material in der Hand.“ (In: Transplantation Proceedings, vol. 24, no. 5. Okt. 1992)

Mit der massenhaften Benutzung sterbender Menschen sind die Körperstücke zur Ware geworden und ein stetig steigender Bedarf nach diesen Waren führt dazu, daß die Besitzlosen in allen Teilen der Welt ihre Körperteile zu Markte tragen. 90 % der Organe, die in den Kliniken der südlichen Kontinente verpflanzt werden, stammen nicht von sog. Hirntoten, sondern von sog. Lebend-Spendern. Die meisten Organe werden an ausländische Besitzende verkauft. Organhändler haben sich rund um die Kliniken in Rio, Bombay und anderswo niedergelassen, um von dort aus ihre Geschäfte gemeinschaftlich mit den Klinikärzten der jeweiligen Hospitale zu betreiben. Die Organempfänger werden direkt vor Ort oder von international operierenden Händlern in Europa, USA oder Asien an die Kliniken vermittelt. Der Handel mit Organen weitet sich stetig aus und folgt den Expansionstendenzen der westlichen Zentren. Unter materieller Not leidende Menschen in allen Teilen der Welt – auch in europäischen und vor allem osteuropäischen Ländern – suchen angesichts des Organhandels ihre Situation durch den Verkauf von Teilen ihrer selbst zu verbessern. Daneben greift die krimi-nelle Beschaffung durch Entführung und Ermordung um sich. Das europäische Parlament befaßt sich seit 1988 mit Meldungen aus Honduras, Argentinien, Brasilien und anderen Ländern der südlichen Kontinente. Das argentinische Gesundheitsministerium hat 1992 eingeräumt, daß der Leiter einer psychiatrischen Klinik jahrelang Organe seiner PatientInnen entnahm. In der Zeit zwischen 1986 und 1992 sind 1321 PatientInnen in dieser Klinik verschwunden. In Brasilien wurden innerhalb von 4 Jahren fast 6000 Leichen verschwundener Kinder aufgefunden, denen verschiedene Organe fehlten. (vgl. Dt. Ärzteblatt, 9.4.93)

„Im Zeitalter des Machens darf es eigentlich keine ungemachten Geschehnisse geben, mindestens keine, die unverwertbar oder nicht mindestens in ein Produktionsgeschehnis integriert wären."

Günther Anders

Frauen als Plantagen

Die Verwertbarkeit von fötalem und embryonalem Gewebe für Forschung und Therapie gilt mittlerweile als unumstritten. Frauen werden zu Plantagen, um den Stoff für neue „Therapie“versuche (= Menschenversuche) zu liefern. Die Verwendung von menschlichem Fötalgewebe sei für die Medizin, „was die Superleitfähigkeit für die Physik ist“ erklärte ein New Yorker Arzt bereits 1987. (Newsweek, Sept. 14.1987). 1986 führte der Knochenmarkspezialist Robert Gale Experimente mit fötalem Gewebe bei den hoffnungslos verseuchten Tschernobylopfern durch. 1987 wurde in Mexiko fötales Gewebe ins Hirn eines Parkinson-Kranken (Schüttellähmung) verpflanzt. Weltweit sollen mittlerweile 400 Kranke gleichen Versuchen unterzogen worden sein. In Großbritannien, USA, Frankreich, Kuba, Mexiko, Polen, Spanien, China, Schweden und der ehemaligen Tschechoslowakei sind Hirngewebsverpflanzungen durchgeführt worden. In diesem Jahr soll die erste Operation in der BRD unternommen werden. Die Palette verwertbarer Teile der Leibesfrucht wie auch der infrage kommenden Krankheiten weitet sich zusehends aus. Schizophrenie, Corea Huntington, Multiple Sklerose, Epilepsie, Schlaganfall, Blindheit, Hormonstörungen, Alzheimer Krankheit, Diabetes u.a.m. sollen mit Gewebstransplantaten behandelt werden. 1992 wurde das Netzwerk der europäischen Neurochirurgen NECTAR (Network of European CNS-Transplantation and Restoration) zum Austausch von Informationen und zur Entwicklung von Richtlinien gegründet. (Vgl. Ingrid Schneider, Der Frauenkörper als Plantage in: Freitag 5.2.1993) Berichte über Fötalgewebsbanken z.B. in der ehemaligen Sowjetunion deuten schon an, daß die entstehende Bedarfslücke über internationale Handelsstrukturen gedeckt werden wird (vgl. Stern 6/1993).

Nahezu unbegrenzte Einsatzmöglichkeiten bieten sich auch in der Medikamenten- und Umweltverträglichkeitsprüfung, in der Impfstoffgewinnung, in der Aids- und Krebsforschung sowie bei Tests für die bakteriologische Waffenherstellung an. Föten aus Süd-

ZEICHNUNG: MESTER

WIDER★ SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Der Widerspenstigen Zähmung – Zur Bildung der Nation (Heft 51)

Apple: Autorisiertes Wissen als Schnittpunkt bildungs- und gesellschaftspolitischer Strategien der Rechten ● *McLaren:* Die Politik eines kritischen Multikulturalismus ● *Whitty / Gewirtz / Edwards:* Neue Schulen für neue Zeiten? Zum Verständnis der neuen Bildungspolitik ● *Gruschka:* Kollegstufe – über das Verschwinden und die Aktualität eines Reformmodells ● *Schütte:* Crisis what crisis? Berufliche Erstausbildung zwischen Reorganisation und notwendiger Strukturreform ● *Manke:* Prometheus' letzte Schicht? Anmerkungen zu einem Bildungskongreß und zum Bildungsprogramm Bündnis 90/ Die Grünen ● Magazin **112 Seiten, DM 16,–**

Zur Zukunft des Sozialismus und zum Ende des realen (Heft 50)

Diemer: Zur Zukunft des Sozialismus, nach dem Verschwinden des realen. Moderne, Modernisierung und Sozialismus ● *Thaa:* Die falschen Versprechen eines romantischen Industrialismus. Anmerkungen zum monologischen Charakter der Marxschen Theorie ● *Schwendter:* Gleichheit und Differenz. Zur Subgeschichte des Sozialismus ● *Vinnai:* Zum Verhältnis von Allgemeinem und Differenz in der kritischen Gesellschaftstheorie ● *Görg / Hirsch:* Gesellschaftsveränderndes Handeln – ein Auslaufmodell. Anmerkungen zum „radikalen Reformismus" ● *Kunstreich:* Ist kritische Soziale Arbeit möglich? Für eine Pädagogik des Sozialen ● *Lauterbach:* Staats- und Politikverständnis autonomer Gruppen in der BRD. Zur Notwendigkeit einer radikalen Opposition ● *Macke:* Die Suche nach einem Rahmen. Erinnerungen eines 'ehemaligen' Redaktionsmitgliedes an die „Widersprüche" **128 Seiten, DM 16,-**

UNSER KENNENLERNANGEBOT: Schicken Sie uns einen 20,- DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte.

BEZUGSBEDINGUNGEN: Jährlich 4 Hefte, Jahresabo W: 63,- DM, Einzelheft 16,- DM, O: 40,- DM, Einzelheft 10,- DM, StudentInnenabo 40,- DM

Verlag 2000,
Postfach 10 20 62, 63062 Offenbach

Korea wurden von US-amerikanischen Militärs für 25 Dollar pro Stück eingeführt (Kölner Stadtanzeiger, 24.8.1984)

Berichte über Frauen, die sich zum Zwecke der Gewebeproduktion mit dem Samen eines erkrankten Familienangehörigen befruchten lassen wollen, um passendes Gewebe für die Therapie liefern zu können, deuten die Konsequenzen eines medizinischen Handelns an, das nur noch als Therapieterror beschreibbar scheint. Dieser Markt, in den Frauen als inwendige Plantagen eingebunden werden, kommt nicht mit dem Argument der Vermarktungsmöglichkeiten daher, sondern mit der medizinischen Behauptung „Überleben" oder „Heilung" technisch herstellen zu können. So scheint die Entgrenzung des Frauenleibes nicht nur möglich, sondern geboten. Die Weigerung, der Gewebeverpflanzung oder der Gewebeproduktion zuzustimmen, kommt einem Versäumnis gleich, einer Einwilligung in den eigenen Tod und in den Tod anderer. Tod und Krankheit gilt als vermeidbares Übel, „Leben" und „Gesundheit" als machbar, wenn man/frau sich den Bedingungen des modernen medizinischen Managements unterwirft.

Verwertbar sind nicht nur Körperstücke, die, sind sie dem Inneren entnommen, sichtbare, abgetrennte Stücke eines ehemals unversehrten Leibes sind. Auch Zellinien und DNA-Stücke, kaum und gar nicht sichtbare Teile des Leibes, bergen Gewinnmöglichkeiten, weil sie als „Informationsträger" betrachtet, behandelt und gehandelt werden.

Die international operierende Firma Flow-Laboratories bietet unter der Preisrubrik E, H und F Zellinien an von beispielsweise einem 16-jährigen Neger (männlich mit Burkitte-Lymphom), einem 31-jährigen Kaukasier sowie aus embryonaler Lunge, Vorhaut, Niere bis hin zum gesamten menschlichen Embryo. Der Zellkern unterliegt ebenfalls dem ökonomischen Blick der Forscher. Der Markt wird nicht nur internationaler sondern auch molekularer: Der Spiegel berichtete 1991 und 1992 von den Bemühungen des US-Hirnforschers Craig Venter. Selbiger wurde beim US-Patentamt vorstellig, um 331 von ihm „entdeckte" menschliche Gene als sein „geistiges Eigentum" sichern zu lassen. 1992 erstreckte sich sein angebliches Eigentum schon auf weitere 2375 Gene.

Ganze Völker geraten als kollektive Informationsträger ins Blickfeld der Genetiker. Das weltweite Projekt zur Entschlüsselung des menschlichen Erbgutes, HUGO genannt, hat ein Komitee zur „menschlichen Diversität" gegründet. Der Leiter des Genomprojekts meint erkannt zu haben, „.. daß es eine kulturelle Verpflichtung ist, nicht nur die genetische Variation von Individuen zu erfassen, sondern auch von Populationen. Objekte der wissenschaftlichen Begierde sind: Buschmänner in Südafrika, Hill-people in New Guinea, afrikanische Pygmäen, Etas in Japan, Basken in Spanien, Yanomani Indianer im Amazonas u.a.m. Gesammelt, sequentiert und tiefgefroren werden sollen die Körpersubstanzen dieser Menschen, denn „indigene Völker verschwinden rund um den Globus – Opfer von Krieg, Hungersnot, und Krankheit... Wenn sie verschwinden, nehmen sie einen Reichtum an Informationen mit sich..." Für manche Gruppen mag es schon zu spät sein", meint der Populationsgenetiker Cavalli-Sforza, „für die Menschen im Irak wie auch für die Kurden in der östlichen Türkei." Eile ist geboten, damit nicht noch mehr Völker vor der Entwicklung von Konservierungs- und Analysetechniken der Populationsgenetiker aussterben. Es geht hier allerdings nicht nur um die sogenannten großen Fragen der Menschheitsgeschichte und den Erhalt von Vielfalt, die zur raren Ressource erklärt, tiefgefroren der wissenschaftlich und kulturell produzierten Einförmigkeit standhalten soll. Es geht um die Patentierung des Erbgutes dieser Völker, es geht um die Suche nach sog. genetischen Bereitschaften für Infektionskrankheiten, Diabetes, Medikamentenunverträglichkeiten usw. einschließlich nachfolgender Patentierung dieses „geistigen Eigentums". Es geht um die Erschließung neuer Märkte für die Pharmaindustrie und die Joint-venture Firmen der Bioindustrie (vgl. Science, Vol 252, 1991).

Frauen als Produzentinnen von Pharmaprodukten

Der Wille zur Vermarktung scheint keine Grenze zu kennen. Im Patentantrag Nr. 0279 582 A 2 beim europäischen Patentamt geht es um die Herstellung sog. transgener Säugetiere, deren Milch nach erfolgreicher Manipulation Pharmaprodukte enthalten soll. Das Tier als Pharmafabrik ist Ziel des Unternehmens, die Methode der Herstellung und Vervielfältigung dieses zugerichteten Wesens soll selbstverständlich patentrechtlich abgesichert werden. Ausdrücklich betont wird, daß der Antrag sich auf transgene Säugetiere beziehe, dieses Verfahren aber auch beim Menschen – also bei Frauen – anwendbar ist.

Schon 1983 wurde aus dem Eierstock einer schwangeren Frau ein Gen isoliert, das für die Existenz eines bestimmten Hormons zuständig sein soll. Sind Lebewesen – einschließlich des Menschen – zum „Informationsträger" umgedeutet, dann lassen sich „Informationsstücke beliebig und unter ausschließlicher Berücksichtigung ökonomischer Gesichtspunkte in andere „Informationsträger" einbringen – seien es Menschen, Tiere oder Pflanzen. ●

Aus: Forum, 173/174, 93.
Die Autorinnen sind Mitarbeiterinnen des Gen-Archivs, Essen.

LUDGER FITTKAU

Über die Vernunft des wissenschaftlichenTötens

Anmerkungen zur Aktualität der „Dialektik der Aufklärung“ heute

Ortswechsel von Virginia nach Arkansas: In einer Zeitungsmeldung vom 5.8.94 wird berichtet, daß Alan Ables, der Sprecher der Vollzugsbehörde von Arkansas, die wenige Tage zuvor durchgeführte Dreifachhinrichtung für vernünftig hält, weil der Staat Arkansas damit Überstunden und Streß bei den beteiligten Strafvollzugsbeamten vermeiden wolle. Außerdem seien Mehrfach-Hinrichtungen für den Staat kostengünstiger.

Die Todeskandidaten hatten protestiert: „Die geplante Massenhinrichtung, bei der Menschen zu Schweinen im Schlachthaus herabgewürdigt werden, erhöht in extremer Weise die Angst, die Unsicherheit und den seelischen Streß, unter dem Verurteilte vor ihrem Tod ohnehin zu leiden haben.“

Dabei vollzogen sich die Hinrichtungen von Virginia und Arkansas lediglich als Ausdruck einer wissenschaftlichen Rationalität in Kriminologie und Justiz, deren Wurzeln Max Horkheimer und Theodor W. Adorno bereits Mitte der vierziger Jahre beschrieben haben: Die Verdinglichung des Menschen als Prinzip der Moderne, das es sogar unmöglich macht, „aus der Vernunft ein grundsätzliches Argument gegen den Mord vorzubringen.“

Tod durch „genetischen Fingerabdruck“

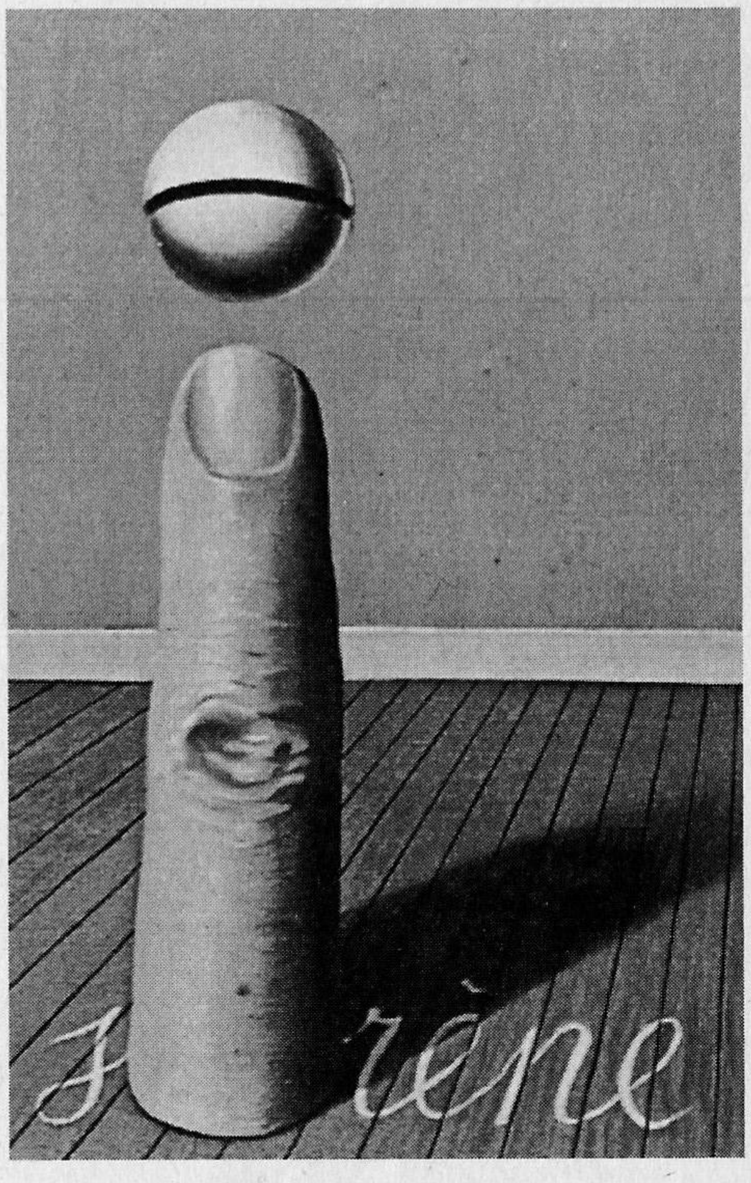
Timothy W. Spencer legte Einspruch gegen die Organentnahme nach seinem Tod ein. Damit widersprach er der Rationalisierung seiner Tötung. Die Körperstücke der auf dem elektrischen Stuhl Hingerichteten sind für die Organtransplantation bestens zu gebrauchen. Spencers letzter Akt der Selbstachtung kann als Ausdruck des Wunsches verstanden werden, sich nicht vollständig der modernen Naturwissenschaft auszuliefern, die seinen Tod herbeigeführt hat.

Wissenschaftler sagen, daß die DNA-Tests mit „hoher Sicherheit“ den Täter überführen können. Der US-Bundesstaat Virginia ist in der Anwendung dieser Methode am weitesten fortgeschritten. „Michael Satacher hatte sich niemals viele Gedanken über die Zusammensetzung seines genetischen Materials gemacht, bevor es ihn in die Todeszelle brachte.“ So beginnt ein weiterer Pressebericht aus Virginia. Schon Mitte 1991 hatte man in diesem Staat 33 000 DNA-Muster von Kriminellen gespeichert, monatlich sollten etwa 2 000 hinzukommen. Schon im gleichen Jahr hatte das FBI begonnen, in insgesamt sieben Bundesstaaten eine gemeinsame Datenbank aufzubauen, die auch mit dem „genetischen Fingerabdruck“ Verdächtiger gespeist werden soll. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes gibt es auch in London bei der Metropolitan Police eine Datenbank mit inzwischen weit über 1 000 Proben. „Dem Konflikt zwischen der administrativen, verdinglichten Wissenschaft, zwischen dem öffentlichen Geist und der Erfahrung des Einzelnen ist durch die Umstände vorgebeugt. Die Sinne sind vom Begriffsapparat je schon bestimmt, bevor die Wahrnehmung erfolgt…“ (Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung)

In Virginia sind es Strafverteidiger, die im Zusammenhang mit dem Fall Spencer die Rechte der Sinne reklamieren. Die Jury der Geschworenen könne ebensowenig wie der Anwalt verstehen, was die Wissenschaft ihnen als „Beweis“ offeriere: „Die Biostatistiker kommen ins Gericht und sagen, ‘da gibt es eine Wahrscheinlichkeit von 1 zu 10 Milliarden, daß ein anderer die gleichen Merkmale hat’. Aber niemand weiß wirklich, wie gut die Labore sind“, so formuliert der Anwalt Steven E. Feldman das Unbehagen.

Längst gibt es Belege für diese Zweifel: Labors haben Proben verwechselt, zuwenig Material wird am Tatort entnommen und es wird falsch asserviert. Die deutsche Gesellschaft für Rechtsmedizin wies schon 1991 darauf hin, daß die möglichen Fehlerquellen bei der Lagerung von Blutspur-Material noch nicht ausreichend untersucht seien. Das deutsche Ärzteblatt vom 6.1.92 erwähnt die Möglichkeit bakterieller Einflüsse „mit teilweiser Zerstörung von DNA“ oder die Bildung von „Kontaminationsartefakten“. Wie schnell angeblich „sichere“ Nachweismethoden als untauglich wieder in der Versenkung verschwinden können, berichtet die Neue Zürcher Zeitung am Beispiel der sog. „Neutronenaktivierungsanalyse“, die sie als „analoges Beispiel“ zum „genetischen Fingerabdruck“ einführt: „Vor einigen Jahren wurde der Neutronenaktivierungsanalyse eine große Zukunft auf dem Gebiet der naturwissen-

Timothy W. Spencer starb am 27. April 1994 im Greensville Correctional Center, 60 Meilen südlich von Richmond im US-Bundesstaat Virginia. Sein Tod wurde durch Hinrichtung auf dem elektrischen Stuhl herbeigeführt. Spencer wurde zum ersten Opfer einer neuen wissenschaftlichen Methode: Das Todesurteil wurde aufgrund einer DNA-Analyse, des sogenannten „genetischen Fingerabdrucks“ vollstreckt.



schaftlichen Kriminalistik vorausgesagt. Mehrere Veröffentlichungen unterstrichen die Möglichkeit, das Vorkommen von bestimmten Substanzen (Ernährung, Umwelteinflüsse) in einzelnen Haaren identifizieren zu können. Später erkannte man, daß aufgrund dieser Ergebnisse keine Rückschlüsse auf eine bestimmte Person möglich sind."

Für Timothy W. Spencer und möglicherweise auch für Michael Satcher wird es dann zu spät sein.

Transformation ins Tote

„Die Haßliebe gegen den Körper färbt alle neuere Kultur. Der Körper wird als Unterlegenes, Versklavtes noch einmal verhöhnt und gestoßen und zugleich als das Verbotene, Verdinglichte, Entfremdete begehrt. Erst Kultur kennt den Körper als Ding, das man besitzen kann, erst in ihr hat er sich vom Geist, dem Inbegriff der Macht und des Kommandos, als der Gegenstand, das tote Ding, 'corpus' unterschieden. In der Selbsterniedrigung des Menschen zum corpus rächt sich die Natur dafür, daß der Mensch sie zum Gegenstand der Herrschaft, zum Rohmaterial erniedrigt hat." (Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung, unter der Überschrift: Interesse am Körper)

Interesse am Körper der Hingerichteten gibt es nicht nur bei der Transplantationsmedizin der USA: China entnimmt seit längerem Organe der von staatswegen Getöteten, in Deutschland rechnen die Transplanteure mit potentiell 500 Selbstmördern als „Organspender". Das Sterben ist schon längst Objekt wissenschaftlicher Begierde geworden, Horkheimer und Adorno sprechen schon 1947 von der „Transformation ins Tote", der der Körper ausgesetzt ist, als Teil eines „Prozesses, der Natur zu Stoff und Materie machte."

Auch der öffentliche Protest der amerikanischen Todeskandidaten gegen die totale Rationalisierung ihres Sterbens wird den Blick nicht brechen, den die Philosophen der Frankfurter Schule schon Mitte des Jahrhunderts der modernen Naturwissenschaft zuschrieben: „Sie sehen den Körper als beweglichen Mechanismus, die Teile in ihren Gelenken, das Fleisch als Polsterung des Skeletts. Sie gehen mit dem Körper um, hantieren mit seinen Gliedern, als wären sie schon abgetrennt. Die jüdische Tradition vermittelt die Scheu, einen Menschen mit dem Meterstab zu messen, weil man die Toten messe – für den Sarg. Das ist es, woran die Manipulatoren des Körpers ihre Freude haben. Sie messen den anderen, ohne es zu wissen, mit dem Blick des Sargmachers."

Dieser Blick kennt kein „Individuum", kein Einzelschicksal. Er benötigt die Abstraktion, deren modernes Gesicht die Statistik ist: „Die Gesellschaft setzt mit der Sterblichkeitsziffer das Leben zum chemischen Prozeß herab."

Während mikrobiologische, radioaktive Testverfahren in der Kriminalistik der USA Menschen um ihr Leben bringen können, darf es in Deutschland nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes keine alleinige Verurteilung aufgrund von Genom-Analysen geben. Bevor dies im Jahre 1992 bestimmt wurde, sind allerdings auch hierzulande z.B. Vergewaltiger lediglich aufgrund des „genetischen Fingerabdrucks" zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Als zusätzliches Beweismittel bei Sexualdelikten ist es seit 1989 bereits mehrere hundert Male im Jahr eingesetzt worden. Während in den USA Eric Lander vom Massachusetts Institute of Technology angesichts der technischen Risiken der DNA-Analyse ein fünfjähriges Moratorium für den „genetischen Fingerabdruck" fordert, wird in Deutschland wieder einmal die Technik zum Subjekt: Mit Millionenaufwand haben die Polizeibehörden, vor allem die Landeskriminalämter, teure Laboratorien eingerichtet, wo die Tests bereits routinemäßig ohne wissenschaftliches Fachpersonal durchgeführt werden.

Methoden der Aussonderung

Die kurze Geschichte des „genetischen Fingerabdrucks" ist geprägt durch die Praxis, ihn zur Kontrolle der Einwanderung in Industrieländer einzusetzen. Die Idee stammt bereits vom Erfinder der Methode, Alex Jeffreys, der mit der DNA-Analyse 1984 einem kleinen Jungen aus Ghana zur Hilfe kam, dem die Behörden am Londoner Flughafen Heathrow die Einwanderung verweigern wollten, weil sie die Mutterschaft einer bereits in England lebenden Frau bezweifelten. Mit seiner neuen Methode „bewies" Jeffreys die Verwandtschaft. In den folgenden Jahren scheute Jeffreys vor keiner Aktion zurück, um seine Erfindung als nützlich für jedwede Anwendung zu propagieren:

- So bestätigte er z.B. den Tod des NS-Arztes Mengele 1992 in Leicester,
- in seinem Bezirk Leicestershire wurde 1987 die bisher europaweit größte „Rasterfahndung" mit dem genetischen Fingerabdruck an 5511 Männern zwischen 16 und 34 Jahren durchgeführt, eine Maßnahme die seither auf dem Kontinent erst dreimal wiederholt wurde, zuletzt im Juli 1994 an ca. 300 „Dunkelhäutigen" in Basel.

Jeffreys Initiative, Gen-Tests in Sachen Immigration anzuwenden, hat beispielsweise im Staate Dänemark einen eifrigen Nachahmer gefunden. Dort wird in Sachen „Familienzusammenführung" bei ausländischen Arbeitern und deren Familie diese Praxis bei „unsicheren" Fällen mittlerweile regelmäßig angewendet.

Der forschungspolitische Sprecher der SPD, Catenhusen, forderte Ende 1993, daß gesetzliche Regelungen in Deutschland ausschließen müßten, daß Kriminalisten aus den Genen Informationen über äußerliche Körpermerkmale, Dispositionen für Krankheiten oder psychische Strukturen zu gewinnen versuchen. Diese Forderung führt zu der Aussonderungsmöglichkeit, die der „genetische Fingerabdruck" potentiell bietet: Dateien und vergleichende Untersuchungen der Erbmerkmale von Personen, die schwerer Gewaltverbrechen verdächtig sind, könnten bei entsprechend interpretierten Ergebnissen zu einer „Renaissance der Eugenik" führen, befürchtet beispielsweise die Neue Zürcher Zeitung.

Selbstverständlich kommt die Selektion heute im Gewand der Hilfeleistung daher: Man hilft der besorgt werdenden Mutter mittels pränataler Diagnostik-Methoden, dem möglicherweise behinderten Kind Leid zu ersparen, man hilft den „kriminell Veranlagten" mit der Sozio-Biologie, sich leichteren Herzens von Nachkommenschaft zu verabschieden, man hilft dem Lebensmüden mittels Sterbehilfe in den Tod, um mit seinen Organen Leben zu retten – die „moderne" eugenische Bewegung benötigt nicht die offene Gewalt autoritärer Maßnahmen.

Die Rationalisierung des Todes und die Massenvernichtung kommt heute mit „vernünftigen" Gründen zur Wirkung. Die Gewerkschaft der Henker fordert die Beschränkung der Hinrichtungstage auf einen im Monat. An diesem müssen sie dann allerdings Fließbandarbeit leisten: Mit Giftspritzen wurden im Sommer drei Männer im Auftrag der Justiz von Arkansas getötet, obwohl nie bewiesen wurde, wer von ihnen den zur Rede stehenden Mord durchgeführt hat. Die Exekutionen fanden in etwa einstündigem Abstand statt. Wie es hieß, wurde die Zeit zwischen den Exekutionen benötigt, um die Leichen in Totensäcke zu stecken, den Hinrichtungssitz zu reinigen und die Injektionsnadeln auszutauschen.

Lediglich der Staat Virginia hat Arkansas in den letzten Jahrzehnten mit einer Massenhinrichtung übertroffen: 1951 waren acht Menschen am selben Tag hingerichtet worden.

„...Sie schänden, was sie anrühren, sie vernichten, was sie im Licht sehen, und diese Vernichtung ist die Ranküne für die Verdinglichung, sie wiederholen in blinder Wut am lebendigen Objekt, was sie nicht mehr ungeschehen machen können: die Spaltung des Lebens in den Geist und seinen Gegenstand." (Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung) ●

Ludger Fittkau ist Mitarbeiter des Gen-Archivs Essen.

Initiativen gegen Gentechnologie

Genarchiv Essen / Impatientia e.V.:

Seit Mitte der 80er Jahre sind im Genarchiv Meinungen und Informationen zu den unterschiedlichsten Anwendungsgebieten und Gesichtspunkten der Gen- und Fortpflanzungstechnologien gegen Kopier- und Portokosten zu bekommen. Dienstags und Donnerstags ist das Archiv für BesucherInnen geöffnet. Das vorhandene Material wird von den Mitarbeiterinnen auch für Veröffentlichungen, Seminar- und Referatsvorbereitungen genutzt.

Das Archiv ist politisch und finanziell unabhängig, die laufenden Kosten werden durch Spenden und Honorare zusammengetragen.

In Zusammenarbeit mit MitarbeiterInnen und VetreterInnen von Behindertenorganisationen, Kirchen, Universitäten, den Grünen und anderen politischen Gruppen unterstützt und initiiert das Archiv Kampagnen gegen bioethische Institute und Netzwerke, gegen die Kolonialisierung des menschlichen Leibes in der Transplantationsmedizin, gegen die bioethische Konvention in Europa, gegen Patentierung der Natur und Freisetzungsexperimente.

Mit eigenen Veranstaltungsreihen im Genarchiv, die sich nicht nur mit der herrschenden Gesundheitspolitik und Technologieentwicklung befassen, werden auch Möglichkeiten eröffnet, sich praktisch vom medizinisch-technischen Komplex zu distanzieren. Die Unterstützung von Nicht-Regierungs-Organisationen zur medizinischen Versorgung in Chiapas (Mexiko) ist ein weiteres Feld politischer und praktischer Arbeit.

Genarchiv Essen /Impatientia e.V., Friederikenstr. 41, 45130 Essen, Tel. 0201/ 78 42 48, Öffnungszeiten: Di und Do 14.00 - 18.00 Uhr

Gen-ethisches Netzwerk und Gen-ethischer Informationsdienst

Um die notwendige kritische öffentliche Diskussion über Anwendungsbereiche, Ziele und Gefahren der modernen Biotechnologien, Gen- und Fortpflanzungstechnologien zu fördern, wurde 1986 das gen-ethische Netzwerk gegründet. Dieser Verein ist ebenfalls eine politisch und finanziell unabhängige Informations- und Kontaktvermittlungsstelle für alle interessierten Menschen und Organisationen. In Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Gruppen ist eine Freisetzungs-Koordinierungsstelle eingerichtet worden. Die Kampagne "Kein Essen aus dem Genlabor" wird maßgeblich vom gen-ethischen Netzwerk getragen. Auch hier steht Interessierten ein Archiv zur Verfügung.

Der Gen-ethische Informationsdienst ist eine regelmäßig erscheinende Zeitschrift, die als Diskussionsforum der bestehenden kritischen Öffentlichkeit dient.

Gen-ethisches Netzwerk/ Gen-ethischer Informationsdienst, Schöneweiderstr. 3, 12055 Berlin, Tel Gen: 030 / 68 57 073, Tel GID: 030 / 68 56 088

FINRRAGE (internationales Feministisches Netzwerk gegen Gen- und Fortpflanzungstechnologien)

FINRRAGE wurde 1984 gegründet, mittlerweile sind Frauen in 35 verschiedenen Ländern diesem Netzwerk verbunden. Die internationale Koordination ist z.Zt. in Hamburg situiert, die nationalen Kontakte in den einzelnen Ländern versuchen die Kampagnen, Informationen und Diskussionen in ihren Zusammenhängen zu verbreiten. Schwerpunkt der Arbeit sind insbesondere internationale Bevölkerungspolitik, Gentechnologie in der sogenannten 3. Welt sowie die Reproduktionstechnologien. FINRRAGE kooperiert mit anderen Frauennetzwerken und stellt in größeren Abständen Informationspakete zur Verfügung, die sich mit o.g. Themen und dem Frauenwiderstand auseinandersetzen.

Baseler Appell gegen Gentechnologie

Der Baseler Appell ist eine schweizerische Organisation, die sich ebenfalls die kritische Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation von Kampagnen gegen Patentierung und Freisetzungsversuche zur Aufgabe gemacht hat. Sie kooperiert sowohl mit anderen schweizerischen als auch bundesdeutschen Vereinigungen. Der regelmäßig erscheinende Pressespiegel des Baseler Appells erscheint 4 x jährlich.

Baseler Appell gegen Gentechnologie, Pf. 74, 4007 Basel

NOGERETE

st die nationale feministische Organisation der Schweiz gegen Gen- und Fortpflanzungstechnologien. Nogerete kooperiert u.a. mit FINRRAGE und anderen schweizerischen Frauenorganisationen wie Antigena (Frauengruppe gegen internationale Bevölkerungspolitik und MOZ (Mutterschaft ohne Zwang).

Betr. *links* Nr. 290/291

Plagiat

Ich lese *links* seit zwei Jahrzehnten und habe gelegentlich in ihr geschrieben – beispielsweise den Artikel „Verwelkte Nelken, kaltgestellte Hauptleute„ in *links* 184/185 vom Juli/August 1985, einen Bilanzversuch zum Thema 'Scheitern linker Hoffnungen in Portugal'.

In diesen selben Zusammenhang gehört das ungenierteste Plagiat auf meine Kosten, das mir bislang untergekommen ist. Ich meine den Artikel „Die Nelkenrevolution„ in der jüngsten links, Nr. 290/91, von Roland Müller. Sämtliche Angaben dieses Artikels erstens über den wirtschaftlichen Druck von westdeutscher Regierung und EG auf Portugal 1974/75 und zweitens über die Einwirkung der SPD auf den Partido Socialista sind abgeschrieben aus meinem Aufsatz „'Nelkenrevolution' und Außenpolitik: das Scheitern des sozialistischen Pluralismus in Portugal nach 1974„ (Leviathan 1982, 483-513) bzw. aus meinem Buch „Sozialistischer Pluralismus in Europa: Ansätze und Scheitern in Portugal", Köln 1984. (Ich habe die entsprechenden Passagen gekennzeichnet und füge die seinerzeit von mir dazu verfaßten Seiten in Kopie bei.) Nicht einmal die Heranziehung des Haffner-Zitats ist Müller selbst eingefallen: Es findet sich als Beleg für das (ebenso wenig von Müller identifizierte) Chaos-Motiv der SPD auf Seite 243, Anm. 15, des erwähnten Buchs (Kapitelüberschrift: „Portugals internationale Durchdringung, 2. Akt„).

Die *links* ist (Gott sei Dank) keine Fachzeitschrift, und ich erwarte keine Fußnoten. Was man (nicht nur ich) hätte erwarten können, ist die knappe, aber eindeutige Erwähnung der Quellen, aus denen Müller seine wesentlichen Informationen bezieht. Stattdessen hat der „Politologe und freie Journalist„ dreist abgekupfert.

PROF. DR. RAINER EISFELD

JOACHIM HIRSCH

Mexiko: Zivilgesellschaft, Guerilla und Wahlen

Erwartungsgemäß hat der Kandidat der mexikanischen Staatspartei PRI, Zedillo, die Präsidentschaftswahlen vom 21.8.94 gewonnen. In den USA, aber auch hierzulande wird dies als Granatie für politische Stabilität gefeiert. Aber die politische und soziale Krise des Landes wird dadurch nicht gelöst, sondern verschärft. Längst ist klar, daß die autoritäre Einparteienherrschaft zum Hindernis selbst für eine kapitalistische Modernisierung des Landes geworden ist. Ein politisch schwacher und geschwächter Präsident und eine in ihrer Legitimation angeschlagene Staatspartei sind mit einer breiter, stärker und vielfältiger werdenden gesellschaftlichen Bewegung konfrontiert, die demokratische und soziale Rechte einfordert und die politischen Entwicklungen immer nachhaltiger beeinflußt.

Wenn in der intellektuellen und politischen Rede ein Begriff inflationär wird, dann deutet dies auf eine gewisse Differenz zur Realität hin. So auch in Mexiko, wo kaum ein politischer Kommentar mehr ohne das Wort „Zivilgesellschaft“ auskommt. Hat er schon hierzulande den Charakter eines beliebig verwendbaren ideologischen Passepartouts, so scheint seine Verwendung in einem Land gänzlich absurd, das sich vor allem durch das Fehlen grundlegender demokratischer Rechte und Institutionen, ein faktisches Einparteiensystem, einen staatskapitalistisch monopolisierten Massenkommunikationsapparat und das weitgehende Abschneiden großer Teile der Bevölkerung von jeder vernünftigen politischen Information auszeichnet, kurz: das alle Züge des zeitgemäßen neoliberalen Erfolgsmodells mit seiner Mischung von ungehemmtem Kapitalismus und politischem Autoritarismus in formaldemokratischem Gewand aufweist.

Die neuere Konjunktur des Begriffs „Zivilgesellschaft“ geht auf die osteuropäischen Oppositionsbewegungen zurück und bezieht sich auf die Bemühungen zu einer Wiederherstellung gesellschaftlicher Selbstorganisations- und Öffentlichkeitsstrukturen gegen die alles beherrschende Staatspartei. Verbunden damit war die Vorstellung eines progressiven politischen Demokratisierungsprozesses, der nicht nur die staatsbürokratische Herrschaft beseitigen, sondern zugleich auch die Beschränkungen der liberalkapitalistischen westlichen Demokratien überwinden sollte. Die kapitalistische Dynamik hat solche Hoffnungen längst als blauäugig denunziert. Die Parallelen zu einem Land wie Mexiko sind freilich offenkundig: auch hier eine dominierende, fast alle gesellschaftlichen Bereiche kontrollierende Staatspartei, eine politisch unmündig gehaltene Bevölkerungsmasse, eine isolierte Schicht politischer Intellektueller mit schwachen Verbindungen sowohl zu den Machtapparaten als auch zur Bevölkerung. Der Unterschied ist allerdings, daß die kapitalistische Dynamik das Land schon längst ergriffen und seine gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen umgewälzt hat, und dies nach dem Beitritt zur nordamerikanischen Freihandelszone mit sich beschleunigender Tendenz. Insoweit ist die intellektuelle Konjunktur des Zivilgesellschaftsbegriffs in diesem Land zwar verständlich, wird aber umso ideologischer, je weniger die tatsächlich vorhandenen ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen mitreflektiert werden.

Vor diesem Hintergrund ist es zu verstehen, daß sich die politische Aufmerksamkeit in Mexiko – bei einem weitgehend machtlosen Parlament, einer nur formal existierenden föderalen und kommunalen Struktur und kaum vorhandenen sozialen Bewegungen – weitgehend auf die alle sechs Jahre stattfindenden Präsidentschaftswahlen konzentriert. Deren aktueller Hintergrund war dadurch charakterisiert, daß die seit 65 Jahren herrschende Staatspartei – mit dem höchst beziehungsreichen Namen „Partei der institutionalisierten Revolution (PRI)“ – infolge ihrer neoliberalen und zugleich höchst korrupten, weite Teile der Gesellschaft in immer größere Armut treibenden Politik schwere Legitimitätseinbußen zu verzeichnen hat, sich aber durch ein komplexes System von Wahlbetrügereien, physischer Repression und ein höchst wirksames Klientelismussystem bisher an der Macht halten konnte. Die laufende Debatte über Demokratie und „Zivilgesellschaft“ beschränkte sich demzufolge zunächst darauf, ob es gelingen würde, einen weiteren Wahlerfolg der PRI zu verhindern und dies wiederum reduzierte sich im wesentlichen auf die Frage des Wahlbetrugs. Für weite linke Kreise gilt es als ausgemacht, daß der PRI-Kandidat Zedillo nur durch Manipulation gewinnen konnte. Diese hat es auch diesmal gegeben, wenngleich deren Ausmaß umstritten bleibt. Daß allerdings die PRI kraft der bestehenden ökonomischen Macht-, politischen Einfluß- und Bewußtseinsstrukturen fähig sein könnte, auch ohne formelle Wahlmanipulationen erfolgreich zu sein, daß also die bestehende Form der „Zivilgesellschaft“ sich als durchaus vereinbar mit autoritärer Einparteienherrschaft erweisen könnte, wurde nicht diskutiert. Kaum eine Rolle spielte auch, daß die beiden ernstzunehmenden Oppositionsparteien wenig plausible Alternativen zur herrschenden Politik zu bieten hatten. Selbst die sozialdemokratische PRD erschöpfte sich im wesentlichen in der Anprangerung politischer Korruption und sozialer Mißstände.

Ein der herrschenden neoliberalen Politik entgegengesetztes Konzept für die ökonomische Entwicklung des Landes unter den Bedingungen eines globalisierten Kapitalismus suchte man auch bei ihr vergebens.

Eine entscheidende Veränderung in der mexikanischen Politik hat der Aufstand der zapatistischen Befreiungsbewegung EZNL (Ejecito Zapatista de Liberation National) im südlichen Bundesstaat Chiapas zu Beginn dieses Jahres gebracht. Mit ihm gewann auch der Begriff „Zivilgesellschaft" eine andere und höchst kontroverse Bedeutung. Nicht ganz zu Unrecht wird die EZNL als historisch neuer Typ einer revolutionären Bewegung nach dem Ende des Kalte-Krieg-Zeitalters bezeichnet. Ihre Besonderheit besteht darin, daß sie zwar personell mit den Resten sowohl der 68er Studentenrevolte als auch diverser Guerillabewegungen der siebziger Jahre verbunden ist, politisch aber einen deutlichen Bruch mit dem Selbstverständnis und den strategischen Konzepten der fast überall gescheiterten nationalen Befreiungsbewegungen in Lateinamerika markiert. Von zentraler Bedeutung ist, daß sie zwar über die Mittel zum bewaffneten Kampf verfügt und sie auch einzusetzen bereit ist, die militärische Auseinandersetzung aber klar der politischen unterordnet und daß sie ernsthaft versucht, in ihrem eigenen Organisations- und Einflußbereich demokratische Verhältnisse zu praktizieren. Die seit Beginn dieses Jahres behauptete Kontrolle eines Teils des chiapanekischen Hochlands und die später wieder aufgegebene Besetzung einiger Städte war von vorneherein nicht als Beginn einer militärischen Offensive, sondern als politisches Signal gedacht. Offenkundig erfreut sich die EZNL einer starken Unterstützung bei der regionalen, insbesondere der indigenen Bevölkerung, spricht ihre Sprache und versteht deren Interessen. Gewaltsame Übergriffe gegen Zivilpersonen wurden bisher nicht bekannt, und im Gegensatz zum staatlichen Militär hat die EZNL den vereinbarten Waffenstillstand strikt eingehalten.

Militärisch eher schwach und zurückhaltend, zeichnet sich die EZNL durch eine erstaunliche politische Kompetenz aus, was sich nicht zuletzt an ihrem höchst erfolgreichen Umgang mit den Medien zeigt. Die Legitimität ihrer Forderungen – soziale Sicherheit und Gerechtigkeit vor allem für die indigene Landbevölkerung, Garantie der fundamentalen Menschenrechte, allgemeine Demokratisierung der politischen Strukturen – kann ernsthaft von niemandem in Frage gestellt werden. Daß sie nur realisierbar sind, wenn das bestehende politische Machtsystem zerbrochen wird, ist unbestreitbar. Politische Fähigkeiten und nicht die Existenz von ein paar hundert schlecht bewaffneten Guerilleras und Guerilleros haben die national und international erhebliche Resonanz dieser Bewegung bewirkt.

Seit dem 1. Januar 1994 ging die Initiative in der mexikanischen Politik im wesentlichen von der EZNL aus. Ihre Sympathie unter der Bevölkerung im ganzen Land ist unverändert groß. Kaum ein Tag, wo sie nicht in den Nachrichten erscheint, obwohl spektakuläre militärische Operationen nicht stattfanden. Alle Parteien haben sich über ihr Verhältnis zur EZNL intern zerstritten. Die häufigen Interviews des höchst mediengerechten Sub-Commandante Marcos übertreffen an Witz und Interessantheit jede Wahlveranstaltung und jeden abgeleierten politischen Kommentar. Unbezweifelbar ist inzwischen auch, daß der ursprüngliche Präsidentschaftskandidat der PRI, Colosio, deshalb einem Mordanschlag zum Opfer fiel, weil er sich gegenüber der EZNL und ihren Forderungen zu konzessionsbereit zeigte, eine Verhandlungslösung suchte und begonnen hatte, gegen den harten Kern seiner eigenen Partei für größere politische Offenheit zu optieren.

Kurz vor den Präsidentschaftswahlen im August hatte die EZNL zu einer großen Konferenz, der Convención National Democrática (CND) in Chiapas eingeladen, an der über 6000 gewählte Delegierte einer Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen – von Gewerkschaften und Kirchen, vielfältigen „Nichtregierungsorganisationen" bis hin zu indigenen Organisationen, Menschenrechts-, Frauen- und Stadtteilgruppen und prominente Intellektuelle aus allen Teilen des Landes teilnahmen. Die Resonanz dieser Veranstaltung zeigte sich schon daran, daß sich über 700 Vertreter der nationalen und internationalen Presse eingefunden hatten. Ihre zentralen Themen waren die Möglichkeiten, Ansätze und Strategien eines umfassenden demokratischen Wandels. Diese großangelegte und unter schwierigen technischen Bedingungen inmitten der lakadonischen Selva abgehaltene Versammlung wurde bewußt vor die Präsidentschaftswahlen gelegt. Das Wahlergebnis wurde von der EZNL von vorneherein mit Skepsis beurteilt, was sie allerdings nicht daran gehindert hat, in ihrem Einflußgebiet einen geordneten Ablauf zu garantieren – nach allgemeiner Ansicht der einzige Ort, wo es mit Sicherheit keinen Wahlbetrug gegeben hat.

Präsidiert von Rosario Ibarra de Piedra, einer bekannten Menschenrechtskämpferin, einigte sich die Konferenz während ihrer viertägigen Sitzung auf eine friedliche Strategie des demokratischen Übergangs. Sie rief zur Stimmabgabe gegen die Staatspartei auf, ohne sich für einen bestimmten Alternativkandidaten auszusprechen. Beschlossen wurde die Ausweitung des zivilen Widerstands für die Zeit nach der Wahl und die Organisation eines nationalen Streiks im Falle des Wahlbetrugs. Gefordert wurde die Einsetzung einer Übergangsregierung unter Ausschluß der Staatspartei, die Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung, die Stärkung lokaler und regionaler politischer Strukturen, Autonomie für die indigenen Völker und verbesserte Rechte für Minderheiten und Frauen. Die EZNL erklärte, daß die politische Initiative fortan auf die Convención übergehen solle. Ausdrücklich verzichtete sie darauf, den bewaffneten Kampf von sich aus wieder aufzunehmen.

Was sich hier vollzog, war nun in der Tat so etwas wie praktizierte „Zivilgesellschaft", allerdings mit der Eigenheit, ihren Ursprung der Macht der Waffen zu verdanken. Einean hiesige Hysterien erinnernde Gewaltdebatte lebte wieder auf. Die Teilnahme an der Convention mußte ja als Unterstützung der Guerilla gewertet werden. Entsprechend nervös waren die Reaktionen: keine der etablierten politischen Parteien inclusive der oppositionellen PRD mochte sich zu einer offiziellen Teilnahme entscheiden. Letztere rang sich in

Gruppe „San Angel": Clemente Serna, Carlos Abedrup, Juan Sánchez Navarro, Francisco Cano Escalante, Jacobo Zaidenweber, Andrés Marcelo Sada und Emilio Carrillo Gamboa

konsequent sozialdemokratischer Manier nach längerem internen Streit wenigstens zur Entsendung einer Beobachterdelegation durch. Besonders peinlich war die Reaktion eines beachtlichen Teils der linken Intellektuellenszene einschließlich so illustrer Namen wie Carlos Fuentes: nachdem sie in ihren politischen Essays die Zapatistas monatelang bejubelt hatten, bekamen sie nun, da Politik praktisch wurde, kalte Füße und sagten ihre Teilnahme mit den fadenscheinigsten Begründungen ab – um dann doch noch hinzufahren, als der Erfolg der Konferenz sich abzeichnete.

Diese Form der „Zivilgesellschaft" war nun in der Tat nicht die ihre. Was sie sich darunter vorstellen, hatten sie kurz zuvor mit der Gründung der „Grupo San Angel" praktiziert, einer höchst exklusiven, nach einem hauptstädtischen Prominentenviertel genannten Gruppierung, die sich in gepflegten Diners mit den verschiedenen Präsidentschaftskandidaten, den üblichen Forderungen nach „sauberen" und „fairen" Wahlen (was alle Beteiligten selbstverständlich zusicherten) und ernsthaften Mahnungen an alle, das Wahlergebnis ungeachtet seines Inhalts „friedlich" anzuerkennen, erschöpfte. Drohte doch nach ihrer Ansicht bei dem Sieg eines Oppositionskandidaten der Militärputsch, bei einem Triumph der PRI jedoch die Guerilla. Die politisch und sozial höchst krisenhafte Situation des Landes, die durch das Auftreten der EZNL eine entscheidende Zuspitzung erhielt, hatte maßgebende linke Intellektuelle endgültig auf die Seite der herrschenden Macht getrieben und als deren loyale Opposition offenbart. Ihr politisches Interesse hatte sich auf den ordentlichen Verlauf eines schon von seinen Voraussetzungen her fragwürdigen Wahlspektakels und vor allem auf die Bewahrung von Ruhe und Ordnung, d.h. der prinzipiellen Erhaltung der bestehenden Zustände reduziert. Das Auftreten der EZNL hat die mexikanische linke Szene durcheinandergeschüttelt und könnte sich durchaus als Beginn einer neuen linken Bewegung jenseits der alten Dogmatismen und Frontstellungen erweisen.

Wie die Entwicklung weitergehen wird, läßt sich noch schwer abschätzen. Das hängt wesentlich davon ab, wie sich die neue Regierung gegenüber der EZNL verhalten, d.h. ob und wie sie den Krieg wieder aufnehmen wird, ob die Convention tatsächlich den Beginn einer breiteren Demokratiebewegung darstellt und wie die verschiedenen Oppositionsgruppen auf das Wahlergebnis reagieren werden. Insofern läßt das eigentliche politische Ergebnis der Präsidentenwahl noch etwas auf sich warten.

Das nicht nur für die mexikanischen politischen Intellektuellen Irritierende ist, daß eine Gesellschaft, die sich auf strukturelle Gewaltverhältnisse gründet, durch Diskussionen und Wahlen allein nicht zu „zivilisieren" ist. Die Zapatistas wissen und haben gezeigt, daß unter solchen Bedingungen demokratische Prozesse ohne bewaffnete Kämpfe nicht in Gang kommen und doch mit militärischer Gewalt nicht zu gewinnen sind, d.h. daß es notwendig ist, den Kampf politisch zu führen, zu überzeugen, die Menschen zu gewinnen, die herrschende Macht zu delegitimieren, kurz: Hegemonie anzustreben. Die demokratische Revolution beruht nicht auf den Gewehren, aber bedarf ihrer, jedenfalls in Mexiko. ●

JENS WINTER

Die FSLN in der Krise

15 Jahre ist es nun her, daß in Nicaragua der Triumph über die somozistische Diktatur gefeiert werden konnte. 15 Jahre widersprüchlicher Entwicklung, die alles andere als spurlos an der FSLN vorbeigegangen ist. Das Erstarken sozialdemokratischer Positionen, Korruptionsaffären und verstärkte Entfremdungstendenzen zwischen den verschiedenen Ebenen der Partei zeigen, daß Einheit und Selbstverständnis der FSLN in Frage gestellt sind. Diese internen Probleme werden umrahmt von einer neuen Weltordnung, die für revolutionäre oder nur alternative Wege kaum noch Räume gestattet. In mehrfacher Hinsicht ist die politische Entwicklung der FSLN ein offenes Kapitel, dessen Ende noch nicht absehbar ist.

60 000 Menschen versammelten sich dieses Jahr zum 15. Jahrestag der Revolution in Managua. Kämpferisch und zuversichtlich konnte sich die FSLN an diesem Tag, an dem die zentrale Thematik die Einheit der FSLN war, präsentieren. Generalsekretär und Ex-Präsident Daniel Ortega betonte, daß sandinistische Einheit nicht Kampf von Compañeros untereinander bedeute, sondern Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger. Nur mit einer einheitlichen Frente wäre das Elend zu überwinden und die Wahl zu gewinnen. Doch faszinierende Jahrestage weisen selten über propagandistische Parolen hinaus. Sie stellen lediglich Hochgefühle her, doch die zu lösende Problematik wird bestenfalls vereinfacht oder gar verschleiert. Perspektiven für die FSLN werden sich jedenfalls nicht durch Abstraktionen ergeben. Dafür wurzeln die Widersprüche zu tief.

Die offensichtlichste Differenz innerhalb der FSLN zeigt sich heute zwischen der „Demokratischen Linken" Daniel Ortegas und der Strömung für eine „sandinistische Erneuerung". Sergio Ramirez, der Kopf der Erneuerer, ist ausdrücklich sozialdemokratischen Konzepten verpflichtet, die seiner Meinung nach die erfolgversprechendsten Perspektiven für die Lösung der ökonomischen Krise Nicaraguas eröffnen würden. Auch würde eine Annäherung zur Sozialdemokratie einer ökonomischen und politischen Isolierung der FSLN im Falle eines Wahlsiegs vorbeugen und eine gewissen Unterstützung von Seiten der sozialistischen Internationalen ermöglichen. Allerdings wäre mit dieser Politik das Ende eines wie auch immer fortzusetzenden revolutionären Weges beschlossene Sache. Dagegen wird mit Ortega die Kontinuität des revolutionären Weges verbunden, was ihm in der Bevölkerung zu höherem Ansehen verhilft. Doch die Rede von dieser Kontinuität wirkt in Anbetracht der aktuellen politökonomischen Bedingungen häufig nur als demagogisches Verfahren, dessen programmatische Implikationen keineswegs eindeutig sind.

Von diesen grundlegenden theoretischen Differenzen war auch der außerordentliche Kongreß der Frente im Mai dieses Jahres geprägt. Die Auseinandersetzung verlief allerdings relativ abstrakt zwischen den „Erneuerern" und der „Demokratischen Linken" Ortegas. Die Grabenkämpfe wurden im Vorfeld des Kongresses ausgetragen. Der Kongreß selbst verlief erstaunlich ruhig, wahrscheinlich, um nach außen wieder das Bild einer einheitlichen Frente suggerieren zu können. Demgemäß wurden programmatische Diskussionen, die etwas mehr perspektivische Klarheit hätten bringen können, vermieden. Doch wenn auch hier der Burgfrieden den Schein der Einheit sichern sollte, war nicht zu übersehen, daß immerhin 35 % der Delegierten für den von den „Erneuerern" aufgestellten Gegenkandidaten Henry Ruiz stimmten. Allerdings kann man nicht davon ausgehen, daß diese Delegierten ausschließlich wegen der sozialdemokratischen Linie

für die „Erneuerung“ stimmten. Für ihr Votum sind noch andere grundlegende Probleme innerhalb der Frente mitverantwortlich.

Niemand streitet mehr ab, daß sich in den letzten fünf Jahren ein enormer Vertrauensverlust an der eigenen Basis einstellte. Die FSLN wuchs entgegen ihrer ursprünglichen Bestimmung immer mehr zu einer Funktionärspartei heran, die die Repräsentanz der Basis vernachlässigte. Bedingt war diese Entwicklung von den ökonomischen und militärischen Problemen in der Zeit des Contrakrieges. Doch zweifellos gewinnen solche Strukturen, sind sie erst einmal angelegt, eine Eigendynamik, deren Folgen nicht absehbar sind. Ergänzt wurde diese Entwicklung schließlich durch die Korruptionsaffären, die in der Umbruchphase ‘90 überhand nahmen. Erklärtes Ziel war in dieser Zeit, Immobilien und Kapital in den Reihen der FSLN zu halten, doch zu offensichtlich wurde das persönliche Interesse vieler Funktionäre, die sich mit den neuen Bedingungen gütlich arrangieren wollten. Die Korruptionen vertieften kontinuierlich die Gräben innerhalb der FSLN, und weite Teile der Basis verloren nach jahrelangem gemeinsamen Kampf vol-ler Entbehrungen das Vertrauen in ihre einst idealisierte Spitze. Desillusionierung, Miß-trauen und Enttäuschung prägen heute die FSLN.

Daniel Ortega wird hinsichtlich dieser Problematik unterschiedlich charakterisiert. Bei seinen Unterstützern gilt er als integer. Er habe über diese internen Querelen sein Gesicht gewahrt und strebe eine klare politische Entwicklung an, die nicht die Revolution verrate. Von seinen Widersachern werden ihm autoritäre und undemokratische Führungsmethoden vorgeworfen, die jegliche Opposition niederwalzen.

Hinsichtlich der Demokratisierung der FSLN konnte allerdings der Kongreß zählbare Resultate vorweisen. Zwar wurde eine intensive Aufarbeitung der Korruptionen nicht angestrebt (dies war wohl allen Beteiligten ein zu heikles Thema), jedoch wurde versucht, den Entfremdungstendenzen offensiv zu begegnen. So wurde beschlossen, daß zukünftig 50 % der Delegierten für die Nationalversammlung, dem höchsten Gremium der Sandinisten, direkt auf Departementsebene gewählt werden sollen. Auch wurde eine Frauenquote von immerhin 30 % für alle Gremien der FSLN beschlossen. Demgemäß wurden auch fünf Frauen in die fünfzehnköpfige „direccion nacional“ gewählt. Insgesamt kann man feststellen, daß mit den Beschlüssen des Kongresses der Versuch unternommen werden soll, versteinerte Strukturen der Frente zu überwinden. Ob dies jedoch ausreicht, um eine enttäuschte und desillusionierte Basis wieder zu motivieren, wird erst die Umsetzung der Beschlüsse in der Zukunft zeigen können.

Eine andere zentrale Frage, für die man im Moment in Nicaragua nur selten konkrete Antworten erhält, ist, welche politischen Ziele im Falle eines Wahlsiegs gesetzt werden können. Abgesehen davon, daß dieser im Moment nicht wahrscheinlich erscheint (bei neuesten Umfragen erreicht die FSLN nur wenig mehr als 30 %) ist die Ausgangsbasis für eine Erneuerung radikaler linker Politik denkbar schlecht. Gerade für Ortega, der in der Basis immer noch für die Fortsetzung des revolutionären Prozesses steht, würden sich komplexe Widersprüche zwischen seinen politischen Axiomen und den nationalen und internationalen politischen und ökonomischen Bedingungen auftürmen.

Die Arbeitslosenrate Nicaraguas beträgt im Moment bereits fast 70 %, im Land werden nicht mehr revidierbare neokapitalistische Strukturen eingepflanzt sein, die die Ankurbelung der kleineren und mittleren Produktionseinheiten erschweren. Auch sind viele ehemalige Großgrundbesitzer wieder ins Land zurückgekehrt, die ihre Kräfte sammeln, um die zentrale Eigentumsfrage zu ihren Gunsten entscheiden zu können. Eine weitere Frage ist, wie Devisen, die auch für die Ankurbelung nationaler Produktivitätsressourcen benötigt werden, unter den jetzigen internationalen Verhältnissen gesichert werden können. Weder die USA noch die BRD, die nach dem Mauerfall zum zweitgrößten Gläubiger Nicaraguas geworden ist, werden einer sandinistischen Regierung wohl kaum irgendwelche Konzessionen in der Schuldenfrage zubilligen. Ebenso ist anzunehmen, daß die Weltbank ihre Politik eher verschärfen wird. Die Regierung Chamorro mußte, um einen Kredit von 600 Millionen Dollar zu erhalten, folgende Auflagen akzeptieren: Kürzung der öffentlichen Ausgaben um 30 Millionen Dollar, Erhöhung der Gebühren für das Gesundheits- und Bildungswesen, monatliche Anhebung der Treibstoffpreise, Unterwerfung aller öffentlichen Investitionen unter die Supervision von IWF und Weltbank, Privatisierung staatlicher Betriebe, Revision der Arbeitsgesetzgebung. Diese Auflagen entsprechen in ihrer Zielrichtung der neoliberalen Politik Chamorros. Doch wie wird die FSLN in Zukunft auf diesen immer stärker werdenden Einfluß der Weltbankpolitik reagieren können? Zudem besteht im Falle eines sandinistischen Wahlsiegs durchaus die Gefahr einer erneuten Blockadepolitik von Seiten der USA, die sich durchaus zur Kriegssituation zuspitzen könnte.

Die Frage, wie sich irgendeine Form radikaler Regierungspolitik in Lateinamerika unter diesen Bedingungen überhaupt gestalten lassen könnte, ist kaum zu beantworten. In einer Welt, deren Machtverteilung nach dem Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus kaum noch Spielräume für Alternativen zuläßt, werden die Freiräume, zumindest für Regierungspolitik, immer enger. In Anbetracht dieser Bedingungen erscheint auch die für das Selbstverständnis und die theoretische Fundierung der FSLN äußerst wichtige Debatte um die Sozialdemokratisierung oder die Kontinuität des revolutionären Prozesses in ihrer politischen Wirkungsreichweite relativ begrenzt.

Festzuhalten bleibt, daß für die Entwicklung der FSLN in den nächsten Jahren keine genauen Prognosen zu stellen sind. Zwischen den komplexen internen und externen Problemen wird sich ihr Weg herausbilden. Doch gewarnt sei vor überhöhten Erwartungen und Illusionen. Die radikale Linke befindet sich auch in Nicaragua in der Defensive, und die Gefahr, daß sich die Frente weiter aufreibt, ist keineswegs gebannt. Die Aussichten im Kampf um grundsätzliche gesellschaftliche Alternativen werden im Moment jedenfalls nicht erfolgversprechender. ●

Foto: Jens Winter

OFFENBACHER SOLIDARITÄTSGRUPPE 'PARA NICARAGUA'

„Die Machtfrage in diesem Land ist alles andere als geklärt"

Interview mit dem Expräsident und Generalsekretär der Frente Sandinista, Daniel Ortega

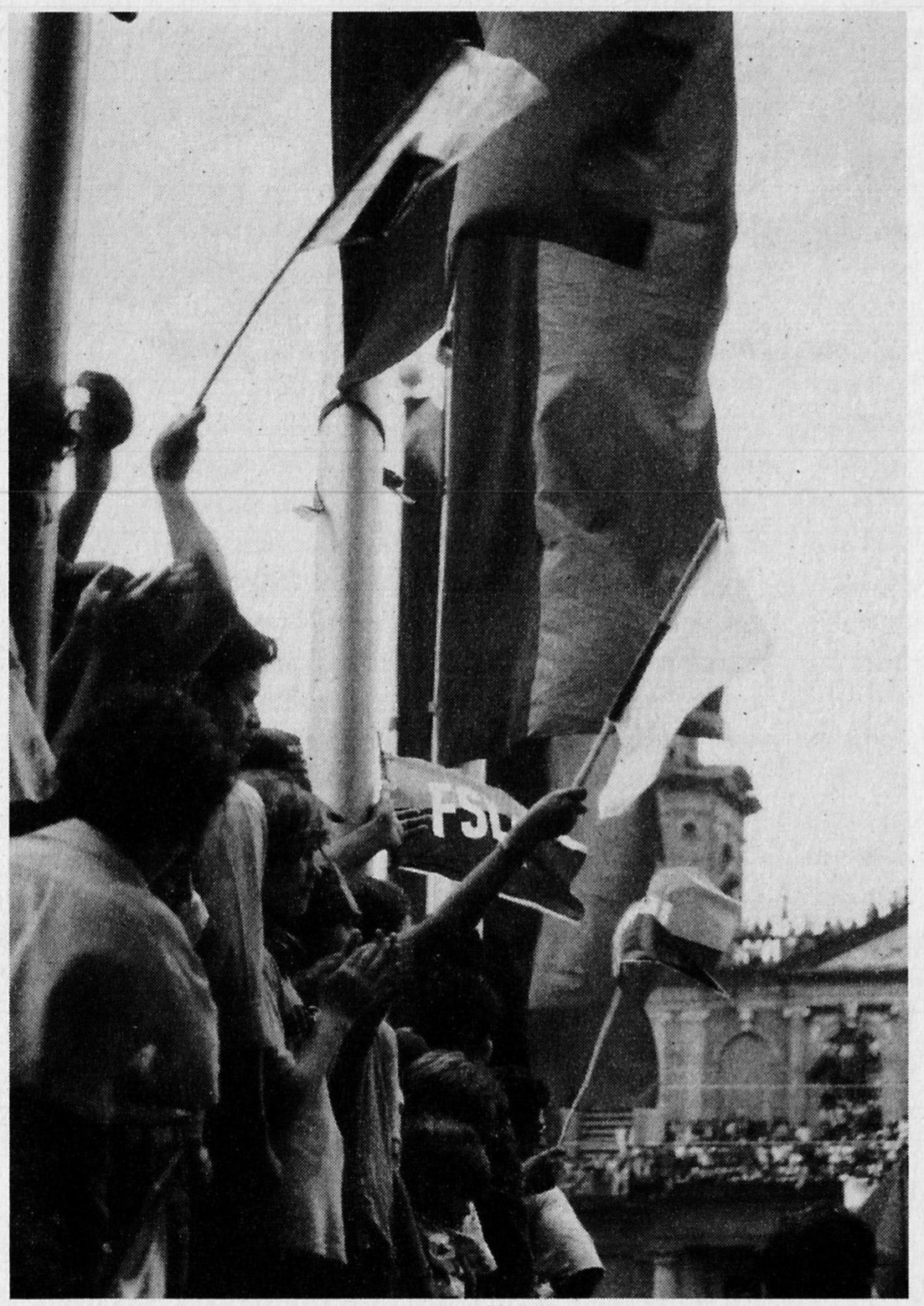


Foto: Jens Winter

In Folge des FSLN-Kongresses wurden fundamentale interne Differenzen offensichtlich. Compañeros um Sergio Ramirez streben sozialdemokratische Positionen an. Entsprechend erklärte Ramirez während seines Besuches in Chile, daß die dortige Koalition zwischen Sozialisten und Christdemokraten exemplarisch für Nicaragua sei. Dies läßt sich mit Deiner Position wohl kaum in Einklang bringen.

Daniel Ortega: Zunächst muß man in Rechnung stellen, daß sich die Linke in den 90er Jahren weltweit in der Defensive befindet und ständigen Angriffen ausgesetzt ist. Das Entwickeln alternativer Konzepte stellt in dieser Epoche die schwierigste Aufgabe unserer Politik dar und zweifellos vergrößern sich hierbei die Differenzen innerhalb der Frente.

Allerdings zeigt die Geschichte der Frente, daß diese Divergenzen bereits sehr früh in unserer Bewegung angelegt waren. 1977 suchten wir die Unterstützung von Ramirez und seinen Compañeros, um gemeinsam die Revolution zu ermöglichen. Dabei waren wir uns durchaus bewußt, daß diese Compañeros eher sozialdemokratische Positionen befürworten. Dennoch war der offene Charakter der Frente damals eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Revolution. Objektiv gesehen ist es demnach in mehrfacher Hinsicht nicht abzustreiten, daß die Frente von tiefgreifenden Widersprüchen durchzogen ist. Und heute, in der schwierigen Situation, in der wir uns befinden, äußern sie sich durch das Erstarken sozialdemokratischer Positionen. Jedoch denke ich, daß der Parteikongreß im Mai gezeigt hat, daß diese Positionen in der Frente keinen zentralen Raum besetzen.

Aber man darf nicht übersehen, daß immerhin 35 % für die „sandinistische Erneuerung" gestimmt haben. Insofern erscheint das ständige Betonen der Einheit der Frente dazu zu dienen, diese Widersprüche zu verschleiern.

Daniel Ortega: Die 35 % kamen nicht nur zustande, weil diese Genossen einen sozialdemokratischen Weg befürworten. Das Ergebnis ist noch durch weitere Widersprüche in der Frente bedingt. Viele Genossen sind mit der Organisationsform und der innerparteilichen Struktur nicht einverstanden. Doch gerade in dieser Hinsicht wurde vom Kongreß eine Reihe von strukturellen Innovationen beschlossen, die insbesondere die Repräsentanz der Basis verstärken sollen.

Du sprichst das Problem der Demokratisierung in der Frente an?

Daniel Ortega: Ja! Wenn es alleine um die Compañeros ginge, die sozialdemokratische Positionen vertreten, dann wäre das Problem kaum der Rede wert. Im Moment bildet sich innerhalb der Frente ein Körper, in dem sich vielfältige Widersprüche artikulieren. Dies bedeutet aber nicht, daß Ramirez' politische Position unterstützt wird. Unterstützt wird seine Repräsentanzfunktion als Kopf einer uneinheitlichen Opposition.

Aber der Einfluß Ramirez' kann diesem doch eine Richtung geben, die zur Zuspitzung der Widersprüche führt?

Daniel Ortega: Selbstverständlich hat er Einfluß. Doch dieser Teil erscheint mir sehr klein und wenig gefährlich. Die große Mehrheit der Sandinisten fühlt sich von seiner sozialdemokratischen Position nicht angezogen.

Die Frage nach Koalitionen und Allianzen, die Ramirez aufwarf, gewinnt aber in Anbetracht der schwierigen außenpolitischen Situation zweifellos an Brisanz. Wie gedenkst Du diese Frage anzugehen?

Daniel Ortega: Niemand in der Frente hat etwas gegen Allianzen und Koalitionen. Wichtig ist, ob diese Allianzen einen Sozialismus als Ziel anstreben, oder – wie im Fall der Sozialdemokratie – einen reformierten und gezähmten Neoliberalismus. Wir wollen in dieser Hinsicht unsere grundlegenden Positionen bewahren.

Wir haben demnach auch nichts gegen gute Beziehungen zur Sozialistischen Internationale, wir haben seit 1978 ständig versucht, diese zu fördern. Der Kontakt wurde gesucht, weil wir glauben, daß die Sozialistische Internationale ein Organismus ist, der in den industrialisierten kapitalistischen Ländern die Ungleichheit und Ungerechtigkeit der Nord-Süd-Relation erwägt und auch in progressiver Absicht kritisiert. Allerdings ist es ein großes Problem unserer Beziehungen, daß sich einige europäische und nordamerikanische Parteien direkt in unsere Politik einmischen wollen. Sie wollen in unsere politischen Überzeugungen intervenieren und uns zu deren Aufgabe zu bewegen.

Nicht zuletzt aufgrund dieser versuchten Einflußnahme wurde 1990 in Brasilien das

Foro Sao Paulo gegründet, an dem etwa 100 linke lateinamerikanische Organisationen partizipierten. Die Frente hat das Foro unterstützt, um die linke Bewegung in unserem Kontinent zu stärken, zu vereinheitlichen und zu verbreitern, um gemeinsame Perspektiven zu entwickeln, aber auch um auf diesem selbständigen Fundament mit den progressiven Kräften des Nordens zusammenzuarbeiten. Diese Absicht wurde von einigen Parteien der sozialistischen Internationale nicht gern gesehen. Sie wollten nicht, daß wir unsere eigene Organisation bilden, unsere eigenen Wege gehen. Die Beziehung zur sozialistischen Internationale kann nur auf Eigenständigkeit gründen, und diese besteht vor allem darin, unsere revolutionären Ideale nicht aufzugeben.

In Deiner Rede am 15. Jahrestag der Revolution sprachst Du von der Notwendigkeit einer nationalen Einheit, um die ökonomische Krise angehen zu können. Wie stellt sich die Frente diese Einheit vor, an der Deiner Meinung nach auch Teile der Kapitalisten partizipieren müßten, ohne dabei die von Dir betonten Ideale der Frente zu berühren?

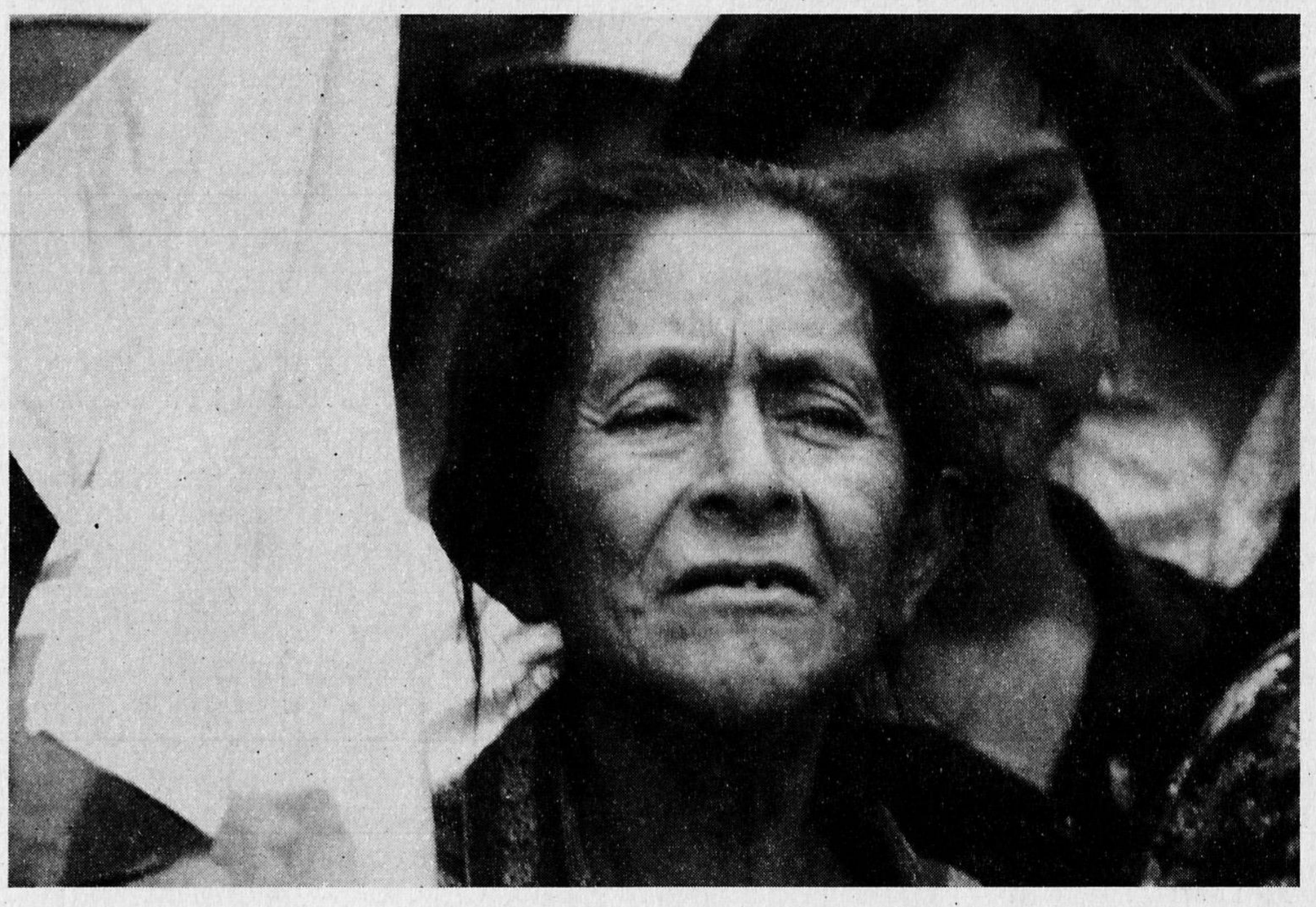


Foto: Jens Winter

Daniel Ortega: Um dies zu verstehen, muß man zunächst die Probleme der historischen Situation akzeptieren, in der sich unser Land befindet. Heute stellt sich nicht die Frage nach einem Aufbau des Sozialismus. Es geht in erster Linie um die Verteidigung des Erreichten. Klar ist aber auch, daß jeder Weg zum Sozialismus nur über die Stabilität des Landes gehen kann. Und dafür ist eine nationale Einheit notwendig. Doch selbstverständlich sind wir hier mit schwierigen Problemen konfrontiert.

In Fragen der Gesundheits- und Bildungspolitik läßt sich noch relativ leicht ein nationaler Konsens formulieren. Allerdings bleibt dieser abstrakt, wenn nicht die für uns relevanten ökonomischen und militärischen Grundfragen darauf bezogen werden. Und genau hier beginnen die ernsthaften Probleme. Normalerweise bildet die militärische und die ökonomische Macht einen Körper, der sich gegenseitig stützt. Das sandinistische Heer unterstützt heute aber nicht mehr die politische und ökonomische Macht Nicaraguas. Im Zuge der Revolution hat es Beziehungen zu anderen Sektoren im Volk aufgebaut. Diese Entwicklung ist einmalig in Lateinamerika, und sie ist auch der Grund dafür, daß die Armee international isoliert ist und von der eigenen Regierung blockiert wird. Die Machtfrage in diesem Land ist also alles andere als geklärt.

Das hat Auswirkungen auf die Frage der Eigentumsordnung. Mit der Revolution wurden Verhältnisse geschaffen, die selbst von der neuen Regierung nicht ignoriert werden konnten. Die traditionelle Bourgeoisie will natürlich die revolutionären Errungenschaften nicht anerkennen und mobilisiert dagegen. Wäre nicht das sandinistische Heer, das eine zentrale Machtposition in Nicaragua innehat, dann würde es diese Eigentumsordnung schon längst nicht mehr geben. Wenn wir Sandinisten nun von nationaler Einheit reden, dann ist das nur vor dem Hintergrund dieser qualitativen Faktoren Militär und Eigentumsordnung zu sehen. Sozialismus in Nicaragua zu verteidigen, bedeutet, diese beiden Punkte zu verteidigen. Aber wir müssen eingestehen, daß der von uns angestrebte nationale Konsens, der auf dem Fundament dieser zentralen revolutionären Errungenschaften basiert, im Moment in weiter Ferne liegt. Trotzdem ist es notwendig, ihn einzufordern.

Du hast eben von der Notwendigkeit einer Stabilisierung für die ökonomische Entwicklung gesprochen. Stabilität bedeutet aber auch Geldwertstabilität und diese hat häufig eine Austeritätspolitik zur Folge. Wie glaubst Du, daß ökonomische Stabilität zu erreichen ist, ohne in Widersprüche zur eigenen Basis zu geraten? Welche ökonomischen Alternativen strebt die Frente im Falle eines Wahlsieges an?

Daniel Ortega: Wir haben nun vier Jahre einer radikalen Einsparungspolitik hinter uns und wir sehen, daß sie gescheitert ist. 65 % Arbeitslose, steigende Analphabetenrate, steigende Kindersterblichkeit, all dies sind Resultate dieser Politik. Wenn wir Sandinisten von Stabilität reden, dann meinen wir nicht Geldwertstabilität, sondern politische Stabilität. Und diese hängt von der offenen Machtfrage in unserem Land, von der Frage des Militärs und des Eigentums ab.

Wenn die politische Stabilität erreicht ist, kann der nationale Produzent, sei er nun klein oder groß, Bedingungen vorfinden, die seine Investitionen erleichtern werden. Wir verfolgen also eine Politik, die nicht nur große Produzenten begünstigt. In diesen Sektoren liegen durchaus Produktivitätsressourcen brach, die für den wirtschaftlichen Fortschritt unseres Landes von zentraler Bedeutung sind und die der Neoliberalismus zerstört. Ausländisches Kapital spielt in unserer Perspektive eine ergänzende Rolle, ist aber für die Schaffung von Arbeitsplätzen von Bedeutung. Die von uns angestrebte Stärkung der kleineren Produzenten stellt gleichzeitig eine Demokratisierung der Wirtschaft dar. In den letzten Jahren sind 120 000 Familien von Bauern und demobilisierten Soldaten zu wirtschaftlich Handelnden geworden. Diese zu stützen, bedeutet eine Verteilung der wirtschaftlichen Macht auf das ganze Volk und das ist eine Demokratisierung der Wirtschaft.

Ein weiterer zentraler Aspekt unserer Politik bleibt natürlich die Aktivierung der Bevölkerung. In Anbetracht der finanziellen Situation sind Eigenlösungen hinsichtlich der Alphabetisierung und der Gesundheitsversorgung zu fördern. Diesbezüglich werden wir versuchen, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen dazu zu bewegen, unsere Bestrebungen zu unterstützen. Aber die grundlegenden Ressourcen für einen wirtschaftlichen Fortschritt müßten wir in unserem Land suchen. Und das wichtigste ist, dem nationalen Produzenten Stabilitätsgarantien zu ermöglichen.

Mit dem Regierungswechsel 1990 und der darauf folgenden neoliberalen Politik wurden aber neokapitalistische Strukturen geschaffen, die nicht so leicht zu revidieren sein werden. Dazu kommt noch, daß der Druck von außen, von den kapitalistischen Ländern des Nordens sich sehr wahrscheinlich verstärken wird. Wie wird sich die Frente diesen Bedingungen stellen?

Daniel Ortega: Kein Zweifel, wir sind in einer sehr schwierigen Lage. Die revolutio-

Foto: Jens Winter

nionären Kräfte sind weltweit in der Defensive. Und die Niederlage 1990 bedeutete für unser Land einen herben Rückschlag. Das einzige, was wir in dieser Phase anstreben können, ist die Verteidigung unserer Positionen. Aber diese Positionen sind notwendig, um dann, wenn der Neoliberalismus abgewirtschaftet hat, Perspektiven zu haben und Schritte nach vorne gehen zu können. Insofern ist es zwar richtig, daß wir Strukturen vorfinden werden, die zunächst nicht revidierbar sind. Aber wir können zumindest eine wirtschaftspolitische Richtung einschlagen, die in der Zukunft weitere Schritte ermöglicht.

Aber besteht nicht die Gefahr, daß der Sandinismus wegen dieser Notwendigkeit, kapitalistische Elemente zu akzeptieren, seine Linie verliert und schließlich nur noch einen reformierten Kapitalismus anstrebt?

Daniel Ortega: Wenn wir verstanden haben, daß der Sozialismus in der Defensive ist, dann wissen wir auch, daß Risiken unvermeidbar sind. Wenn wir Elemente des Kapitalismus wie die Marktwirtschaft zulassen, verlieren wir zweifellos ein Stück sozialistische Substanz. Allerdings haben wir dieses Problem bereits 1980 diskutiert. Zur Debatte stand damals, ob wir uns dem Westen völlig verschließen sollten. Wir haben diesem Vorschlag, der nicht aus Cuba oder der UdSSR importiert wurde, sondern in unseren eigenen Reihen entstand, widerstehen können. Es ist nicht das Gleiche, ob eine revolutionäre Regierung marktwirtschaftliche Elemente des Westens integriert, mit der Weltbank oder dem internationalen Währungsfonds verhandelt, als wenn dies eine eindeutig kapitalistische Regierung unternimmt. Diesbezüglich haben wir in unserer Regierungszeit viele Erfahrungen gewonnen, die uns in der Zukunft nützlich sein werden.

Auch wir konnten in Folge unserer Revolution nicht einen derartig großen Sprung wie Cuba in Richtung sozialistische Gesellschaft machen. Wir haben von Anfang an den Weg einer gemischten Wirtschaft eingeschlagen. Das heißt, daß wir kapitalistische und liberale Elemente akzeptieren mußten. Und wir haben schließlich dem Krieg über Jahre hinweg widerstehen und dem Land ein neues Profil geben können. Auch Cuba hat bis 1990 kontinuierlich Fortschritte gemacht. Als dann die Mauer in Europa fiel, und die USA zeitweise die einzige Supermacht war, waren wir, Cuba und Nicaragua, gezwungen zurückzugehen. Cuba mußte in dieser Zeit, gerade weil es in seiner Entwicklung weiter fortgeschritten war, weniger Konzessionen machen als wir in Nicaragua. Wir können nicht mehr anstreben als die Bewahrung der wichtigsten historischen Errungenschaften, die Eigentumsordnung und die militärische Macht. Sie bilden das Fundament für unser ökonomisches Programm, das die Entwicklung des revolutionären Weges offenhält.

Im Ende des Kalten Kriegs sehe ich aber auch eine Chance. In ihm verfestigte sich eine grundsätzliche Ablehnung der Ideen des gegensätzlichen Lagers. Das ist heute noch ein Problem, das Einfluß auf die revolutionären Bewegungen der Dritten Welt hat. Durch die Auflösung der Blökke ist es aber auch denkbar, daß die starre Haltung einer gewissen Akzeptanz weicht.

Aber gerade mit dem Ende des Kalten Krieges wurden auch Stimmen laut, die das Ende der Geschichte behaupten und dem Sozialismus endgültig den Garaus machen wollen. Nur so ist auch die Politik des Ausblutens gegenüber Cuba zu verstehen, obwohl Cuba bereits viele Konzessionen eingegangen ist. Wenn nun die Sandinisten, wie angekündigt, die Sozialisierung von 60 % des Eigentums und eine Stabilisierung in eurem Sinne anstreben, besteht dann nicht die Gefahr einer Blockadepolitik wie gegen Cuba oder sogar einer Intervention?

Daniel Ortega: Diese Fragen können wir uns im Moment nicht stellen. Wir müssen unsere Politik konzeptionalisieren, unsere ökonomischen Perspektiven unter den veränderten Bedingungen programmatisch fassen und Wege suchen, von denen aus wir weiter gehen können. Im Moment wäre es sehr gefährlich zu große Schritte nach vorne zu fordern. Diese 60%-Forderung wäre jetzt, meiner Ansicht nach, ein Schritt zu weit, der durchaus dramatische Folgen haben könnte. Unsere momentane Politik gleicht einer Gradwanderung, bei der es in erster Linie um die Verteidigung der revolutionären Errungenschaften geht, um Möglichkeiten für die Zukunft offen zu halten. Klar ist uns aber, daß die sozialdemokratischen Vorschläge unsere Wege und Perspektiven für immer vernichten würden, und das können wir nicht akzeptieren. ●

Nicaragua, August 1994

edition gesellschaftsphilosophie

Der Verlag für linke Theorieproduktion aus Politik, Wissenschaft und Kunst

mit niedrigen Druckkostenzuschüssen und geringer Eigenabnahme.

"Reflexion ist Verdinglichung". "Diese Reflexion nennt Marx Wert". "Wert ist Repression". (Geist ist verdinglichte Reflexion.) "Erkenntnis (dagegen) ist die Liebe zum (vom Wertgesetz) unterdrückten Besonderen" (H. J. Krahl), das mit Begriffen aufzumachen ist, "die es ihnen nicht gleichmachen" (Th. W. Adorno). "Arbeit ist (gegen Marx) selbst eine vermittelte Kategorie", "ihre positive Ontologisierung bei Marx Ideologie, ihr Grund" (W. N.).

verlag für die gesellschaft, Dr. W. Neumann

Raabestr. 18, 30177 Hannover

REBECCA PINI

Autonomie der Lager und Camps

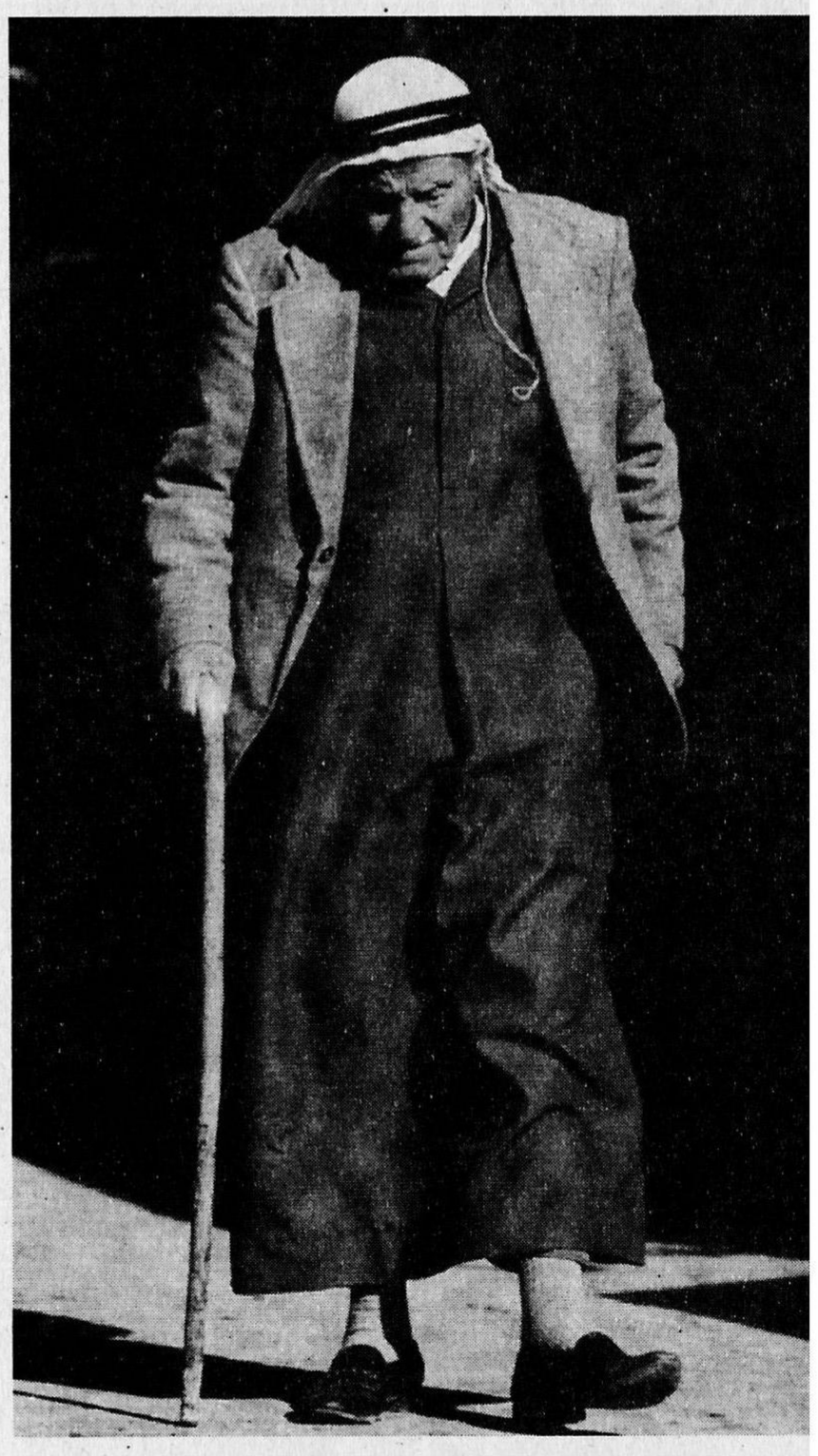
Israel hat sich mit der Unterzeichnung der „Grundsatzerklärung“ am 13. September 1993 und des „Autonomie“-Abkommens am 4. Mai 1994 eines immer lästiger werdenden Flüchtlingslagers entledigt. Siebenundzwanzig Jahre lang galt der Gaza-Streifen mit seinen 850 000 palästinensischen Bewohnern und Bewohnerinnen als Arbeitskräftereservoir für die israelische Wirtschaft. Doch seit dem Amtsantritt Rabins im Juli 1992 und dem damit einhergehenden Anstieg von palästinensischen Todesfällen – im ersten Halbjahr seiner Regierung stieg die Zahl der erschossenen Palästinenser um 20 %, die der erschossenen palästinensischen Kinder und Jugendlichen gar um 180 % (!) – wurde der Gewalt der Vorzug gegeben. Immer unbequemer wurde der Gaza-Streifen, erst recht seit die Hamas nach der Massendeportation durch Rabin von etwa 400 vermeintlichen Hamas-Sympathisanten Ende ‘92 zu Rachefeldzügen gegen Israelis und Touristen aufrief. Die Reaktion darauf folgte nach altem Muster: Die Absperrung der besetzten Gebiete und insbesondere des Gaza-Streifens Ende März 1993 stellte die bisher härteste Kollektivstrafe gegen die Palästinenser und Palästinenserinnen der besetzten Gebiete dar, denen damit ihre Einkommensquelle entzogen wurde. Nur noch in kleinen Gruppen, je nach Bedarf der israelischen Industrie, werden sie zu ihren Arbeitsplätzen gelassen – für den lächerlichenTageslohn von 25 Schekel (ca. 15 DM).

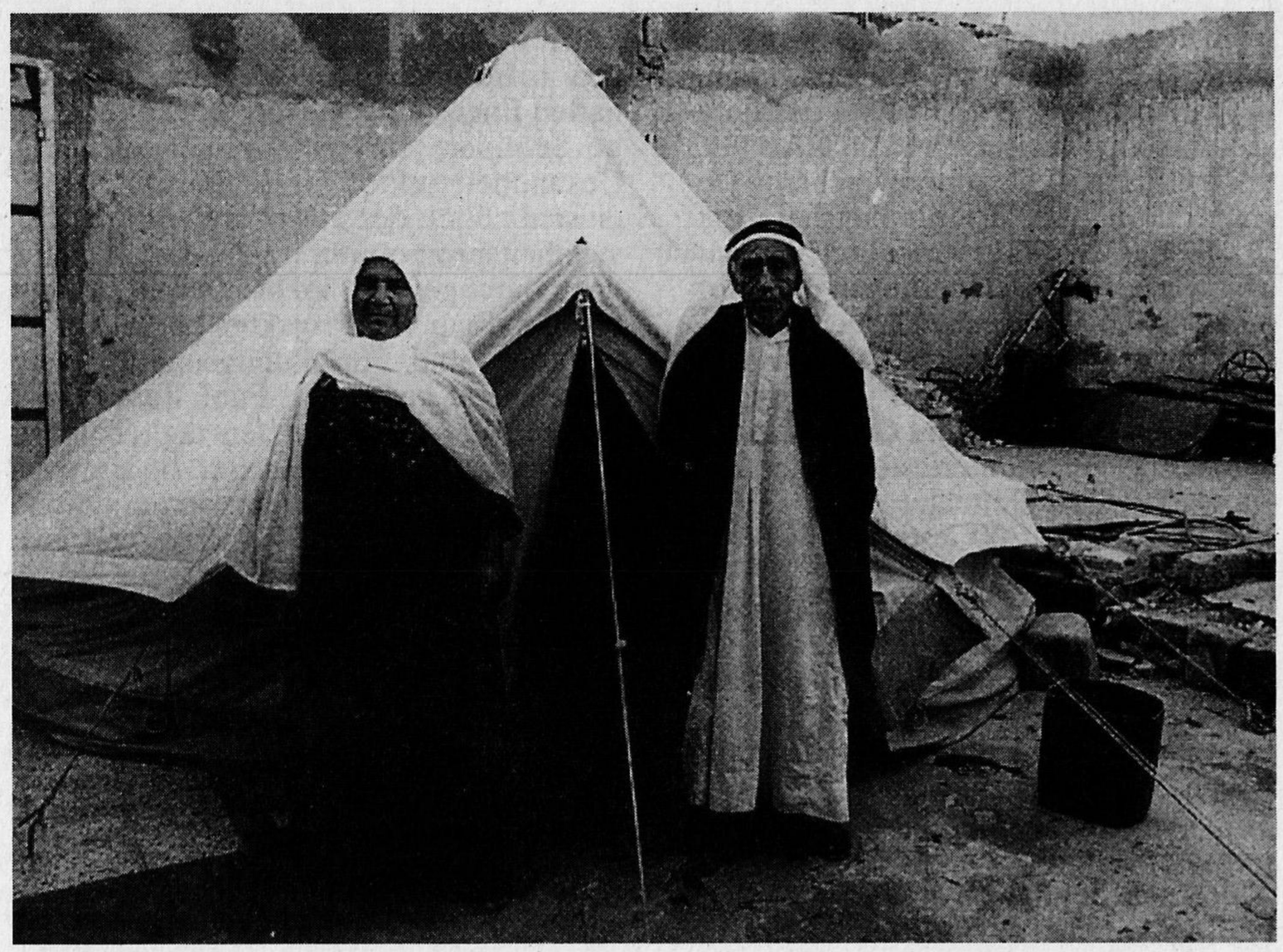
Eine öffentliche Diskussion über die schlichte Vergabe des als „Hort für Terroristen“ geltenden Gaza-Streifens war in Israel schon vor der Absperrung der Gebiete entbrannt. Abgesehen von der extremen Rechten befürwortete dies die Mehrheit der Israelis, und Rabin, der einmal geäußert hatte, daß er am liebsten eines Morgens aufwachen würde und der Gaza-Streifen wäre im Meer versunken, erklärte nun seine Bereitschaft, sich im Rahmen eines israelisch-palästinensischen „Autonomie-Vertrages“ aus Gaza zurückzuziehen. Umstandslos wurde die als „historisch“ gefeierte Grundsatzerklärung am 13. September 1993 unterzeichnet, mit der Arafat nicht nur die US-israelischen Bestimmungen akzeptierte, sondern auch den mehr als 50 % Palästinensern und Palästinenserinnen in der Diaspora jegliche Hoffnung auf eine Rückkehr in ihre Heimat nahm. Dabei ging es dem jahrzehntelang unbestrittenen Führer der palästinensischen Befreiungsbewegung, der seit dem Beginn der Intifada 1987 immer mehr Rückhalt unter der palästinensischen Bevölkerung verloren hatte, um die Rettung seiner Rolle auf der politischen Bühne. Durch die Unterzeichnung der Grundsatzerklärung konnte er auf dem internationalen Parkett sein im Golfkrieg verlorenes Ansehen wiedererlangen. Auf dem Washingtoner Rasen wurde er von Bill Clinton persönlich mit „Mister President“ angesprochen.

Für die palästinensische Bevölkerung jedoch ist mit der feierlichen Unterzeichnung der Grundsatzerklärung am 13. September 1993 kein Traum in Erfüllung gegangen. Je mehr Zeit vergeht, desto klarer wird ihnen die mögliche Unwahrhaftigkeit eines baldigen palästinensischen Staates. Termine wurden verschoben und das gesamte Vertragswerk scheint bei jedem Ereignis, das nicht im Sinne Israels ist, zusammenzubrechen. So hat sich der Abzug der israelischen Soldaten von Gaza und Jericho um fünf Monate verspätet, nachdem wochenlang über Details – wie etwa der Größe des „autonomen“ Gebietes um Jericho und der Grenzkontrollen – debattiert wurde. Und von der Wahl eines „Autonomen Rats“ der Palästinenser, die spätestens 9 Monate nach Unterzeichnung der Grundsatzerklärung stattfinden sollte, also spätestens am 13. Juni 1994, ist nun keine Rede mehr. Diese Verzögerungen sind nicht zufällig. Bereits im Februar 1989 äußerte Rabin vor Vertretern von Peace Now: „Die Einwohner der (besetzten) Gebiete sind starkem militärischen und wirtschaftlichen Druck ausgesetzt, am Ende werden sie gebrochen sein.“ Tatsächlich ist der Faktor Zeit immer eine sehr wirkungsvolle Waffe gegen Hungernde.

Daß mit größter Wahrscheinlichkeit keine Wahlen stattfinden würden, hatte schon Uzi Benzimann vor der Unterzeichnung der Grundsatzerklärung vermutet: „Auf diese Weise wird es sich bei der Regierungsform in den besetzten Gebieten nicht um eine aus Wahlen hervorgegangene Autonomie, sondern um eine von der PLO ernannte Verwaltung handeln. Wenn dies passiert, unterstützt Israel einen Prozeß, der darauf hinausläuft, jede Chance zu vereiteln, eine demokratische palästinensische Gemeinschaft (oder einen Staat) an Israels Seite zu begründen; statt dessen schafft Israel

„Nach den grundlegenden Prinzipien der Staatskunst haben Kurden, Palästinenser, Slumbewohner in Kairo und andere, die nichts zur Basis einer Macht beizutragen haben, keine Rechte. (...) Sie müssen deshalb irgendwie marginalisiert werden, möglicherweise mit einer Form der ‘Autonomie’, die es ihnen erlaubt, ihre eigenen Angelegenheiten unter israelischer Aufsicht zu erledigen.“ (N. Chomsky, amerikanischer Menschenrechtler, September 1993)





eine autokratische Regierungsform, wie sie ganz ähnlich in den arabischen Staaten existiert." Dazu Professor Israel Shahak von der hebräischen Universität Jerusalem und ehemaliger Leiter der israelischen Liga für Menschenrechte: „Es ist eine leicht nachprüfbare Tatsache, daß Israel mit aller Macht eine Demokratisierung der arabischen Gesellschaften bekämpft. Je undemokratischer, unpopulärer und korrupter ein arabisches Regime, eine Gruppe oder ein Führer ist, desto wahrscheinlicher ist es, daß sich Israel entweder mit ihm (ihr) verbündet oder es unterstützt (...). Es kann unterstellt werden, daß Israel die Schaffung 'einer demokratischen palästinensischen Gemeinschaft' zu verhindern sucht, weil eine Demokratie die Palästinenser stärken würde." Das Abkommen von Kairo bestätigt diese Vermutung: Die für Juni 1994 vorgesehenen Wahlen wurden auf nächstes Jahr verschoben, statt eines gewählten palästinensischen Rates übernimmt nun ein von Arafat ernannter Rat die „Regierungs"-funktionen in Jericho. Und die in Gaza und Jericho eingetroffene palästinensische Polizei, die vorher ganz genau von Israel geprüft wurde und nur in Absprache mit ihm zusammengestellt werden konnte, wird nun zur Aufgabe haben, „diejenigen zu disziplinieren, die die Abmachungen verletzen", so wie es Arafat vor der Unterzeichnung der Grundsatzerklärung garantieren mußte.

Denn Ruhe und Ordnung müssen herrschen, wenn im Nahen Osten ein Wirtschaftsblock mit 200 Mio. Konsumenten geschaffen werden soll, der mit seinen reichen Ölvorkommen, seiner hohen Bevölkerungsdichte und der strategisch günstigen Lage als Drehscheibe zwischen drei Kontinenten neue Märkte, Rohstoffe und billige Arbeitskräfte verspricht, die bisher aufgrund der Kämpfe der Palästinenser und der ständigen Kriegsgefahr nur schwer zugänglich waren. Doch dafür, daß das in Gaza und Jericho investierte Geld nicht den Menschen der Region zugute kommen wird, sorgt das von der Weltbank ausgearbeitete und von der PLO als solches übernommene Wirtschaftsprogramm, das auf streng neoliberalen Grundsätzen beruht und in dessen Zentrum der Aufbau der Infrastruktur steht, die Voraussetzungen für private Investitionen im Industriebereich schaffen soll. So haben etwa bei Aufträgen im Wert von bis zu einer halben Million US-Dollar palästinensische Firmen zwar Priorität, doch derartige kleine Projekte werden in der Minderzahl sein, und selbst dann gelangen israelische Firmen selbst an die Aufträge, indem sie palästinensische Firmen als Subcontractor für sich arbeiten lassen. Aufträge von mehr als 500 000 Dollar werden international ausgeschrieben und können so von amerikanischen und europäischen Firmen übernommen werden. Und während Arafat 5 bis 12 Milliarden Dollar benötigt, um sein Wirtschaftsprogramm durchzuziehen, sind die Geberstaaten mit Zahlungen zögerlich: Bisher wurden ihm lediglich etwa 2,5 Milliarden Dollar zugesagt, was die Realisierung einer langfristigen Verbesserung der palästinensischen Wirtschaft in immer weitere Zukunft drängt.

Gaza hat als Arbeitskräftereservoir für die israelische Industrie ausgedient, seitdem sich einige palästinensische Arbeiter gegen ihre israelischen Arbeitgeber gerichtet haben. Doch als Zulieferer für die israelische Industrie soll er auch in der Zukunft dienen. So veranlaßte Israel 1991 – angesichts der im Zuge der Immigration sowjetischer Juden nach dem Zusammenbruch der UdSSR auf 11 bis 12 % gestiegenen israelischen Arbeitslosigkeit – die Einleitung einer neuen Wirtschaftspolitik gegenüber Gaza, die darauf abzielt, anstelle der massenhaften Beschäftigung von palästinensischen Arbeitern in Israel vielmehr in Gaza selbst Beschäftigungsmöglichkeiten in Bereichen zu schaffen, die als Zulieferer für die israelische Industrie arbeiten. Infolge dieser Politik wurde die Landwirtschaft des Gaza-Streifens dahingehend umgestellt, den Anbau von Zitrusfrüchten und Gemüse zugunsten der Schnittblumen- und Erdbeerproduktion – beides sehr arbeitsintensive Bereiche – zurückzudrängen. Den Export nach Europa behielt Israel jedoch in eigenen Händen – und dies wird mit seiner Kontrolle über die indirekten Steuern auch in Zukunft so bleiben. Die israelische Arbeitslosenquote konnte trotz dieser Politik nicht gesenkt werden, da die sowjetischen Immigranten nicht Willens oder in der Lage gewesen wären, unter den Bedingungen zu arbeiten, unter denen die palästinensischen Arbeiter und Arbeiterinnen zuvor gearbeitet hatten. Dies geht so weit, daß heute sogar thailändische Arbeitskräfte nach Israel eingeführt werden.

Eine Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft in den nächsten paar Jahren ist trotz allem nicht auszuschließen. Die Infrastruktur wird sich möglicherweise verbessern, Arbeitsplätze werden geschaffen. Dies ist auch dringend nötig, wenn ein Mindestmaß an Stabilität geschaffen werden soll, was bei einer Arbeitslosenquote von derzeit annähernd 75 % und knurrenden Mägen nicht möglich ist. Doch einen gerechten Frieden oder gar Freiheit für die Palästinenser und Palästinenserinnen wird es vorerst nicht geben. „Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Teams haben wir einen schreienden Appell nach Lebensmitteln erhalten", berichtet Dr. Chaim Gordon, der im Gaza-Streifen ein Menschenrechtsteam leitet. Daß die Bevölkerung des Gaza-Streifens hungert, wird vom israelischen Parlament sowie von der PLO verschwiegen und infolgedessen von der Weltöffentlichkeit nicht wahrgenommen. „Die Situation war noch nie so verheerend" – so die Einschätzung der bekannten Menschenrechtlerin Felicia Langer.

Nach wie vor benötigen die Bewohner und Bewohnerinnen des Gaza-Streifens dringend unsere Hilfe. Denn nach wie vor fehlt es an allem: an Arbeit, an Nahrung, an Hygiene, an Gesundheitseinrichtungen. ●

aus: medico rundschreiben 1/94
Rebecca Pini ist Mitarbeiterin bei medico-international.

medico unterstützt unter anderem zwei Projekte im Gaza-Streifen: ein Gesundheitszentrum im Dorf Abu Taymeh, das eine reguläre Gesundheitsversorgung allen Menschen zugänglich machen soll, und ein Programm zur Prävention und Behandlung parasitärer Infektionen im Sabra-Viertel (Gaza-Stadt), das eine Verringerung der Infektionsgefahr durch die Verbesserung der sanitären Situation zum Ziel hat. Zur Förderung dieser Basisprojekte benötigen wir Ihre freundliche Hilfe.

Bitte helfen Sie bei der Förderung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung von Gaza mit Ihren Spenden unter dem Stichwort: „Palästina", Konto: 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01 oder: 6999-508, Postgiroamt Köln, BLZ: 370 100 50

RAINER WERNING

Feindbild Nordkorea oder Die Regulierung des Kalten Krieges

Vor 41 Jahren endete mit dem Koreakrieg (Juni 1950 – Juli 1953) der erste „heiße" Konflikt des Kalten Krieges. Mit dem Unterton des Bedauerns konstatierten damals US-amerikanische Luftwaffengeneräle, Nordkorea – durch Flächenbombardierungen und bakteriologische Kriegsführung in ein Trümmerfeld verwandelt – böte ihren Piloten keine Angriffsziele mehr. Heute dient Washingtons neuen Weltordnern das nordkoreanische Regime neuerlich als Zielscheibe. Mit dem Unterschied, daß statt militärischer Mittel – vorerst – massiver politisch-diplomatischer Druck und wirtschaftliche Sanktionsdrohungen eingesetzt werden. Ungeachtet des Todes des 82jährigen „Großen Führers" Kim Il Sung am 8. Juli sinnen die Protokollchefs Süd- und Nordkoreas über die Details des ersten innerkoreanischen Gipfeltreffens der beiden Staatspräsidenten, das alsbald in Nordkoreas Hauptstadt Pjöngjang stattfinden soll.

Wie sich die Bilder gleichen! In der nordkoreanischen Kapitale, deren museale Realität an das China zu Zeiten der Kulturrevolution erinnert, gehen die Lichter aus. Autos dürfen nur noch mit Parklicht fahren. Unter Sirenengeheul übt die Bevölkerung Luftschutz. Über den Rundfunk erhält sie Anweisung, die Stadt im Falle eines Angriffs zu evakuieren. Wohin, bleibt im dunkeln.

In Südkoreas Elf-Millionen-Metropole Seoul schießen Kids Flugzeuge ab, lassen Panzer explodieren, meucheln Soldaten. Gnadenlos – doch elektronisch. Die martialischen Bilder in den Videotheken flimmern in abgewandelter Form auf TV-Bildschirmen auf. Am 15. Juni 1994 kündet landesweites Sirengeheul Zivilschutzübungen an. Dennoch herrscht Gelassenheit, von Panik, gar Kriegshysterie keine Spur. Nur die Magier von Endlosbildern des US-amerikanischen Nachrichtensenders CNN suggerieren Endzeitstimmung, im Einklang mit den Feindbildern im Pentagon und State Department. In Seouls Nobelviertel Kangnam kommt es zeitweilig zu Hamsterkäufen; tafelfertige Nudelgerichte sind der Renner. Als gelte es, den aus der Flasche gelassenen bösen Geist wieder in dieselbe zu bannen, rügt tags darauf die Regierung CNN und wirft den Sender der maßlosen, unverantwortlichen Übertreibung vor.

Seit der auf imperialen Druck der beiden Siegermächte des 2. Weltkriegs, der USA und der Sowjetunion, erfolgten Teilung Koreas im Jahre 1948 sind – eine auffällige Konstante in der gesamtkoreanischen Politik – in Seoul wie Pjöngjang zwecks jeweiliger Herrschaftsstabilisierung unablässig Feindbilder konstruiert worden. Gilt Nordkorea aus Seouler Perspektive als trostloser Ameisenstaat und seine Bevölkerung als Hungerleider unter einer roten Despotie, so zeichnete Pjöngjang im Gegenzug ein Bild des Südens, in dem die Menschen unter der Knute des US-Imperialismus und ihrer einheimischen militärischen Handlanger ein geknechtetes, unwürdiges Dasein fristen.

Das wechselseitige Hochschaukeln solch bizarrer Wahrnehmungen bleibt sinnlich erfahrbar in der nach wie vor intakten „Koreanischen Mauer", beschönigend DMZ (Demilitarisierte Zone) genannt. Kein Wunder, daß Korea im ideologischen Widerstreit – aggressiver Antikommunismus kontra aufgeheiztem Antiimperialismus – zur Metapher für die politische Licht- bzw. Schattenwelt wurde und das Ende des Kalten Krieges und der West-Ost-Blockkonfrontation dort bislang folgenlos blieb. Wer sich der Mühe unterzöge, die Korea(kriegs-) Berichterstattung zu Beginn der 50er Jahre nachzuverfolgen, stellte alsbald fest, daß die Ereignisse auf der koreanischen Halbinsel – vorrangig in der jungen Bundesrepublik Deutschland – zur Legitimation der Wiederbewaffnung, mithin zum Aufbau der Bundeswehr und gleichzeitige Stärkung der NATO dienten und mit dem Eingreifen sogenannter Freiwilligenverbände aus der VR China in das Kriegsgeschehen der Mythos der „dunklen, unergründlichen, allseits todesbereiten asiatischen Seele" reaktiviert wurde. Dieser Mythos bleibt virulent.

Feindbilder

Zwar ist Ronald Reagan von der politischen Bühne verschwunden und mit ihm die von ihm einst als „Reich des Bösen" gescholtene Sowjetunion. Geblieben aber ist die politisch instrumentalisierbare Bedrohungslüge des einstigen US-Präsidenten. Demnach sind Nordkorea, Kuba und Libyen als „Horte des internationalen Terrorismus" ausgemacht und deren subversive Regime zum Abschluß freigegeben, zumal sie als ideeller Gesamtterrorist und renitente realsozialistische Restposten „jenem scheußlichen heidnischen Götzen (gleichen), der den Nektar nur aus den Gehirnschalen Erschlagener trinken wollte" (K. Marx).

Da sich Nordkorea bis dato als relativ krisenresistent erwies, unbeirrt an seinem Konzept von Sozialismus festhält, aufgrund geübter Äquidistanz zur Sowjetunion und VR China außenpolitische Unabhängigkeit demonstrierte, öffentlich die anachronistischen südkoreanisch-amerikanischen *Team Spirit*-Manöver sowie die gerade beendete Seeübung RIMPAC '94 als kalkulierte Pro-

vokation attackierte (an der nebst Verbänden aus Südkorea auch US-amerikanische, kanadische, australische und japanische Soldaten teilnahmen) und schließlich die Forderung der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) in Wien nach zusätzlichen und erweiterten Inspektionen als beispiellos, die eigene Souveränität verletzendes Ultimatum zurückwies, empfahl es sich als besonders verwerflich und lieferte vorrangig den USA den Vorwand zu einem internationalen Kesseltreiben.

Während Seoul in diesem Konflikt und im Gegensatz zu seinen vorherigen Militärmachthabern mit auffälliger Zurückhaltung, gar mäßigend agierte, südkoreanische Intellektuelle sowie (außer)parlamentarische Oppositionelle auf Demonstrationen und Protestveranstaltungen den von den USA systematisch geschürten Druck auf Nordkorea scharf kritisierten, befleißigten sich die westlichen Medien und Teile des akademischen Mandarinats in den USA einer perfiden Propaganda und erhoben die Amnesie zum quasi-politischen Programm.

Was die Medien, selbst zur Gegenöffentlichkeit von links geneigte Blätter wie die taz, betrifft, so feuerten sie Breitseiten gegen das Regime in Pjöngjang, als ginge es darum, dessen Nomenklatura mit Wortkaskaden zur Strecke zu bringen. Von „byzantinischem Pomp in Pjöngjang", vom „weltweit letzten roten Gulag-Staat" und „stalinistischen Sonnenkönig Kim Il Sung" war die Rede, während Portraits grimmig dreinschauender nordkoreanischer Soldaten die Titelseiten US-amerikanischer Nachrichtenmagazine zierten. Unzweideutig die Botschaft: Nordkoreas politische Führung ist ein Sicherheitsrisiko ersten Ranges, seine Handlungen – vor allem im Poker um tatsächlich existente oder vermutete einsatzfähige Atomwaffen – bleiben unkalkulierbar und sein Fortbestehen bedrohe akut den Frieden in der Wachstumsregion Ostasien/Nordpazifik.

Konfuzianisch-islamische Verschwörung?

Nordkorea war bereits 1985 dem sogenannten Atomwaffensperrvertrag beigetreten, unterzeichnete Anfang 1992 – nachdem Washington zugesichert hatte, seine auf südkoreanischem Boden dislozierten Atomsprengköpfe bis Ende 1991 abzuziehen – dessen Sicherheitsabkommen und gestattete seitdem IAEA-Inspektoren mehrfach den Zutritt zu seinem Nuklearkomplex in Yongbyon, etwa 100 km nördlich von Pjöngjang entfernt. Selbst wenn dort vertragswidrig waffenfähiges Plutonium hergestellt worden sein sollte (was Pjöngjang wiederholt bestritt; russische, chinesische und japanische Atomphysiker erklärten, das Land verfüge weder über das notwendige Know-how noch die entsprechenden atomaren Zündvorrichtungen, und der Leiter der Asien-Pazifik-Abteilung im russischen Außenministerium, Nikolai Solowjow, sagte in einem Interview mit der südkoreanischen Nachrichtenagentur Yonhap, Nordkorea sei „sehr weit entfernt von Atomwaffen"), rechtfertigte das allein kaum die Vehemenz, mit der gegen Nordkorea Front gemacht wurde.

Just in diesem Augenblick setzte die mediale inszenierte Amnesie ein: Indien, im Westen als „größtes Schaufenster der Demokratie" gepriesen, zündete vor genau 20 Jahren in der Wüste Rajasthans seine erste Atombombe und verfolgt seitdem – gleich seinem Nachbar Pakistan und wie dieser kein Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrags – ein ambitioniertes Nuklearprogramm. Israel, Südafrika, Brasilien und Argentinien, ebenfalls Nichtunterzeichner des Atomwaffensperrvertrages, verfüg(t)en über Atomwaffen, ohne dafür vom Westen jemals Schelte bezogen zu haben. Südkorea, das 1992 knapp 13 Prozent seines Energiebedarfs aus neun Atomkraftwerken bezog (weitere sieben sind im Bau), gegenwärtig etwa 10 Tonnen Plutonium 239 lagert und den Großteil der benötigten Kerntechnologie selbst zu beherrschen imstande ist, hält an seinem ehrgeizigen Atomprogramm zwecks ziviler Nutzung fest, wenngleich die Trennlinie zur potentiell militärischen Nutzung bekanntlich schmal ist. In Japan verschwanden, fernab internationaler Entrüstung oder Besorgnis, vor wenigen Wochen aus dem Atomreaktor Tokaimura 70 kg Plutonium, was in Südkorea Befürchtungen nährte, Tokio arbeite seinerseits an einem Atomwaffenprogramm. Schwörte Nordkorea dem Real-Sozialismus ab, keiner wäre der fixen Idee verfallen, um dieses Land Zeter und Mordio zu inszenieren.

Was die akademischen Mandarine in den USA angeht, so hat der einflußreiche Politologe und Politikerberater Samuel P. Huntington eine pfiffige Variante des Rekurses auf „die" Zivilisation präsentiert. (Huntington vermochte z.B. während des Vietnamkrieges selbst den US-amerikanischen Flächenbombardements noch Positives abzugewinnen; dadurch bedingte Fluchtbewegungen erhöhten den Grad der Urbanisierung, was wiederum den Modernisierungsprozeß beschleunigte.) Nachdem die Sowjetunion und deren Herrschaftsideologie zusammengebrochen sind, sieht er den Westen fortan von der „konfuzianisch-islamischen Connection" bedroht. Diese, so der Professor in einem Interview mit der in Hongkong erscheinenden Asiaweek (6.4.94), bestehe in den Waffenschiebereien zwischen China und Nordkorea auf der einen und denen Irans, Iraks, Syriens und Libyens auf der anderen Seite. In diesen Ländern trachtete man danach, des Westens militärische Überlegenheit auszubalancieren. Nächste Konflikte, bereits vorprogrammiert, brächen entlang der Grenzen der „Kulturen" und „Zivilisationen" aus (*Der Zusammenbruch der Kulturen*, in: Die Zeit 33/93).

„Die erste 'zivilisatorische' Tat Huntingtons besteht darin", merkte dazu Rudolf Walther in seinem Essay „Aufklärung, Untergang, Fortschritt,Verfall – der leere Streit um die Logik der Zivilisation" in der Frankfurter Rundschau (7.5.94) an, „daß er sich im Schutz einer billigen Polemik gegen den 'Menschenrechtsimperialismus' von universalistischen Normen verabschiedet, um die Abschottung der eigenen 'Kultur' legitimieren zu können. Begriffsgeschichtlich dokumentiert er seine Vernagelung dadurch, daß er auf den weit gefaßten angelsächsischen Zivilisationsbegriff verzichtet und statt dessen auf 'culture' setzt – im Amerikanischen allemal nur ein Synonym für den 'American way of life'. Insofern steht die deutsche Übersetzung des Aufsatzes den wahren Absichten des Autors näher als das Original und entlarvt dessen Chauvinismus. Was der 'westlichen' Besitzstandswahrung dient, kommt gerade recht, so auch ein paar frisch angestrichene geopolitische Ladenhüter: der Brennpunkt künftiger Konflikte liege, so Huntington, 'zwischen dem Westen und mehreren islamisch-konfuzinischen Staaten', denn der Westen ist westlich und modern' und der Ball rund."

Im übrigen weist Huntingtons Gerede von der „konfuzianisch-islamischen Connection" Berührungspunkte mit der im September 1993 unter dem Titel The Bottom-Up Review: Forces For A New Area vom Pentagon herausgegebenen Studie auf. Diese geht, pointiert zusammengefaßt, von der Führ- und Gewinnbarkeit zweier Regionalkriege – sowohl im Nahen Osten als auch in Korea – aus.

Keine Endzeitstimmung in Nordkorea

Nordkoreas Behauptungen, die Nuklearfragen auf der koreanischen Halbinsel resultierten ursprünglich aus der Stationierung atomarer Waffen aus den USA sowie aus konzentrierten Aktionen des „Dreieckbündnisses" (womit die bilateralen militärischen Kooperationsverträge der USA mit Südkorea und Japan sowie Washingtons eingegangene Verpflichtungen, über beide Länder den „Atomschirm" aufgespannt zu halten, gemeint sind) und es hege weder die Absicht noch sei es imstande, Atomwaffen zu entwickeln, fielen im Westen auf taube Ohren.

Immerhin führte sein Atompoker zu ersten Verhandlungen mit den USA (Mitte Juni 1993 in New York und einen Monat darauf in Genf) , was Pjöngjang bereits als be-

scheidenen außenpolitischen Erfolg wertete. Während die erste Gesprächsrunde auf höherer Ebene Fragen der Souveränität, Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten und des Einsatzverbotes von Nuklearwaffen behandelte, bat Nordkorea in Genf um technische und finanzielle Hilfeleistungen durch die USA bei der anstehenden Modernisierung seines bisherigen gasgekühlten und graphitmoderierten Reaktorsystems durch Leichtwasserreaktoren, die mehr Sicherheit böten und den Verdacht der Produktion von waffenfähigem Plutonium ausräumten. Washington schlug diese Offensive nicht nur aus (ein Einlenken hätte zwangsläufig eine direkte bilaterale Beziehung erfordert), sondern setzte fortan auf Konfrontation.

Anstelle weiterer Treffen wurde der auf Nordkorea ausgeübte Druck eskaliert. Womöglich spekulierte man aufgrund sich häufender Berichte über ökonomische Schwierigkeiten in der Volksrepublik auf soziale Spannungen, die zivile und/oder militärische Opposition schürten und einen reibungslosen politischen Machtwechsel auf Kim Jong Il, als Nummer 2 der Nomenklatura bereits qua Vorsitz der Militärkommission der Partei der Arbeit Koreas (PdAK) Oberkommandierender der Streitkräfte, vereitelten.

Poröse Festungsmauern?

Wie stabil also ist die wirtschaftliche und politische Situation in der Volksrepublik? Ist eine Implosion des Regimes in Pjöngjang denkbar, vergleichbar den 1989er Ereignissen in der früheren DDR? Wie gestaltet sich Nordkoreas Verhältnis zum Süden und seinen Anrainern?

Nordkoreas Variante des „Schaffens aus eigener Kraft", die Juche-Ideen, und das als praktische Handlungsanleitung formulierte Prinzip „das ganze Land in eine Festung verwandeln" beinhalteten rein militärische Aspekte, beispielsweise daß noch Ende der 80er Jahre Textilfabriken in Bergstollen angelegt wurden. Bereits seit Mitte der 60er Jahre ist landesweit mit dem Aufbau gleichzeitig subsistenter Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten bis hinunter auf Kreisebene, darunter Kombinaten, begonnen worden, die idealiter eine Fertigungstiefe besitzen sollten, die bei der Rohstoffgewinnung beginnt und mit dem Fertigprodukt endet. Diesen Einheiten obliegt es, sowohl als Teil des staatlichen Planungssystems und Wirtschaftskreislaufs (d.h. des Mittelabzugs) als auch als dezentrale ökonomische Einheiten ihre Investitionsmittel selbst zu erwirtschaften und sich weitgehend selbst zu ernähren. Der Kollaps des osteuropäischen Marktes wirkte sich auf Provinzebene vor allem als Verschlechterung der Treibstoffversorgung aus, zumal Ölimporte – vorrangig aus China, des im vergangenen Jahr mit einem Handelsvolumen von 900 Mio. US-Dollar seit 1991 wichtigsten Wirtschaftspartners – mit Devisen beglichen werden müssen. Bei den geringen Austauschbeziehungen zwischen Betrieben, dem Gütertransport auf dem Schienenweg und dem Fehlen privater Pkw trifft dies vorrangig die (Mechanisierung der) Landwirtschaft.

Die Seouler Nationale Vereinigungsbehörde (NUB) beziffert die Summen, die Pjöngjang 1993 für Öl- und Getreideeinfuhren aus China berappen mußte, mit 240 bzw. 100 Mio. Dollar, was gegenüber dem Vorjahr eine erhebliche Steigerung bedeutete. So gab denn das Zentralkomitee der herrschenden PdAK im Dezember 1993 erstmals zu, in Schlüsselindustrien (namentlich in der Strom-, Stahl- und Kunstfasererzeugung) stagniere die Produktion oder gehe zurück und es gebe Probleme in der Landwirtschaft, was letztlich zur Nichterfüllung des Siebenjahresplans 1987-1993 geführt habe. Für den Mißerfolg machte die Partei die „internationalen Veränderungen" verantwortlich. Lang- wie kurzfristige Außenhandelsabkommen seien geplatzt, und die traditionelle wirtschaftliche Zusammenarbeit sei zum Stillstand gekommen, womit auf den Wegfall der Wirtschaftshilfe und des Handels vor allem mit der früheren Sowjetunion angespielt wurde.

Nordkoreanische Wirtschaftswissenschaftler räumen enorme Schwierigkeiten ein, doch insistieren sie darauf, daß diese im Vergleich zu den aussichtslos erscheinenden wirtschaftlichen Zuständen in den meisten der sogenannten Reformländer Osteuropas und in der ehemaligen UdSSR relativ gering und behebbar seien und die Überlebensfähigkeit des Landes selbst im Falle eines Embargos außer Frage stehe. Entscheidend ist aus der Sicht Pjöngjang die Modernisierung der Industrie und ein entsprechender Ausbau der Infrastruktur, was mittel- und langfristig Fremdbeteiligungen erfordere.

Ausreichend Reis und Fleischsuppe essen

Für die soziale Stabilität Nordkoreas kommt der landwirtschaftlichen Produktion ungleich größere Bedeutung zu als etwa verbesserten Außenhandelsbilanzen. Im Gegensatz zu der in Südkorea weitverbreiteten Auffassung, im Norden herrsche eine permanente Hungersnot, ist für die Versorgung des Landes auch in schlechten Erntejahren davon auszugehen, daß die mit gartenbaulicher Intensität betriebene Landwirtschaft die quantitative Versorgung der Bevölkerung selbst in mageren Zeiten soweit zu sichern vermag, daß kein offener Hunger herrscht.

Nach mehrjährigen, hauptsächlich witterungsbedingten Ertragseinbußen von bis zu 40 Prozent bezeichnete die nordkoreanische Presse das Erntejahr 1993 als Rekordjahr und wertete dies – so Rodong Shinmum, das Zentralorgan der PdAK – „als einen Ausdruck und Beweis der Überlegenheit des sozialistischen Systems". Trotz überaus schlechter Ernteergebnisse zwischen 1988 und 1990 blieben nach Aussagen von seinerzeit im Lande stationierten osteuropäischen Experten die Felder, Dreschplätze und Getreidespeicher praktisch frei zugänglich – undenkbar bei einer Hungersnot. Dennoch herrscht seit längerem spürbar Knappheit an wichtigen Nahrungsmitteln; die von der Bevölkerung erwartete und von der Regierung immer wieder versprochene Verbesserung der Versorgung gewinnt unter den jetzigen äußeren Bedingungen zusätzlich an politischer Bedeutung. Bereits in seiner Neujahrsbotschaft 1992 hatte Kim Il Sung hervorgehoben, „jeder Bürger soll, soviel er will, weißen Reis und Fleischsuppe essen und sich in Seide kleiden können" – eine metaphorische Umschreibung, die Lebensqualität der Landsleute nachhaltig zu verbessern. Auch Ministerpräsident Kang Song San verknüpfte in seiner Rede anläßlich des 45. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik (9.9.93) die Legitimität des Systems ausdrücklich mit dessen Fähigkeit zur Lösung der sozialen Fragen.

Daß selbst das Grundnahrungsmittel Reis mehr und mehr durch Mais- und Nudelgerichte ersetzt wird, der geschätzte jährliche Pro-Kopf-Fleischverbrauch bei etwa sechs Kilogramm liegt und die Versorgung mit Fisch, Zucker und Speiseöl ungenügend bleibt, ist weniger Ausdruck einer Strukturkrise in der Produktion denn ein gravierendes Allokationsproblem. Im eigenen Lande dringend benötigte Nahrungs- und Genußmittel sind in der Vergangenheit zunehmend exportiert worden (beispielsweise erhielt Frankreich im Gegenzug zu geleisteter Kapitalhilfe Fischereiprodukte), was heute innenpolitisch schwerlich praktikabel sein dürfte und zusätzlich zu den existierenden Problemen in der Exportwirtschaft (mangelnde Qualität und fehlendes technologisches Know how) den Ausfall von Deviseneinnahmen bedeutet.

Schwachstellen bleiben im industriellen Bereich, der ohne ausländische Kapitalinvestition mittelfristig in eine schwere Krise geriete. So hat denn der Pjöngjang-Verwaltungsrat in seinem Erlaß Nr. 74 bereits im Dezember 1991 grünes Licht für die Schaffung einer Freihandelszone entlang Nordkoreas nordöstlicher Küstenregion gegeben, wo auf einem 621 Quadratkilometer großen Areal nahe den Städten Rajin und Sonbong – z.a. mit Unterstützung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) – überdies ein moderner Industrie-, Handels- und Tourismuskomplex entstehen soll.

Im Frühjahr dieses Jahres hat Pjöngjang eingedenk der bereits bestehenden Infrastruktur entlang der Westküste ebenfalls die Städte Nampo und Sinuiju als freie Handels- und Wirtschaftszonen avisiert, die vor allem aus chinesischer Sicht und für bereits in dieser Region Chinas engagierte südkoreanische Firmen von Interesse sind. Bleibt als große Unbekannte, ob und inwieweit es den Bürokraten in Pjöngjang gelingt, bekundeten Pragmatismus und Reformfähigkeit jenseits unkontrollierbarer politischer und sozialer Nebeneffekte miteinander in Einklang zu bringen.

Mit dem Tod der charismatischen Galionsfigur Kim Il Sung wird die Propagandalosung „Leben, lernen und arbeiten wie die antijapanischen Partisanen" ohnehin stumpfer; der Partisanenkampf, den meisten NordkoreanerInnen nur aus Schulbüchern und Museumsbesuchen (dort aber reichlich ausgewalzt) ein Begriff, ist für die junge Generation allenfalls archäologisch interessant. Außerdem war der Handel freier Bauernmärkte, auf eigene Rechnung arbeitender Genossenschaften sowie von An- und Verkaufsläden für Devisen- und Edelmetallgeschäfte mitverantwortlich dafür, daß 1992 der Geldumlauf aus den Fugen geriet: ein Erlaß des Zentralen Volkskomitees vom 14. Juli 1992 setzte alle Banknoten mit Wirkung vom 15. September 1992 außer Kraft und räumte für den Neuumtausch zwei Tage an.

Der Widerspruch zwischen realem Leben und ideologischen Postulaten ist auch Kim Jong Il durchaus bewußt; bereits am 7. November 1992 zitierte The Pyongyang Times den „Geliebten Führer", daß „im Verlauf von vielen Jahren, die im Sozialismus in Wohlstand gelebt werden, der revolutionären Geist nach und nach schwinden kann".

Freundliches Umfeld

Japan hat sich im Atompoker zwischen Nordkorea und den USA dergestalt eingemischt, daß Pjöngjang die laufenden Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern Ende 1992 ohne die Vereinbarung weiterer Gesprächstermine abbrach. Nordkorea hielt vor allem Japans Vorwurf, es bedrohe mit seinen Rodong-1-Raketen mit einer Reichweite von 800 bis 1000 km japanische Städte wie Osaka, für maßlos übertrieben und fuhr eine Retourkutsche, indem es Tokio vorwarf, die Atomfrage zu theatralisieren, um eigene (japanische) „militärische Großmachtambitionen" zu verschleiern. Das bilaterale Verhältnis könnte sich unter dem neuen Ministerpräsidenten Tomiichi Murayama verbessern; seine Partei hat den Dialog mit Nordkorea und eine Entspannung auf der koreanischen Halbinsel stets hoch veranschlagt. Teile des japanischen Big Business dürften indes einer Nord-Süd-Annäherung, gar Wiedervereinigung Koreas skeptisch gegenüberstehen: Just vor ihrer Haustür entstünde ein wirtschaftspolitisch potenter Rivale in der Region, die aus historischen Gründen (Japan war von 1910 bis 1945 Kolonialmacht in Korea) überdies eine engere Kooperation mit China anstrebte.

China spielt, nicht zuletzt in Atomfragen, eine Schlüsselrolle. Kurz vor Beginn der Beratungen über Sanktionsmaßnahmen gegen Nordkorea im UN-Sicherheitsrat reisten die Außenminister Südkoreas und Japans nach Peking, um Chinas kritische Haltung gegen jedwede Sanktionsmaßnahme (in diesem Falle machte Peking von seinem Vetorecht Gebrauch) umzustimmen. Statt dessen beharrte China auf seinem Standpunkt, zwecks Lösung von Spannungen in Korea unbedingt den Dialog aller Beteiligten zu führen. Sein letzter Atomtest Mitte Juni könnte in diesem Sinne als indirekte Parteinahme für Nordkorea „gezündet" haben.

Rußland, einst Hauptlieferant von Atomtechnologie an Nordkorea und mit diesem, wie auch China, seit Beginn der 60er Jahre noch immer durch einen militärischen Beistandspakt verbunden, befürwortet gleichermaßen eine Verhandlungslösung, die allerdings über die unmittelbaren Protagonisten hinaus – Südkorea, Nordkorea und die USA – es selbst, Japan, die IAEA und den UN-Generalsekretär einschließen sollte. Ebenfalls wie China, unterhält Rußland nicht nur diplomatische Beziehungen zu Seoul; beide halten Südkorea wirtschaftspolitisch und als Kreditgeber für weitaus wichtiger als den Norden, den sie freilich aus sicherheitspolitischen Erwägungen und eigener Staatsräson nicht in die Enge gedrängt sehen wollen, und versprechen sich bei einer Nord-Süd-Annäherung zumindest eine beachtliche Expansion von Investitionen und Handelsaktivitäten im gemeinsamen Grenzgebiet.

Nordkoreas relativ freundliches Umfeld gestattet seiner politischen Führung noch genügend Handlungsspielraum, um zu überleben und sich möglicherweise in Kooperation mit südkoreanischen Großunternehmen wirtschaftlich zu konsolidieren. Laut Angaben des Seouler Ministeriums für Handel, Industrie und Energie wuchs der innerkoreanische Handel von umgerechnet mickrigen 1,04 Mio. US-Dollar im Jahre 1988 binnen vier Jahren auf 213,5 Mio. Dollar und betrug 1993 immerhin noch 200,6 Mio. Dollar. Überdies scharren die großen südkoreanischen Mischkonzerne, wie Hyundai, Samsung, Daewoo und LuckyGoldstar, in den Startlöchern, darauf erpicht, mit Pjöngjang schnellstmöglich ins Geschäft zu kommen. Dazu freilich bedarf es der Entschärfung von Konflikten in Atomfragen und des ständigen Nord-Süd-Dialogs.

Im Augenblick spricht vieles für die Wahrung des Status quo, d.h. den Fortbestand Nordkoreas als Völkerrechtssubjekt: Im Lande selbst sind keine Kräfte, seien sie zivil oder militärisch, auszumachen, die es auf die Zerstörung des Staates abgesehen hätten und/oder sich widerstandslos einem Seouler Diktat beugten.

Die (Nord)KoreanerInnen beanspruchen mit gutem Recht, die Befreiung vom japanischen Militarismus wesentlich aus eigener Kraft realisiert zu haben, was ihr Selbstwertgefühl steigerte und ihnen aufgrund ihrer Aufbauleistungen nach zweimaligen Kriegsverwüstungen international Anerkennung eintrug.

Wie wohl kein anderes Land hat sich Nordkorea seit vielen Jahren auf eine politische Nachfolgeregelung vorbereitet und entsprechende Vorkehrungen getroffen: Gerade die (angestrebte) Symbiose von Etatismus, Juche-Sozialismus und Neokonfuzianismus, was allesamt das Bestehen hierarchischer Strukturen zur Voraussetzung hat und die ihrerseits gemäß kollektivem Selbstverständnis nicht per se als verwerflich gelten, liefert einen Schlüssel zum Verständnis der politischen Kontinuität der Pjöngjang Führung in einem nahezu durchgängig als feindselig wahrgenommenen Klima. Repressiv ist das Kim-Regime zweifellos gegen jene vorgegangen, die es in Zweifel zogen oder auf dessen Beseitigung drängten.

Im- oder explodierte Nordkorea, so führte das zu unregulierbaren Gewaltutopien und hätte fatale Konsequenzen nicht nur für das gesamte Land, sondern auch regionalpolitisch. Einen Sieger gäbe es in einem solchen Falle nicht; sämtliche Protagonisten würden – ob politisch, wirtschaftlich oder finanziell, materiell – etwas verlieren.

Gestern noch Beelzebub der internationalen Staatengemeinschaft, womöglich in Kürze Ausrichter des ersten Gipfeltreffens beider koreanischer Präsidenten – damit ist Pjöngjang qua Einschaltung von Ex-Präsident Jimmy Carter ein noch vor kurzem für undenkbar gehaltener diplomatischer Coup geglückt, der, so er denn reist, Kim Young Sam veranlaßte, seine Triumpfkarte, nämlich erst im Falle wachsender innenpolitischer Schwierigkeiten daheim nach Nordkorea zu reisen, vorzeitig auszuspielen.

„Wer auf der Matte schläft", lautet ein koreanisches Sprichwort, „der fällt nicht tief." Kim Il Sungs Epigonen haben dies in einem für sie vorteilhaften Sinne beherzigt; sie sind – zunächst einmal – wieder hoffähig. ●

Rainer Werning ist unter anderem Herausgeber und Verfasser mehrerer Publikationen zu Korea (darunter „Nordkorea – Annäherung an einen Außenseiter. Analysen und Berichte", Ffm. 1988) und seit 1986 verantwortlicher Redakteur des in Köln/Hannover erscheinenden Korea Forum. Seit 1970 hat er Süd- und Nordkorea mehrmals bereist und kehrte erst vor kurzem aus Südkorea zurück.

JÜRGEN ROTH

Morgens ewiges Pilsener

Sozialismus und Alkoholismus

Trinken Sie, junger Mann!“, soll Friedrich Engels im November 1880 einer Nachwuchskraft der Sozialdemokratie anläßlich ihrer Aufwartung zugerufen haben, in deren Mitte wohl politische Beratungen standen, die aber von jenen Worten vorangetrieben wurde, die ungebrochenes Nachfüllen des Glases – „mitten im heftigen Disput“ – verlangten. Daß Eduard Bernstein das „Schritthalten beim Glase Wein“ nicht leicht fiel, mag angesichts einer von früher Jugend an forcierten und späterhin mit Plan erweiterten Trinktätigkeit des Sozialistenchefs kaum verwundern. „Nicht selten wäre auf die Erfolge (bei Wahlen) mit einem ‘guten Tropfen’ angestoßen worden“, wird gleichermaßen für die dioskurische Politik-, Lebens- und Getränkefreundschaft zwischen Marx und Engels festgehalten, und folgt man der sonst seltenen Einhelligkeit der Biographen, wenn es um beider Zuspruch zu geistigen Getränken geht, so ist nicht nur Marx vorbildlich wegen „nächtlichen ruhestörenden Lärmens und Trunkenheit“ für einen Tag in den Karzer gewandert, sondern beider Leben gar ebenso von gemeinsamen Schlägereien in Folge ausgedehnter Kneipereien – deren eine für einen Engländer einmal „beinahe übel (...) ausgegangen wäre“ – gezeichnet gewesen. Sorgen um die Reproduktion des Marxschen Weinkellers, erbetene „Medizinbottles“, wo nimmt das alles seinen Anfang, wie soll und wird es enden?

Nun, Engels, den Paul Lafargue als „den größten Entkorker von Champagnerflaschen, den unergründlichen Verschlinger von Ale und anderen gepantschten Mixturen“ bezeichnet hat, wird in Erinnnerungen Wilhelm Liebknechts gleich zu Beginn in fast mythischer Manier auffällig. Es ist eine Kneipenszene, in der Bier seine gewichtige Rolle für die Examination des Geistes spielen soll, ebensosehr aber jener Horizont sich abzeichnet, in dem der Gerstensaft als Idealgetränk der Arbeiterbewegung, als „sozialdemokratischer Saft“ erscheinen wird:

„Engels sei unten im Private Parlour, wo wir mehr für uns seien. Ich wußte nicht, was ein Private Parlour war, und es schwante mir, daß jetzt das große ‘Examen’ bevorstand, doch ich folgte vertrauensvoll. Marx, der denselben sympathischen Eindruck auf mich machte wie tags zuvor, hatte die Eigenschaft, Vertrauen einzuflößen. Er faßte mich unter den Arm und führte mich in den Private Parlour, das heißt das Privatzimmer des Wirts – oder war es eine Wirtin? -, wo Engels, der sich schon mit einem Zinnpot voll schwarzbraunen Stouts versehen hatte, mich sofort unter lustigen Scherzen in Empfang nahm. Im Nu war bei Amy (...), der flinken Kellnerin, ‘Stoff’ zum Trinken und auch zum Essen bestellt – bei uns Flüchtlingen spielte die Magenfrage eine hervorragende Rolle -, im Nu war das Bier da, und wir setzten uns nieder. (...) Das Gespräch kam mehr und mehr in Fluß ...“

Mieden Marx und Engels den Schnaps angesichts ihres Wissens um die depravierenden Wirkungen des gebrannten Alkohols auf die Lohnarbeiter, so galt dem Bier (und allgemeiner: den gebrauchswertorientierten, guten vergorenen Alkoholika) eine Sympathie, die sich wohl auf das von ihm abverlangte Kneipen an öffentlicher Stätte wie auf seine kommunikativ angelegte Erkenntnisdynamik stützte. Stets ward auf Sonntagsausflügen „in einfachen Schenken haltgemacht, um Ingwerbier zu trinken“, nach Sitzungen der Internationalen suchte man „ein anständiges Gasthaus (auf), um (...) dort bei einem Glase Bier ungezwungen“ die Gesprächskunst voranzubringen, ja, die Internationale mit ihrem theoretischen Doppelzentrum Manchester-London war ohne den Gesprächsmotor Alkohol, ohne seine solide Begeisterungs- und Kräftigungswirkung praktisch nicht handlungsfähig, geschweige denn überhaupt zu denken. So gemächlich, wie mancher rückblickend das Alkoholische in den Begegnungen mit Marx und Engels darstellt, ging es aber doch alles in allem eher seltener zu. Engels, der sich in seiner Wuppertaler Jugend qua regelrechter Raubzüge durch Ratskeller („man sitzt so schön zwischen den Fässern“ (MEW EB 2, 463)) und Bierkirchen (MEW EB 2, 487), die Einrichtung eines „komplette(n) Bierlager(s), unterm Tisch, hinterm Ofen, hinter dem Schrank, überall stehen Bierflaschen (...), die Gläser stehn den ganzen Tag auf dem Tisch und eine Flasche daneben“ (MEW EB 2, 450f.) einen Namen als alkoholisierter Politrabauke und – so in einer poetischen Selbstbezeugung – „privilegierter Zecher“ (MEW EB 2, 433) gemacht hatte, lud in späteren Jahren schon mal die Frauen aus, weil es sich so besser zechen ließ. Gerade auch in den heimischen vier Wänden fanden wechselseitig Umtrünke solch schweren Ausmaßes statt, daß von einem genußorientierten, zugleich aber auf die öffentlichen Aufgaben vorbereitenden und dieselben antizipierenden Saufen die Rede sein muß. Es waren nicht die Schlechtesten, die sich da dem Trunk hingaben. Ganze Nächte sind in Dünsten und Qualm verbracht worden, freilich konsequent immer vor dem Hintergrund brieflich ausgefeilter Informationspolitik, die das Zusammentreffen vorbereiten und gegebenenfalls ersetzen muß. Da teilt Engels auf die besorgte Nachfrage nach dem ausbleibenden Brief mit, „daß ich Dir mit meinem Brief zugleich die Absendung des Weines anzeigen wollte. (...) Du bekommst sehr guten 1863er Claret und 1857er Rheinwein; Moselwein habe ich nur noch ein paar Flaschen, und die sind in der Mornington Street, wo ich sie nicht packen lassen kann.“ (MEW 32, 27) Prompt antwortet der Londoner Haushalt:

Bei meiner Rückkehr aus der Stadt war ich heute angenehm überrascht, die auf mich wartende Kiste vorzufinden, die Du mir freundlicherweise gesandt hast. Der arme Mohr (Marx, d. Verf.), dessen bin ich sicher, brannte während meiner Abwesenheit vor Verlangen, an ihren Inhalt heranzukommen, hatte aber, Stoiker, der er ist, die Versuchung überwunden – ich fand die Kiste ungeöffnet vor. Wir holten sofort alle nötigen Werkzeuge hervor, machten uns an die Arbeit, die Nägel zu entfernen, hoben die Deckel ab, [und Lenchen vollzog die aufregende Zeremonie (ihre übliche Aufgabe), die Flaschen herauszunehmen. Während sie eine Flasche nach der anderen herausholte, erinnerte sie mich an den Mann auf dem Jahrmarkt, der yardweise Papier aus seinem Mund zieht.] Ich habe noch nie so viele Flaschen aus einer so kleinen Kiste herausquellen sehen. Wie sie jemals hineingegangen sind, ist für mich ein Rätsel. Nachdem wir gebührend ihr Äußeres bewundert hatten, machten wir uns daran, ihr Inneres zu prüfen, und [Du wirst schockiert sein zu erfahren – ich weiß, Du läßt Deine Weine immer erst eine Weile ruhen, nachdem sie durch eine Reise geschüttelt worden sind -,] leerten sofort eine Flasche Mosel- und eine Flasche Rheinwein. Beide Weine sind vortrefflich. Heute abend werden wir eine zweite Probe davon nehmen. Ich wünschte nur, wir könnten Dich, Frau Burns und unsere kleine Nationalistin zu diesem Anlaß bei uns haben. Da dies jedoch

Dr. F. Simon, Frida Simon (geb.Bebel), Klara Zetkin, Engels, Julie Bebel, August Bebel, Bernsteins Stiefsohn Ernst, R. Bernstein, E. Bernstein
Zürich, August 1893

nicht sein kann, werden wir jedenfalls auf Eure Gesundheit anstoßen. Ein famoser Vorwand für eine Zecherei – nicht wahr?“

In solcher Magie entwickeln sich die Verkehrsverhältnisse nicht notwendig auf der Basis des als gerecht fingierten Tausches, sondern sie gestalten sich nach Maßgabe der Freundschaft. Allein, die Qualität muß stimmen. „Als Entschädigung für Deinen sehr guten Rheinwein sende ich Dir ein paar Flaschen schlechtes Lagerbier, die wir zu Mohrs Freude in einem Geschäft am Leicester Square entdeckt haben.“ Die Lage verschärft sich auch dann nicht, als Marxens Bronchialgebrechen und andere Leiden zunehmend Engels' Besorgnis wecken. Klagt Marx wiederholt über „die Scheiße“, so weiß sein medizinisch gebildeter Kompagnion – der von Zeit zu Zeit Alkohol zudem zur betont äußeren Anwendung bringt – doch auch Rat, der die erfolgsgarantierende Kur auf Phasen der Produktionsblockade und nachlassender revolutionärer Energie auszudehnen versteht:

Ich hoffe, Dein Husten legt sich wieder, und endlich wirst Du doch auch wohl besseres Wetter bekommen. (...) Im Waadtland gibt es einen vortrefflichen Wein, Ivorne, der, namentlich alt, sehr zu empfehlen. Dann trinkt man roten Neuchateller, Cortaillod, der etwas schäumt, der Schaum bildet einen Stern mitten im Glase; auch recht gut. Endlich Veltiner (Valtellina), der beste Wein in der Schweiz. Daneben war zu meiner Zeit der petit Bourgogne und Macon und Beaujolais recht gut und nicht teuer. Trink recht tapfer von allen diesen Sorten und bedenke, wenn Dich das Herumvagieren auf die Dauer langweilt, daß es doch die einzige Manier ist, Dir die alte Schneid wiederzugeben. (Briefwechsel, 663)

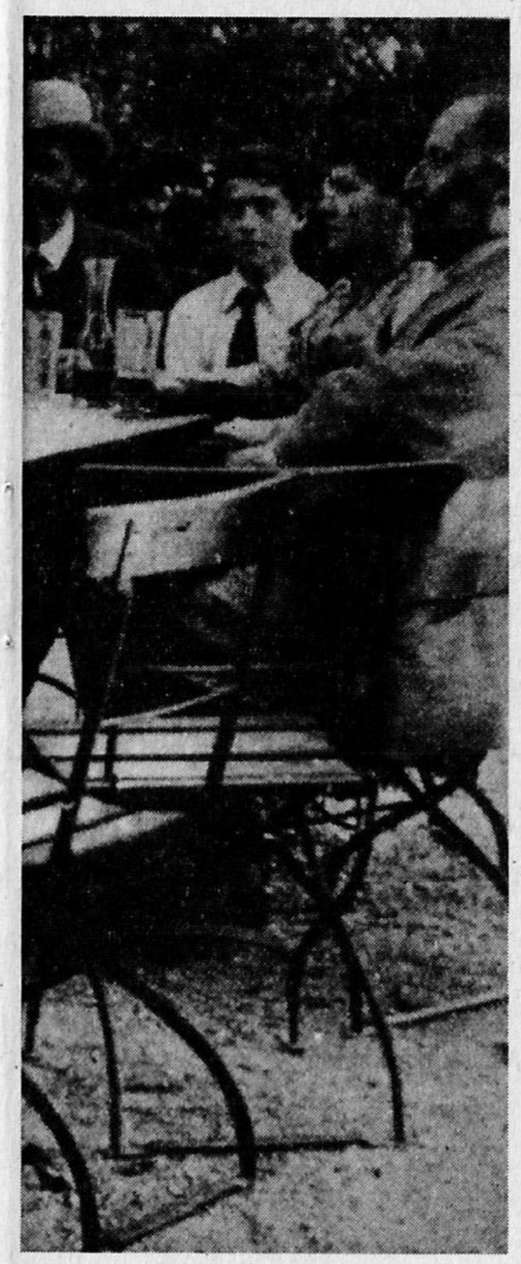
Obgleich Engels mitunter „sehr nachhaltige(n) Wein“ tadelt, dessen Genuß „einem de(n) Hals vier Wochen lang wund“ (MEW EB 2, 504) mache, scheint sich in der Korrespondenz zwischen Marx und Engels mit gewachsenem Erfahrungsreichtum alles in allem der Hang zur gepflegten Huldigung an Bacchus zu etablieren. Doch der Schein trügt. Zwar lesen wir nicht nachlassende Dankesbriefe aus dem Hause Marx für jene Sendungen, die die familiäre Geselligkeit fördern, werden wir desgleichen in Kenntnis gesetzt, daß der „Portwein“ „Großes an mir (Marx, d. Verf.) geleistet“ habe (MEW 30, 378), doch immerzu erweitert sich das Sortiment ebensosehr auf substantiell nicht minder gewichtige Gerstensäfte. „Außer dem Wein hatte ich täglich (bis zur Stunde) 1 1/2 Quart vom stärksten Londoner Stout zu saufen. Es schien mir ein gutes Thema für eine Novelle.“ (Ebenda)

Engels, selbst nicht dumm, triumphiert im Gegenzug darob, wie er mehrfach mit einem Herrn Köppen „durchkneipte, (...) eine Wohltat für mich.“ (MEW 30, 166) Von Tussy heißt es, er sei ausgegangen, „das unvermeidliche Pilsener mit ihr zu trinken.“ (Briefwechsel, 601) Und „an dem Tag, wo das Manuskript (der erste Band des „Kapitals“, d. Verf.) abgeht, bekneip' ich mich ohne alle Gnade, es sei denn, daß Du den folgenden Tag herkommst und wir das zusammen abmachen können.“ (MEW 31, 137) Weilte dergestalt alle Freundschaft in der Symbiose von Alkohol und Produktion, so ist das Politikum, das sich recht weit hinter private Genuß- und Heilkuren verzogen zu haben schien, nach Marxens Tod für Engels keineswegs vom Tisch. Er säuft weiter, ahnt wohl auch bereits, welch verheerende Debatte in der II. Internationale über die Einnahme geistiger Getränke hereinbrechen sollte. Davon unangefochten, hält er sich während seiner Reisen wacker mit der Biertesterei auf. Noch zu Marxens Lebzeiten preist er den steten Einfluß, den das Bier ab und an sogar morgens in ihn nehme, um zugleich die preußische Unart, schon in den Frühstunden zu bechern, strikt von sich zu weisen.

Die „uner*schöpfliche* Streit- und Parteifrage über die respektiven Vorzüge des alten Pilsener, des bürgerlichen und des Aktienbieres“ (MEW 34, 6f.) konnte verlachen, wer längst jene Praxis eingeübt hatte, die sich späterhin in der deutschen Fraktion der Sozialdemokratie unter maßgeblichem Einfluß Kautskys gegenüber den Schweizern und Österreichern durchsetzen konnte. Regelmäßigen, zeitweilig ungebändigten Biergenuß bezeugt Engels Korrespondenz mit Kautsky, auch dann, wenn Kränkeleien das Bölken nicht angeraten sein lassen. „teetotallismus“ (MEW 37, 261) schimpft er die dikatatorische Kurpfuscherei der Ärzteschaft, bitter empfände er es, „wenn ich auf meine alten Tage teetotaller werden müßte.“ (MEW 37, 355)

Trotz zeitweilig erzwungener Einsicht, daß er „4 Wochen absolute Ruhe und Enthaltsamkeit von Bier und Wein haben“ (MEW 38, 421) müsse, weil die Zecherei doch mit „größter Freiheit“ vollzogen wurde, „wodurch meine Augen wieder etwas angegriffen (unter Beihilfe von Kneiperei)“ (MEW 38, 241) und er daher „das Kneipen noch immer nicht wieder richtig vertragen kann“ (MEW 38, 539), ist doch stringenter Zweifel angebracht gegenüber „'Badekuren', wo auch nicht das Mineralwasser meist das Beste tut.“ (MEW 38, 554) Runderneuerungsmaßnahmen dieser Art werden zur rechten Zeit durch ordentliche, oft bis in die zweite Runde verlängerte Frühschoppen mit Louise Kautsky unterbrochen, ja negiert. Fantastischen Höhepunkten strebt das Gebecher auf dem Legende gewordenen Geburtstagsfest des mittlerweile Dreiundsiebzigjährigen zu. „Mir geht's (...) wohl, (...) wir (...) haben alle der Bowle kräftig zugesprochen“ (MEW 38, 527), geht die Meldung wenige Tage danach, Ende 1892, an Paul Stumpf heraus, zweifelsohne ein glaubwürdiger Hinweis, der sich im Brief an Julie Bebel bestätigen soll. „Louise meinte, da ich doch einmal dabei etwas kneipen müsse, so sei ein Tag genug und zwei zuviel“, verkündet Engels da zunächst; doch weit gefehlt:

Wir hatten noch einen kleinen Vorrat von getrocknetem Waldmeister, und da haben Louise und ich mit Hülfe von Moselwein, Rotwein und Champagner eine Maibowle zurechtgebraut, wie sie besser um diese neblige Jahreszeit nicht gebraut und schwerlich gedacht werden kann. Da allerseits eine gute Grundlage mit kalter Küche gelegt war, wurde selbiger Bowle auch recht tapfer zugesprochen, nicht am mindesten von Ihrem ergebnen Diener, dem Referenten, und ganz unter uns gesagt, hatten einige Herren und auch – ich hätte bald was gesagt, aber ich schweige noch rechtzeitig – einen recht gelungenen Spitz. (...) (...) Und so konnte ich mich mit dem beruhigenden Bewußtsein schlafen legen, daß ich in würdiger Weise in mein 73stes Jahr hineingeraten war. Hoffentlich erlaubt mir meine Geseundheit aber, es im nächsten Jahr noch besser zu machen. Dann fällt mein Geburtstag auf einen Diens-



tag, und da können wir wieder am Sonntag anfangen, ich möchte dann aber auch gleich durchkneipen bis Dienstag abend. (MEW 38, 522f.) Nein, es wundert Engels mitunter schon, „daß ich das Zeug so gut vetrug“ (MEW 38, 426), doch „Mäßigkeit und Mäßigung“ (Ebenda) sind die letzten Maßnahmen, die nicht in Anführungszeichen stehen sollen. Wohl beförderte er sein letztlich doch unvermeidliches Ableben dadurch, „allerdings in diesem letzten Jahr mehr Alkohol durch mein Inneres (...) passieren (ge)lassen (zu haben) als sonst in drei“ (MEW 38, 425). Entschiedener aber kümmert er sich um die Herausgabe des dritten Bandes des „Kapitals“, weil: „an dem Tage, an dem ich ihn beende, wird einiger Alkohol konsumiert werden“ (MEW 38, 506). So zu Kautsky auf Tuchfühlung gegangen, zeigt Engels dem alles andere als enthaltsamen Herausgeber der „Neuen Zeit“ mit Regelmäßigkeit die gemeinsame Frühschoppentätigkeit an und nutzt desgleichen jede Gelegenheit, den materialistischen Witz auf das Gemurkse der Ärzte zu lenken. Mutmaßungen über seine Erkrankung gleicht Engels daher wie folgt aus: „Nun, wir haben auf den hochgradigen Kräfteverfall und das stündlich erwartete Ableben diverse Flaschen geleert.“ (MEW 39, 55)

Bernstein wiederum, auch kein Unerfahrener im Umgang mit Engels und den von ihm verkörperten Tugenden, bekommt die Rechnung für seinen Aufenthalt in der Schweiz, den er für ausgiebige Heuernten nutzt, präsentiert. Er möge fortfahren mit solcher sinnlosen Plackerei in der Sonnenglut, wenn es denn um eine „Antifettkur“ gehe, aber den „spiritus (nimm) in Gestalt vini aut cerevisiae zu Dir, mehr als in der von abstrakten Spirituosen, sonst hast Du doch keine richtige Sommerfrische.“ (MEW 38, 400)

Gestalt gewinnt der Engelsche Materialismus – abseits aller Sozialfunktionen – in seinen ontologisch-praxeologischen Schichten dort, wo noch die letzte, knapp vor Ablauf der Lebenszeit verfaßte Zeile analog zur Beweisführung des Puddingessers verfährt, der im Verzehr die Existenz der Süßware unter Beweis stellt. Wenige Tage vor seinem Tod erreicht Laura Lafargue die Nachricht, er trinke nun „einen Humpen lait de poule, dem ein Schuß cognac vieux zugesetzt ist.“ (MEW 39, 500) Es ist dies das letzte große Exempel einer beispiellos bewußten Trinktätigkeit, die dem eigenen Ende gelassen entgegensieht, ohne jemals die (alkoholpolitischen) Konsequenzen einer alkoholisch voll ausgestatteten Biographie verschleiert zu haben. Daß gerade das Bier von herausragender Bedeutung sein sollte, ist weder durch den Hinweis auf den testamentarischen Rat an die Vollstrecker – „so trinkt einen guten Wein dazu, solches tut zu meinem Gedächtnis“ -, noch durch übermäßige Gewichtung der Weinlieferungskorrespondenz innerhalb des Briefoeuvres zu entkräften. Gerstensäfte, an öffentlicher Stätte meist in der gewünschten Qualität zugänglich, ermöglichen jenen Rausch, der wahrlich ein sozialistischer gerufen sein will: „draußen klarte es etwas auf; Nim schlief mit Pumps, Schorlemmer und ich in dem Reservebett, Percy im Kinderzimmer (...), und um 12 oder 1 standen wir wieder auf, um zum Pilsener usw. zurückzukehren.“ (MEW 37, 127)

Noch in Zeiten vermehrten finanziellen und gesundheitlichen Ungemachs gibt das Trinken seine universelle Partikularität dann zu erkennen, wenn der Intellektuelle – wohl wissend um die Grenzen, die Herrschaft um die Gemächer des Genusses zieht – den im eigenen Lager konkurrierenden Nüchternheitsapostel mit unverkennbarem Spott angeht: „Enthaltung vom Alkohol (...) (ist) Bedingung der Kur (...) trink ein Glas auf meine Besserung. Da ich jetzt an seiner Statt Enthaltung treibe, wird sich Dr. Simon wohl auch einen Schluck einmal erlauben dürfen.“ (MEW 38, 419f.). Bezeichnet ist mit einer vom kräftigen Trinken in den eigenen Kreisen produzierten und gegen die Mäßigkeits- und Abstinenzlerbewegungen innerhalb der Sozialdemokratie sorgsam gepflegte Geselligkeit im günstigsten Falle die theoretische Konsequenz, mit der sich der Gedanke zur sozialgeschichtlichen Wirklichkeit verhält. Im Ensemble der gesellschaftlichen Zwänge hinterläßt die Praxis des unausgesetzten Trinkens Spuren einer Dialektik, die einmal vom Privaten in die konkrete Allgemeinheit zu wenden wäre. Polemisch mißt sich an dieser Konstellation zwischen trinkender Evidenz und theoretischer Transzendierung der strategisch-politische Gehalt einer Kontroverse um den Alkohol, die in die Praktiken kompensatorischer, organisatorischer, der Notdurft geschuldeter und solidarischer Rauschzustände und -sitten eingreift. Die marxistische Theoriebildung hat das Trinken als Gedankenkonkretum zu begreifen, die Kneipe als Markierung einer immer blasser werdenden Utopie. „Morgens ewiges Pilsener – das kann nicht ewig dauern.“ (MEW 35, 32). ●

Auszug aus dem Beitrag „Bierarbeiterklasse?“ (Jürgen Roth / Thomas Roth), der im Oktober in dem Band „Rausch und Künste – Schleifkannen am Himmel“ (konkursbuch Verlag) erscheinen wird. Beiträge u.a. von Thomas Gsella, Heribert Lenz, Gerhard Henschel, Heinz Steinert, Gisbert Haefs, Christian Schmidt, Achim Greser, Jan Knopf, Karl Riha, Susanne Fischer, Eugen Egner

Genista-Verlag
Tübingen

Jürgen Roth

Der Fußball und die Literatur virtuos vereint. Mit Vorwort und Gastbeitrag von Thomas Gsella; illustriert von Heribert Lenz. 110 Seiten. 15,- DM. ISBN 3-930171-04-X

Der Ball ist eine Totalität

G

Biographie und Fiktion überschneiden sich zum harmonischen Ganzen. Mit vielen Photos. 170 Seiten. ISBN 3-930171-03-1. 19,80 DM

Bestellungen beim Buchhandel oder dem Genista-Verlag, Fichtenweg 3/701, 72076 Tübingen

JOACHIM BRUHN

Völkischer Geist, von Stalin geschweißt

Georg Fülberth und seine Genossen

Lassen wir in dieser Zeit tiefster Finsternis der kommunistischen Weltbewegung für uns das Licht leuchten, das erstrahlt aus der unvergänglichen revolutionären Praxis und dem theoretischen Werk des Genossen Josef Wissarionowitsch Stalin, dessen 110. Geburtstag zu gedenken wir heute zusammengekommen sind. Konkreten Sinn aber hat dieses Zusammenkommen nur, wenn es ein Schritt ist auf dem Weg, von dem es im Lied heißt: '... und so wächst aus Leninschem Geist / von Stalin geschweißt / die Partei, die Partei, die Partei'": So würde Georg Fülberth, der so schön differenziert über die Finessen des Klassenkampfes schreiben kann, den Großen Proletarischen Schweißer selbstverständlich nie und nimmer lobhudeln, denn als wissenschaftlicher Sozialist wie praktizierender Politikwissenschaftler ist er gleich doppelt zur Erziehung jener unseligen Vereinfacher verpflichtet, die seinen „Spätsozialismus" einfach Stalinismus nennen. Aber er hat gute Genossen, die mit Vergnügen erklären, was Georg Fülberth eigentlich sagen will, wenn er sich „einen der größten Patrioten" nennt, „den die DDR im Westen jemals hatte", Genossen, die sich überhaupt nicht schämen, die Absichten zu erläutern, die Fülberths Partei, die DKP, tatsächlich hatte, als sie hinter der roten Fahne schon die schwarzrotgoldene durchblicken ließ.

Einer dieser Genossen heißt Rolf Vellay, und der singt, wie schon kurz gehört, den Schweißer leidenschaftlich gerne an, lebt in Datteln (Ruhr), hat Klassenverrat begangen und ist 1953 der KPD beigetreten, obwohl er doch, was er niemals zu erwähnen vergißt, 1927 „als Sohn einer Offiziers- und Grundbesitzerfamilie in Schlesien" tatsächlich hochwohlgeboren wurde und das gar nicht nötig gehabt hätte. Er tat's aus tieferer Einsicht in den geheimen Heilsplan der Weltgeschichte. Das Rentnerdasein vertreibt er sich mit Agitprop und hält am liebsten Vorträge darüber, daß die „Anti-Stalin-Hetze" nichts sei als „Greuelpropaganda". Sein Lourd ist das Moskau der Stalin-Zeit, und als FDJler hat er 1957 gerade noch „das Glück gehabt", die Mumie des proletarischen Pharao selbst in Augenschein nehmen zu können. Es muß dies eine derart überwältigende Erweckung gewesen sein, daß kein aufrichtiger Nationalist, dem es ernst ist mit den Interessen des deutschen Volkes, der ungeheuren marxistisch-leninistischen Agitation hätte widerstehen können, die die Führermumie noch immer abstrahlte. Und das ihm, dem hochwohlgeborenen Junker, der doch, wie er ebenfalls nie zu sagen unterläßt, „mit 17 Jahren noch 1944 freiwillig Soldat" wurde!

Heute bedauert es Prof. Fülberth sehr, dem Genossen Vellay nicht schon sehr viel früher begegnet zu sein, aber es ist eben so, daß „erst in der Katastrophe diejenigen hervortreten, die Brecht als für die kommunistische Sache unentbehrlich bezeichnet hat", und daß, wie er ebenfalls im Januar 1993 aus Marburg nach Datteln schrieb, erst jetzt „die menschlichen und politischen Qualitäten von Zeitgenossen sichtbar werden, die vielen anderen in besseren Zeiten schon durch ihren Klarblick und ihre Konsequenz voraus waren". Denn dort in Datteln fand gerade eine Konferenz über Fülberths Lieblingsthema „War die DDR sozialistisch?" statt, die sich Rolf Vellay zum 65. Geburtstag spendiert hatte, aber Fülberth war leider verhindert, und so mußten sich Willi Gens (DKP), Klaus Arnecke (MLPD), Heinz Jung (PDS), Egon Schansker (KPD/ML-Westberlin) und Mi-chael Brücher vom „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" unter der Aufsicht von Hans Heinz Holz ganz alleine über das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen" verbreiten, während Heinz Schmidt (PDS) und Genossen gegen „Mord und sexuelle Verkommenheit" sich aussprachen und mutig gegen eine westliche „Konsumorientierung" polemisierten, die den „Werten des Sozialismus" nur deshalb das Wasser abgraben konnten, weil im Kreml schon lange kein Licht mehr brannte. (Alles weitere läßt sich in der Dokumentation nachlesen, die Vellay, Postfach 101948, 45619 Recklinghausen, vertreibt. Gegen eine Schutzgebühr von nur DM 2,- ist auch seine Geburtstagsandacht „Zurück zu Stalin" erhältlich, und zwar mit einer Replik vom „Arbeiterbund" unter dem Titel: „Vorwärts mit Mao-tse-tung, der Stalins Lebenswerk verteidigt, kritisiert und weiterentwickelt hat!").

Fülberths Genosse Vellay scheint überhaupt und nach allem, was man von ihm lesen darf, der typische Fall eines altgewordenen Jungdeutschen zu sein, dessen vom GröFaZ verratene Liebe zu Volk und Vaterland nur der „Führer des Weltproletariats" zu befriedigen vermochte. Daß das deutsche Volk bestehen bleibt, während die Hitler ständig gehen und wiederkommen, wie der Schweißer prophezeite, war den Genossen noch nie Anlaß zur Trauer. „Stalin ist nicht gescheitert", denn dieser prachtvolle Georgier, so bemerkte Vellay im Dezember 1989 in Ostberlin auf einer Veranstaltung der KPD/ML („Roter Morgen") aus Anlaß seines 110. Geburtstages zutreffend, hatte seine Heimat schon als Fünfzehnjähriger geliebt, und deshalb kam im Priesterseminar von Tiflis „neben seiner ausgeprägten Intelligenz auch die gefühlsmäßige Seite seiner Persönlichkeitsentwicklung nicht zu kurz: aus dieser Zeit sind Gedichte bekannt, in denen er die Schönheit seiner Heimat und das Heldentum des um seine Freiheit kämpfenden georgischen Volkes besingt. Das seinem Alter angemessene Ringen um die Gewinnung eigener Persönlichkeit identifizierte er mit dem Freiheits- und Unabhängigkeitsdrang seines Volkes so sehr, daß er sich den Beinamen 'Koba' gab, was bedeutet: der Unbeugsame!" Im weiteren wird ausgiebig Stalin zitiert, zum Beispiel dessen tiefsinniges Diktum: „Der Frieden kann erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Sache der Erhaltung des Friedens in die eigenen Hände nehmen". Aber die Festigung, die ist und bleibt die Sache der Partei! Und vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ist im weiteren überhaupt viel linksnationalistisches Gewese – kein Wunder, hält Vellay doch den „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)" bis heute für ein Werk von „unvergänglicher Meisterschaft", das, so Seite 446 in der Ausgabe von 1938, in extenso zeigt, wie der „Täuschung des Volkes" beizukommen ist. Mit der Begeisterungsfähigkeit eines Hitlerjungen besingt er „die hohe Moral der einfachen Menschen", die Stalin mehr liebten als das eigene Leben und sich fürs Vaterland der Werktätigen opferten. Was Vellay letztlich an Hitler zu kritisieren hat, scheint eigentlich dessen Unfähigkeit zu sein, die Schlacht um Berlin als einen Krieg des ganzen Volkes, d.h. als leveé en masse und nach dem Vorbild der Verteidigung Leningrads zu organisieren: „Seht ihr, solch geradezu übermenschliches Verhalten, solche Selbstüberwindung und Disziplin – das war die Moral der Menschen in der Stalin-Zeit!"

Damit wird so recht deutlich, was das Mannheimer Programm der DKP von 1978 eigentlich meinte, als es „die Verwirklichung der Volkssouveränität" forderte, und was Georg Fülberth heute noch vertritt, wenn er in seiner Schrift „Eröffnungsbilanz des gesamtdeutschen Kapitalismus" von 1993 am „Spätsozialismus" bemäkelt, dieser habe sich spätestens seit 1968 „nur noch formal aus der Volkssouveränität hergeleitet." ●

Joachim Bruhn ist Mitarbeiter der Initiative Sozialistisches Forum und dem ça ira-Verlag.

„Was also ist Philosophie? Sie ist der Diskurs der theoretischen Ohnmacht über die wahre Arbeit, die die andern tun (...).“
L. Althusser

„Es gibt keine intellektuelle Tat, die nicht letztlich nutzlos wäre.“
J.L. Borges

URS HAFNER

Die Dezentrierung des Marxismus

Im Gegensatz zu anderen französischen Philosophen seiner Zeit (vor allem Foucault und Barthes, aber auch Derrida und Lacan) ist sein schmales Werk nahezu vergessen; wenn von ihm die Rede ist, dann nur in bezug auf sein Schicksal: Louis Althusser. Seine Arbeiten stehen aber in ihrer Originalität und Bedeutung denjenigen seiner Zeitgenossen keinesfalls nach und bilden einen einzigartigen Beitrag zur marxistischen Theorie.

Nachdem die deutsche Übersetzung seiner Autobiographie („Die Zukunft hat Zeit“) Ende letzten Jahres erschienen ist, scheint es um den marxistischen Philosophen und das KPF-Mitglied Louis Althusser (1918 – 1990) endgültig still geworden zu sein. Während er ab Mitte der 60er Jahre für ein gutes Jahrzehnt im Mittelpunkt der Pariser intellektuellen Szene stand – wie Foucault und Lacan getragen von der heftigen Woge des Strukturalismus – und zum Guru eines sophistischen Marxismus avancierte, wurde er im deutschsprachigen Raum zeitweilig in der staatstheoretischen Debatte sowie im Umkreis der Zeitschrift ‘die alternative’ umfassend rezipiert. Mit dem Aufkommen der antimarxistischen „Philosophien des Begehrens“ ab Anfang der 70er Jahre verschwand Althusser in Paris allmählich von der intellektuell-politischen Bildfläche. Als er 1980 seine langjährige Lebensgefährtin Hélène Rytman in einer psychotischen Krise erwürgte, sorgte dies ein letztes Mal, vor seinem Tod und der Veröffentlichung seiner Autobiographie, für Aufsehen.

Teilweise für Frankreich, sicher aber für den deutschsprachigen Raum gilt heute, daß sich das Interesse, wenn überhaupt, auf Althussers (Innen-)Leben richtet – auf den tragischen, dramatischen Fall Althusser-Rytman-KPF. Sein Werk, ein einmaliger Beitrag zur marxistischen Theorie, droht in Vergessenheit zu geraten. Während Foucault fleißig übersetzt wird, sogar den Einzug in die Suhrkamp-Taschenbuchreihe „st“ geschafft hat, sind Althussers Hauptwerke „Für Marx“ und „Das Kapital lesen“ längst aus den Verlagsprogrammen von Suhrkamp und Rowohlt gekippt worden; das Projekt des Argument-Verlages, eine (vorerst) auf acht Bände

Sigrid Jacobeit/Wolfgang Jacobeit

Illustrierte Alltags- und Sozialgeschichte Deutschlands 1900–1945

1994 - ca. 600 S. - ca. DM 98,00
OS 764 - SFR 100,00
ISBN 3-929586-38-X

Helmut Bock/Renate Plöse (Hrsg.)

Aufbruch in die Bürgerwelt Lebensbilder aus Vormärz und Biedermeier

Reihe Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft Band 9
gebunden - 1994 - ca. 500 S.
ca. DM 68,00 - OS 531 - SFR 69,80
ISBN 3-929586-37-1

Berliner Geschichtswerkstatt

Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte

1994 - 355 S. - DM 48,00
OS 375 - SFR 49,40
ISBN 3-924550-95-6

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT
Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
Tel. 0251/6086080

angelegte Schriften-Reihe herauszugeben, scheint nach zwei Bänden 1987 aufgegeben worden zu sein. So ist heute die paradoxe Situation eingetreten, daß Althussers Arbeiten, die einiges von ihrer damaligen Attraktion ihrem strengen theoretischen Antihumanismus verdankten („An den Menschen etwas *erkennen* kann man nur unter der absoluten Bedingung, daß der philosophische (theoretische) Mythos des Menschen zu Asche reduziert wird"), höchstens Erwähnung finden im Zusammenhang mit dem Interesse an seiner Person. Mit seiner Vorliebe für Paradoxien hätte Althusser auch für diesen Umstand eine (paradoxe) Erklärung gefunden. Etwas voreilig könnte man in diesem Fall von Ironie der Geschichte sprechen – wenn man – nach Althusser selbst – noch im vertrauten Sinne von Geschichte sprechen könnte.

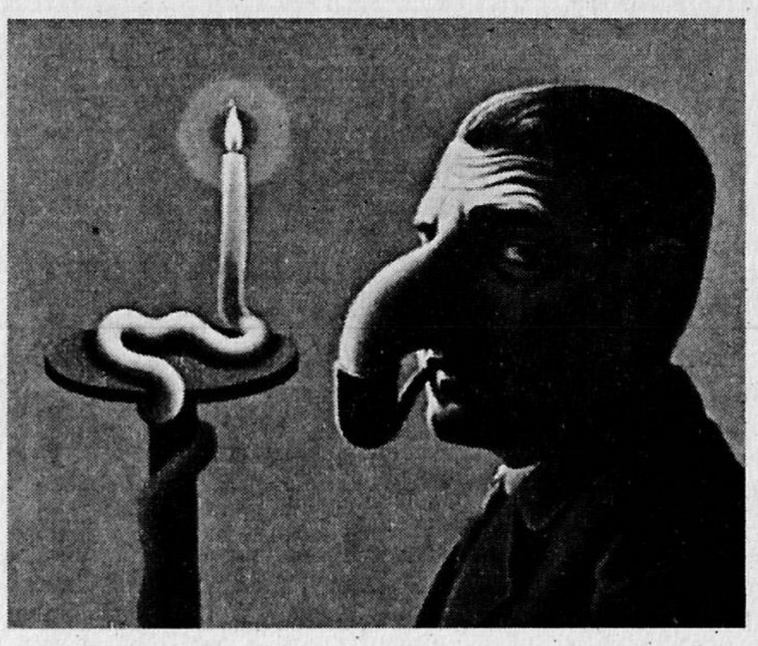
Althusser richtete seine Angriffe gegen zwei Stränge des Marxismus: verhüllt gegen die ökonomistische Orthodoxie der Partei, offen gegen den diese kritisierenden existentiell-humanistischen Marxismus Sartres, der sich auf Marx-Frühschriften stützte. Beide Richtungen betrachtete er als Varianten der Tradition der abendländischen Philosophie, welche die Erkenntnis als eine Widerspiegelung auffasse (eine fürwahr provokante These – in seiner Autobiographie bezeichnet er sich als philosophischen Hochstapler) und folglich die Dichotomie einer materiellen, stofflichen Praxis einerseits und einer imaginären, rein gedanklichen Theorie andererseits aufstelle. Diese Dichotomie habe der bisherige Marxismus, ohne sie anzuzweifeln, mit dem Konzept der proletarischen Revolution (Verwirklichung der Philosophie) aufzuheben versucht. Demgegenüber funktioniert für Althusser Theorie auf eine praktische Weise: Gemäß einer bestimmten theoretischen Produktionsweise werden Rohstoffe (Vorstellungen, Begriffe, Tatsachen) mittels menschlicher Arbeit und Produktionsmittel (einem System von Kategorien) zu Produkten (Erkenntnissen) verarbeitet. Philosophie und Wissenschaften funktionieren als „theoretische Praxis". Damit sind die sakrosankten Sphären der Philosophie entweiht und diese auf die Füße gestellt, aber nicht als Anhäng-sel einer proletarischen Praxis, sondern als eigenständige, analysierbare Praxisform. Weiter fordert Althusser, die Geschichte der theoretischen Praxis müsse unter dem Aspekt des „Erkenntniseffektes" neu geschrieben werden; es interessiere nicht mehr die alte Frage, ob das, was erkannt wird, wirklich existiere, sondern die Frage, wie der Effekt zustande kommt, der uns davon überzeugt, „daß das , was wir für unseren Pudding halten, auch wirklich ein Pudding ist und nicht eine Elefantenkuh". In dieser neugefaßten Geschichte der theoretischen Praxis weist die Veränderung oder Entstehung einer Wissenschaft dem Subjekt jene neue Stelle zu, die ihm Erkenntnisse zu produzieren gestattet, die nicht organisch aus den vorhergehenden gewachsen, sondern durch einen Bruch von ihnen getrennt sind. Seine Erkenntnischancen sind bedingt durch die begrifflichen Strukturen des theoretischen Feldes, auf dem es denkt. Was Marx auf dem Feld der politischen Ökonomie sah, das konnten die Ökonomen vor ihm (Smith, Ricardo) so nicht sehen, weil ihr wissenschaftliches Feld anders organisiert war und sie darauf andere Plätze einnahmen. Erst der Bruch in einer theoretischen Praxis (Marx brach mit der klassischen Ökonomie) ermöglicht neue Erkenntnisse.

Diese neue Auffassung der Geschichte der theoretischen Praxis sei, so Althussers originelle Behauptung, von Marx begründet worden; nicht in den ideologisch-humanistischen Frühschriften, sondern im wissenschaftlichen „Kapital". Diese erste theoretische Revolution betreffe das, was man Epistemologie oder orthodoxerweise „Dialektischen Materialismus" nenne. Die zweite im „Kapital" verborgene Neugründung habe die Geschichtswissenschaft zum Gegenstand, den sogenannten „Historischen Materialismus": Geschichte sei für Marx die diskontinuierliche Abfolge der einander gegenseitig determinierenden und überdeterminierenden gesellschaftlichen Ebenen Ökonomie, Politik und Ideologie. Diese Ebenen gehörten nicht der einen historischen Zeit an, die unser Alltagsverstand (und die gesamte abendländische Philosophie) dem geschichtlichen Strom zugrundelegten; jede Ebene sei infolge ihrer besonderen Stellung im Strukturganzen auf eine ihr eigene Weise zeitlich strukturiert.

Marx hat also, überwiegend und gezwungenermaßen in der alten Hegelschen Begrifflichkeit, weil er noch nicht über die neue strukturale (Althussersche) verfügte, die Geschichtswissenschaft und die Epistemologie fundamental umgewälzt und damit eine epistemologische Schwelle überschritten – nur merkte es keiner, nicht einmal Marx. Entdecken kann Althusser diesen neuen Marx dank der Strategie der „symptomalen Lektüre", die den neuen, zweiten Text aus den Lücken des vorliegenden, ersten konstruiert, die sieht, was ein Text „nicht sieht, indem er es sieht". Marx selbst war der Begründer auch dieser „symptomalen Lektüre", die er – unbewußt – auf Smith und Ricardo angewandt habe.

Indem Althusser den Text, dessen eigene, ihn konstituierende Ökonomie und Mehrdeutigkeit betont, nimmt er für den Marxismus Einsichten vorweg, deren sich heute die Derridasche Dekonstruktion bedient. In dieser historischen Situation steht der Marxismus (in Althussers Fassung) dem wissenschaftlichen Feld ganz nahe, das ihn schließlich nach Innovationskraft und Bedeutung überlagern wird. Althusser bezeichnet diejenige Lektüre als vorwissenschaftlich, welche geschriebene Sprache als Transparenz der Wahrheit und Wirklichkeit versteht, welche

René Magritte, Die Lampe des Philosophen



glaubt, der Text repräsentiere die Wirklichkeit, in ihm offenbare sich, was draußen existiere. Heute praktizieren (auch marxistische, sofern es die gibt) HistorikerInnen auf dem Feld der Geschichte genau diese Art von Lektüre.

Der „Gesellschaftseffekt" wirft die Frage nach der Geschichte der menschlichen Gesellschaft und deren Funktionieren auf (Historischer Materialismus): „Marx untersucht im 'Kapital' den Mechanismus, der bewirkt, daß das Resultat einer historischen Produktion als Gesellschaft existiert (..) und nicht als Sandhaufen, Ameisenhaufen, Werkzeuglager oder bloße Ansammlung von Menschen." Dieser Mechanismus ist in der Ideologie verankert, die Althusser als eine notwendige, Vergesellschaftung garantierende Ebene konzipiert. Damit ist das Basis/Überbau-Schema des traditionellen Marxismus überwunden, das dem Sekundärphänomen Ideologie, weil es linear von der ökonomischen Basis ableitbar sei, als „falschem Bewußtsein" wenig Bedeutung zumaß. Althusser versucht, Ideologie nicht als etwas in den Sphären des Bewußtseins Existierendes, sondern als etwas wesentlich Materielles zu denken. Die Menschen leben die Ideologie in ihren alltäglichen Handlungen; die vielen Apparate, in denen der Mensch sein Leben verbringt, der gesellschaftliche Apparat Leben, in den der Mensch eingespannt ist, funktionieren primär über die Ideologie. Weder wird sie von den Herrschenden bewußt für Herrschaftszwecke eingesetzt noch drückt sie, wie beim jungen Marx, als entfremdete Vorstellung der Menschen die entfremdete Wirklichkeit aus. Ewig wie das Unbewußte bei Freud, repräsentiert die Ideologie das imaginäre Verhältnis der Menschen zur realen Welt und bildet gerade darum eine eigene Realitätsebene.

Die Ideologie ruft die Individuen in verschiedenen gesellschaftlichen Instutitionen (Althusser nennt sie „ideologische Staatsapparate": Schule, Kirche, Familie, Kunst, Sport etc.) an, und die Individuen geben sich zu erkennen, stellen zwischen sich und der Anrufung eine Beziehung her – so wie der beim Namen Gerufene sich nach der Rufenden umdreht und Antwort gibt. Indem die Ideologie die Individuen anruft, unterwirft sie sie als Subjekte. Der elementare ideologische Effekt besteht darin, daß diese denken, sie seien freie, moralische Subjekte. „Das Individuum wird als (freies) Subjekt angerufen, damit es (...) (freiwillig) seine Unterwerfung akzeptiert (...). Es gibt Subjekte nur durch und für ihre Unterwerfung. Deshalb funktionieren sie 'ganz von alleine'." Unser Alltagsverstand – nur ein ideologischer Effekt. Ideologische Wissenschaften wie „Rational choice" (Ökonomie, Soziologie, Politologie etc. kolonialisierend) oder eine traditionelle Literaturwissenschaft bestätigen unseren Alltagsverstand: Ja, ich mache eine rationale Wahl und ziehe Ware A der Ware B vor; ja, dieses Buch enthält Sinn C, und ich heiße diesen Sinn gut. Letztlich garantieren die Subjekte mit all ihren Alltagshandlungen in den verschiedenen Institutionen die Aufrechterhaltung der Gesellschaft. Über die Ideologie, die sich in ihren Handlungen realisiert, sind sie – hoffnungslos, möchte man sagen – in die Gesetze der Gesellschaft verstrickt.

Althusser versucht, den Marxismus auf die wissenschaftliche Höhe seiner Zeit zu bringen und Marx als einen Theoretiker der Dezentrierung, neben Freud und Nietzsche, zu etablieren. Marx ruhte dann nicht im 19. Jahrhundert wie ein Fisch im Wasser, wie Foucault sagt, sondern wäre der erste Denker, der die Werkzeuge bereitstellte, um im 20. Jahrhundert, gegen eine vereinheitlichende Vorstellung vom sinnhaften und kontinuierlichen Werden der Geschichte (zu der besonders die marxistische Geschichtsphilosophie neigt) und gegen eine subjektivistische Vorstellung vom selbst-bewußten Menschen, wissenschaftlich zu denken. In gewisser Weise versuchte Althusser, den traditionellen Marxismus auf den Kopf zu stellen und den abendländischen Mythos der Geschichte zu zerstören – das zu denken, was sich gegen das Gedachtwerden sträubt. Und das alles innerhalb der KPF: ein wahrlich paradoxes Unterfangen.

Inwiefern dieser Versuch geglückt ist oder nicht, ist schwierig zu beurteilen. Die theoretisch-politische Konjunktur hat sich entscheidend verändert: zum einen hat das marxistische Theorieprojekt an Bedeutung verloren (man kann sich fragen, ob heute noch marxistische Theorie betrieben wird, und wenn ja, in welcher Form), zum anderen werden heute die Totalitätsansprüche sowohl des Strukturalismus als auch des Marxismus stark angezweifelt. Beide gehen davon aus, daß die Wirklichkeit von allgemeinen Ordnungsprinzipien strukturiert wird, welche vom Wissenschaftler erkannt werden können; beide präsentieren sich als die Entdecker großer, im Verborgenen waltender Gesetze; und beide unterstellen somit ein Zentrum, von dem aus gewußt werden kann, daß es kein Zentrum gibt. Althusser verkündet mit lauter Stimme, daß es den Menschen nicht gibt; wer aber inauguriert ihn? Ist es nicht die Autorität des abendländischen Denkens, das ihm dieses Fundament verschafft? Spricht er letztlich vom gleichen Ort aus wie der von ihm bekämpfte traditionelle Marxismus? Könnte es sein, daß sich der Mythos vom Subjekt und der Geschichte hinterrücks seiner bemächtigt hat? Der archimedische Punkt des Wissenschaftlers scheint ein Merkmal der abendländischen, logozentrischen Denktradition zu sein, die heftige Geste der modernen Dezentrierung sich auch einem (zentristischen) Standpunkt zu verdanken.

Ersichtlich wird dies an Althussers Überlegungen zum Text: einerseits dezentriert er den Text indem er die ihn konstituierenden, verborgenen Determinanten sichtbar macht (das theoretische Feld), das Text-Unbewußte bewußt, andererseits aber ist der neue Text-Sinn eindeutig begrenzt durch seine Stellung im theoretischen Feld. Der wahre Sinn des Textes enthüllt sich im neuen, geschlossenen Text-Ganzen, ist ermittel- und damit auch beherrschbar. Wieder stellt sich die Frage: Eruiert nicht auch die traditionelle Interpretation, die expressive Lektüre, wie Althusser sie nennt, einen festen, eindeutigen Sinn? Vielleicht entzieht sich dieser gleitend jedem autoritativen Zugriff.

In den hier aufgearbeiteten Themen steht Althussers Marxismus der zeitgenössischen strukturalistischen und epistemologischen Avantgarde sehr nahe. Zu seinem Werk gehören aber auch an Lenin orientierte Beiträge zum Klassenkampf und verdeckte skeptische Töne (Wissenschaft ist immer ideologisch): Althussers Rhetorik ist gekennzeichnet durch ein – paradoxes – Spannungsverhältnis von dogmatischen, messerscharfen, verstandesakrobatischen Formulierungen einerseits, ironischen, skeptischen, resignativen (besonders im Spätwerk) andererseits. Die Klassenkampf-Losungen lassen nicht selten Zweifel aufkommen an ihrer Zulässigkeit, die hybriden theoretizistischen Formulierungen evozieren zuweilen ein nachsichtiges Lächeln. Um in Zukunft nicht vor der falschen Alternative zu stehen, entweder die antiquierten klassenkämpferischen Elemente seines Denkens von den nach wie vor lebendigen zu trennen, den Skeptizismus gegen das modernistische Wissenschaftspathos auszuspielen – oder es gänzlich verwerfen zu müssen, stünde, als Alternative zur hier praktizierten selektiven, eine symptomale Lektüre Althussers an, eine dekonstruktive. ●

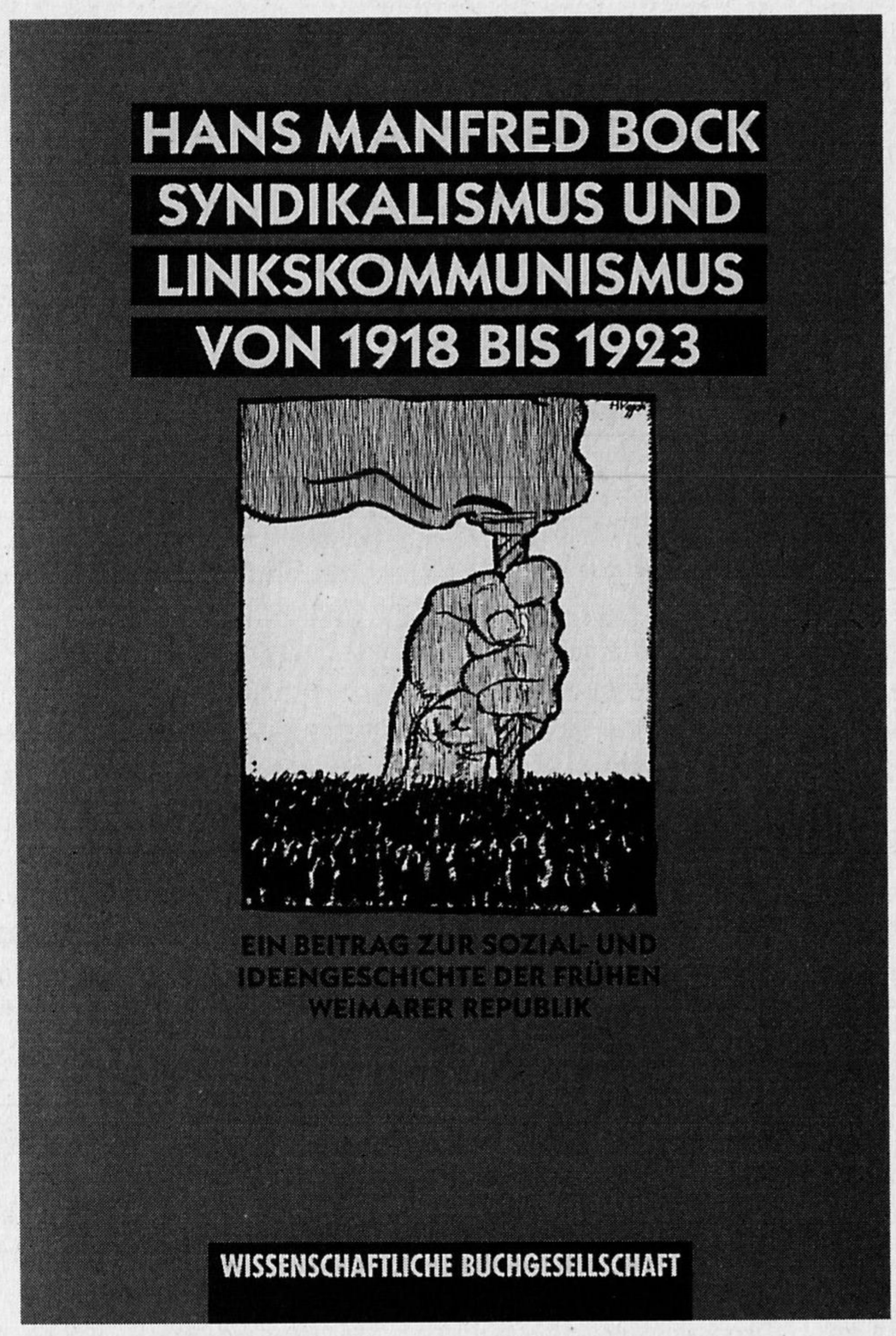
Urs Hafner studiert Neuere Geschichte, Soziologie und Politologie in Münsingen/Schweiz.

Eine kleine Bibliograhie:
***Althusser, Louis**, Für Marx, Frankfurt a.M. 1968, (Paris 1965)*
***Althusser, Louis**, Das Kapital lesen (zusammen mit E. Balibar), 2. Bde, Reinbek bei Hamburg 1972 (Paris 1965,1968)*
***Althusser, Louis**, Ideologie und ideologische Staatsapparate, in: Ders. Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg/Westberlin 1977 (La Pensée 1970)*

JOACHIM BRUHN

Links von der KPD

Neuere Literatur zur Theorie und Geschichte der Arbeiterbewegung



Das offizielle Endergebnis der Novemberrevolution von 1918/19, die epochale Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in SPD und KPD (oder, wie Ernst Nolte zu belieben meinte: in BRD und DDR), wird unter Linken bis heute oft mit der historischen Entscheidung der Alternative „Reform oder Revolution?“ gleichgesetzt – zumindest für die Jahre vor der sogenannten „Bolschewisierung“ der KPD durch das Zentralkomitee Ernst Thälmanns, die eigentlich eine „Stalinisierung“ war, d.h. die Transformation der Partei zu einer Abteilung des sowjetischen Staatsapparates. Allerdings begann die Austreibung des undogmatischen Marxismus, wie Hans Manfred Bock in seinem grundlegenden Geschichtswerk über den „proletarischen Antibolschewismus“ der frühen Weimarer Republik zeigt, schon früher und setzte unmittelbar nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts im Januar 1991 ein. Ihren ersten Höhepunkt erreichte das, was später, unter Thälmann, als Kampf gegen die „Syphilis des Luxemburgismus“ firmierte, mit der Unterwerfung der Partei unter die „21 Bedingungen“ der Kommunistischen Internationale. Nichtsdestotrotz war es dieser Mythos einer revolutionären Alternative zur friedlich-schiedlichen Sozialdemokratie, der 1968 relevante Fraktionen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) dazu verleitete, entweder – wie die Maoisten und Trotzkisten – „die Partei der Arbeiterklasse“ aufzubauen, oder – wie die Liebhaber des „realen Sozialismus“ – der DKP beizutreten. Unter den linksbürgerlichen Studenten brach das proletarische Fieber aus: ein leidenschaftlicher Wettbewerb setzte ein, wer als erster den „unverfälschten“ Leninismus für sich gepachtet haben würde, wer daher die Arbeiterklasse in die Zukunft nasführen dürfte.

Lenins Schrift „Staat und Revolution“ von 1917 wurde zum Neuen Testament der studentischen Revolutionstheorie, und folgerichtig glichen die erbitterten Streitigkeiten, die um das Recht auf Avantgarde entbrannten, eher einem mittelalterlichen scholastischen Disput als einer Debatte unter Materialisten. Diese Jesuiten der Revolution verstanden Lenins Forderung, jede Köchin müsse den „proletarischen Staat“ regieren können, als Beweis dafür, daß erst der Kommunismus die Versprechungen der bürgerlichen Demokratie werde verwirklichen können, vor allem das famose „Selbstbestimmungsrecht des Volkes“. Das jedoch war, wie Bock anhand der frühen rätekommunistischen Kritik an der Sowjetunion im einzelnen erläutert, von Anfang an nichts als ein interessiertes Mißverständnis linksbürgerlicher Akademiker. Denn der Bolschewismus stellte doch nichts anderes dar als, wie Rosa Luxemburg schrieb, „die Diktatur einer Handvoll Politiker“, „d.h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft“. Die russische Revolution war die bürgerliche Revolution der Arbeiter und Bauern, geleitet von einer rebellischen Inteligentsia, die ein staatskapitalistisches Akkumulationsregime zur Rettung der nationalen Souveränität in Szene setzen wollten; ein Programm, das dann unter Lenins Testamentsvollstreckern noch den letzten traurigen Rest emanzipativer Fassadenmalerei einbüßte, die Lenin und Trotzki aus Agitationsgründen noch treiben mußten. Daß „jede Köchin“ sollte regieren können, entpuppte sich als ein Vorwand ihrer polizeistaatlichen Beschlagnahmung. Es ist diese Kritik, die Diethard Behrens Buch „Marxistischer Anti-Leninismus“ im Einzelnen dokumentiert, ein Band, der auch Anton Pannekoeks Schrift „Lenin als Philosoph“ von 1938 enthält und damit den ersten, an Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“ geführten Nachweis des unheilbar bürgerlichen Charakters der leninschen Revolutionsphilosophie.

Nach den Forschungen Hans Manfred Bocks wird man den Beginn der „Bolschewisierung“ und ergo Stalinisierung der KPD bereits auf ihren Heidelberger Parteitag im Herbst 1919 datieren müssen, der mit dem Ausschluß der linken Kommunisten endete. Kaum ein Dreivierteljahr nach dem Gründungsparteitag putschte das Zentralkomitee unter Paul Levi gegen die Mehrheit, um die Mitarbeit in den Gewerkschaften und Parlamenten zum Programm zu erheben – und es brach dabei, im außenpolitischen Interesse der Sowjetunion, mit den ursprünglichen politischen Leitlinien. Hermann Gortner, ein Anhänger der Thesen, die Rosa Luxemburg über die russische Revolution formuliert hatte, verfaßte damals einen „Offenen Brief an den Genossen Lenin“, in dem es heißt: „Was als Rettung Rußlands projektiert wurde, war zugleich der Verderb für die deutsche Revolution“. Lenins Antwort auf Gortner – seine Schrift „Der linke Radikalismus – die Kinderkrankheit des Kommunismus“ – wurde berühmt als Schulungstext und berüchtigt als Verhörleitfaden der politischen Volkspolizei. Damit war die kaum erst

vollzogene Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung schon 1919 sinnlos geworden; und der Konflikt zwischen SPD und KPD repräsentierte nicht mehr die Alternative Reform oder Revolution, sondern die zwischen den proletarischen Parteigängern des deutschen Privat- und denen des sowjetischen Staatskapitals. Die Geschichte der Weimarer Arbeiterbewegung muß daher als Geschichte innersozialdemokratischer Fraktionskämpfe verstanden werden, d.h. als im Prinzip sinn- und hirnloser Hahnenkampf zwischen einer legalistisch parlamentarischen und einer militantistisch-putschistischen Strömung, die sich in wenig mehr unterschieden als in Parteistruktur und Außenpolitik. Der Untergang der Arbeiterparteien und ihre kampflose Kapitulation vor dem Faschismus liegt schon im fatalen Charakter dieser schiefen Spaltung beschlossen.

Die Bolschewisierung der KPD setzte zugleich den Grabstein auf alle politischen Erfahrungen und Lernprozesse, die die linke Opposition seit den Sozialistengesetzen Bismarcks in Sachen Staat, Parlamentarismus und Gewerkschaften hatte durchmachen müssen. Bock zeichnet auch diese Geschichte bis 1923 nach: von der linken Opposition gegen den sächsischen Kleinbürger August Bebel und den ersten Regungen des Widerstandes gegen die gewerkschaftliche Politik des „sozialen Friedens" über die Ausbreitung des Anarchismus und die Massenstreikdebatte von 1905 bis hin zu Burgfrieden, Revolution und Konterrevolution. Während sich die Opposition in der Partei um Rosa Luxemburg, Anton Pannekoek, Johannes Knief und andere sammelte, gruppiert sich die in den Gewerkschaften – die eher anarchistisch und anarchosyndikalistisch waren – in den antizentralistischen proletarischen Basisgruppen der „freien Vereinigung". Beide Fraktionen dieser Opposition durchschauten die Trennung von Politik und Ökonomie als das prominenteste Herrschaftsmittel des Kapitals, eine Trennung, die die sozialdemokratische (und später dann auch die stalinistische) Arbeiterbewegung mit ihrer Abspaltung des politischen Kampfes von der gewerkschaftlichen Interessenvertretung nur bewußtlos verlängerte. Damit lag die Arbeiterbewegung von vornherein unter dem strategischen Niveau des Kapitals; die „Errungenschaften" ihrer Politik waren nur temporärer, bloß taktischer Natur und daher in letzter Instanz wertlos. Mit ihrem Protest der „Einheitsorganisationen", die während des Kapp-Putsches gerade im Ruhrgebiet Massenorganisationen darstellten, repräsentierten die rätekommunistischen und anarchosyndikalistischen Initiativen eben jenes revolutionäre proletarische Potential, das in den Jahren nach 1918 deshalb immun dagegen war, sich von Lenin, Trotzki und Stalin manipulieren zu lassen, weil es schon den Ebert, Scheidemann und Noske widerstehen gelernt hatte. Über die bis heute überaus volkstümliche Idee jedenfalls, das Parlament ließe als „Tribüne des Klassenkampfes" sich benutzen und der Staat als „Hebel zum Sozialismus", konnte man bei FAUD (Freie Arbeiterunion/Syndikalisten) ebenso wie bei der KPD (kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands), die nach dem Levi-Putsch zeitweilig die Mehrheit der Kommunisten organisierte, nur müde lächeln.

Die Lektüre stimmt traurig – zum einen deshalb, weil selbst jetzt noch, fünf Jahre nach der grandiosen Pleite der ostelbischen Herrschaften, immer noch viele Linke ihnen kritisch-solidarische Loblieder in die Grube trällern und sich als Friedhofswärter des Staatskapitalismus gefallen, und zum zweiten, weil Bocks Untersuchung , die 1968 zum ersten Mal erschien und die damals zur kritischen Aneignung der revolutionären Tradition links von der KPD beitragen wollte, eine unwiderruflich ausgeschlagene Chance dokumentiert. Über dieser bitteren Erfahrung scheint Hans Manfred Bock, wie seinem Nachwort von 1993 zu entnehmen ist, vom linken Wissenschaftler zum akademischen Museumswächter geworden zu sein. Denn „der linke Radikalismus", so schreibt er heute, sei nur „der Gegensatz zu jeglicher Form des politischen Opportunismus"; daher neige er dazu, „den lebendigen praktischen Kontakt zur Wirklichkeit zu verlieren" und sich „in der Marginalität einzurichten bzw. oft in Resignation zu enden" (477 f.). Aber wer sich derart – ganz in der Tradition der bürgerlichen, der positivistischen Soziologie Max Webers – an den Widersprüchen von Realität und Utopie sich delektiert, gerade so, als habe es die kritische Theorie Theodor W. Adornos nie gegeben, der hat vielleicht doch schon von Anfang an nur, wenn auch über den Umweg eines, wie der Untertitel des Buches lautet, „Beitrages zur Sozial- und Ideengeschichte der Weimarer Republik", seinen Anteil ergattern wollen an den Prämien und Gratifikationen, die der Staat an seine Ideologieproduzenten verteilt. Und darin rächt sich der tatsächliche gesellschaftliche Auftrag der Protestbewegung von 1968 an ihrem Historiker, der ihr zur materialistischen Selbstreflexion verhelfen wollte: er war selber nicht besser, nur anders. Aber trotzdem – nichts gegen die Museumswärter! ●

SAMMELREZENSION:

***Hans Manfred Bock*, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik. (Aktualisierter und mit einem Nachwort versehener Reprint der ersten Auflage Meisen-heim/Glan 1969), Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1993, 499 Seiten, DM 48.- und:**

***Anton Pannekoek, Paul Mattick* u.a., Marxistischer Anti-Leninismus. Herausgegeben von Diethard Behrens, Freiburg: Ça ira-Verlag 1991, 236 Seiten, DM 25.-**

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt Freiburg

Eine der größten, unabhängigen entwicklungspolitischen Zeitschriften:

★ acht mal im Jahr auf 60 Seiten ...
★ kontinuierliche Länderberichte und Analysen zu Politik, Geschichte, Wirtschaft, Kultur, Rüstung...
★ Debatten zu internationalen und transnationalen Verflechtungen ...
★ Informationen über nationale und internationale Kampagnen, Solidaritätsprojekte, Initiativen ...
★ gemacht von politisch engagierten Gruppen und Einzelpersonen ...

Die aktuellen Schwerpunktthemen:
Nr.196: Rüstungsexportstrategien
Nr.197: 50 Jahre IWF/Weltbank
Nr.198: Bevölkerungspolitik
Nr.199: Drogenpolitik in den Anden
Nr.200: Internationalismus, quo vadis?

Der *'blätter'* Abo-Auftrag

◯ Schickt mir die iz3w-Materialliste
◯ Ich probiere das Einstiegsabonnement mit vier Ausgaben für 20,-DM. Das Einstiegsabo verlängert sich automatisch zum Jahresabo wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.
◯ Ich will das Jahresabonnement: mit acht Ausgaben für 54,-DM.
◯ Als StudentIn abonniere ich die *'blätter'* für 46,-DM/Jahr.

Meine Adresse:
Vorname:

Name:

Straße/
Hausnummer:

Postleitzahl/
Ort:

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von einer Woche widerrufen kann. Zur Fristwahrung gilt der Poststempel oder ein Anruf.

Unterschrift:

An: **blätter des iz3w, Abo-Verwaltung, Postfach 5328, 79020 Freiburg**
Tel.:0761/74003, Fax: 0761/709866

ULRICH BRAND

Die unbewaffnete Utopie

Jorge Castañedas Strategievorschläge für die lateinamerikanische Linke

Jorge Castañeda ist derzeit, nicht zuletzt wegen des Buches *La utopía desarmada. Intrigas, dilemas y promesa de la izquierda en América Latina* der „Star" unter den lateinamerikanischen Intellektuellen. Positiv herausgestellt wird in den Besprechungen des Buches in Lateinamerika, daß in ihm der Versuch unternommen würde, das ganze Spektrum linker Politik in den Blick zu bekommen. So schrieb beispielsweise die argentinische Tageszeitung *Página/12*, es handle sich um „das vollständigste Buch über die Linke des Kontinents". Castañedas Beitrag ist vor allem deshalb interessant, weil er eine in gewisser Weise herrschende Diskussion innerhalb der lateinamerikanischen Linken wiedergibt. Was er genau unter „linker" Politik versteht, soll im folgenden Beitrag genauer betrachtet werden. *La utopía desarmada* schlägt aber auch deshalb so hohe Wellen und wird so breit rezipiert, weil es zuerst auf Englisch erschien und damit über Lateinamerika hinaus wahrgenommen wird, was ein Indiz dafür ist, wie internationale Diskussionsbeiträge heute angelegt sein müssen, um Bedeutung zu erlangen.

Im ersten Teil des Buches zeichnet der mexikanische Politologe die Geschichte der lateinamerikanischen Linken dieses Jahrhunderts nach, wobei er insbesondere feststellt, daß Demokratie und Menschenrechte lange Zeit kein Thema linker Politik gewesen seien. Der bewaffnete Kampf wurde mit der cubanischen Revolution zur wichtigsten Politikform der Linken und hätte eigentlich 1967, mit dem Tod Che Guevaras in Bolivien, als nicht mehr adäquat beendet werden müssen. Spätestens seit 1990 und der Wahlniederlage der Sandinisten sei jedoch die Kritik der Waffen endgültig obsolet.

Woraus speist sich der Optimismus Castañedas, daß refomistische, und d.h. bei ihm sozialdemokratische Politik zur einzig erfolgversprechenden Strategie wird?

Er stellt fest, daß sozialdemokratische Politik in Lateinamerika in diesem Jahrhundert marginal geblieben sei, weil als Formen linker Politik Populismus, Leninismus und die bewaffnete Guerilla vorherrschten. Sozialdemokratische Politik hatte in der Geschichte Lateinamerikas zudem keine Chance, weil ihr die gesellschaftlichen Voraussetzungen -eine homogene urbane ArbeiterInnenschaft- fehlten, um mittels einer auf Parteien und Staat fixierten Strategie die politische Macht zu erreichen. Zudem waren saubere Wahlen als notwendiges Fundament sozialdemokratischer Politik in Lateinamerika immer ein Problem.

Ihre „Möglichkeiten" erwachsen neben den neuen globalen Rahmenbedingungen aus den internen Veränderungen des letzten Jahrzehnts. In vielen Ländern entstanden neue soziale Bewegungen, insbesondere in Auseinandersetzung mit der Militärdiktatur und durch die während des „verlorenen Jahrzehnts" um sich greifende neue Armut (ob diese Bewegungen grundsätzlich so neu sind, ist eine andere Frage; früher gab es ja auch Gruppen, die sich eher sozial-revolutionär nannten). Menschenrechtsorganisationen, kirchliche Basisgruppen, indigene Völker, Frauen- und Ökologiebewegung sowie Stadtteilgruppen haben Zulauf und/oder finden Gehör.

In diesem Prozeß spielten für Castañeda die Intellektuellen eine zentrale Rolle. Sie hatten und haben bis heute eine viel zentralere Position als etwa in Europa. García Márquez spitzte das einmal so zu: „In der Geschichte der Macht in Lateinamerika gibt es nur Militärdiktaturen und Intellektuelle." Während der Militärdiktaturen der 70er und 80er Jahre, so Castañeda, habe es besonders an den Intellektuellen gelegen, Verletzungen der Menschenrechte und Pressezensur in der Weltöffentlichkeit anzuprangern, und somit den Widerstand gegen die autoritären Regime mit voranzutreiben.

Neben diesen internen Verschiebungen wandelte sich auch der welthistorische Kontext linker Politik in den letzten Jahren dramatisch. Zwei Entwicklungen werden vor allem zu Bezugspunkten linker Politik: Die Globalisierung des Kapitalismus samt seiner neoliberalen Ausrichtung und die Auflösung des realen Sozialismus.

Die neoliberalen Wirtschafts- und neokonservativen Sozialpolitiken setzten sich in den 80er Jahren in den meisten lateinamerikanischen Ländern mit großer Wucht durch als in den „Modellländern" USA unter Reagan und Großbritannien unter Thatcher.

Verlieren wir keine Zeit mit sterilen Litaneien oder ekelhafter Nachäfferei. Verlassen wir dieses Europa, das nicht aufhört vom Menschen zu reden, und ihn dabei niedermetzelt, wo es ihn trifft...

Der Afrikaner Frantz Fanon, 1961

Obwohl sich bis auf wenige Ausnahmen politische Gruppen und Parteien kritisch zur Sowjetunion und Osteuropa verhielten, war die Tatsache einer möglichen grundsätzlichen Alternative zum Kapitalismus bedeutend. Diese äußerte sich insbesondere darin, daß die Hegemonialmacht USA in ihrem „Hinterhof" nicht alles tun und lassen konnte, was sie wollte. Der Kalte Krieg führte teilweise zu einer vorsichtigeren, teilweise zu einer aggressiveren Lateinamerikapolitik der USA. In den letzten Jahren bildeten sich andere Schwerpunkte heraus. Dem Kampf gegen das „Reich des Bösen" sei heute jener gegen die Migration aus dem Süden und vor allem gegen den Drogenhandel gewichen.

In diesem veränderten internen und weltpolitischen Kontext sieht Castañeda nur

noch sozialdemokratische Politik als erfolgversprechend an.

Den zweiten Teil seines Buches widmet Castañeda der Suche nach einer adäquaten politischen Strategie „linker" Politik, die die bisherige „Quadratur des Kreises" ermöglichen soll: Wandel und Kontinuität, soziale Gerechtigkeit und ökonomisches Wachstum, repräsentative Demokratie und effektive Machtausübung.

Dabei konzentriert er sich auf den Zusammenhang zwischen Nationalismus und der Verarmung der Massen, auf die Frage nach dem Umgang mit der politischen Demokratie, auf denkbare wirtschaftspolitische Optionen und schließlich auf die Machbarkeit und Mehrheitsfähigkeit linker Politik.

Nationalismus: Die Tatsache, daß die Nation in Lateinamerika historisch nach dem Staat entstanden ist, die traditionellen Verbindungen der Oligarchie und Bourgeoisie mit dem Ausland und der Ausschluß der Massen von den gesellschaftlichen Reichtümern führte laut Castañeda dazu, daß Nationalismus eng verbunden war (und heute mehr denn je sein muß) mit emanzipativer Politik. Nationale Souveränität implizierte immer die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit, so daß beide Aspekte Angelpunkte linker Politik waren.

Da Nationalismus jedoch immer Abgrenzung von etwas bedeute(te), ging er früher einher mit einem starken Anti-US-Amerikanismus. Letzterer hieß in der bipolaren Welt automatisch eine (unterstellte oder reale) Nähe zur Sowjetunion. Dieses Dilemma wurde durch das Ende der SU beseitigt und lege nun die positiven Potentiale des Nationalismus frei. Dabei spricht Castañeda von einem „neuen regionalen Nationalismus", der sich nicht mehr nach außen von etwas abgrenzen, sondern nach innen Einigung erzielen solle.

Die zentrale Aufgabe eines „linken" Nationalismus, nämlich die „Ausgeschlossenen" in die Nation „aufzunehmen", könne nur auf demokratische Weise erfüllt werden.

Demokratie: Castañeda sagt deutlich, um was für eine Demokratie es ihm geht – um eine repräsentative, auf Parteienwettbewerb zentrierte, „bürgerliche" Demokratie. Der wichtigste politische Handlungsrahmen linker Politik liege dabei in der kommunalen Arbeit und im Kampf um Demokratisierung und Dezentralisierung. Dies hat auch einiges für sich, wenn man beispielsweise bedenkt, daß Städte wie Buenos Aires oder Mexico-Stadt bis heute ihre kommunale Exekutive von der nationalen Regierung eingesetzt sehen. Wo sich die sozialen Bewegungen und linke Politik treffen, auf der kommunalen Ebene, dort müßten Demokratisierung und Dezentralisierung am ehesten vorangetrieben werden. Denn im kommunalen Bereich seien Veränderungen leichter zu erreichen.

Es gehe darum, die Demokratisierung insgesamt und besonders die Autonomisierung des Staatsapparates gegenüber der Regierung voranzutreiben. Linke Regierungen könnten dann auf einen Staatsapparat zurückgreifen, den Castañeda als grundsätzlich „neutral" versteht. Zudem sei die Verselbständigung der Rechtsprechung, die Stärkung der Parlamente u.a. wichtig.

Wirtschaftspolitik: Das Spannungsverhältnis zwischen Wachstum und Verteilung, das für Castañeda zentral ist, sei in der Vergangenheit von linken Regierungen und Parteien immer zugusten der Verteilung aufgelöst worden. Eine adäquate Strategie liege in der Verknüpfung von Wachstum und Verteilung. Außerdem sei die regionale Integration innerhalb Lateinamerikas zu forcieren, um dem Grundgedanken der Europäischen Union einer gleichlaufenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Integration zu folgen.

Dem Neoliberalismus sei eine Strategie entgegenzusetzen, die auf einer vorsichtigen Außenöffnung basiere, um eine exportorientierte Industrialisierung zu ermöglichen. Ein sektorialer Protektionismus solle mit der subregionalen Integration einhergehen. Castañeda bezieht sich mit seinen Vorschlägen wirtschaftspolitisch indirekt auf die neueren Konzepte der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL), die nicht gerade vor besonders weitgehenden Ideen strotzen.

Die lateinamerikanische Linke muß in Washington ihre Spur hinterlassen. Sie muß in den Vereinigten Staaten intrigieren, reden, schreiben, studieren...

Der Lateinamerikaner Jorge Castañeda, 1993

Für Castañeda besteht die einzige Möglichkeit der „Linken" darin, eines der bestehenden gesellschaftlichen Paradigmen zu übernehmen. Neue gesellschaftliche Entwürfe stünden ohnehin nicht an. Die Linke müsse vielmehr „das kleinere Übel" anbieten. Angesichts der Formierung von Wirtschaftsblöcken und deren Kampf gegeneinander, sollten sich die lateinamerikanischen Länder an einem der drei erfolgreichen bestehenden Modelle orientieren: USA, Japan oder das „rheinische" Modell des westeuropäischen Kapitalismus. Castañedas Option in dieser Frage ist eindeutig: Dem peripheren, von den USA inspirierten Neoliberalismus sollte die lateinamerikanische Linke den bundesdeutschen oder schweizerischen Kapitalismus und dessen Sozial- und Wirtschaftspolitik als „modernes Paradigma" entgegensetzen.

Agrarreformen werden bis auf wenige Ausnahmen (Guatemala, El Salvador, Brasilien) angesichts der Verstädterung als nicht mehr notwendig erachtet. Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist kein Teil von Wirtschaftsdemokratie, sondern es geht um mehr Arbeitszufriedenheit.

Durchsetzbarkeit: Auf welche soziale Basis soll sich linke Politik heute in Lateinamerika stützen? *Compromiso*, der für Castañeda in diesem Zusammenhang zentrale Begriff, kann sowohl mit Verpflichtung als auch mit Kompromiß ins Deutsche übersetzt werden. Und beides meint er wohl. Linke Politik kann nach Ansicht Castañedas nur mit breiten Koalitionen durchgesetzt werden, die sich bei Wahlen in Zwei-Drittel-Mehrheiten ausdrücken sollten. Ein Kompromiß wird aber nicht nur gesellschaftsintern, sondern auch im Süd-Nord-Verhältnis angestrebt. Castañeda argumentiert beinahe euphorisch, daß die progressiven Sektoren in den USA, gegen die die lateinamerikanische Linke immer blind gewesen wäre, eingebunden werden sollten und sich gerne einbinden ließen. In Washington fallen die wichtigen Entscheidungen, dort müßten lateinamerikanische Interessen vertreten werden.

„Dem Norden" droht Castañeda: Wenn kein Geld kommt, dann wächst die Süd-Nord-Migration und die Umwelt wird weiter zerstört. Europa und Japan hätten in den vergangenen Jahren bewiesen, daß sie diese Dimension verstanden hätten!

Die metropolitanen „Paradigmen", wie Castañeda sie für die Entwicklung Lateinamerikas skizziert, veranlaßte Carlos Fuentes in einer bissigen Rezension des Buches (*El País*, 27.12.93) dazu, vom „chinesischen Modell" zu sprechen, das für die Länder des Kontinents wahrscheinlicher sei: Markt ohne Demokratie, d.h. ein autoritärer Kapitalismus.

Der Leitgedanke des *compromiso* richtet sich innergesellschaftlich an die marginalisierten städtischen Massen, Teile der Mittelschicht und progressive Kapitalisten. Die Lektion der vergangenen dreißig Jahre sei, daß die Linke keine Koalitionen mit anderen politischen Kräften gesucht habe. Um Zwei-Drittel-Mehrheiten und damit einen „neuen Sozialpakt" zu erreichen, sei eine derartige Strategie unabdingbar. Die Harmonisierung geht soweit, daß eine spezifisch „linke" Politik eigentlich gar nicht mehr formuliert wird: „Es handelt sich um Ziele und Bestrebungen aller Lateinamerikaner." (S.565) Es geht um eine bessere Zukunft für den ganzen Kontinent mittels breiter politischer Koalitionen, mit der Unterstützung der Zivilgesellschaft, mit kommunalen und nationalen Regierungen, eigentlich mit allen. Schön, oder etwa nicht?

Die von Castañeda vertretene Position kann in vielerlei Hinsicht kritisiert werden. Ich konzentriere mich auf einige zentrale Aspekte.

Warum, so wäre zu fragen, bedarf es gerade des Nationalismus, um die Ausgeschlossenen in „die Nation" zu integrieren, die als Bezugspunkt in Zeiten der Globalisierung ohnehin radikal ihre Funktion verändert, wie der Autor an anderer Stelle selbst sagt? Reicht nicht die egalitäre Integration in die Gesellschaft als anzustrebendes Ziel aus, das

dann gefüllt werden muß? Landreformen, rationalere Staatsapparate und Steuersysteme, demokratische Kontrolle von Unternehmen und Kapital, Verursacherprinzip bei der Auslansschuld, das sind die konkreten Fragen, die Castañeda teilweise auch anspricht. Haben nicht gerade die Herrschenden, seien sie noch so international, mit nationalistischen Parolen die Massen hinter sich geschart? Die perversen Beispiele, wie eine abgehalfterte und blutige argentinische Militätdiktatur mit dem Malwinen-Krieg ganz Lateinamerika begeisterte oder wie Pinochets Schergen den chilenischen Weg zum Sozialismus mit der „nationalen Sicherheit" begründeten – davon keine Spur in dem Buch.

Das Demokratieverständnis des mexikanischen Politologen liegt wesentlich in der Abhaltung „fairer" Wahlen. Was damit aus dem Blick gerät, ist die Tatsache, daß vielfältige Strategien denkbar sind, um die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, wie beispielsweise seine Einschätzung des Sendero Lumino auch andeutet. Die Geschichte und die spezifischen Voraussetzungen in den einzelnen Ländern sind zu unterschiedlich, als daß der Kampf um und die Teilnahme an freien Wahlen zur einzigen Voraussetzung weiterreichender Veränderungen gemacht werden könnte, deren Notwendigkeit der Autor permanent konstatiert.

Durch den Aufstand in Chiapas wird das Buch wenige Monate nach seinem Erscheinen in dieser Frage wiederlegt und gleichzeitig auch bestätigt. Einerseits begäbe sich linke Politik, folgte sie den Strategievorschlägen Castañedas, der Möglichkeit, verschiedene Formen der Auseinandersetzung zu kombinieren. Kämpfe wie aktuell in Mexiko, deren weitreichende Auswirkungen auf das Land und den gesamten lateinamerikanischen Kontinent noch gar nicht absehbar sind, kommen in Castañedas Konzeptionen nicht mehr vor. Andererseits bekommt er teilweise recht, denn ein wesentlicher Grund für die breite Unterstützung der Zapatistas liegt gerade darin, sich nicht das Label einer marxistisch-leninistischen oder sozialistischen Guerilla zu verpassen, sondern zuallererst freie Wahlen in Mexico zu fordern und sich auf das urdemokratische Prozedere ihrer sozialen Basis einzulassen.

Aber auch die PT in Brasilien, als anderes Beispiel, paßt nicht so ganz ins Schema von Castañeda, da sie vor allem aus einer Gewerkschaftsbewegung entstand, die noch einen Begriff von Klassenkampf hat. Gewerkschaften kommen aber in dem Buch gar nicht mehr vor. Castañedas Parteiverständnis orientiert sich sehr stark an der *heutigen* Sozialdemokratie in Europa. Inhaltlich steht die PT schon näher bei den Vorstellungen der *Utopía desarmada*, wobei es in der brasilianischen Partei um "Lula" da Silva durchaus Tendenzen gibt, die sich nicht mit einem sozial korrigierten Kapitalismus begnügen. Wie stark diese Kräfte nach einem Wahlsieg im Herbst zur Geltung kommen, wird sich weisen. Zumindest hat der mögliche Wirtschaftsminister einer PT-Regierung, Aloizio Mercadante, bei einer kürzlichen USA-Reise gesagt, daß die Außenverschuldung neu verhandelt werden müsse. Dem "peripheren Realismus" Castañedas entsprechen diese und andere politische Essentials der PT nicht so ganz.

Schließlich läßt der mexikanische Autor offen, wie parlamentarische Politik in einem Land wie Peru möglich sein soll.

Insgesamt behält Castañeda ausschließlich den politischen Parteien die Scharnierfunktion zwischen Staat und Gesellschaft vor, weshalb seine Position gegenüber sozialen Bewegungen bzw. NGOs instrumentalistisch und vereinnahmend wirkt. Die gewerkschaftliche Linke, die zum Beispiel wesentliche Stützpfeiler der brasilianischen PT oder der *Causa R* in Venezuela ist, wird dementsprechend ausgeblendet.

Schließlich: Wenn Staat nicht als Ausdruck von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen gesehen wird, sondern potentiell „neutral" ist, dann liegt unterschwellig die Schlußfolgerung einer möglichen politischen Machtübernahme der Linken nahe. Und von dort aus soll dann gesellschaftliche Veränderung initiiert werden. Als wenn gerade dieses Konzept nicht in globalem Maßstab gescheitert wäre.

Die „politizistische" Herangehensweise Castañedas führt zu deutlichen Defiziten. Zwar wird in einem Absatz auch Marx und sein Hinweis auf die widersprüchliche Konstitution kapitalistischer Gesellschaften erwähnt. Einen adäquaten Begriff der sozialen Verhältnisse und der gegenwärtigen Krise hat Castañeda jedoch nicht. Anstatt nämlich diese Widersprüchlichkeit zum Ausgangspunkt einer umfassenderen Analyse zu machen und ihre historischen Ausformungen darzustellen, begibt er sich auf die Suche nach einem breiten und wohlmeinenden Bündnis der städtischen Marginalisierten, Teilen der Mittelklasse und progressiven Kapitalisten sowie zwischen „Nord" und „Süd", die ja eigentlich wissen müßten, daß es in trauter Kooperation viel besser geht. Interessengegensätze im nationalen und internationalen Rahmen kommen so nicht mehr vor.

Dies drückt sich auch in seinem Modernisierungskonzept aus. „Industrialisieren, immer industrialisieren" postuliert Castañeda in bester modernisierungstheoretischer Tradition, wobei die systemischen Zwänge des globalen Kapitalismus und die „natürlichen Grenzen des Wachstums" überhaupt nicht gesehen werden. Die politische Regulation des globalen Kapitalismus, zu dem beispielsweise die regionalen Integrationsversuche Anstöße geben könnten, oder gar Ansätze zur Überwindung kapitalistischer Vergesellschaftung stehen nicht auf der Tagesordnung seines Strategie-Mix. Er ist vielmehr zutiefst davon überzeugt, daß die Modernisierung aller Gesellschaften dieser Erde via Kooperation und Industrialisierung möglich ist. Die Linke hat die internen politischen Konstellationen und Kompromisse zu schaffen, um die Modernisierungspotentiale freizulegen.

Jorge Castañeda reproduziert mit seinem Buch den Mainstream der westeuropäischen und nordamerikanischen Politologie, die *policy analysis* mit ihrer Trennung von „politischen" und sozio-ökonomischen Prozessen. Bei den Strategievorschlägen macht sich Castañeda kaum mehr die Mühe, länderspezifisch zu argumentieren. Indem er versucht, früher teilweise erfolgreiche politische Strategien der metropolitanen Länder auf Lateinamerika zu übertragen und von einem „Primat der Politik" ausgeht, wird von internen und globalen Machtverhältnissen abstrahiert.

Zudem soll „die Linke" als homogene politische Kraft konstituiert werden. Sie soll einen rigorosen und andere Strategien ausschließenden linken Reformismus betreiben.

Damit reflektiert Castañeda den theoretischen und politischen Zustand großer Teile der lateinamerikanischen Linken. Die Umorientierung auf parlamentarische Politik und die Fixierung auf die bürgerliche Demokratie ist heute wesentlich, das vorliegende Buch ist ein Synonym dafür. ●

Jorge Castañeda, La utopía desarmada. Intrigas, dilemas y promesa de la izquierda en América Latina (englischer Titel: Utopia unarmed), México 1993, 567 S.

Eine Aktion der Jugend in der IG Medien

Adelante Cuba

In Zusammenarbeit mit 'Taller de la Solidaridad' Darmstadt

Spendenkonto:
IG Medien Hauptvorstand
Konto: 107 200 2900
BFG Stuttgart - BLZ: 600 101 11
Stichwort: Adelante Cuba

CHRISTA OPPENHEIMER

SOPHIA - ist die Weisheit weiblich?

Als die erste Frau lesen lernte, trat die Frauenfrage in die Welt“ schrieb Marie von Ebner-Eschenbach. Obwohl Sophia Weisheit bedeutet, die Philosophia das Streben nach Weisheit beinhaltet und die Göttin der Weisheit bis zur Renaissance durch eine Frauengestalt dargestellt war, wurden philosophierende Frauen durch alle Jahrhunderte hindurch ausgegrenzt und ihre Werke in der Philosophiegeschichte oft Männern zugeschrieben, verleugnet oder ganz vernichtet. Wollten Frauen eigene Bildung, am Denken und Philosophieren teilhaben, mußten sie sich zwangsläufig mit der Frage des Geschlechterunterschiedes auseinandersetzen. Und doch ergriffen sie in allen Zeiten, trotz machtvoller Behinderungen, für ihresgleichen das Wort, lediglich der Kontext der Jahrhunderte modifizierte ihre Ausdrucksmöglichkeiten. Als Hetären, Hexen, Heilige und (heute) Feministinnen wurden sie diffamiert, die Spuren ihrer intellektuellen Bedeutung weitgehend eliminiert. Trotzdem läßt sich die lange Tradition weiblicher Philosophie bis in die Antike nachweisen. Die früheste bekannte Verteidigungsschrift für Frauen wurde von Leontien, Schülerin des Epikur und zeitweilige Vorsitzende der Philosophengemeinschaft, vor ca. 2 500 Jahren verfaßt. Die Ausgrenzung von Frauen als Natur und geistig minderwertige, lernunfähige Wesen ist bis heute ein „philosophischer Dauerbrenner“ geblieben. Dies zeigt, laut M. Rullmann, der derzeitige Frauenanteil an der Besetzung von Lehrstühlen in philosophischen Fakultäten – besonders in Deutschland. Im Vergleich mit den USA wird die Position der Frauen innerhalb der Philosophie überdeutlich; an amerikanischen Hochschulen sind 30 % der Professoren Frauen, in Deutschland dagegen nur 2 %.

Anliegen des Buches ist das Aufzeigen der historischen Teilhabe von Frauen an der Philosophie, aber gleichzeitig auch die Kritik an der „extrem frauenfeindlichen Seite der ‘Königin der Wissenschaft’“. Feministische Philosophie will diesen Ausschlußprozeß reflexiv bearbeiten, seine Bedeutung für die Erkenntnistheorie erarbeiten und die traditionellen Universalitätsansprüche infrage stellen. Vernunft und Wahrheit unterliegen einem historischen und kulturellen Wandel,

... wild und gefährlich?

Aber immer!

die Letztbegründung der Wissenschaften ist obsolet. Bezüglich der Philosophie kann dies nur implizieren, nicht hinter die Erkenntnis einer notwendigen Integration der Geschlechterdifferenz in philosophischem Denken und Arbeiten zurückfallen zu können, wenn sie mit sich selbst und ihrem Anspruch kongruent sein will. Die bisher höchstens mitgedachte „Weiblichkeit“ muß vom Objekt zum Subjekt werden. Diesen Prozeß zu unterstützen und philosophische Denktradition vielen Frauen zugänglich zu machen, versucht M. Rullmann.

Der Band ist gegliedert nach geisteswissenschaftlichen Epochen, in die durch kurze Essays Einblicke in die jeweilige Denkrichtung und das Leben von Frauen allgemein gewährt wird. Mit 38 Portraits werden Leben und Arbeiten von Philosophinnen in Europa von der Antike bis heute nachgezeichnet. Vervollständigt sind die Darstellungen durch ein Glossar, Personenregister und ausgewählte Literaturangaben. Das Buch ist eine notwendige Ergänzung zu traditionellen Philosophie-Nachschlagewerken, wie z.B. das 1989 im Metzlerverlag erschienene, in dem zwar über 300 Werkbiographien aufgeführt sind, davon aber nur sechs von Philosophinnen. Auch in der Kröner-Ausgabe von 1991 beziehen sich von 127 Portraits nur sechs auf weibliche. Dabei sind heute zwischen 60 und 120 (je nach Autor!) Berufsphilosophinnen alleine für die Antike bekannt. Wie erklärt sich ein solches Phänomen?

Wissen ist Macht, an diesem Muster scheint die (männliche) Menschheit sich durch alle Jahrhunderte hinweg orientiert zu haben. Der Ausschluß von Mädchen aus Bildungsprozessen wurde bereits in der Antike praktiziert und schuf für Frauen Fakten, die sich in der Erstellung von gesellschaftlichen Symbolsystemen niederschlugen und für sie zum fortwährenden Kampf um die eigene Subjekt-Behauptung wurde. In allen Lebensdarstellungen zieht sich der Kampf um Bildung als roter Faden durch die Historie. Bildung war für Frauen fast nur über den Klostergang erreichbar und schloß sie von einem weltlichen Alltags-Leben weitgehend aus. Auch in diesem Buch wird deutlich, wie Frauen des Mittelalters um eine Neu-Definition des religiösen Symbolsystems kämpften, die weibliche Rolle neu konstruieren wollten. Der einzige Weg, traditionelle Werte infrage zu stellen, war für Frauen nur über die Mystik gangbar. So setzte die Venezianerin Moderata Fonte selbstbewußt die „Frau als Meisterwerk der Schöpfung“ nachdem Gott bei Adam seine Kunstfertigkeit erst ausprobieren mußte. Die These Lerners, daß der Feminismus im Mittelalter, vor allem in den Frauen-Klöstern, entstand, wird auch in den Lebensdarstellungen dieses Buches gestützt. Eine der bedeutendsten Frauen des Mittelalters und erste französische Berufsschriftstellerin, die mit ihren Thesen die „Querelle des Femmes“, einen Theoriestreit, entfachte, der bis zur Aufklärung fortdauerte, entkräftete die herkömmlichen Vorurteile der vernunftlosen Frauen in ihren Werken durch Frauen-

gestalten, „denen die Menschheit wichtige Errungenschaften verdankt“. Christine de Pizan argumentiert gegen den damaligen Zeitgeist nicht ontologisch, sondern historisch und mit exemplarischen Beispielen. Ihre Werke wurden schon zu ihren Lebzeiten diskutiert und sind bis in die heutige Zeit auf ihren philosophischen Gehalt noch nicht ganz ausgewertet.

Eine weitere Gemeinsamkeit, die Theoretikerinnen über die Jahrhunderte teilen mußten, ist das Vergessen oder die mißbräuchliche Aneignung ihrer Leistungen durch Denker, Historiker oder Biographen. So ist die berühmte „sokratische Methode des Philosophierens“...„in Wahrheit die Methode der Aspasia“ von Milet, die die Lehrmeisterin des Sokrates war und in häufigem philosophischem Austausch mit ihrem Schüler stand. Oder Lady Anne Conway, die als erste die Theorie der Monadenlehre entwickelt hat, die später Leibniz zugeschrieben wurde, obwohl er selbst ausdrücklich erwähnt, daß seine Ansichten sich denen der Lady Conway eng annähern. Auch Flora Tristan wird mit ihrer ersten sozialistischen Programmschrift (noch vor dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes), der Entwicklung der Kategorie „Klasse“ als Analyseinstrument und der Kategorie „Rasse“ für Frauen, da die Unterdrückung dieser durch alle gesellschaftlichen Klassen hindurch verlaufe, meist übersehen. Diese Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Doch trotz aller Schwierigkeiten, die Frauen beim Erwerb von Bildung, der wissenschaftlichen Arbeit und der Behauptung ihres Subjekt-Status unterbreitet wurden, lehrten sie bereits in der Antike an Akademien, entwickelten sie eigene philosophische Theorien, erzwangen sie sich ihren Platz im Wissenschaftsfeld der Universitäten. Nicht Verleumdung, Einsperrung oder Tod konnten Frauen daran hindern, öffentlich zu vertreten, daß alle Frauen frei geboren, dem Manne intellektuell und rechtsmäßig ebenbürdig und gleich sind. Olympe de Gouges, die diese Thesen in der Französischen Revolution vor der Nationalversammlung vertrat, wurde dafür am 3.11.1793 geköpft. Auch heute, 200 Jahre danach, sind diese Vorurteile gegen Frauen nicht ganz eliminiert, sie sind lediglich modifiziert.

Der vorliegende Band als erstes deutschsprachiges Philosophinnen-Nachschlagewerk ist eine wichtige Ergänzung der Philosophie-Geschichte, zeigt die Tradition weiblichen Philosophierens auf und straft den antiken Historiker Thukydides mit seiner Behauptung, „die beste Frau ist die, von der man am wenigsten spricht“ Lügen. ●

Rullmann, M. u.a.,
Philosophinnen.
Von der Antike bis zur Aufklärung,
Zürich/Dortmund 1993

Bürgerforum Paulskirche
am 17./18. September in Frankfurt am Main

Im „Superwahljahr“ 1994 scheinen die großen etablierten Parteien – zumindest die Herrschenden in ihnen – immer näher zusammenzurücken. Lösungsstrategien für die tiefgreifenden Strukturprobleme unserer Gesellschaft werden in den Wahlkämpfen nicht ernsthaft diskutiert. Die Unterschiede zwischen den großen Parteien verschwimmen, die eine scheint nur noch die verwaschene Kopie der anderen zu sein.

Die Bürgerrechtsbewegung stellt ihre außerparlamentarische Kompetenz zur Verfügung. Es gibt praktikable Alternativen, die z.Zt. von Beteiligten und Experten weltweit diskutiert werden. Diese Alternativen lassen sich aber nur in anderen, in neuen politischen und gesellschaftlichen Strukturen umsetzen. Menschenrechte, Umwelt, Demokratie – sie können verteidigt, weiterentwickelt werden, wenn wir wieder bereit sind, gemeinsam zu träumen, gemeinsam Utopien zu entwickeln. Das will der zweite Ratschlag der deutschen Bürgerrechtsbewegung, das BÜRGERFORUM PAULSKIRCHE unter dem Titel „Für eine demokratische Gesellschaft in neuer Verfassung“ am 17. und 18. September 1994, einen Monat vor den Bundestagswahlen, versuchen. Er beginnt am Samstag, dem 17. September um 20.00 Uhr mit einem Kulturabend unter dem Titel „Zivilcourage gegen Rechts“ im Schauspiel Frankfurt, zu dem namhafte Künstlerinnen und Künstler ihre Teilnahme bereits zugesagt haben. Danach findet für Tanzwütige eine große DJ-Fete in der Johann Wolfgang von Goethe-Universität statt. Am Sonntag, 18.9., 10.00 Uhr beginnt der inhaltliche Teil in der Universität.

Samstag, 17.9.94, 20.00 Uhr, Schauspiel Ffm, Eintritt DM 15,-/10,-
„Zivilcourage gegen Rechts“, Kulturveranstaltung des Bürgerforum PAULSKIRCHE u.a. mit: Anne Bärenz, Thomas Cremer, Daniel Kempin, Emil Mangelsdorff, Horst Eberhard Richter, Valentin Sengre, Frank Wolff, Michael Quast, dem Ensemble des Schauspiel Frankfurt

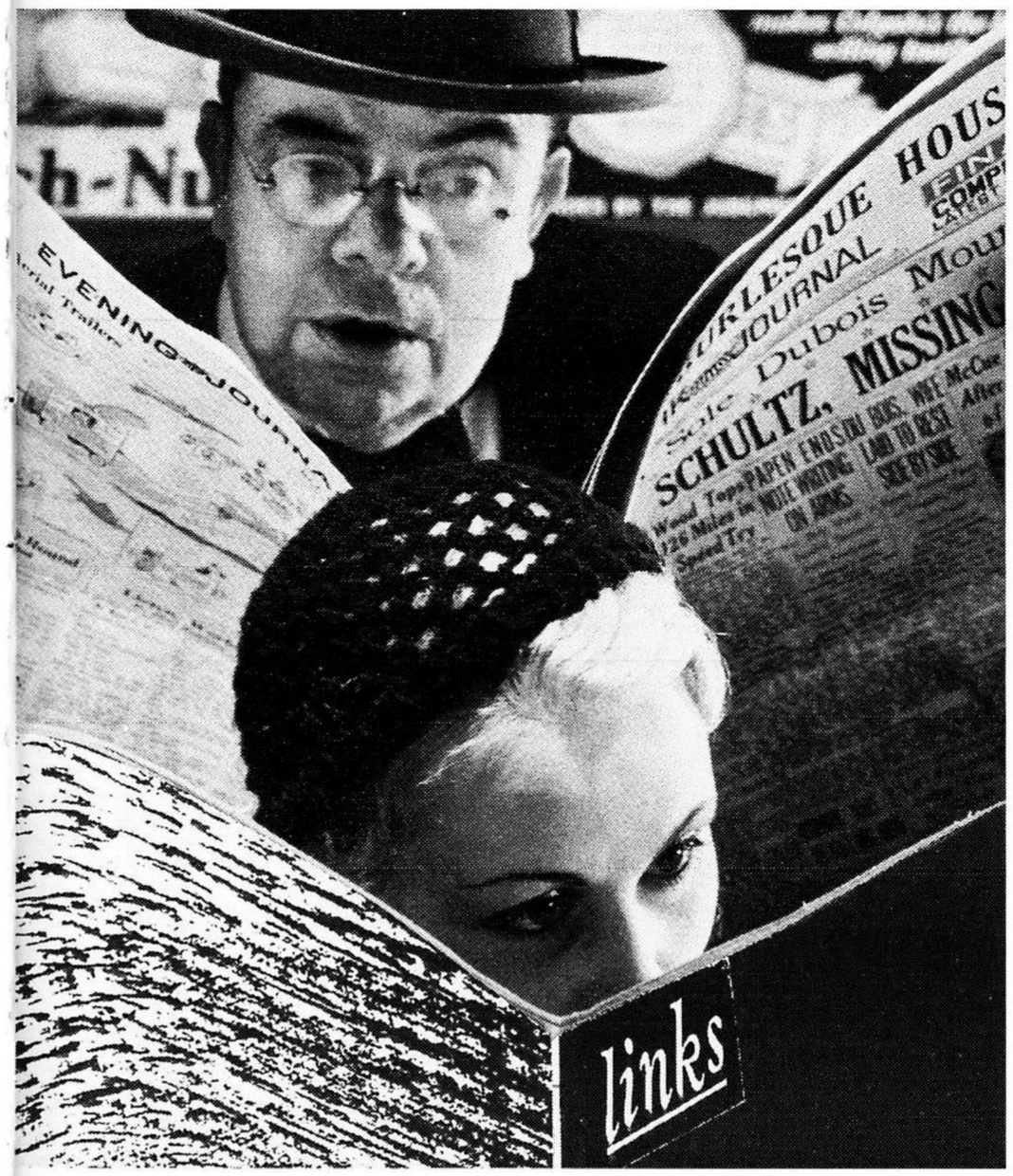
Samstag, 17.9.94, 22.00 Uhr, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Eintritt DM 5,-
„Cicil Sound Clash“, Disco mit 8 Djs aus Frankfurt und Hamburg, (Theaterkarte berechtigt ebenfalls zum Eintritt)

Sonntag, 18.9.94, 10.00 – 19.00 Uhr, Johann Wolfgang Goethe-Universität
„Für eine demokratische Gesellschaft in neuer Verfassung“, 2. Ratschlag der deutschen Bürgerrechtsbewegung in 8 Foren und 13 Themenräumen, „Demokratie, Verfassung, Zivilcourage“ (im Plenum), Aufrüstung gegen die Bürger und Rechtstendenzen in der Gesellschaft“, „Soziale Demontage“ „Verfassung der Einwanderungsgesellschaft“, „Militarisierung der Außenpolitik oder Weichenstellung zu ziviler Konfliktbearbeitung“, „Jugend – perspektivlos?“, „Perspektiven und Utopien“ (im Plenum) u.a. mit: Matthias Arning, Ilse Bechthold, Micha Brumlik, Andreas Buro, Daniel Cohn-Bendit, Helga Cremer-Schäfer, Otto Diedrichs, Helga Diedrichs, Helga Einsele, Brigitte Erler, Steffan Essler, Michael Hahn, Fatima Hartmann, Hanno Heidrich, Winfried Holzinger, Rainer Falk, Günther Frankenberg, Thomas von Freyberg, Jutta Gelbrich, Jürgen Gräßlin, Andreas Gross, Andreas Jürgens, Otto Kreye, Herbert Leuninger, Christoph Meertens, Jochen Meurers, Clarita Müller-Plantenberg, Bernd Mesovic, Victor Pfaff, Bergrun Richter, Horst Eberhard Richter, Jürgen Gideon Richter, Christine Schweitzer, Wolfgang Schwerdtfeger, Eberhard Seidel-Pielen, Jürgen Seifert, Trude Simonsohn, Mani Stenner, Herbert Stern, Wilhelm von Sternburg, Christian Ströbele, Kathrin Vogler
Für Kinderbetreuung und Catering ist gesorgt. Eine **Übernachtungsbörse** ist ab Samstag, 17.9.94, 17.00 Uhr in der Uni geöffnet.

Infos unter: Asta Frankfurt, Tel. 069 / 79 83 069, Fax 069 / 70 20 39

Kontaktadresse: Elisabeth Abendroth, Allendorfer Str. 38, 60433 Frankfurt, Tel. / Fax. 069 / 52 18 14 und Büro Bürgerforum im AStA Uni Ffm, z.Hd. Tilmann Kissenkoetter, Mertonstr. 26, 60325 Frankfurt, Tel. 069 / 79 83 069, AStA-Tel. 069 / 77 75 75 und 79 83 182, Fax. 069 / 70 20 39

Links lesen hält fit!



Meint eine repräsentative Anzahl jüngst befragter links-Leser. Wollen Sie ein ebensolcher werden, leiden Sie unter Konditionsproblemen und wissen auch sonst nicht genau, was zu tun ist, dann lassen Sie sich überzeugen und abonnieren Sie das Blatt, das nicht mehr als 279 Gramm auf die Waage bringt. Der Vorteil? Sie legen 837 Meter pro Monat mehr zurück, und Ihr Werbepartner bekommt ein sattes Pfund Buch, das auch er nur aus seinem Briefkasten zu angeln braucht. Den Rest erledigen nämlich wir.

Zur Auswahl stehen:

- Elmar Altvater, Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung, 1992
- Ulrike Kretschmann, Das Vergewaltigungstrauma, 1993
- F. Baron / S. Szenes, Von Ungarn nach Auschwitz, 1994
- R. Hoffmann / U. Mückenberger, Die Wahrheit der Träume, 1968 und heute, 1994
- H.-D. Köhler / M. Wannöffel (Hg.), Gewerkschaften und Neoliberalismus in Lateinamerika, 1993

Abo-Bestellscheine

Leser werben Leser

Ich habe eine/e neue/n *links*-AbonnentIn geworben und möchte das folgende Buch:

_____

_____

als Geschenk erhalten.

Ich bin *links*-AbonnentIn

_____

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

_____

Straße

_____

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1995) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 75,-/O:DM 50,-, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

_____

Bankleitzahl Konto-Nr.

_____

Name der Bank

_____

Vor- und Zuname

_____

Straße

_____

PLZ Wohnort

_____

Datum Unterschrift

Geschenk-Abonnement

Eigene Angaben wie oben. Die *links* soll

☐ ½ Jahr

☐ 1 Jahr an folgende Adresse geschickt werden

_____

_____

_____

Ermäßigtes Abonnement

für: StudentInnen, Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfempfängerInnen

☐ Ich abonniere die *links* für 56,- DM gegen Vorlage der Studien-, Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfebescheinigung.

Förder-Abonnement

☐ Ich fördere die *links* mit DM 100,- im Jahr.

☐ Ich fördere die *links* mit DM .....
(Betrag über DM 100,- im Jahr)

☐ Ich möchte eine Einzugsermächtigung.

Schnupper-Abonnement

☐ Ich möchte die nächsten 2 *links*-Ausgaben zum Preis von W: 20,- DM, O: 15,- DM bestellen.
(Bitte Zutreffendes ankreuzen)

_____

Vor- und Zuname

_____

Straße

_____

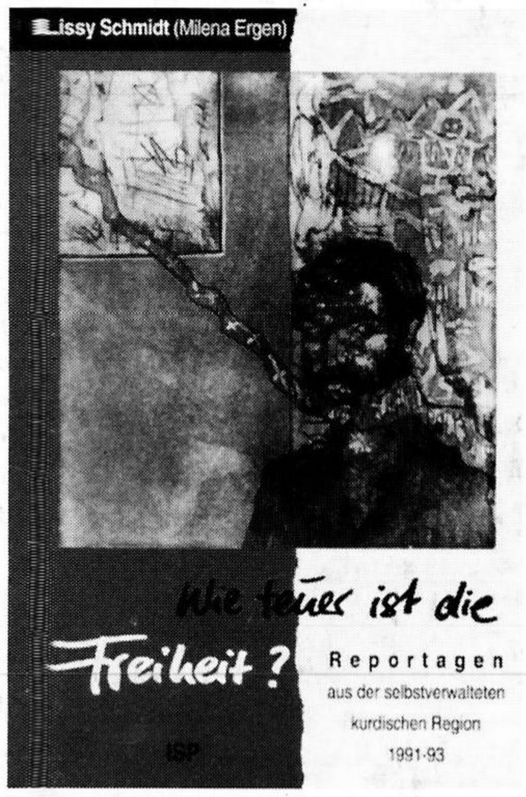
PLZ Wohnort

_____

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 102062, 63020 Offenbach
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Neuer ISP Verlag
Kasseler Straße 1a, D-60486 Frankfurt/M.



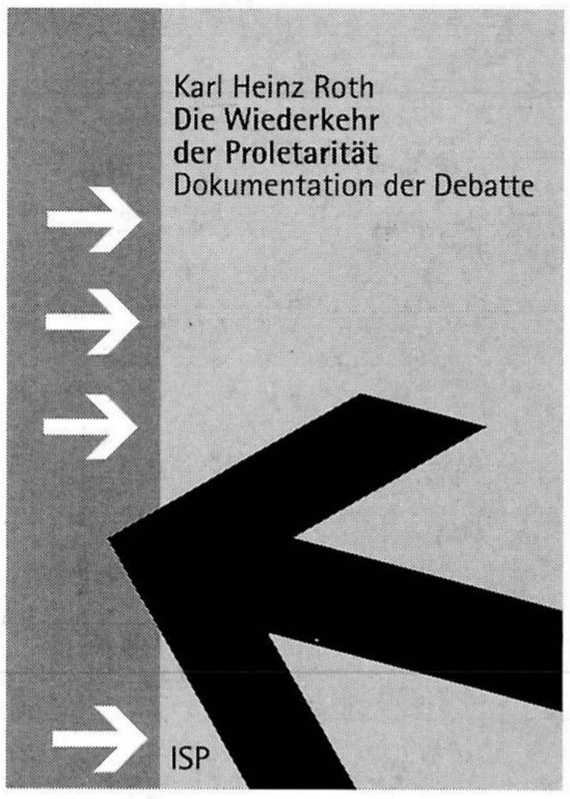
„Wer sich über Südkurdistan informieren will, wird schwerlich besseres Material bekommen."

Jürgen Gottschlich in der *taz*

isp-pocket 56,1994, 227 Seiten, DM 24.00

Lissy Schmidts Vermächtnis

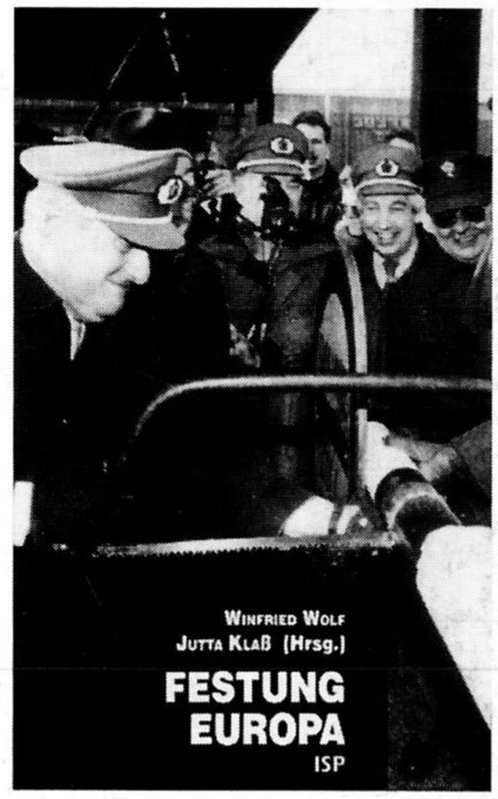
Die Journalistin Lissy Schmidt wurde im April 1 994 in Irakisch-Kurdistan ermordet. In ihrem letzten Buch zeichnet sie ein differenziertes Bild der Situation in Südkurdistan: vom Volksaufstand über die alliierte und UNO-Politik bis zur Selbstverwaltung.



1994 , 285 Seiten, DM 29,80

Die Angst der Linken

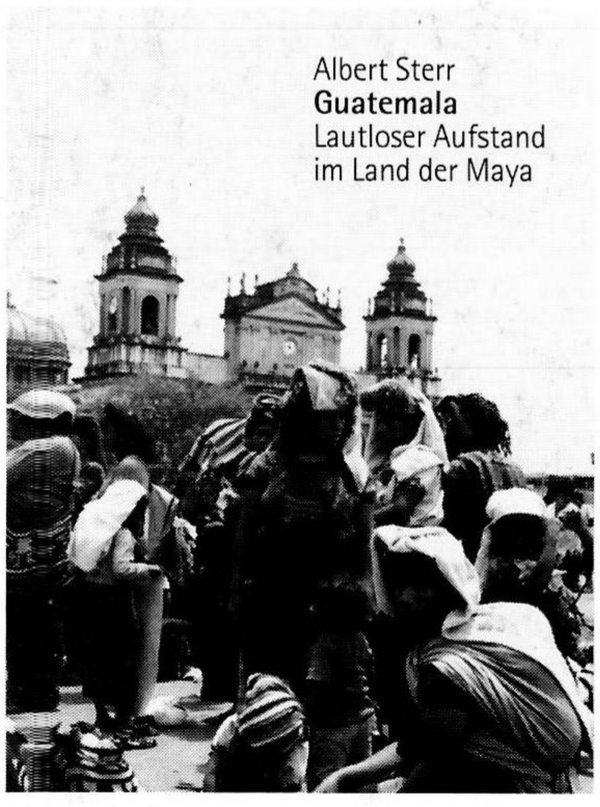
Karl Heinz Roths Vortrag über die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken auf dem Konkret-Kongreß im Juni vergangenen Jahres hat eine heftige Debatte innerhalb der Linken ausgelöst. Jetzt antwortet Roth ausführlich und fundiert seinen KritikerInnen. Der Band dokumentiert alle, auch mehrere bisher unveröffentlichte, Debattenbeiträge.



isp-pocket 50, 1994, 224 Seiten, DM 24.80

Die Freiheiten des Kapitals

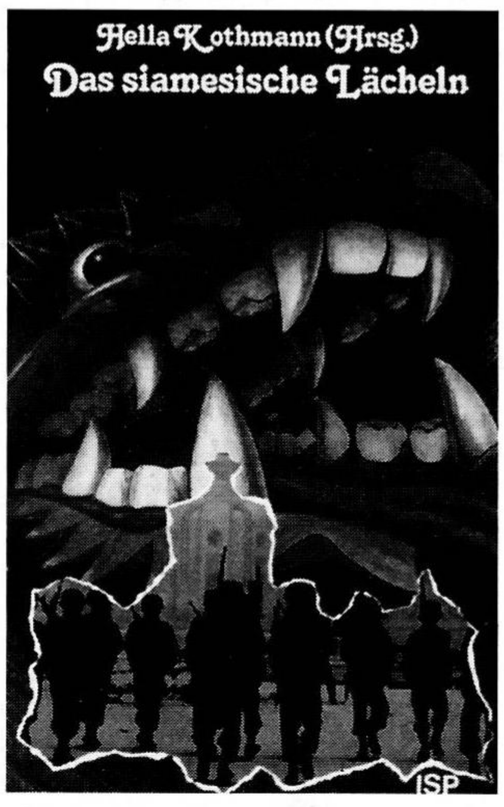
Bei den Maastrichter Verträgen, so die klare Meinung der AutorInnen des Sammelbandes, geht es am allerwenigsten um die Mehrung von Bürgerrechten und Demokratie. An den Beispielen EG-Osteuropa, EG und Frauen und EG-Internationalismusbewegung belegen sie, daß Europa zuallererst Freiheiten fürs Kapital, für Banken und Konzerne bringt.



1 994, 303 Seiten, Fototeil, DM 36.00

Reise ins Mayaland

Sterr hat ein Länderlesebuch vorgelegt: spannende Reportagen, informative Hintergrundberichte und interessante Interviews. Ein facettenreiches und realistisches Bild Guatemalas ist entstanden: revolutionäre Bewegung und Aufstandsbekämpfung, US-Dollars und bundesdeutsche Parteifreunde.



1994, 163 Seiten, DM 28.00

Kunst für das Volk

Literarische Texte thailändischer SchriftstellerInnen, entstanden unter dem programmatischen Leitsatz „Kunst für das Leben – Kunst für das Volk" sind das Kernstück dieses Bandes. Zwischenkapitel informieren über den politischen und biographischen Kontext der Erzählungen und Gedichte.

1994, 200 Seiten, DM 28.00

Perspektive für Lateinamerika

Im Oktober 1994 sind in Brasilien, dem größten Land Lateinamerikas, Wahlen. Der Arbeiterpartei (PT) mit ihrem Kandidaten Lula werden gute Siegchancen bescheinigt. Erstmals werden hier ausführlich Entwicklung, Praxis und Perspektiven der PT dargestellt.